Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. Juni 1979
Jg. 7 Nr. 24

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

„Verteilung der Knappheit" militärisch lösen

Imperialistische Energieversorgung / Weltwirtschaftsgipfel soll OPEC zu erhöhter Förderung zwingen

z.ere. Ende Juni, nur wenige Tage nach dem Treffen der OPEC-Länder, findet in Tokio der fünfte Weltwirtschaftsgipfel statt. Die Ungewißheit über die Neufestsetzung der Erdölpreise durch die OPEC in Genf, Gradmesser von deren politischer Geschlossenheit gegenüber den Imperialisten, läßt diese unruhig werden und mit dem Säbel rasseln. Der gegenwärtige Bedarf der Imperialisten an OPEC-Öl, praktisch dem einzigen für sie im Welthandel verfügbaren Öl, beläuft sich auf rund 32 Mio. Tonnen pro Tag. 36 Mio. Tonnen pro Tag beträgt die Höchstkapazität, welche die OPEC-Staaten über einen längeren Zeitraum fördern können. 11% der Förderkapazität der OPEC werden aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht genutzt, was die Imperialisten zur Weißglut treibt, zumal sie keinerlei Garantien haben, daß es bei „diesen 11% bleibt". Die bevorstehenden Entscheidungen der OPEC bergen „zumindest Herausforderungen", weswegen sich auf der Wirtschaftskonferenz mit der „Verteilung der Knappheit" auseinandergesetzt werden müsse, heißt es in der bürgerlichen Presse.

Was unter dieser Auseinandersetzung zu verstehen ist, ließ Helmut Schmidt bei seinem Vorbereitungstreffen in Washington letzte Woche über das Nachrichtenmagazin „Time" verbreiten: „Die Ölknappheit und die steigenden Ölpreise bedrohen unser Wirtschaftssystem. Das kann zu Kriegen führen". Und der Bundesverband der Deutschen Industrie erklärte in seinem Jahresbericht 78/79, die Energieversorgung allein durch „umfassend angelegte Aktionsprogramme zu lösen". Kurzfristige Aspekte der gegenwärtigen Energielage, die Kontrolle des Ölmarktes in Rotterdam z.B., wie sie von Frankreich und den USA hervorgehoben werden, erschienen Schmidt denn auch nicht so wichtig, als daß sich „der deutsche Bundeskanzler da einschalten müßte". Vielmehr sieht er sich in Übereinstimmung mit seinem ehemaligen Kabinettskollegen Friderichs, der auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank Mitte Mai forderte, daß „wir mit dem Problem der Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen aus eigener Kraft fertig werden müßten – möglichst auf

und politischen Gründen nicht genutzt, was die Imperialisten zur Weißglut treibt, zumal sie keinerlei Garantien haben, daß es bei „diesen 11% bleibt". Die bevorstehenden Entscheidungen der OPEC bergen „zumindest Herausforderungen", weswegen sich auf der Wirtschaftskonferenz mit der „Verteilung der Knappheit" auseinandergesetzt werden müsse, heißt es in der bürgerlichen Presse.

Was unter dieser Auseinandersetzung zu verstehen ist, ließ Helmut Schmidt bei seinem Vorbereitungstreffen in Washington letzte Woche über das Nachrichtenmagazin „Time" verbreiten: „Die Ölknappheit und die steigenden Ölpreise bedrohen unser Wirtschaftssystem. Das kann zu Kriegen führen". Und der Bundesverband der Deutschen Industrie erklärte in seinem Jahresbericht 78/79, die Energieversorgung allein durch „umfassend angelegte Aktionsprogramme zu lösen". Kurzfristige Aspekte der gegenwärtigen Energielage, die Kontrolle des Ölmarktes in Rotterdam z.B., wie sie von Frankreich und den USA hervorgehoben werden, erschienen Schmidt denn auch nicht so wichtig, als daß sich „der deutsche Bundeskanzler da einschalten müßte". Vielmehr sieht er sich in Übereinstimmung mit seinem ehemaligen Kabinettskollegen Friderichs, der auf der Hauptversammlung der Dresdner Bank Mitte Mai forderte, daß „wir mit dem Problem der Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen aus eigener Kraft fertig werden müßten – möglichst auf
europäischer Ebene –".

Die USA, heute der größte Ölimporteur der Welt, werden nach Auffassung der EG-Imperialisten den Ausschlag dafür geben, in welchem Umfang es auf dem internationalen Markt zu einen Konkurrenzkampf ums Öl kommt und auf welche Weise dieser ausgetragen werden wird. Die USA importieren nahezu ein Viertel des gesamten im Welthandel verfügbaren Öls von ca. 2500 Mio. Öltonnen. Ihre Einfuhren decken aber nur die Hälfte ihres Gesamtölverbrauchs und ihre Importe sind seit 1970 um über 100% gestiegen, die der EG und Japans um 11%. Die Förderbeschränkung durch die OPEC-Staaten, den Iran und Mexiko, die nur geringen Funde in Alaska und der Nordsee stellen keine Bedarfsdeckung dar. Das Ölhandelspotential, auf das die Imperialisten ihre Fühler ausgestreckt halten, vornehmlich das OPEC-Öl, reicht besonders den EG-Imperialisten nicht, um ihren Bedarf für die nächsten 20 Jahre zu decken. Die EG beansprucht für diesen Zeitraum etwa 75% des gesamten Potentials gegenüber 40 bis 45% heute. Nachhaltig versuchten die EG-Imperialisten auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, die USA zu einer Einfuhrdrosselung zu bewegen und die „Lücke durch Kohle und Erdgas" vorübergehend zu schließen. Das Verfahren sieht eine Drosselung der Einfuhr in den USA auf 6 Mio. Tonnen pro Tag für 1985 vor. Die Steigerung der Kohleförderung in den USA auf 1 Mrd. Tonne im Jahr bedeutet aber nur 3,5% des Primärenergiebedarfs der Imperialisten, weshalb dieser Weg auch nur ein kurzfristiger Aspekt sei.

Neben dem Nordseeöl und den Gas- und Kohlereserven in England, Frankreich und der BRD „stellt die Kernenergie die einzige alternative" Energiequelle dar, die den EG-Imperialisten und Japan zur Verfügung stehen könnte, wenn der politische Widerstand der Volksmassen gebrochen wäre. Die „Verlangsamung der Kernenergieprogramme" ist nach Ansicht der Deutschen BP nur möglich, wenn die Bedarfslücken durch Kohle und Gas gedeckt sind. Die BRD-Imperialisten wiegen sich hier in relativer Sicherheit. Kohle ist ausreichend vorhanden und Erdgas wird ihnen von den Sozialimperialisten in genügenden Mengen gelie-

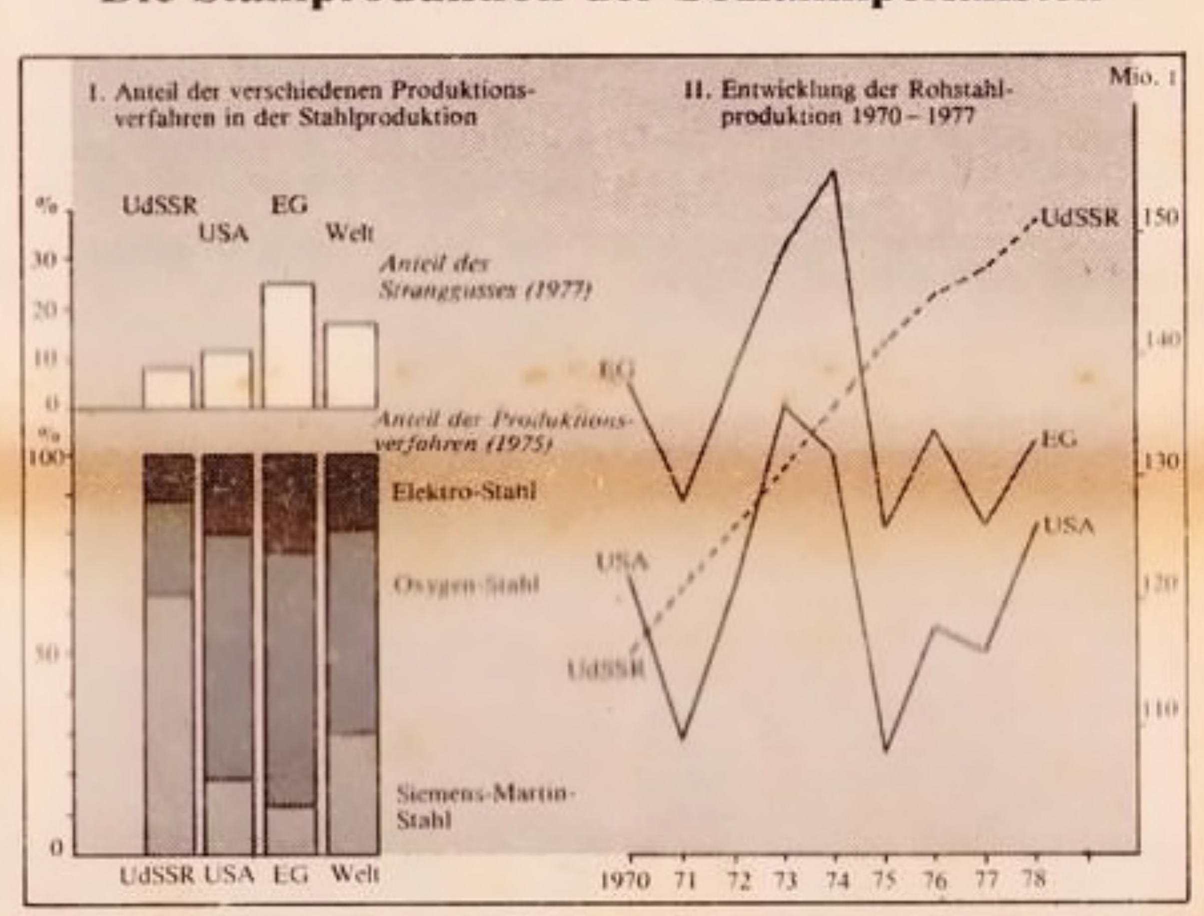
dar. Das Ölhandelspotential, auf das die Imperialisten ihre Fühler ausgestreckt halten, vornehmlich das OPEC-Öl, reicht besonders den EG-Imperialisten nicht, um ihren Bedarf für die nächsten 20 Jahre zu decken. Die EG beansprucht für diesen Zeitraum etwa 75% des gesamten Potentials gegenüber 40 bis 45% heute. Nachhaltig versuchten die EG-Imperialisten auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, die USA zu einer Einfuhrdrosselung zu bewegen und die „Lücke durch Kohle und Erdgas" vorübergehend zu schließen. Das Verfahren sieht eine Drosselung der Einfuhr in den USA auf 6 Mio. Tonnen pro Tag für 1985 vor. Die Steigerung der Kohleförderung in den USA auf 1 Mrd. Tonne im Jahr bedeutet aber nur 3,5% des Primärenergiebedarfs der Imperialisten, weshalb dieser Weg auch nur ein kurzfristiger Aspekt sei.

Neben dem Nordseeöl und den Gas- und Kohlereserven in England, Frankreich und der BRD „stellt die Kernenergie die einzige alternative" Energiequelle dar, die den EG-Imperialisten und Japan zur Verfügung stehen könnte, wenn der politische Widerstand der Volksmassen gebrochen wäre. Die „Verlangsamung der Kernenergieprogramme" ist nach Ansicht der Deutschen BP nur möglich, wenn die Bedarfslücken durch Kohle und Gas gedeckt sind. Die BRD-Imperialisten wiegen sich hier in relativer Sicherheit. Kohle ist ausreichend vorhanden und Erdgas wird ihnen von den Sozialimperialisten in genügenden Mengen gelie-
fert.

Die Bedarfsrechnungen der Imperialisten an Mineralöl in den nächsten 20 Jahren weisen eine Menge von rund 3000 Mio. Öltonnen aus. Diese Menge kann dem Bericht der BP zufolge nur durch die Verdoppelung der Förderkapazitäten in den Ölexportländern verfügbar gemacht werden. Dies ist um so dringlicher, weil davon auszugehen sei, daß die UdSSR in den frühen achtziger Jahren täglich etwa 4 Mio. Tonnen Öl einführen müßte, wodurch die internationale Konkurrenz aufs äußerste verschärft würde, zumal ihre vergangenen Bemühungen, Erdölförderländer unter ihre Abhängigkeit zu bekommen, gescheitert sind.

Entsprechend fordert der BDI die Regierung auf, daß auf der „Wirtschaftskonferenz in Tokio vor allem die politischen und ökonomischen Folgen der politischen Umwälzung im Iran erörtert werden" sollten. Für die Sicherung der „deutschen Interessen" sei allein erfolgversprechend eine Aktionsgemeinschaft innerhalb der EG. Der „Reichtum an Reedereien, Raffinerien und Werken der chemischen Industrie" bilde neben den „traditionell guten Beziehungen zu den Förderländern" die besten Voraussetzungen für eine weitere Energiesicherung. Die Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes der Imperialisten um die Primärenergiequellen ist in vollem Gange. Über die politischen und militärischen Maßnahmen gegenüber der OPEC wollen sie sich auf der Tokioter Konferenz verständigen, das hat Helmut Schmidt bei seinem Besuch in den USA deutlich gemacht, besonders durch seine Bemühungen für das amerikanische Nuklearraketenprogramm.

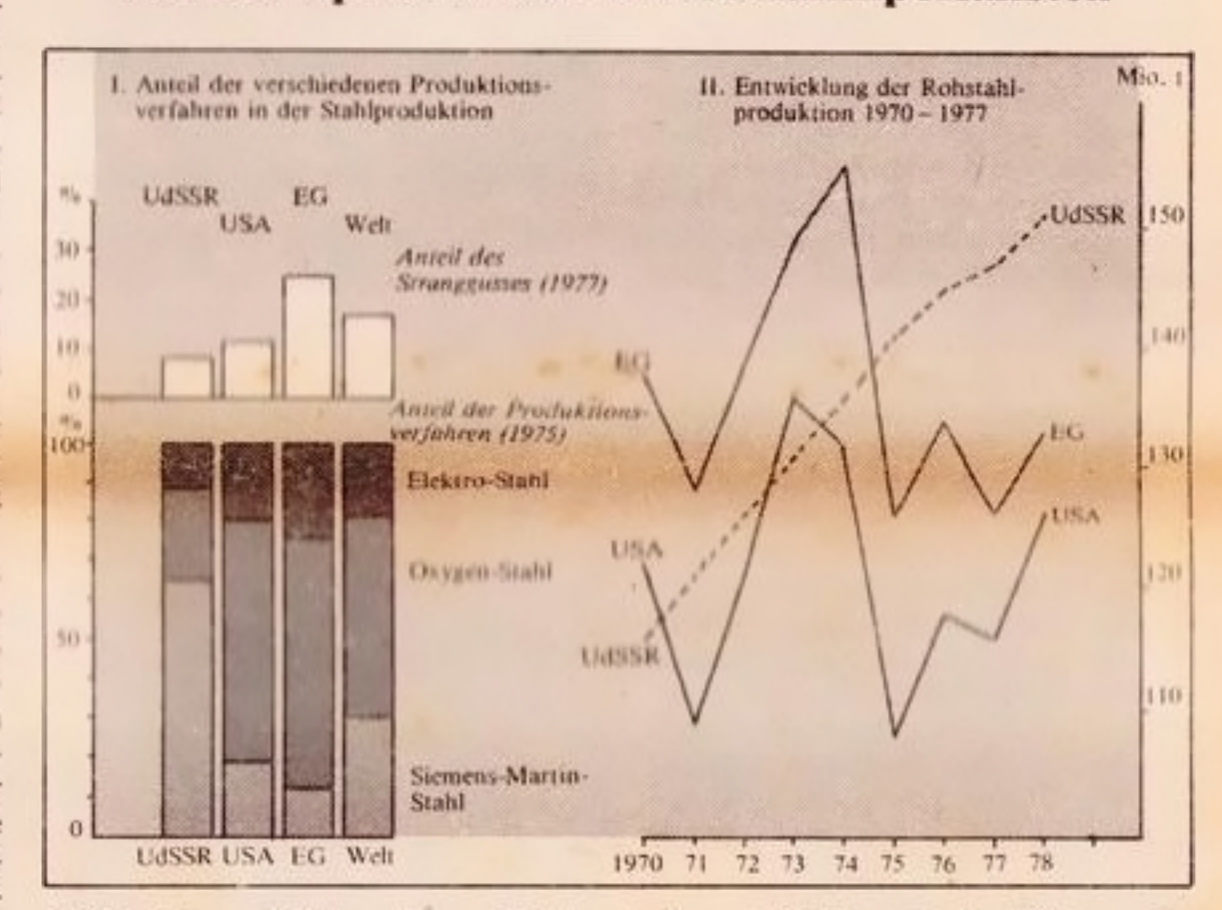
Mehr Tonnen – aber vor allem mehr Profit! Die Stahlproduktion der Sozialimperialisten



Die Sozialimperialisten rühmen sich, heute die erste Stahlmacht der Welt zu sein. Aber es genügt nicht, eine große Masse Rohstahl produzieren zu lassen – Produktion und Verarbeitung müssen eine große Masse *Profit* bringen. Und da hapert es. Die allermeisten Werke arbeiten nach veralteten Produktionsverfahren, die Stillstandszeiten sind häufig und lang. Hier aufzuholen, gerade in den älteren Werken Arbeitskraft, Energie und Rohstoff einzusparen, z.B. durch Ausweitung der Schichtarbeit und Prämienverlust für die Arbeiter bei hohem Energiever-

Regierung auf, daß auf der „Wirtschaftskonferenz in Tokio vor allem die politischen und ökonomischen Fol- USA deutlich gemacht, besonders durch seine Bemühungen für das amerikanische Nuklearraketenprogramm.

Mehr Tonnen – aber vor allem mehr Profit! Die Stahlproduktion der Sozialimperialisten



Die Sozialimperialisten rühmen sich, heute die erste Stahlmacht der Welt zu sein. Aber es genügt nicht, eine große Masse Rohstahl produzieren zu lassen – Produktion und Verarbeitung müssen eine große Masse *Profit* bringen. Und da hapert es. Die allermeisten Werke arbeiten nach veralteten Produktionsverfahren, die Stillstandszeiten sind häufig und lang. Hier aufzuholen, gerade in den älteren Werken Arbeitskraft, Energie und Rohstoff einzusparen, z.B. durch Ausweitung der Schichtarbeit und Prämienverlust für die Arbeiter bei hohem Energiever-
brauch, das sind die Hauptmaßnahmen des Ministers für Schwarzmetallurgie.

Nationale Befreiungsfront in Nicaragua rückt vor

z.acr. Gestützt auf den Generalstreik seit dem 4. Juni rückt die Nationale Befreiungsfront im Norden, Süden und Osten Nicaraguas vor. Mit Standrecht und dem Einsatz von Lähmungsgasen durch die US-ausgebildete Nationalgarde will das Somoza-Regime den Aufstand des Volkes unterdrücken. Somoza droht Costa Rica mit Krieg, wenn die Befreiungsfront weiter von dort aus operiere. Costa Rica und Mexiko haben die Beziehungen zum Somoza-Regime abgebrochen. Venezuela kündigt die Unterstützung Costa Ricas an, falls Somoza seine Drohung wahrmacht. In Panama werden Kämpfer der Befreiungsfront ausgebildet. Somoza hofft auf mehr Unterstützung aus Guatemala und El Salvador. Die US-Imperialisten manövrieren. Während sie Somoza weiter Waffen liefern, lassen sie verlauten, „demokratische Wahlen" seien die Lösung der „Krise".

Andenpaktländer fördern gegenseitigen Handel

z.lik. Am 28. Mai fand in Kolumbien die Gipfelkonferenz des Andenpakts statt in einer Lage, wo die Einmischungsversuche der US- und EG-Imperialisten in Lateinamerika zunehmen. Nach der kürzlichen Reise Schmidts hat jetzt auch Giscard d'Estaing die „Bereitschaft" der EG zur „Zusammenarbeit" mit dem Andenpakt betont. An die Stelle des ungleichen Tauschs mit den imperialistischen Räubern setzen die Andenpaktländer ihre Zusammenarbeit. So hat sich das Außenhandelsvolumen von 1969 bis 1977 insgesamt vervierfacht. In demselben Zeitraum ist die Industriegüterproduktion gestiegen: in Peru z.B. von 18,7 auf 21,9% des Bruttosozialprodukts. Die Exporte Perus in Andenpaktländer haben seit 1970 jährlich um 20% zugenommen, die Importe um 28%.

Panama: Lohnerhöhungen und Preisstopp für Nahrungsmittel

z.doj. Panamas Regierung hat Lohnerhöhungen ab 1. Juni 1979 beschlossen für alle Arbeiter, die weniger als 300 Balboas (150 DM) verdienen. Angesichts der steigenden Inflation soll ab 1. August ein höherer Mindestlohn gelten und wurde für die wichtigsten Nahrungsmittel Preisstopp beschlossen.

lassen sie verlauten, „demokratische Wahlen" seien die Lösung der „Krise".

Andenpaktländer fördern gegenseitigen Handel

z.lik. Am 28. Mai fand in Kolumbien die Gipfelkonferenz des Andenpakts statt in einer Lage, wo die Einmischungsversuche der US- und EG-Imperialisten in Lateinamerika zunehmen. Nach der kürzlichen Reise Schmidts hat jetzt auch Giscard d'Estaing die „Bereitschaft" der EG zur „Zusammenarbeit" mit dem Andenpakt betont. An die Stelle des ungleichen Tauschs mit den imperialistischen Räubern setzen die Andenpaktländer ihre Zusammenarbeit. So hat sich das Außenhandelsvolumen von 1969 bis 1977 insgesamt vervierfacht. In demselben Zeitraum ist die Industriegüterproduktion gestiegen: in Peru z.B. von 18,7 auf 21,9% des Bruttosozialprodukts. Die Exporte Perus in Andenpaktländer haben seit 1970 jährlich um 20% zugenommen, die Importe um 28%.

Panama: Lohnerhöhungen und Preisstopp für Nahrungsmittel

z.doj. Panamas Regierung hat Lohnerhöhungen ab 1. Juni 1979 beschlossen für alle Arbeiter, die weniger als 300 Balboas (150 DM) verdienen. Angesichts der steigenden Inflation soll ab 1. August ein höherer Mindestlohn gelten und wurde für die wichtigsten Nahrungsmittel Preisstopp beschlossen.
Zur Sicherung der Versorgung des Volkes wird der Anbau von Grundnahrungsmitteln gefördert. Die landwirtschaftliche Erzeugung und der Fischfang konnten 1978 gesteigert werden, die Erweiterung der Fischzonen von jetzt 37,6 ha ist geplant. Die Regierung Roya hat gegen die USA eine stufenweise Nationalisierung der Kanalzone ab 1. Oktober 1979 durchgesetzt. Die USA beharren weiterhin auf der jederzeitigen militärischen Verfügung über den Kanal, während das panamaische Volk den Kampf um die ganze Kanalzone führt.

BRD-Imperialisten wollen nach Kuba

z.elf. Der kubanische Außenminister Malmierca ist von der Bundesregierung eingeladen worden. Kuba, seit 1972 Teil des Comecon, hat gegenüber der Sowjetunion Schulden zwischen 6 und 7 Mrd. Dollar, 1986 müßte es mit der Rückzahlung beginnen und diese binnen 25 Jahren abschließen. 1977 betrug der sowjetische Anteil am kubanischen Außenhandel 60%, die Sozialimperialisten haben Kuba gezwungen, 100% ihres Erdöls aus der Sowjetunion zu kaufen. In der Vorbereitung der Blockfreienkonferenz in Havanna kämpfen die blockfreien Staaten um eine Loslösung Kubas von der Sowjetunion. Der BRD-Imperialismus, bisher nur mit etwa 1% am Außenhandel Kubas beteiligt, versucht, unter diesem Deckmantel einzusteigen. Deshalb hat die Bundesregierung schon zu Beginn des Jahres 500000 alte Patente, für die BRD-Kapitalisten wertlos, an Kuba verschenkt.

Keineswegs sicher, daß Kennedy diesen Plan überlebt

USA: Plan für umfassende Krankenversicherung, Lohnsenkung und Überarbeit im Gesundheitswesen

z.mif. In dem Saal, in dem seine früh verstorbenen Brüder ihre Präsidentenkandidaturen bekanntgaben, hat Kennedy, Edward, Mitte Mai seinen Plan für umfassende Krankenversicherung vorgelegt. Nächstes Jahr sind Wahlen in den USA. Sein Plan besteht darin, die drängende Frage der Krankenversicherung, ein großes Problem der amerikanischen Arbeiterklasse, aufzugreifen und über die nächsten zwei, drei Jahre daraus ein gewaltiges Werkzeug der Spaltung und Lohnsenkung zu schmieden.

Die amerikanische Arbeiterbewegung hat eine obligatorische Krankenversicherung nie erkämpfen können. Es gibt eintausend private Versicherungen, die fast alle nicht die vollen Krankheitskosten tragen. Etwa 20 Millionen sind überhaupt nicht krankenversichert; etwa ebensoviele mußten im letzten Jahr Ausgaben für Gesundheitsversorgung in Höhe von 15 Prozent ihres Bruttoeinkommens in bar zahlen. Die gewaltig steigenden Aufwendungen für Krankenversicherung und Krankheitskosten sind ein wesentlicher Faktor in den Lohnkämpfen der letzten Monate. Gleichzeitig streikten Anfang Mai in Kalifornien 1600 Beschäftigte der Krankenhäuser für 15% Lohnerhöhung und höhere Rentenzahlung; am 1. Mai demonstrierten 7500 in New York gegen die beabsichtigte Schließung mehrerer städtischer Krankenhäuser. Die amerikanische Arbeiterbewegung befindet sich in der Auseinandersetzung darüber, wer die Kosten für das Gesundheitswesen zu tragen hat und wer die Kontrolle darüber ausüben soll. Daß die Arbeiter die hochschnellenden Versicherungsprämien nicht zahlen können, ist Erfahrung.

Kennedy hofft, mit folgendem Plan einsteigen und die Arbeiterbewegung täuschen zu können: Versicherung aller Lohnabhängigen bei privaten Krankenversicherungen, Beitragshöhe je nach Lohnhöhe bis zu 800 Dollar pro Jahr und Person; Zahlung von bis zu 35% der Beiträge durch die Versicherer; Beitragszahlung für Arme und Rentner durch den Staat; Verhandlung der Versicherungen auf der Ebene der Einzelstaaten mit den Krankenhausträgern und der Ärzteschaft über die Preise; Festsetzung von nicht überschreitbaren Haushaltsplänen für die Krankenhäuser. Erstens Senkung der Kosten im Gesundheitswesen solle dabei in wenigen Jahren erzielt sein, zweitens bessere Gesundheitsversorgung.

Es gibt Beispiele. Führend in der Kostendämpfung sind sogenannte „Organisationen der Gesundhaltung" wie etwa in Kalifornien der Kaiser Health Plan: für eine dreiköpfige Familie wird umfassende Krankenversicherung für nur 92,58 Dollar im Monat angeboten. Die Ärzte sind Angestellte von Kaiser und beziehen ein festes Gehalt unabhängig von ihren Leistungen. „Von überflüssigen Leistungen und Überbeanspruchung von Einrichtungen wird abgehalten" (Newsweek 28.5.79). Die Krankenhausaufenthalte der so Versicherten sind gegenüber dem Durchschnitt auf die Hälfte gedrückt. Ohnehin ist der US-Imperialismus führend in der Senkung der Aufenthaltsdauer im Krankenhaus. Sie lag im Durchschnitt 1950 bei 10,6 Tagen, 1975 bei 8,6 (BRD 1975: 16,7 Tage). Je kürzer die Verweildauer, desto unerträglicher die Überarbeit der Krankenhausbeschäftigten und desto rascher die Auslaugung der Arbeitskraft der Arbeiter. Wird Kennedy das erleben?

Streiks im Einzelhandel



2000 Beschäftigte im Einzelhandel demonstrierten Ende letzter Woche in Hannover gegen die Kaufhauskapitalisten. Insgesamt in 26 Kaufhäusern Niedersachsens führten 9000 Beschäftigte Warnstreiks durch. Die Gewerkschaft HBV erklärte auf einer Protestversammlung: „Kein Abschluß unter 100 DM!"

Zumutung einstimmig beschlossen

Das 5. Arbeitsförderungsgesetz und seine Seligsprechung im ZDF

z.ind. Am 1.6. hat der Bundestag bei nur einer Gegenstimme die 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz beschlossen. Noch am selben Abend rühmt das ZDF die angeblich gegenüber dem Gesetzentwurf entschärfte Fassung: „Neue Chancen für Arbeitslose ab 1. August ... Damit werden vor allem für sogenannte Problemgruppen, also ältere Arbeitnehmer, langfristig Arbeitslose, Behinderte ... Möglichkeiten für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß geschaffen. Eine bessere berufliche Bildung ist in dem Gesetz ebenso vorgesehen wie eine intensivere Vermittlung und Beratung." Man muß wissen, daß die Bourgeoisie 76,4% aller Arbeitslosen in solche Problemgruppen einstuft, und für die Einstellung solcher Arbeitslosen stellt die Bundesanstalt für Arbeit den Kapitalisten Millionen zur Verfügung, das AFG allein ist mit 306 Mio. veranschlagt. Mit dem § 15 des AFG ist festgelegt, daß der Arbeitslose jetzt mindestens alle 3 Monate zur Beratung geladen werden soll, und ist dann die „Teilnahme an einer Maßnahme zur beruflichen Bildung oder an einer Maßnahme zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten zur beruflichen Eingliederung notwendig, hat sie (die BfA) den Arbeitslosen zur Teilnahme aufzufordern." Die Meldepflicht kann auf tägliches Erscheinen ausgedehnt werden. Für die Bourgeoisie stellt sich das Problem folgendermaßen: „Der Präsident des deutschen Handwerks Paul Schnitker hat jetzt den Arbeitskräftemangel als ‚entscheidende Wachstumsbremse' bezeichnet. In fast 500000 Handwerksbetrieben mit 4,1 Mio. Beschäftigten könnten sofort 150000 bis 200000 Arbeitskräfte neu eingestellt werden. Zuviele ungelernte Arbeitskräfte seien aber nicht bereit, bei Wind und Wetter zu arbeiten und sich schmutzig zu machen". (Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.6.). Entsprechend dem Bedarf der Kapitalisten an billiger und flexibler Arbeitskraft soll die Tätigkeit der Arbeitsämter geändert werden, es sollen „die Berufe festgestellt werden, in denen ein Mangel an Arbeitskräften besteht ... und diesem Mangel entgegen gewirkt werden, das Angebot an Bildungsmaßnahmen ... bedarfsgerecht gestaltet und die Bildungsbereitschaft der Arbeitnehmer gesteigert werden" (§ 191).

In Vorbereitung des Gesetzes hat das Ehrenberg-Ministerium lange vorher Drohungen gegenüber der Arbeiterklasse ausgestoßen, daß ihnen künftig einiges mehr zur neuen Arbeitsaufnahme zugemutet werden kann. Glaubt man den ZDF-Nachrichten, soll jetzt eine große Entspannung eingetreten sein. „Grundsätzlich gilt, dem Arbeitslosen soll nicht mehr zugemutet werden können als dem Berufstätigen, aber auch nicht weniger. Einige Beispiele: Einem Angestellten, der in einem Büro Lohnbuchhalter war, ist künftig ein Wechsel im Zweig der Versicherung zumutbar. D.h. konkret, er muß bereit sein, nun z.B. als Arbeiter in einer Gaststätte Abrechnungen zu machen. Oder der Diplomingenieur, der arbeitslos wurde, er muß bereit sein, auch als Ingenieur z.B. auf einer Baustelle zu arbeiten. Allerdings kommt ein Einsatz als Hilfsarbeiter dort nicht in Frage. In der Lohntüte kann das alles bis zu 10% weniger ausmachen. Zumutbar ist auch das Wochenendpendeln für einen Ledigen, der niemanden zu versorgen hat. Sein neuer Arbeitsplatz kann wesentlich weiter weg liegen als der bisherige. Für einen Familienvater mit 3 kleinen Kindern soll das jedoch nicht gelten. Wer bisher immer zu einer ganz bestimmten Tageszeit und ohne Schichteinsatz gearbeitet hat, muß auch einen neuen Arbeitsplatz mit Schichtdienst und möglicherweise Nachtarbeit akzeptieren." In der Tat ist in dem Gesetz keinerlei Schranke für die Zumutungen zu finden. Es finden sich lediglich vage Ergänzungen gegenüber dem Entwurf: es sollen „berücksichtigt werden" einerseits die „beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen", andererseits die „familiären" und persönlichen „Verhältnisse", und wer berücksichtigt, ist das Arbeitsamt. Man kann sicher sein, daß die Dienstaufsicht die Bestimmungen gewissenhaft zumutet. Die Bundestagsabgeordneten haben auch alle Bedenken ausgeräumt und sind einhellig der Meinung, wie der FDP-Abgeordnete Cronenberg, „niemand kann verlangen, daß ein Familienvater aus dem Bayrischen Wald, der als Bauarbeiter in München arbeitet, Beiträge zahlt, damit ein junger Mann aus dem Nachbarort, der nicht bereit ist auswärts zu arbeiten, Arbeitslosengeld bekommt."

Die passende Ergänzung zum AFG ist das von der Bundesregierung am 18.5. beschlossene „arbeitsmarktpolitische Schwerpunktprogramm für Problemregionen", 500 Mio. DM werden den Kapitalisten damit zur Verfügung gestellt. Unter Problemregionen sind dabei Gebiete gefaßt, in denen die Arbeitslosigkeit höher als 6% ist. Für Umschulungen und Einstellung von ungelernten oder längerfristig Arbeitslosen werden den Kapitalisten 90% der Lohnkosten erstattet. Vorgesehen sind eine Reihe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor allem für Frauen, in den „sozialen Diensten", im „Umweltschutz" und in der „Verbesserung des Wohnumfeldes der Problemregion", hierbei sparen die Kapitalisten 80-100% der Lohnkosten. Am 1.8. tritt das neue AFG in Kraft.

z.kls. **Für den Mai '79 gibt die Bundesanstalt für Arbeit 775117 Arbeitslose an.** Auf das ganze Jahr wird mit durchschnittlich 920000 gerechnet, das wären 73000 weniger als 1978. Laut Statistik der Bundesanstalt fällt die Zahl der Arbeitslosen seit 1975 stetig, wo 1074000 Arbeitslose vermerkt sind. In dieser Statistik werden nur diejenigen erfaßt, die sich auf dem Arbeitsamt arbeitslos melden. Nicht erfaßt oder gestrichen werden die Arbeiter, die eine Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung machen müssen, eine Umschulung oder Weiterbildung machen und vorher arbeitslos waren. Weiter sind nicht erfaßt: die älteren Arbeiter, die kurz vor dem Rentenanspruch vom Kapitalisten entlassen wurden und noch einen

Tsd.
1800 – 1500 – 1000 – 500 – 100
1973 74 75 76 77 78 79
Zahl der arbeitslosen Arbeiter (errechnet)
gemeldete Arbeitslose Bundesanstalt für Arbeit (1979: Prognose)

Jahr	Stille Reserve insges.	Deutsche Arbeiter in Tausend	Ausländ. Arbeiter
1971	92	92	–
1972	147	147	–
1973	156	156	–
1974	206	170	36
1975	480	324	156
1976	561	380	181
1977	609	440	169
1978	642	474	168

Angaben für 1977 vorläufig, für 1978 geschätzt.

Industrielle Reservearmee errechnet aus: gemeldete Arbeitslose, „Stille Reserve", Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen, Umschulungs- und Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose. (Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit)

Abschlag bis zur Rente bekommen, und die Arbeiter, die zwar Arbeit suchen, jedoch nicht arbeitslos gemeldet sind, teils, weil sie als Dauerarbeitslose kein Geld mehr vom Arbeitsamt kriegen, teils weil sie keinen Anspruch anmelden können und auch nicht vermittelt werden. Die Kapitalisten bezeichnen diese Teile der Arbeiterklasse als „Stille Reserve" und als solche wird sie auch in manchen Statistiken geführt. Rechnet man diese nicht erfaßten arbeitslosen Arbeiter zu den gemeldeten hinzu, erhält man das Gegenteil von dem, was Stingl behauptet, den stetigen Anstieg und das annähernd tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit. – Von den 775117 gemeldeten Arbeitslosen im Mai '79 bezogen lediglich 391413 Arbeitslosengeld und 137453 Arbeitslosenhilfe. Von Januar bis Mai '79 hat es insgesamt 1262438 Zugänge an Arbeitslosen gegeben, vermittelt worden sind 885779 Arbeiter.

USA: neue Interkontinentalraketen beschlossen

z.jük. US-Präsident Carter hat am Freitag dem Bau des MX-Interkontinentalraketensystems als Serie zugestimmt, Kosten: 30 Mrd. Dollar. Rascher wird damit SALT II und die anstehenden Wiener Verhandlungen der beiden Supermächte als Abrüstungsschwindel ersichtlich. Praktisch hat, noch bevor Carter und Breschnew ihre Unterschrift unter das SALT-II-Abkommen setzen, eine neue Runde des nuklearen Wettrüstens der beiden Supermächte begonnen. Gegenwärtig wird an SALT II noch „gefeilt", heißt es, einige „technische Details" seien noch unstimmig. Von Abrüstung kann bei dem ganzen Machwerk keine Rede sein. (Vergleiche auch KVZ Nr. 21, Seite 11). Die Vereinbarungen über zeitweilige Höchstgrenzen in der nuklearen strategischen Aufrüstung der beiden Supermächte ermöglichen die Freisetzung von Mitteln für die Aufrüstung mit konventionellen Waffen. Zum anderen ermöglicht es die Verbesserung der Qualität der nuklearen Rüstung und ihrer Träger, vornehmlich der Raketenwaffen. Alte Raketen können durch neue ersetzt werden, so daß praktisch sowieso nach Ablauf des Abkommens 1985 beide Supermächte mit besseren Raketenwaffen dastehen werden. Carter hat das jetzt ja zügig eingeleitet. Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren erhebliche Anstren-

stücken. Die Reichweite ist 7000 km, so daß von See Ziele in den USA gut getroffen werden können. Die Treffsicherheit dieser Raketen ist erheblich gesteigert worden. Durchschnittliche Abweichungen vom Zielpunkt betragen 400-500 m, was nicht allzu viel ist.

Die Antwort der US-Imperialisten auf diese Entwicklung war schon vor längerer Zeit die Erprobung einer neuen Fernrakete MX (Missile Experimental). Diese Rakete verfügt über eine den sowjetischen Raketen vergleichbare Treffsicherheit und Zerstörfähigkeit. Der Vorteil dieser Rakete ist, daß sie mit mobilen Abschußbasen ausgerüstet ist. Die in den USA stationierten Fernraketen sind in feststehenden Basen montiert und entsprechend leichter durch Raketenbeschuß der Sozialimperialisten zerstörbar. Die MX wird auf eine im Radius von 36 km verlegten Trasse montiert, die entweder unterirdisch oder im Graben verläuft. Die Rakete wird auf dieser Trasse ständig hin und her pendeln und ist somit erheblich schwerer durch Überraschungsangriffe zu vernichten.

Seit Bekanntwerden des SALT-II-Abkommens gab es in den USA heftigen Streit zwischen Vertretern des Se-

reich fürchten die US-Bourgeoisvertreter, daß das Abkommen zum Nachteil des US-Imperialismus ausgehen könnte. Demgegenüber verwies die Carter-Administration auf das überlegene ökonomische Potential der USA, auf die politischen Verbindungen und militärischen Stützpunkte in Europa und der Welt und die Tatsache, daß es ja immerhin möglich sei, die Nuklearträgerwaffen weiter zu entwickeln. Das ist auch jetzt beschlossen. Die US-Imperialisten wollen das Gipfeltreffen in Wien zu einer ständigen jährlichen Einrichtung machen und auch den Themenkreis ausdehnen. Die Sozialimperialisten haben bisher angekündigt, daß sie eine Ausdehnung der Themen nicht wünschen. Für weitere „Abrüstungsverhandlungen" wären sie schon. Es soll ein großer Schleier über die Tatsache gehängt werden, daß das Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft die Quelle des Wettrüstens ist, welches die Völker bedroht. Das gelingt aber immer weniger.





das Problem folgendermaßen: „Der Präsident des deutschen Handwerks Paul Schnitker hat jetzt den Arbeitskräftemangel als ‚entscheidende

losen soll nicht mehr zugemutet werden können als dem Berufstätigen, aber auch nicht weniger. Einige Beispiele: Einem Angestellten, der in ei-

Fähigkeiten des Arbeitslosen", andererseits die „familiären" und persönlichen „Verhältnisse", und wer berücksichtigt, ist das Arbeitsamt. Man kann

des Wohnumfeldes der Problemregion", hierbei sparen die Kapitalisten 80-100% der Lohnkosten. Am 1.8. tritt das neue AFG in Kraft.

Jahr	Stille Reserve insges.	Deutsche Arbeiter in Tausend	Ausländ. Arbeiter
1971	92	92	–
1972	147	147	–
1973	156	156	–
1974	206	170	36
1975	480	324	156
1976	561	380	181
1977	609	440	169
1978	642	474	168

Angaben für 1977 vorläufig, für 1978 geschätzt.

Industrielle Reservearmee errechnet aus: gemeldete Arbeitslose, „Stille Reserve", Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen, Umschulungs- und Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose. (Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit)

USA: neue Interkontinentalraketen beschlossen

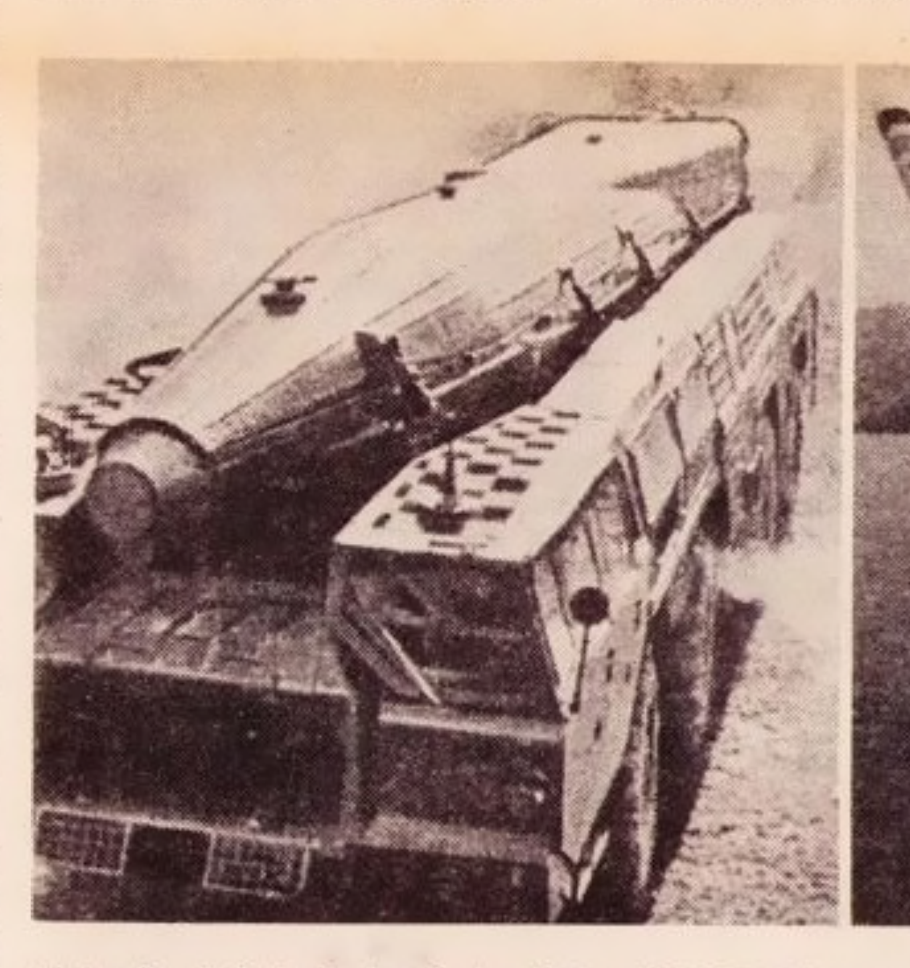
z.jük. US-Präsident Carter hat am Freitag dem Bau des MX-Interkontinentalraketensystems als Serie zugestimmt, Kosten: 30 Mrd. Dollar. Rascher wird damit SALT II und die anstehenden Wiener Verhandlungen der beiden Supermächte als Abrüstungsschwindel ersichtlich. Praktisch hat, noch bevor Carter und Breschnew ihre Unterschrift unter das SALT-II-Abkommen setzen, eine neue Runde des nuklearen Wettrüstens der beiden Supermächte begonnen. Gegenwärtig wird an SALT II noch „gefeilt", heißt es, einige „technische Details" seien noch unstimmig. Von Abrüstung kann bei dem ganzen Machwerk keine Rede sein. (Vergleiche auch KVZ Nr. 21, Seite 11). Die Vereinbarungen über zeitweilige Höchstgrenzen in der nuklearen strategischen Aufrüstung der beiden Supermächte ermöglichen die Freisetzung von Mitteln für die Aufrüstung mit konventionellen Waffen. Zum anderen ermöglicht es die Verbesserung der Qualität der nuklearen Rüstung und ihrer Träger, vornehmlich der Raketenwaffen. Alte Raketen können durch neue ersetzt werden, so daß praktisch sowieso nach Ablauf des Abkommens 1985 beide Supermächte mit besseren Raketenwaffen dastehen werden. Carter hat das jetzt ja zügig eingeleitet. Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren erhebliche Anstren-gungen unternommen, Raketen mit atomaren Sprengköpfen weiterzuentwickeln. Sie sollen ermöglichen, die US-Interkontinentalraketenstützpunkte in den USA wirksam zu treffen und praktisch mit einem Schlag weitgehend zu zerstören. Mit der Entwicklung der SS NX 18 ist die Sowjetunion gegenwärtig dabei, auch U-Boote zu be-

stücken. Die Reichweite ist 7000 km, so daß von See Ziele in den USA gut getroffen werden können. Die Treffsicherheit dieser Raketen ist erheblich gesteigert worden. Durchschnittliche Abweichungen vom Zielpunkt betragen 400-500 m, was nicht allzu viel ist.

Die Antwort der US-Imperialisten auf diese Entwicklung war schon vor längerer Zeit die Erprobung einer neuen Fernrakete MX (Missile Experimental). Diese Rakete verfügt über eine den sowjetischen Raketen vergleichbare Treffsicherheit und Zerstörfähigkeit. Der Vorteil dieser Rakete ist, daß sie mit mobilen Abschußbasen ausgerüstet ist. Die in den USA stationierten Fernraketen sind in feststehenden Basen montiert und entsprechend leichter durch Raketenbeschuß der Sozialimperialisten zerstörbar. Die MX wird auf eine im Radius von 36 km verlegten Trasse montiert, die entweder unterirdisch oder im Graben verläuft. Die Rakete wird auf dieser Trasse ständig hin und her pendeln und ist somit erheblich schwerer durch Überraschungsangriffe zu vernichten.

Seit Bekanntwerden des SALT-II-Abkommens gab es in den USA heftigen Streit zwischen Vertretern des Se-nats und der Carter-Administration, der auch jetzt noch nicht beendet ist. Der Senat muß das Abkommen ratifizieren. Vertreter des Senats kritisieren das Abkommen als unzureichend. Angesichts der wachsenden Militärkonzentration der Sozialimperialisten in Osteuropa und der Entwicklung ihrer Nuklearwaffen im Mittelstreckenbe-

reich fürchten die US-Bourgeoisvertreter, daß das Abkommen zum Nachteil des US-Imperialismus ausgehen könnte. Demgegenüber verwies die Carter-Administration auf das überlegene ökonomische Potential der USA, auf die politischen Verbindungen und militärischen Stützpunkte in Europa und der Welt und die Tatsache, daß es ja immerhin möglich sei, die Nuklearträgerwaffen weiter zu entwickeln. Das ist auch jetzt beschlossen. Die US-Imperialisten wollen das Gipfeltreffen in Wien zu einer ständigen jährlichen Einrichtung machen und auch den Themenkreis ausdehnen. Die Sozialimperialisten haben bisher angekündigt, daß sie eine Ausdehnung der Themen nicht wünschen. Für weitere „Abrüstungsverhandlungen" wären sie schon. Es soll ein großer Schleier über die Tatsache gehängt werden, daß das Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft die Quelle des Wettrüstens ist, welches die Völker bedroht. Das gelingt aber immer weniger.



Links: Sowjetische Boden-Boden-Rakete SS-12 Scaleboard für die Bekämpfung von Zielen in „operativer Tiefe" (ca. 800 km), rechts: US-Cruise missiles.

Abschlag bis zur Rente bekommen, und die Arbeiter, die zwar Arbeit suchen, jedoch nicht arbeitslos gemeldet sind, teils, weil sie als Dauerarbeitslose kein Geld mehr vom Arbeitsamt kriegen, teils weil sie keinen Anspruch anmelden können und auch nicht vermittelt werden. Die Kapitalisten bezeichnen diese Teile der Arbeiterklasse als „Stille Reserve" und als solche wird sie auch in manchen Statistiken geführt. Rechnet man diese nicht erfaßten arbeitslosen Arbeiter zu den gemeldeten hinzu, erhält man das Gegenteil von dem, was Stingl behauptet, den stetigen Anstieg und das annähernd tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit. – Von den 775117 gemeldeten Arbeitslosen im Mai '79 bezogen lediglich 391413 Arbeitslosengeld und 137453 Arbeitslosenhilfe. Von Januar bis Mai '79 hat es insgesamt 1262438 Zugänge an Arbeitslosen gegeben, vermittelt worden sind 885779 Arbeiter.

Über das Arbeitsamt werden die Arbeiter nach den Bedürfnissen des Kapitals hin- und hergeschoben, oder für bestimmte Zeit in Reserve gehalten. Die Kapitalisten wollen über die ständige Umwälzung den Lohn insgesamt drücken und die Ausbeutung verschärfen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 730231, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Wojtyla in Polen. Sind die Bastionen reif zum Sturm?

z.scc. Vielleicht, beschwor zu Beginn der Polenreise der zweite Johannes Paul seine Mission, habe es der Heilige Geist so gefügt, „daß dieser polnische, dieser slawische Papst gerade jetzt die geistige Einheit des christlichen Europa sichtbar macht."

Ganz sicher hat sich die Katholische Kirche dabei nicht auf den Heiligen Geist verlassen, sondern mit Schläue und Umsicht Masche für Masche des Netzes gestrickt, um es erneut über die Völker Osteuropas auszuwerfen.

Bereits die Wahl des ersten Johannes Paul, des Venezianers Luciani, hatte ihre verstärkte Hinwendung gen Osten signalisiert. Wie sich's dann fügte, daß diesen die Wucht der Kirchengeschäfte erschlug, was lag näher, als den Nägeln gleich den richtigen Kopf aufzusetzen? Der Pole Wojtyla, Erzbischof von Krakow, ist – in ihrer zufriedenen Bescheidenheit verhehlen sie's nicht – die Wahl besonders der deutschen Bischöfe. Nach dem „unglücklichen Hadrian VI. von Utrecht", applaudierte dann auch die „Frankfurter Allgemeine", „endlich wieder ein Papst aus dem Umfeld des deutschen Kulturkreises"! Und ganz im Geiste der „Einheit der Christenheit" verstand auch die Evangelische Kirche richtig „die Papstwahl als eine Aufforderung, Europa nicht an der Elbe enden zu lassen".

Was da „an der Elbe endet", ist natürlich nicht Europa; was hier endet, ist der europäische Einflußbereich der westlichen Imperialisten und mit ihm der uneingeschränkte Machtbereich der Katholischen Kirche. So wenig wie die Imperialisten hat auch sie sich mit dieser Beschneidung ihres Einflußgebietes abgefunden. Nachdem die Machtübernahme der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion und der Sieg des Revisionismus in den meisten Volksdemokratien den von Johannes XXIII. eingeschlagenen Weg des Überlebens (s. **Kommunismus und Klassenkampf 6/79, Populorum Progressio – Kann Wojtyla die Politik Montinis fortsetzen?**) bestätigt hatte, gilt's ihr nun, verlorenes Terrain zurück- und neues hinzuzugewinnen.

„Aus der Erinnerung des christlichen Abendlandes soll neuer Mut wachsen", hatte, ganz unmittelbar vor der Wahl Wojtylas, der 85. Deutsche Katholikentag befunden. Für die, die sich nicht direkt erinnern, sei hinzugefügt, daß die Geschichte des „Christlichen Abendlandes" – welches für jeden aufrechten deutschen Geschichtsprofessor wie Gottesmann seit jeher die „höchste Stufe der Menschheitsentwicklung" – die Geschichte des

Was da „an der Elbe endet", ist natürlich nicht Europa; was hier endet, ist der europäische Einflußbereich der westlichen Imperialisten und mit ihm der uneingeschränkte Machtbereich der Katholischen Kirche. So wenig wie die Imperialisten hat auch sie sich mit dieser Beschneidung ihres Einflußgebietes abgefunden. Nachdem die Machtübernahme der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion und der Sieg des Revisionismus in den meisten Volksdemokratien den von Johannes XXIII. eingeschlagenen Weg des Überlebens (s. Kommunismus und Klassenkampf 6/79, Populorum Progressio – Kann Wojtyla die Politik Montinis fortsetzen?) bestätigt hatte, gilt's ihr nun, verlorenes Terrain zurück- und neues hinzuzugewinnen.

„Aus der Erinnerung des christlichen Abendlandes soll neuer Mut wachsen", hatte, ganz unmittelbar vor der Wahl Wojtylas, der 85. Deutsche Katholikentag befunden. Für die, die sich nicht direkt erinnern, sei hinzugefügt, daß die Geschichte des „Christlichen Abendlandes" – welches für jeden aufrechten deutschen Geschichtsprofessor wie Gottesmann seit jeher die „höchste Stufe der Menschheitsentwicklung" – die Geschichte des deutschen Landraubs und der Kolonialisierung des Ostens ist: Eingeläutet wurde es durch die Sachsenkriege Karls, den die bürgerlichen Geschichtsschreiber darob bis heute den Großen nennen; seine Blütezeit erreichte es in den blutigen Kreuzzügen der deutschen Kaiser gegen die slawischen Völker im 12. und 13. Jahrhundert.

Nur Mut! Sind die Bastionen reif zum erneuten Sturm? Wer könnte das besser austesten, besser vorantreiben als eben „dieser polnische, dieser slawische Papst"? Ohne „Versöhnung" – klassenversöhnlerische „Bewältigung" der Erfahrungen jahrhundertelanger Unterdrückung der slawischen Völker – keine „geistige Einheit des christlichen Europa". Wem paßt das Gewand des „Versöhners" besser als Wojtyla, dem „Slawe(n) und Sohn der polnischen Nation. . ., (der) kommt, um vor der ganzen Kirche, vor Europa und der Welt über diese (slawischen) Nationen und Volksgruppen zu reden, die man so oft vergessen hat"?

„Redemptor hominis", „Erlöser des Menschen" – noch ist Polen nicht verloren – hat Wojtyla seine erste Enzyklika genannt. Sie handelt von den höchsten „abendländischen Werten", den Menschenrechten. Der Dreh ist nicht neu, aber schlau.

Die Zahl der Bauern ist in Polen wie bei den anderen slawischen Völkern nach wie vor hoch. In Polen sind 5,2 Millionen in der Landwirtschaft tätig. Die meisten von ihnen sind kleine Privatproduzenten, die mit großer Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, mit Überarbeit für ein elendes Dasein die Niederlage der Arbeiterklasse bezahlen müssen. Die Politik der Revisionisten, die die gesellschaftlichen Widersprüche nur durch Unterdrückung „lösen" können, treibt die Bauern in die weit geöffneten Arme der Katholischen Kirche. Unter den Bauernmassen hat sie ihre Basis, die Bauernmassen mobilisiert sie. Nicht zufällig hat Wojtyla, der selbst aus bäuerlichen Verhältnissen stammt, was er immer wieder geschickt und „populär" ins Spiel bringt, wenn er etwa alte Bauernlieder anstimmt, weniger in Warszawa, sondern erst in Czestochowa und dann im Gebirgsdorf Nowy Targ „sein" Publikum gehabt. Nicht in Warszawa, in Czestochowa hat er auch seinen Vorstoß für die Menschenrechte angesetzt.

„Die Menschenrechtserklärung (der UNO)", heißt es in „Redemptor hominis", „sollte auch eine solche Grundlage für eine solche ständige Revision der Programme, Systeme und Regime schaffen, die unter diesem einzigen grundlegenden Gesichtspunkt zu geschehen hat, dem *Wohl des Menschen, das heißt der Person in der Gesellschaft;* dieses muß als Grundfaktor des Gemeinwohls das wesentliche Kriterium für alle Programme, Systeme und Regime bilden". Anders als bei der Arbeiterklasse, für die es von jeher um *Klassen*rechte geht, weil nur als Klasse das Proletariat sich befreien kann, kann die kirchliche Menschenrechtspropaganda bei den bäuerlichen Produzenten auf fruchtbaren Boden fallen; als Privateigentümer ihrer Produktionsmittel haben sie ganz persönlich etwas zu verlieren – und zu verteidigen.

Man berichtet, daß sich die polnische Regierung über die Menschenrechtsforderung Wojtylas „überrascht" gezeigt habe. Das ist verständlich. Ein solches *Bündnisangebot* des Katholischen Oberhirten hatten die Revisionisten bestimmt nicht erwartet. Die Linie dieses Angebots hat er in „Redemptor hominis" entwickelt: „Achtung der Rechte der Religion und des Wirkens der Kirche" gegen „gute Bürger", könnte man sie zusammenfassen. Nicht umsonst hat Wojtyla den polnischen Nationalisten auf Schritt und Tritt hervorgekehrt; auch das ein unübersehbares Angebot, abgerundet durch seine Reminiszenzen an das „Christliche Abendland" und die „Traditionen des Westens". Über den ‚gemeinsamen Gegner' braucht man da nicht lange rätseln. Über den Hauptnutznießer des Unternehmens auch nicht. Niemand hat unseres Wissens die Polenreise Wojtylas so ausgiebig würdigen lassen wie die westdeutschen Bourgeois. Er beginnt sich auszuzahlen, der „Papst aus dem Umfeld des deutschen Kulturkreises".



Arme der Katholischen Kirche. Unter den Bauernmassen hat sie ihre Basis, die Bauernmassen mobilisiert sie. Nicht zufällig hat Wojtyla, der selbst aus bäuerlichen Verhältnissen stammt, was er immer wieder geschickt und „populär" ins Spiel bringt, wenn er etwa alte Bauernlieder anstimmt, weniger in Warszawa, sondern erst in Czestochowa und dann im Gebirgsdorf Nowy Targ „sein" Publikum gehabt. Nicht in Warszawa, in Czestochowa hat er auch seinen Vorstoß für die Menschenrechte angesetzt.

und Tritt hervorgekehrt; auch das ein unübersehbares Angebot, abgerundet durch seine Reminiszenzen an das „Christliche Abendland" und die „Traditionen des Westens". Über den ‚gemeinsamen Gegner' braucht man da nicht lange rätseln. Über den Hauptnutznießer des Unternehmens auch nicht. Niemand hat unseres Wissens die Polenreise Wojtylas so ausgiebig würdigen lassen wie die westdeutschen Bourgeois. Er beginnt sich auszuzahlen, der „Papst aus dem Umfeld des deutschen Kulturkreises".



„Nicht nur für Polen, auch in den Augen der Welt . . . ist dieser erste Besuch eines Papstes in Polen . . . ein unerhörtes politisches Ereignis, dessen denkbare Wirkungen sich die Phantasie noch kaum auszumalen vermag." (FAZ)



Über 200000 beteiligen sich 1977 wenige Monate nach großen Kämpfen gegen Preiserhöhungen an einer Marienwallfahrt nach Czestochowa.

Katholische Kirche in Polen: Ihr Bündnis mit den Ausbeutern ist verhüllt, ihre Aufgabe eindeutig

z.anb. „Ohne Christus kann man die Geschichte Polens nicht verstehen", mit dieser Quintessenz krönte Wojtyla in Gniezno (Gnesen) seine Huldigung an die „Geburtsstunde der polnischen Nation" im Jahre 1000, als der polnische König Boleslaw Chrobry (der Tapfere) aus der Hand Kaiser Ottos III die Herrscherwürde von Gottes Gnaden erhielt und damit als Souverän über Staat *und* Kirche inthronisiert wurde. Das Christentum nahm in diesem Pakt „nationale" Züge an, wie überall dort, wo sich ein feudales Adelsgeschlecht unter Berufung auf Gottes Segen als Zentralgewalt an die Macht schwang.

Der Heilige Adalbert, dessen Gebeine König Boleslaw im Dom zu Gniezno beisetzen ließ, war bereits Ende des 10. Jahrhunderts über die nationalen Grenzen des damaligen Polen hinausgestoßen: in Boleslaws Auftrag zog der Bischof von Prag aus, die baltischen Völker zu christianisieren. Er kam nicht sehr weit, ein zweiter Versuch zur Unterwerfung der aufständischen Pruzzen, diesmal im Bündnis mit dem Deutschen Ordensstaat, endete mit Adalberts Märtyrertod.

Wojtylas Rückgriff in die Geschichte, um die Kontinuität von „polnischer Nation und Katholizismus" zu belegen, kehrt an einen Punkt zurück, wo der feudale Klerus, auf der Höhe der Zeit fest an der Seite der Zentralgewalt marschierend, direkt an der blutigen Unterdrückung und Ausbeutung von Millionen leibeigener Bauern beteiligt war, wovon er einträgliche Pfründe zu erwarten hatte. Die dem polnischen König verliehene Autorität über die Kirche, nach Wojtyla ein Geschenk an die Nation, legte den Bündnispartner der Katholischen Latifundienbesitzer eindeutig fest. Und natürlich waren die Bauernmassen – als Eigentum ihrer Blutsauger – alle katholisch.

Die Zentralgewalt der Monarchie verfiel in den unzähligen Adelsfehden

Jahrhunderts über die nationalen Grenzen des damaligen Polen hinausgestoßen: in Boleslaws Auftrag zog der Bischof von Prag aus, die baltischen Völker zu christianisieren. Er kam nicht sehr weit, ein zweiter Versuch zur Unterwerfung der aufständischen Pruzzen, diesmal im Bündnis mit dem Deutschen Ordensstaat, endete mit Adalberts Märtyrertod.

Wojtylas Rückgriff in die Geschichte, um die Kontinuität von „polnischer Nation und Katholizismus" zu belegen, kehrt an einen Punkt zurück, wo der feudale Klerus, auf der Höhe der Zeit fest an der Seite der Zentralgewalt marschierend, direkt an der blutigen Unterdrückung und Ausbeutung von Millionen leibeigener Bauern beteiligt war, wovon er einträgliche Pfründe zu erwarten hatte. Die dem polnischen König verliehene Autorität über die Kirche, nach Wojtyla ein Geschenk an die Nation, legte den Bündnispartner der Katholischen Latifundienbesitzer eindeutig fest. Und natürlich waren die Bauernmassen – als Eigentum ihrer Blutsauger – alle katholisch.

Die Zentralgewalt der Monarchie verfiel in den unzähligen Adelsfehden der Feudalklasse, die um Zugangswege und Handelsstraßen zur Ostsee rivalisierte und Millionen Bauern auf die Schlachtfelder trieb, u.a. gegen Schweden, Deutschland, Rußland, wobei sie die „polnische" Religion chauvinistisch gegen die „Ketzer" und „Ungläubigen" mobilisierte. Die „antichristlichen" Aufstände der Bauernmassen gegen diese Expansionspolitik paßt nicht in Wojtylas Tradition.

Mit dem Zerfall der Zentralgewalt der polnischen Monarchie 1575 verfiel für die Katholische Kirche der Bündnispartner. Einen neuen zu finden, der historisch Aussicht auf Ausbeuterdasein hatte, war verzwickt. Die zahlenmäßig schwache einheimische Bourgeoisie war vor allem von *einem* großen Schrecken beseelt: der Furcht vor dem Aufstand der besitzlosen Klassen. Wo immer sich einer erhob, suchte das Bürgertum sein Heil im Pakt mit dem reaktionären Feudaladel, dem polnischen wie auch später dem der europäischen Reaktion Preußens, Rußlands, Österreichs, die Ende des 18. Jahrhunderts Polen unter sich aufteilten.

In der Epoche der dreifachen Fremdherrschaft liegt der zweite Fixpunkt von Wojtylas Konstrukt der Tradition von „Polentum und Katholizismus". Unfähig, selbst die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zuendezuführen, war die bürgerliche Klasse ungeeignet, die Kämpfe der besitzlosen Bauern gegen die feudalen Verhältnisse und der aus ihren Reihen rasch anwachsenden Proletarier gegen das Kapitaljoch der drei Teilermächte politisch zu führen. Im Kampf der polnischen Volksmassen gegen die „Germanisierung" Bismarcks in den von Preußen besetzten Gebieten Polens Ende des 19. Jahrhunderts wurden Einrichtungen der Katholischen Kirche zur Organisierung des Widerstands genutzt, ihre Schulen, Pfarrhäuser, Bibliotheken zur Erhaltung der polnischen Sprache und Kultur, zur Unterrichtung der Jugend und Beratung der Arbeiter.

Auf dem Lande gar, wo die Rückständigkeit in Hungersnot des Landvolks und Analphabetentum ihren schärfsten Ausdruck fand, war es oft der Pfarrer – zugleich der Lehrer – der die Kämpfe gegen die Großgrundbesitzer unterstützte, teils sogar anführte.

Mit der Epoche des Imperialismus und der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Europa, die die Lösung der nationalen Frage auf die Tagesordnung der proletarischen Revolution setzte, schwand der Einfluß des Katholizismus. Er erfuhr eine

ungeeignet, die Kämpfe der besitzlosen Bauern gegen die feudalen Verhältnisse und der aus ihren Reihen rasch anwachsenden Proletarier gegen das Kapitaljoch der drei Teilermächte politisch zu führen. Im Kampf der polnischen Volksmassen gegen die „Germanisierung" Bismarcks in den von Preußen besetzten Gebieten Polens Ende des 19. Jahrhunderts wurden Einrichtungen der Katholischen Kirche zur Organisierung des Widerstands genutzt, ihre Schulen, Pfarrhäuser, Bibliotheken zur Erhaltung der polnischen Sprache und Kultur, zur Unterrichtung der Jugend und Beratung der Arbeiter.

Auf dem Lande gar, wo die Rückständigkeit in Hungersnot des Landvolks und Analphabetentum ihren schärfsten Ausdruck fand, war es oft der Pfarrer – zugleich der Lehrer – der die Kämpfe gegen die Großgrundbesitzer unterstützte, teils sogar anführte.

Mit der Epoche des Imperialismus und der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in Europa, die die Lösung der nationalen Frage auf die Tagesordnung der proletarischen Revolution setzte, schwand der Einfluß des Katholizismus. Er erfuhr eine neuerliche Stärkung unter der faschistischen Besatzung, wo die Einrichtungen der Kirche erneut Zentren des Widerstands wurden. Die Beteiligung zahlreicher Priester und Pfarrer am antifaschistischen Kampf verhüllte die tatsächliche Aufgabe der Kirche, wie sie Papst Pius XII 1944 in einer Rundfunkbotschaft „Über die soziale Neuordnung" enthüllte, während in Warschau die Arbeiterklasse den bewaffneten Aufstand organisierte: „Solch falsche Hirten wollen glauben machen, das Heil müsse von der Revolution kommen, die den sozialen Bestand umstürze und dabei vielleicht nationalen Charakter trage . . ."



Warschauer Aufstand 1944. Die Niederlage des Aufstands geht auf das Konto bürgerlicher Kräfte, die das Bündnis mit der Sowjetunion bekämpften.

Die polnische Arbeiterklasse ist schon mit anderen Feinden fertig geworden

z.mih. Bekanntlich ist der Papst der „Nachfolger der Apostel". Anläßlich seines Propagandafeldzugs in Polen hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" diesen Titel um den der Nachfolgerschaft der „Missionare Osteuropas" gemäß seinem Auftrag erweitert. Die Berichterstattung gipfelte täglich in dem Taumel, daß die „heilige Maria" und ihr Papst die wahren Herren Polens seien, denen die „Millionen Dissidenten in den Kirchen, auf den Plätzen und an den Straßen zujubeln" – ein Triumpfgeschrei über das Zurückweichen und die Niederlage der polnischen Revisionisten. Bei aller Seelenverwandtschaft war eben deutlich zu sehen, daß Wojtyla nicht Giereks Mann ist. Das freut die Imperialistenmeute, ist ihr die neue Bourgeoisie Polens schon auch im Wege bei der neuen Ostkolonisation. Unterwerfen müssen die Imperialisten aber die polnischen Arbeiter und Bauern, ihnen gilt die Propagandaschau, über *ihre* Niederlage reiben sich die Imperialisten vorwitzig die Hände.

Das polnische Volk hat reichlich Erfahrungen sammeln müssen, daß Missionaren stets Soldaten gefolgt sind, und es hat schon während der deutschen Ostkolonisation den bibelschwingenden Vorgängern Wojtylas den Schädel eingeschlagen. In den langandauernden Kämpfen des polnischen Volkes gegen die preußisch-zaristische Teilung und Unterdrückung Polens bildete sich in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die revolutionäre Arbeiterbewegung in den drei Industriezentren Dabrowa, Lodz und Warschau heraus und wurde zur führenden Kraft in der Bewegung für nationale Unabhängigkeit. Streiks für mehr Lohn und die Verkürzung des Arbeitstages auf 10 Stunden werden geführt, Gewerkschaftsorganisationen gegründet und in illegalen Zirkeln – in enger Verbindung zu den russischen Revolutionären – die Gründung einer sozialistischen Organisation vorbereitet.

Die Kämpfe der polnischen Bauern und der Landarmut gegen die Großgrundbesitzer wie die Streiks der Schüler und Studenten gegen die Unterdrückung der polnischen Sprache und Kultur werden von der Arbeiterbewegung unterstützt und geführt. Im ersten und zweiten imperialistischen Weltkrieg kämpfen die polnischen Revolutionäre an der Seite der Roten Armee, treffen durch Partisanenkampf und Sabotage die deutschen Imperialisten empfindlich und haben entscheidenden Anteil an der Vertreibung der Imperialisten.

Seit der bitteren Niederlage durch die Machtergreifung des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus in Polen, der Zerschlagung der Arbeiterräte und dem Streikverbot 1958, haben die polnischen Arbeiter eine Kette von spontanen Kämpfen geführt gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch Einführung von Schicht- und Akkordarbeit, gegen die Politik von Lohnsenkungen und Preiserhöhungen, für das uneingeschränkte Streikrecht. 1970 und 1976 haben sie in großen Kämpfen Erfolge erzielen können. Die revolutionären Erfahrungen wiegen schwer. Sie aus dem Weg zu räumen, dürfte auch für Wojtyla ein zu schwerer Brocken sein.

z.jöd. **Die Warnstreiks im niedersächsischen Einzel- und Großhandel mehren sich.** Die Warnstreiks, die zumeist vormittags sind, werden von Tag zu Tag länger; der Unmut der Beschäftigten gegenüber den Kaufhauskapitalisten wird größer, die Geschlossenheit nimmt zu. Bis zu 95% der Beschäftigten nehmen an den Warnstreiks aus den Betrieben teil, obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad nicht hoch ist. 300000 Beschäftigte hat das niedersächsische Tarifgebiet im Einzel- und Großhandel. Die HBV fordert



zwischen 100 und 181 DM für den Einzelhandel und für den Großhandel 7%, mindestens 140 Mark. Beabsichtigte die bürgerliche Presse anfänglich, die Warnstreiks totzuschweigen, gelang diese Taktik nicht, weil zu viele Solidaritätsadressen die Unterstützung der Beschäftigten im Einzel- und Großhandel dokumentieren. Mit kleinen Meldungen und Verdrehungen wie: ,,Vor verschlossenen Türen wurden einige Kunden sehr ärgerlich" – will die bürgerliche Presse darüber hinweglügen, daß das Lohngefüge im Einzelhandel durchschnittlich 500 DM unter dem der Metallindustrie liegt. ,,Wir blasen gemeinsam das Schlußlicht aus", schreibt dagegen die gewerkschaftliche Zeitung ,,Ausblick" der HBV über die Aktionen im Einzel- und Großhandel. Seit 6 Wochen sind in Niedersachsen die Verhandlungen mit den Kapitalisten als gescheitert erklärt. Das letzte Angebot war 4,5%. Die Kaufhauskapitalisten reagieren hektisch. Ihnen schwimmen die Felle weg, das ist ersichtlich: ,,Die Differenzen zwischen gewerkschaftlicher Forderung und Arbeitgeberangebot sind nicht sehr groß. Kein Grund zur Panik", ließen die Kaufhauskapitalisten in einer Erklärung an die Beschäftigten verlauten. In Panik geriet aber der Personalchef beim Kaufhof in Hannover, er wollte den Streikposten gewaltsam die Transparente wegnehmen. Dieser ,,persönliche" Angriff des Personalchefs konnte vereitelt werden. In Delmenhorst setzten die Kaufhauskapitalisten per einstweiliger Anordnung durch, daß eine Betriebsversammlung nicht stattfinden konnte. Die Aktionen der Beschäftigten im Einzel- und Großhandel sind beeindruckend, weil sie jahrelang schlechte Löhne und auch schlechte Tarifabschlüsse zu verzeichnen hatten. Jahr um Jahr haben sie ihre gewerkschaftliche Organisierung verbessert, und die jetzt stattfindenden

wie: ,,Vor verschlossenen Türen wurden einige Kunden sehr ärgerlich" – will die bürgerliche Presse darüber hinweglügen, daß das Lohngefüge im Einzelhandel durchschnittlich 500 DM unter dem der Metallindustrie liegt. ,,Wir blasen gemeinsam das Schlußlicht aus", schreibt dagegen die gewerkschaftliche Zeitung ,,Ausblick" der HBV über die Aktionen im Einzel- und Großhandel. Seit 6 Wochen sind in Niedersachsen die Verhandlungen mit den Kapitalisten als gescheitert erklärt. Das letzte Angebot war 4,5%. Die Kaufhauskapitalisten reagieren hektisch. Ihnen schwimmen die Felle weg, das ist ersichtlich: ,,Die Differenzen zwischen gewerkschaftlicher Forderung und Arbeitgeberangebot sind nicht sehr groß. Kein Grund zur Panik", ließen die Kaufhauskapitalisten in einer Erklärung an die Beschäftigten verlauten. In Panik geriet aber der Personalchef beim Kaufhof in Hannover, er wollte den Streikposten gewaltsam die Transparente wegnehmen. Dieser ,,persönliche" Angriff des Personalchefs konnte vereitelt werden. In Delmenhorst setzten die Kaufhauskapitalisten per einstweiliger Anordnung durch, daß eine Betriebsversammlung nicht stattfinden konnte. Die Aktionen der Beschäftigten im Einzel- und Großhandel sind beeindruckend, weil sie jahrelang schlechte Löhne und auch schlechte Tarifabschlüsse zu verzeichnen hatten. Jahr um Jahr haben sie ihre gewerkschaftliche Organisierung verbessert, und die jetzt stattfindenden

Kämpfe sind Ausdruck der wachsenden Geschlossenheit der Belegschaften. Mit einer richtigen Streiktaktik, die sich gegen die großen Kaufhäuser richtet, kann eine positive Entscheidung erzielt werden. Dadurch wird gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den großen Kaufhäusern und den kleinen Einzelhandelsgeschäften ausgenutzt. Das kann zur Durchsetzung der Forderung nur günstig sein. Ein vollständiger Streik im ganzen Einzelhandel würde teuer kommen und schwer zu organisieren sein. Warum es nicht einfacher machen, wenn auch so die Forderungen durchgesetzt werden können.

z.gab. **Kindergeld an ausländische Arbeiter wird künftig nach den Sätzen des Heimatlandes gezahlt, auch dann, wenn der Vater in einem anderen Land arbeitet,** hat Ehrenberg in Griechenland angekündigt. Bislang regeln ,,Abkommen über die soziale Sicherheit" mit den entsprechenden Ländern, daß ausländische Arbeiter in der BRD Anspruch auf Kindergeld nach den in der BRD gültigen Sätzen haben, auch für diejenigen, die im Heimatland bei den Verwandten leben. Für rund 1 Million Kinder im Ausland mußte die Bundesanstalt für Arbeit 1977 1,3 Mrd. DM Kindergeld zahlen. 642591 Kinder türkischer Arbeiter lebten Ende 1977 in der Türkei. 662 Mio. DM betrug das Kindergeld für sie 1977, im Durchschnitt 86 DM pro Kind im Monat. In der Türkei betrug der Kindergeldsatz zur gleichen Zeit 300 Türkische Lira, umgerechnet 32 DM pro Kind im Monat. Das Arbeitskräftereservoir für die westdeutsche Bourgeoisie gewaltig zu steigern und zugleich das Kindergeld für ausländische Arbeiter um rund ⅔ zu senken, ist Ehrenbergs Rechnung.

z.kar. **Die Gewerkschaft ÖTV führt in dieser Woche vom 11. bis 15. Juni die Aktion ,,Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege durch.** Über 100000 Krankenhausbeschäftigte sind ind der Gewerkschaft ÖTV organisiert. Gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates auf die gesundheitliche Versorgung der Massen haben sie zahlreiche Aktionen durchgeführt und führen die Auseinandersetzung ständig um zahlreiche Einzelfragen. In Westberlin demonstrierten vor zwei Jahren 5000 gegen die geplante Schließung von Krankenhäusern mit 8000 Akutbetten. In Schwelm wurde der Stadtrat jetzt gezwungen, einen Beschluß gegen die im NRW-Krankenhausbedarfsplan vorgesehene Schließung des Marienhospitals zu fassen. Der Kampf für die Besetzung aller Planstellen und Aufstockung der Planstellen wird in allen Krankenhäusern geführt. Die Auszubildenden in der Krankenpflege fordern die Herausnahme der Schülerinnen und Schüler aus dem Stellenplan und bekämpfen den Einsatz von Auszubildenden in der Nachtschicht. Die studentischen Sitzwachen haben in den letzten Wochen mit Streikaktionen in verschiedenen Städten für ihre tarifliche Bezahlung gekämpft. Die Belegschaften in den kirchlichen Krankenhäusern verlangen die Aufhebung des Tendenzschutzparagrafen und fordern die Anerkennung der Tarifverträge durch die Kirchen. Forderungen gegen Überstunden, gegen Nacht- und Schichtarbeit wurden von Krankenhausbelegschaften am 1. Mai getragen. Während der Aktionswoche werden von den ÖTV-Betriebsgruppen allein in Westberlin 29 Agitationszentren durchgeführt. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker wird sich persönlich an einem Agitationsstand vor dem Katharinenhospital in Stuttgart beteiligen. Die Aktionswoche schafft gute Bedingungen, die politische Einigung der Krankenhausbelegschaften und ihren Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse voranzutreiben. Mit dem Motto ,,Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege" versucht der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV den Zusammenschluß gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, den Zusammenschluß für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten zu verhindern, aus dem Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn eine Bewegung für die christliche Nächstenliebe zu machen. In den ,,Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik" von 1977 wird ein selbstverwaltetes Gesundheitswesen gefordert, um ,,Verantwortung der Betroffenen durch Selbstverwaltung" zu wecken. Auf deutsch: Durch Selbstverwaltung sollen die Versicherten sich Selbstgenügsamkeit auferlegen und selber für die Durchsetzung der staatlichen Ge-

die Anerkennung der Tarifverträge durch die Kirchen. Forderungen gegen Überstunden, gegen Nacht- und Schichtarbeit wurden von Krankenhausbelegschaften am 1. Mai getragen. Während der Aktionswoche werden von den ÖTV-Betriebsgruppen allein in Westberlin 29 Agitationszentren durchgeführt. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker wird sich persönlich an einem Agitationsstand vor dem Katharinenhospital in Stuttgart beteiligen. Die Aktionswoche schafft gute Bedingungen, die politische Einigung der Krankenhausbelegschaften und ihren Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse voranzutreiben. Mit dem Motto ,,Mehr Zeit für unsere Patienten – Aktion humanere Krankenpflege" versucht der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV den Zusammenschluß gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, den Zusammenschluß für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten zu verhindern, aus dem Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn eine Bewegung für die christliche Nächstenliebe zu machen. In den ,,Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik" von 1977 wird ein selbstverwaltetes Gesundheitswesen gefordert, um ,,Verantwortung der Betroffenen durch Selbstverwaltung" zu wecken. Auf deutsch: Durch Selbstverwaltung sollen die Versicherten sich Selbstgenügsamkeit auferlegen und selber für die Durchsetzung der staatlichen Ge-

setze sorgen, denn: ,,Der Staat soll ... die Rahmenbedingungen vorgeben und einen gesetzlich festgelegten Handlungsrahmen für die Selbstverwaltung schaffen, den sie eigenverantwortlich ausfüllt". Der ÖTV-Arbeitskreis Medizinischer Dienst in Stuttgart hat beschlossen, die Aktionswoche nicht unter dem Motto ,,Humanisierung des Gesundheitswesens", sondern als Kampf gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz durchzuführen.

z.kam. **Entwurf eines ,,Gesundheitssicherstellungsgesetzes" in Beratung.** Die Bundesärztekammer begrüßt diesen Referentenentwurf, in dem Vorkehrungen für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ,,Spannungs- und Verteidigungsfall" getroffen werden, kritisiert aber gleichzeitig, daß dieser Entwurf keine Regelungen enthalte für Katastrophenfälle ,,wie etwa durch Unfälle im Bereich der chemischen Industrie, durch Kernenergie, durch den Transport gefährlicher Stoffe oder durch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder außergewöhnliche Schneefälle." (Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, Deutsches Ärzteblatt 22/79) Sicherstellung der Gesundheit? Bereits 1968 verabschiedete die BRD-Regierung im Rahmen der Notstandsgesetze Sicherstellungsgesetze wie das Wirtschafts-, Ernährungs-, Verkehrs- und Arbeitssicherstellungsgesetz, neben dem Katastropenschutzgesetz und dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Die Bourgeoisie sicherte sich damit die gesetzlichen Grundlagen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in den wichtigsten ökonomischen Bereichen im Kriegsfalle und zur Knebelung der Arbeiterklasse. Allein für die ärztliche Versorgung im Kriegs- wie im Katastrophenfall haben die BRD-Imperialisten noch keine bundesgesetzliche Notstandsregelung in der Hand. Der jetzige Entwurf zeigt ihre Anstrengungen, dies nachzuholen.

z.trh. **Am 24.5.79 wurde in einer Urabstimmung von den ÖTV-Mitgliedern des Bodenpersonals der britischen Fluggesellschaft LAKER AIRWAYS in Westberlin für Streik entschieden.** Am gleichen Tag noch wurde ein zweistündiger Warnstreik durchgeführt. Die Beschäftigten verlangen den Abschluß eines Tarifvertrages mit der ÖTV, um die bestehende Rechtlosigkeit, unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeiten, Möglichkeiten zur jederzeitigen Kürzung von Zulagen zu beseitigen. Am darauffolgenden Wochenende wurde zwei volle Tage gestreikt. Der Internationale Transportarbeiterverband hat der ÖTV Unterstützung zugesagt, falls die Fluggesellschaft weiter Verhandlungen ablehnt. Für diesen Fall sollen zunächst im Ausland (Spanien) die Abfertigung von LAKER-Maschinen boykottiert werden. Die Geschäftsleitung der LAKER-Fluggesellschaft reagierte bislang mit dem Einfliegen von Streikbrechern aus England. Die Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen durch das Flugpersonal gestaltet sich bislang schwierig, da diese ohne Streikrecht sind.

z.ebk. **,,Betriebsrat darf nicht in Arbeitskämpfe eingreifen",** frohlockt die ,,Süddeutsche Zeitung" am 29.5.79 über eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, wonach das ,,Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats für die Festsetzung von Überstunden entfällt, wenn während eines Streiks vom Arbeitgeber mit arbeitswilligen Arbeitnehmern zur Aufrechterhaltung der Produktion aus streikbedingten Gründen Mehrarbeit vereinbart wird." Grund: ,,Andernfalls wird die Kampfparität beim Streik beeinträchtigt." Das Bundesarbeitsgericht kann sich auf eine lange Tradition der Bindung der kollektiven Vertretungsinteressen der Arbeiter an das Kapital stützen. Bereits 1920 war es der Sozialdemokratie gelungen, die Betriebsräte neben der ,,Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer" auf die ,,Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke" festzulegen. (§ 1 Betriebsrätegesetz vom 4.2.1920). Mit der Verpflichtung auf die ,,vertrauensvolle Zusammenarbeit" ,,zum Wohl der Arbeitnehmer *und* des Betriebs" in den Betriebsverfassungsgesetzen von 1952 und 1972 ist aus dem Vertretungsorgan der Arbeiter *auch* ein ,,Organ der Betriebsverfassung" geworden. Folge: ,,Während eines Streikgeschehens ist der Betriebsrat nicht in der Lage, bei

20 Pf. Lohnerhöhung für alle, 8 Pf. Nasengroschen

Interne Lohnanhebung bei VFW Einswarden – Tarifauseinandersetzung vorbereiten

r.wik. Nach der ,,Krise" der westdeutschen Flugzeugindustrie steht jetzt der ,,Boom". Durch Verschärfung der Ausbeutung vermittels Anwendung neuer Technologien und jetzt der Fließbandfertigung, sieht die Geschäftsleitung von VFW die Möglichkeit, gegenüber der europäischen und vor allem US-amerikanischen Konkurrenz, Boden gutzumachen und aus ihrer relativ unbedeutenden Rolle herauszukommen: ,,Wir wollen die Vormachtstellung in Deutschland über Europa, und in 10 Jahren hoffen wir auch auf dem amerikanischen Markt eine feste Stellung erlangt zu haben."

Für die Arbeiter von VFW hat der Boom außer der verschärften Schweißauspressung nichts gebracht. Im Zuge der massenweisen Neueinstellungen sind jetzt auch wieder in Einswarden die unteren Lohngruppen aufgefüllt worden. Es gibt eine Spaltung zwischen den Löhnen der einzelnen Werke in Norddeutschland. Lohndifferenzen betragen bis zu 1,50 DM für gleiche Arbeiten in Einswarden gegenüber Bremen oder Varel. Diese Tatsache ist schon seit gut einem Jahr die Triebfeder für die Forderung nach einer Mark interner Lohnanhebung in dem Werk Einswarden und hat an Bedeutung nach dem 4,3%-Abschluß in der Metallindustrie Norddeutschlands gewonnen. Auf der letzten Betriebsversammlung in Einswarden ist die 1 Mark-Forderung unter großem Beifall vorgetragen worden. Im Werk Bremen hatten die Vertrauensleute der Halle 2 anläßlich ihrer Streikvorbereitungen wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen einen Beschluß verabschiedet, in dem neben Forderungen zu den Arbeitsbedingungen auch eine ,,drastische Anhebung der Löhne und Gehälter für alle" verlangt wurde. Dieses Ultimatum an die Geschäftsleitung sollte als Diskussionspapier in den Abteilungen zur Vorbereitung einer Beschlußfassung für die Vertrauensleutevollversammlung dienen. Die sozialdemokratische Fraktion im Betriebsrat verhinderte aus formellen Gründen eine Beschlußfassung. Das Verlangen nach höheren Löhnen wird in Bremen immer kräftiger.

Im Bremen ist es wegen der Arbeitsbedingungen zum Streik gekommen. Im Werk Einswarden drängt die Arbeiterschaft auf die Anhebung der Löhne. Die Konzernleitung VFW hat jetzt dieser Forderung nachgegeben und mit einer internen Lohnanhebung den Versuch gestartet, die Lohnfrage vom Tisch zu wischen. 20 Pfennig Lohnanhebung erhält jeder gleich. 8 Pfennig werden nach dem Prinzip der Verteilung der 16%igen Leistungszulage als Nasengroschen verteilt, um mit Spaltung die Konkurrenz der Arbeiter zu fördern. Die 28 Pfennige, wenn man sie voll erhält, bringen 48 DM brutto (34 DM bei 20 Pf). Dazu gesellt sich die Absicht der Geschäftsleitung, den Programmlohn einzuführen, wofür die 28 Pfennig das Zuckerbrot sein können. Die Auffassung, daß die 20 Pf die Lohndifferenz von bis zu 1,50 DM nicht aufwiegen können, ist nach dem Schachzug der Geschäftsleitung weiterhin kraftvoll.

Jetzt gleich Lohnerhöhungen innerbetrieblich oder erst mit dem neuen Tarifvertrag? Einseitig die Erfüllung der 1-Mark-Forderung zu verlangen hätte mehrere Schwächen. Einmal würde sich die Forderung nur auf das Werk Einswarden konzentrieren und das Verlangen nach höheren Löhnen in den anderer VFW-Werken unberücksichtigt lassen. Zum anderen könnte eine Forderung nach einer Mark, was ungefähr einer Lohnerhöhung von monatlich 170 DM entspricht, nach dem 20 bis 28 Pf-Schachzug der Geschäftsleitung, leichter durchgesetzt werden, wenn sie sich mit der vorhandenen Bewegung in der gesamten Metallindustrie verbinden würde. Ob zur Kündigung der derzeit geltenden Tarifverträge oder schon vorher, das wird sich zeigen. Auf Entscheidung drängt die Lohnforderung in der Metallindustrie. Daß das Verlangen bei den niedrigst bezahlten Arbeitern innerhalb des VFW-Konzerns am stärksten ist, das lehrt die Entwicklung der Preise und wird die Mehrwertsteuererhöhung nochmals bestärken. Der Streik im Werk Bremen war wichtig, um den Kampf gegen die Arbeitsbedingungen voranzutreiben. Das wird die Entscheidung für den Kampf um Lohnerhöhungen von 170 DM begünstigen, wie die 20 bis 28 Pf Lohnanhebung klarstellt, daß die Arbeiter mit ihrer Forderung nach 1 DM bzw. 170 DM richtig liegen. Zahlen können die VFW-Kapitalisten ebenso wie die anderen. Warum soll man nicht zusammen marschieren und das jetzige Ergebnis zur Vorbereitung nutzen?

Die Beschäftigten im Einzelhandel brauchen dringend eine kräftige Lohnerhöhung

r.kea. Wir haben im Schaubild die Lohnzettel von zwei im Einzelhandel beschäftigten Verkäuferinnen ausgewertet. Bei der im Kaufhof arbeitenden Ganztagsverkäuferin der Gehaltsgruppe II (obere Bildhälfte) fallen die Tariferhöhungen im Mai 1977 und 1978 zusammen mit dem Beginn des 3. bzw. 4. Berufsjahres, was eine gleichzeitige Höherstufung gemäß den jeweils neuen Tarifverträgen in der Gehaltsgruppe II mit sich brachte. Bei der Tariferhöhung im Oktober 1978 handelt es sich um die zweite Stufe, die im Tarifvertrag vom Mai 1978 ausgehandelt wurde. Die halbtagsbeschäftigte Verkäuferin der Kaufhalle (untere Bildhälfte) spürt von der Tariferhöhung im Mai 1978 überhaupt nichts. Mit einem Hungerlohn von 6 Mark pro Stunde bringt sie es auf 576 DM brutto im Monat und liegt damit noch immer fast 150 DM über dem für sie geltenden Tarif der Gehaltsgruppe I. Die außertarifliche Erhöhung auf 6,50 DM pro Stunde im Dezember 1978 vergrößert noch den Abstand zwischen tatsächlich gezahltem Lohn und Tarif.

lung in Einswarden ist die 1 Mark-Forderung unter großem Beifall vorgetragen worden. Im Werk Bremen hatten die Vertrauensleute der Halle 2 anläßlich ihrer Streikvorbereitungen wegen

Die Auffassung, daß die 20 Pf die Lohndifferenz von bis zu 1,50 DM nicht aufwiegen können, ist nach dem Schachzug der Geschäftsleitung weiterhin kraftvoll.

liegen. Zahlen können die VFW-Kapitalisten ebenso wie die anderen. Warum soll man nicht zusammen marschieren und das jetzige Ergebnis zur Vorbereitung nutzen?

Die Beschäftigten im Einzelhandel brauchen dringend eine kräftige Lohnerhöhung

r.kea. Wir haben im Schaubild die Lohnzettel von zwei im Einzelhandel beschäftigten Verkäuferinnen ausgewertet. Bei der im Kaufhof arbeitenden Ganztagsverkäuferin der Gehaltsgruppe II (obere Bildhälfte) fallen die Tariferhöhungen im Mai 1977 und 1978 zusammen mit dem Beginn des 3. bzw. 4. Berufsjahres, was eine gleichzeitige Höherstufung gemäß den jeweils neuen Tarifverträgen in der Gehaltsgruppe II mit sich brachte. Bei der Tariferhöhung im Oktober 1978 handelt es sich um die zweite Stufe, die im Tarifvertrag vom Mai 1978 ausgehandelt wurde. Die halbtagsbeschäftigte Verkäuferin der Kaufhalle (untere Bildhälfte) spürt von der Tariferhöhung im Mai 1978 überhaupt nichts. Mit einem Hungerlohn von 6 Mark pro Stunde bringt sie es auf 576 DM brutto im Monat und liegt damit noch immer fast 150 DM über dem für sie geltenden Tarif der Gehaltsgruppe I. Die außertarifliche Erhöhung auf 6,50 DM pro Stunde im Dezember 1978 vergrößert noch den Abstand zwischen tatsächlich gezahltem Lohn und Tarif.

Bei der ganztagsbeschäftigten Verkäuferin, wo der tatsächlich gezahlte Lohn ab Mai 1978 vom geltenden Tarif eingeholt wird und ab da mit diesem übereinstimmt, bewegen sich die gezahlten Bruttostundenlöhne zwischen 1977 und 1979 von 5,78 DM auf 6,30 DM. Und das nach drei Lohnerhöhungen und der Überwindung von zwei Berufsjahr-Stufen. Damit liegt in unserem Beispiel der Stundenlohn der ganztagsbeschäftigten Verkäuferin (Gehaltsgruppe II) im vierten Berufsjahr noch unter dem tatsächlich gezahlten Stundenlohn der in Gehaltsgruppe I eingestuften Halbtagsverkäuferin, obwohl nach Tarif für Gehaltsgruppe I nur 80 % des Tarifs der Gehaltsgruppe II im ersten Berufsjahr gezahlt wird. Durch das elende absolute Lohnniveau und vor allem durch die extrem niedrigen Tarife sind der Willkür und den Lohnspaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten Tür und Tor geöffnet.

Die Steuerreform, die der Ganztagsverkäuferin 1978 eine kleine und 1979 eine winzige Erhöhung des Nettolohns brachte, führte bei der Halbtagsverkäuferin sogar zu einem leichten Nettolohnrückgang. Nimmt man schließlich die realen, inflationsbereinigten Löhne, so zeigt sich, daß bei beiden Verkäuferinnen von den ohnehin geringen Bruttolohnerhöhungen der letzten zwei Jahre kaufkraftsmäßig so gut wie nichts übriggeblieben ist. Der Lohn stagniert auf niedrigstem Niveau – bei stets steigender Verausgabung von Arbeitskraft, die reproduziert werden muß. Eine kräftige Lohnerhöhung und die tarifliche Absicherung der Löhne ist unbedingt notwendig.

Urlaubsgeldauszahlung: Finanzierung des Urlaubs nicht möglich

r.rek. Mit der April-Abrechnung wurde bei der Standard Elektrik Lorenz AG Westberlin das Urlaubsgeld als Abschlag mit einem Mal ausgezahlt. So wurde in diesem Jahr zum ersten Mal verfahren. Der Betriebsrat hatte dies mit der Betriebsführung vereinbart, um eine „Gleichstellung zu den Angestellten" zu erreichen. Die Umstellung des Auszahlungstermins ändert nichts an der Höhe des ausgezahlten Nettobetrages.

Eine Arbeiterin in der Lohngruppe 2 (7,43 DM) hat bei 50% Urlaubsgeld 955,52 DM für 24 Tage Urlaub bekommen. Der Bruttomonatslohn betrug im April 1622,05 DM, zusammen also 2577,57 DM. Als Abzüge gehen davon ab: 395 DM Steuern, 35,55 DM Kirchensteuer, 231,98 DM Rentenversicherung, 118,57 DM Krankenversicherung und 38,66 DM Arbeitslosenversicherung. Zusammen sind dies Abzüge von 819,76 DM. Etwas gemildert werden die Abzüge durch die Berlin-Zulage in Höhe von 206,40 DM, die aber im Grunde auch nichts anderes ist als von den Volksmassen vorher kassierte Steuern. Netto tatsächlich ausgezahlt wurden dann mit der April-Abrechnung mit Monatslohn und Urlaubsgeld 1936,91 DM.

Die Arbeiterin ist ledig, ohne Kinder und muß von diesem Geld ihren Urlaub bezahlen. Die Arbeiterin macht davon einen dreiwöchigen Urlaub. Dieser Urlaub ist mit Vollpension gebucht, da sie hofft, dadurch etwas Geld sparen zu können. Ein Tag Vollpension kostet 40 DM, also 21 Tage 840 DM. Hinzu kommen aber etliche Nebenausgaben wie Fahrtkosten mit dem Auto, das Auto muß zur Inspektion vor einer langen Reise, Übernachtung auf der Hin- und Rückfahrt, zusätzliche Ausgaben am Urlaubsort (Essen, Trinken, Freizeiteinrichtungen, Kurtaxe). Alles in allem wird man auf einen Betrag von 600 bis 700 DM zusätzlich kommen, also wird der Urlaub etwa 1500 DM kosten. Gleichzeitig entstehen aber zuhause Kosten, die bezahlt werden müssen wie Miete, Telefon, Gas, Strom. Und da die Arbeiterin nur drei Wochen verreist ist, muß sie den Rest des Monats zuhause auch leben. Dies sind noch einmal 500 bis 600 DM. Also braucht sie für ihren Urlaubsmonat fast 2100 DM. Das Urlaubsgeld reicht nicht einmal für sie allein, um die nötigen Ausgaben zu decken. Noch schwieriger, wenn nicht unmöglich wäre eine Urlaubsreise mit einem Kind.

Es bleibt also gar nichts anderes, als das Geld für die Urlaubsreise schon Monate vorher vom normalen Lohn zurückzulegen. Bei den Akkordarbeiterinnen hat die Tatsache, daß das Urlaubsgeld nicht reicht, um den Urlaub davon zu bestreiten, zur Folge, daß schon Monate vor dem Urlaub versucht wird, einen hohen Durchschnittsakkord zu erzielen, da das Urlaubsgeld nach den Durchschnitten der letzten drei Monate berechnet wird. Um so nötiger wird dann die Erholung im Urlaub.

Betriebsrat will Folgen der Lupenarbeit prüfen

r.jüv. Das untenstehende Bild ist einer Glanzbroschüre der Siemens-Kapitalisten entnommen. Gezeigt wird eine Prüferin bei der Arbeit im Westberliner Relaiswerk. Das Prüfen der Kontaktfedern ist nur mit Hilfe einer Lupe möglich. Die Unterschrift in der Siemens-Broschüre lautet: „Die Prüferin sichert mit hohem Verantwortungsbewußtsein und modernen Prüfmitteln die Qualität unserer Produkte bei der Eingangs-, Teile-, Zwischen- und Endprüfung."



Auf der letzten Betriebsversammlung in einem der Westberliner Siemenswerke wies ein Einrichter darauf hin, welche Schädigungen der Sehkraft durch die extrem hohe Beanspruchung der Augen auftreten. Viele der mit dieser Arbeit beschäftigten Frauen benötigen schon kurze Zeit nach Firmeneintritt eine Brille. Der Betriebsrat sagte am folgenden Tag eine Prüfung der erhobenen Vorwürfe zu. Der Betriebsarzt soll erklärt haben, daß an den Vorwürfen „was dran" sei.

Schweizer Eisenbahnerkongreß fordert Arbeitszeitverkürzung

z.anb. Mit ihrem Lohn und ihrer Lebenskraft sollen die Arbeiter und Angestellten der Schweizer Bundesbahnen (SBB) den „Verlust der Konkurrenzfähigkeit" des Schienentransports bezahlen. Nicht nur der seit über einem Jahr bestehende Personalstopp wird verschärft, Forderungen gegen die massiv intensivierte Arbeit bei gesunkenem Lohn werden von der Regierung mit dem Hinweis auf den im Sommer fertig werdenden Gotthardt-Straßentunnel zurückgewiesen, der die Lage erheblich „zuspitzen" werde. Die Eisenbahnarbeiter haben im Juli 1978 als Spitze der Bewegung in den öffentlichen Diensten von der Regierung die bedingungslose Streichung des Streikverbotsparagraphen im Beamtengesetz gefordert. Auf dem Gewerkschaftskongreß Ende Mai sahen sich die Sozialdemokraten mit einer Vielzahl von Anträgen konfrontiert, die die Aufhebung des Personalstopps verlangen und den Vorstoß des Nationalbankpräsidenten Leutwiler zurückweisen, der eine „Spaltung des Konsumpreisindex" als Lohnkampfstrategie gefordert hat. Unter Hinweis auf den Kampf der Arbeiterbewegung in Westeuropa für die 35-Stunden-Woche wurde die allgemeine Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages gefordert. In der gegenwärtigen Lage gehe es nicht an, daß für die Arbeiter in der Schweiz „eine wöchentliche Arbeitszeit von weit über 40 Stunden üblich" sei.

Erfolgreicher Streik kanadischer Nickelarbeiter
Lohnabhängige im öffentlichen Dienst gegen Lohnleitlinien und Antistreikgesetze
z.rül. Am 3. Juni beendeten 11700 Nickelarbeiter in der Bergarbeiterstadt Sudbury erfolgreich ihren achtmonatigen Streik gegen die International Nickel Corporation (INCO). Die INCO ist das größte Nickelmonopol der Welt, unter Kontrolle von US-Steel, dem größten US-Stahlmonopol. In Kanada wird ein Drittel der Weltnickelproduktion gefördert. Die Gesellschaft hatte den Arbeitern am 30.5. eine sofortige Lohnerhöhung von 70 Cent und weitere stufenweise Lohnerhöhungen, höhere Zulagen und betriebliche Renten in den nächsten drei Jahren angeboten, insgesamt 4,07 Dollar die Stunde, bei Grundlöhnen von gegenwärtig 6,79 bis 8,79 Dollar und einer offiziellen Inflationsrate von 10%, für Lebensmittel sogar 15,2%. 67% der Arbeiter stimmten diesem Abschluß zu.
Die INCO-Arbeiter waren am 15. September 1978 in den Streik getreten, nachdem die Kapitalisten einen einjährigen Lohnstopp verlangt hatten. Während die Arbeiter den Winter über mit Streikgeldern von 30 Dollar für Verheiratete und 3 Dollar je Kind in der Woche den Kampf fortsetzten, entwickelte sich im ganzen Land eine star-
Jahren um 2,36 Dollar, die Erhöhung der Mindestrente nach 35 Jahren Ausbeutung von 470 auf 636 Dollar im Monat, weitere Zulagenerhöhungen, erhöhtes Urlaubsgeld etc., zusammen eine Lohnerhöhung von 3,68 Dollar je Arbeiterstunde. Mit 57% lehnten die Arbeiter ab. „Wir sind die einzigen, die stark genug sind, es mit INCO aufzunehmen, und wir werden ihnen verflucht an die Gurgel gehen", zitierte eine kanadische Zeitung erschreckt einen der Streikenden. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft erklärte: „Dies ist nicht nur eine Sache des Geldes – die Arbeiter hassen die Firma."
Der Abschluß der INCO-Arbeiter ist ein wichtiger Erfolg der kanadischen Lohnabhängigen gegen die dauernden Lohnsenkungen. Er ist zugleich eine Ermutigung für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, die gegen eine 6%-Lohnleitlinie und schwere Angriffe auf ihr Streikrecht kämpfen.
Im August letzten Jahres hatte die Regierung Trudeau diese Lohnleitlinie verfügt. Als am 15. Oktober 1978 die 23000 Mitglieder der Postarbeitergewerkschaft einen nationalen Streik für ihre Lohnforderungen begannen, be-
rot, wurde am 10.4. zu einer dreimonatigen Haftstrafe und 18 Monaten Bewährung verurteilt, gegen acht weitere führende Mitglieder der Postgewerkschaft laufen ebenfalls Verfahren.
Diese Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden, unmittelbar nach der Niederschlagung des Postarbeiterstreiks hatten mehrere Bundesstaaten ihrerseits Gesetze zur Abschaffung des Streikrechts für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst eingebracht, die teilweise noch nicht beschlossen sind; die Vollstreckung der Haftstrafe gegen Parrot wurde am 8. Mai, einen Tag nach Haftantritt, gegen Kaution wieder aufgehoben.
Seit Monaten kämpfen die Lohnabhängigen gegen diese Gesetze und ge-
gen den Versuch der Zerschlagung der Postarbeitergewerkschaft. Die Losungen gegen die Antistreikgesetze und zur Unterstützung der Postarbeiter standen im Mittelpunkt der Demonstrationen zum 1. Mai. Die größte Gewerkschaft des Landes, die 200000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie der Gewerkschaftskongreß von Ontaria Mitte Mai sagten der Postgewerkschaft bereits ihre bedingungslose Unterstützung zu.
Die neue Regierung Clark trat am 6. Juni ihr Amt an. Sie erklärte, daß sie die 6%-Lohnleitlinie unbedingt beibehalten will. Zusätzlich plant sie die Entlassung von 60000 Lohnabhängigen aus dem öffentlichen Dienst.



Streiks der französischen Hafenarbeiter gegen Lohnsenkung
z.pel.Paris. Seit vier Monaten kämpfen die 17000 französischen Hafenarbeiter mit zweitägigen Streiks pro Woche und Verweigerung von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gegen immer intensivere Vernutzung ihrer Arbeitskraft und Lohnsenkung. In allen französischen Häfen werden die Arbeiter nur tageweise eingestellt. Morgens und nachmittags wählen sich die Kapitalisten auf ihren Vermittlungsbüros die benötigte Arbeitskraft aus. Dabei kann der Kapitalist jederzeit unerwünschte Arbeiter zurückweisen. Wer arbeitslos bleibt, erhält nur den Garantielohn. Den so erzeugten Lohnsenkungsdruck haben die Kapitalisten zu umfangreichen Rationalisierungen genutzt. Die durchschnittliche Kolonnengröße ist z.B. in den letzten zwei Jahren von 25 auf 16 Arbeiter reduziert worden. Den von der Bourgeoisie gepriesenen Durchschnittslohn von 4030 F (1773 DM) kann ein Arbeiter nur bei 30% Überstunden und häufiger Nachtarbeit erreichen. Die Gewerkschaft CGT fordert seit 1977 die Erhöhung des Garantielohns von 86 F auf 101 F, Bezahlung der Feiertage nach dem Durchschnittslohn von 185 F (bisher 110), fünf Wochen Urlaub und Anrechnung der Tage der Arbeitslosigkeit auf die Rente. Unter dem Druck des Verlustes von Containergroßaufträgen an Genua deuten die Marseiller

Erfolgreicher Streik kanadischer Nickelarbeiter

Lohnabhängige im öffentlichen Dienst gegen Lohnleitlinien und Antistreikgesetze

z.rül. Am 3. Juni beendeten 11700 Nickelarbeiter in der Bergarbeiterstadt Sudbury erfolgreich ihren achtmonatigen Streik gegen die International Nickel Corporation (INCO). Die INCO ist das größte Nickelmonopol der Welt, unter Kontrolle von US-Steel, dem größten US-Stahlmonopol. In Kanada wird ein Drittel der Weltnickelproduktion gefördert. Die Gesellschaft hatte den Arbeitern am 30.5. eine sofortige Lohnerhöhung von 70 Cent und weitere stufenweise Lohnerhöhungen, höhere Zulagen und betriebliche Renten in den nächsten drei Jahren angeboten, insgesamt 4,07 Dollar die Stunde, bei Grundlöhnen von gegenwärtig 6,79 bis 8,79 Dollar und einer offiziellen Inflationsrate von 10%, für Lebensmittel sogar 15,2%. 67% der Arbeiter stimmten diesem Abschluß zu.

Die INCO-Arbeiter waren am 15. September 1978 in den Streik getreten, nachdem die Kapitalisten einen einjährigen Lohnstopp verlangt hatten. Während die Arbeiter den Winter über mit Streikgeldern von 30 Dollar für Verheiratete und 3 Dollar je Kind in der Woche den Kampf fortsetzten, entwickelte sich im ganzen Land eine starke Solidaritätsbewegung. Im März/April gingen die Nickelvorräte der INCO-Kapitalisten zur Neige. Auf der anderen Seite hatten kanadische Lohnabhängige den INCO-Arbeitern bereits über 500000 Dollar gespendet, und die Beschlüsse über feste monatliche Unterstützungen durch ganze Belegschaften nahmen zu. An den Rohstoffbörsen stieg der Nickelpreis von 11,20 DM je kg auf 14,60 DM. Anfang Mai legten die INCO-Kapitalisten ein erstes Angebot vor; es enthielt eine stufenweise Erhöhung der Löhne in drei Jahren um 2,36 Dollar, die Erhöhung der Mindestrente nach 35 Jahren Ausbeutung von 470 auf 636 Dollar im Monat, weitere Zulagenerhöhungen, erhöhtes Urlaubsgeld etc., zusammen eine Lohnerhöhung von 3,68 Dollar je Arbeiterstunde. Mit 57% lehnten die Arbeiter ab. „Wir sind die einzigen, die stark genug sind, es mit INCO aufzunehmen, und wir werden ihnen verflucht an die Gurgel gehen", zitierte eine kanadische Zeitung erschreckt einen der Streikenden. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft erklärte: „Dies ist nicht nur eine Sache des Geldes – die Arbeiter hassen die Firma."

Der Abschluß der INCO-Arbeiter ist ein wichtiger Erfolg der kanadischen Lohnabhängigen gegen die dauernden Lohnsenkungen. Er ist zugleich eine Ermutigung für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, die gegen eine 6%-Lohnleitlinie und schwere Angriffe auf ihr Streikrecht kämpfen.

Im August letzten Jahres hatte die Regierung Trudeau diese Lohnleitlinie verfügt. Als am 15. Oktober 1978 die 23000 Mitglieder der Postarbeitergewerkschaft einen nationalen Streik für ihre Lohnforderungen begannen, beschloß das Bundesparlament am 24.10. ein Gesetz, das den Streik untersagte, allen Postarbeitern, die ab 26.10. weiterstreiken würden, mit sofortiger Entlassung drohte und eine Zwangsschlichtung vorschrieb. Am 25.10. setzte daraufhin die Gewerkschaftsführung den Streik aus. Stunden später überfiel die Polizei die Büros der Gewerkschaft wegen „Verstoß gegen Bundesgesetze." Bis heute sind 7000 Postarbeiter wegen ihrer Beteiligung am Streik entlassen; der Vorsitzende der Gewerkschaft, Jean Claude Parrot, wurde am 10.4. zu einer dreimonatigen Haftstrafe und 18 Monaten Bewährung verurteilt, gegen acht weitere führende Mitglieder der Postgewerkschaft laufen ebenfalls Verfahren.

Diese Auseinandersetzung ist noch nicht entschieden, unmittelbar nach der Niederschlagung des Postarbeiterstreiks hatten mehrere Bundesstaaten ihrerseits Gesetze zur Abschaffung des Streikrechts für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst eingebracht, die teilweise noch nicht beschlossen sind; die Vollstreckung der Haftstrafe gegen Parrot wurde am 8. Mai, einen Tag nach Haftantritt, gegen Kaution wieder aufgehoben.

Seit Monaten kämpfen die Lohnabhängigen gegen diese Gesetze und gegen den Versuch der Zerschlagung der Postarbeitergewerkschaft. Die Losungen gegen die Antistreikgesetze und zur Unterstützung der Postarbeiter standen im Mittelpunkt der Demonstrationen zum 1. Mai. Die größte Gewerkschaft des Landes, die 200000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie der Gewerkschaftskongreß von Ontaria Mitte Mai sagten der Postgewerkschaft bereits ihre bedingungslose Unterstützung zu.

Die neue Regierung Clark trat am 6. Juni ihr Amt an. Sie erklärte, daß sie die 6%-Lohnleitlinie unbedingt beibehalten will. Zusätzlich plant sie die Entlassung von 60000 Lohnabhängigen aus dem öffentlichen Dienst.



Auf einer Kundgebung am 6. März verbrennen streikende INCO-Arbeiter in Sudbury eine Puppe des Verhandlungsleiters der INCO-Kapitalisten.

Streiks der französischen Hafenarbeiter gegen Lohnsenkung

z.pel.Paris. Seit vier Monaten kämpfen die 17000 französischen Hafenarbeiter mit zweitägigen Streiks pro Woche und Verweigerung von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gegen immer intensivere Vernutzung ihrer Arbeitskraft und Lohnsenkung. In allen französischen Häfen werden die Arbeiter nur tageweise eingestellt. Morgens und nachmittags wählen sich die Kapitalisten auf ihren Vermittlungsbüros die benötigte Arbeitskraft aus. Dabei kann der Kapitalist jederzeit unerwünschte Arbeiter zurückweisen. Wer arbeitslos bleibt, erhält nur den Garantielohn. Den so erzeugten Lohnsenkungsdruck haben die Kapitalisten zu umfangreichen Rationalisierungen genutzt. Die durchschnittliche Kolonnengröße ist z.B. in den letzten zwei Jahren von 25 auf 16 Arbeiter reduziert worden. Den von der Bourgeoisie gepriesenen Durchschnittslohn von 4030 F (1773 DM) kann ein Arbeiter nur bei 30% Überstunden und häufiger Nachtarbeit erreichen. Die Gewerkschaft CGT fordert seit 1977 die Erhöhung des Garantielohns von 86 F auf 101 F, Bezahlung der Feiertage nach dem Durchschnittslohn von 185 F (bisher 110), fünf Wochen Urlaub und Anrechnung der Tage der Arbeitslosigkeit auf die Rente. Unter dem Druck des Verlustes von Containergroßaufträgen an Genua deuten die Marseiller Hafenkapitalisten jetzt Verhandlungsbereitschaft an.

Streik irischer Postarbeiter in der siebzehnten Woche

z.rül.London. Am 6. Juni beschlossen die Delegierten der 23000 Postarbeiter in der Republik Irland zu Beginn ihres Gewerkschaftskongresses die unbefristete Fortsetzung des Streiks für Lohnerhöhungen zwischen 31 und 37%. Inzwischen erhielten die Postarbeiter Spenden von Postgewerkschaften aus Westdeutschland, Frankreich, Japan, der Schweiz, Norwegen, Island und Britannien. Auf Seiten der Regierung dagegen liegen nach 16 Wochen Streik Steuerbescheide über umgerechnet 400 Mio. DM fest. Die Imperialisten „bitten" jetzt nicht mehr, sondern „fordern" die Beendigung des Streiks, der „die Nation wirtschaftlich ins Herz trifft", wie am 4. Juni der Präsident der Vereinigung irischer Exporteure erklärte. Wenige Tage zuvor setzte die Regierung zum ersten Mal Polizei und Armee ein, um Prüfungsunterlagen des Erziehungsministeriums in die Schulen zu schaffen. Am gleichen Tag bekräftigten 2000 Postarbeiter auf einer Protestkundgebung in Dublin ihre Forderungen, und sämtliche Telexarbeiter boten der Postgewerkschaft an, in den Solidaritätsstreik zu treten. Die größte Gewerkschaft des Landes, die Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft, protestierte auf ihrem Kongreß am 1. Juni gegen Drohungen der Regierung, das Streikrecht im öffentlichen Dienst einzuschränken. Sie kündigte für diesen Fall Kampfmaßnahmen an.

Arbeitgebermaßnahmen wie Einstellungen, Versetzungen und Entlassungen beteiligt zu sein (BAG 1971). Damit wäre der Betriebsrat überfordert."

z.uwh. **„Für die Bundesregierung ist der öffentliche Nahverkehr ein geeignetes Mittel, die Mobilität unserer Bürger zu verbessern."** (Gscheidle, 8.6.) Attraktion der internationalen Verkehrsausstellung in Hamburg ist die



Magnetschwebebahn. 400 km/h schnell, in der Lage, die Lasten von 3 Güterzügen auf einmal zu transportieren, sowie voll containerisierbar. Die BRD-Imperialisten haben das Monopol darauf. Entwickelt wurde die M-Bahn von MBB Krauss-Maffei, Thyssen und Siemens Henschel. Fertig in der Schublade liegen Pläne für die Trassenführung von Glasgow nach Lissabon und Athen. Eine andere Neuheit ist der „Dual-Mode-Bus", der sowohl auf Straßen, als auch auf eigenen Trassen und Schienen verkehren kann. Als lohnendes Anwendungsbeispiel nennt Daimler Benz den „Transport zwischen Industriegebieten und benachbarten Städten". Sowohl M-Bahn, wie DM-Bus können per Computer gesteuert werden. Selbst der Fahrer wird überflüssig. Großes hat man vor – peinlich war's, daß die M-Bahn am Morgen des Eröffnungstages Walter Scheel nur einmal umherkutschieren konnte, weil die Bürgerinitiative des benachbarten Karolinenviertels per Gerichtsbeschluß mehr verhinderte.

z.hep. **„Die Anwaltschaft ist Teil unseres sozialen Rechtsstaates."** Das hat Ministerpräsident Albrecht den Deutschen Anwaltstag, 31. 5. bis 1.6.1979 in Hannover, des traditionellen Anwaltvereins als Motto auf den Weg gegeben. Er winkte dafür mit Barem – vergütete Armenberatung durch Anwälte, statt Beratung durch Gewerkschaften und andere Verbände. Bundesjustizminister Vogel versprach mehr Einkünfte durch höhere – gesetzlich festgelegte – Gebühren in Vertretung des verhinderten Schmidt. Beide Angebote wurden per Akklamation angenommen. Rausgekommen ist: Gesetzesflut allgemein, Scheidungsrecht und Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz wurden bekrittelt, im Kern aber für erträglich und letztlich brauchbar befunden. Angepeilte Verschärfungen des Anwaltsstandesrechtes wurden nur am Rande verhandelt.

z.ans. **„Das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung, das den Völkern Osteuropas immer noch verwehrt werde", müsse „mit den Waffen des Rechts und der Diplomatie verwirklicht werden", erklärte der Schirmherr Strauß in München auf dem 30. Pfingsttreffen der Sudetendeutschen, die er als „vierten Stamm Bayerns" bezeichnete.** Trotz aller Beteuerungen, die Sudetendeutschen seien keine „Revanchisten", keine „Speerspitze des Nationalismus" wurde deutlich bekundet, zu was die westdeutschen Imperialisten die „Landsmannschaften" einsetzen und als „Schirmherren" fördern: Ansetzend an der Unterjochung der Völker Osteuropas durch den Sozialimperialismus, gegenüber dem Menschenrechte und Freiheit geschützt werden müßten, wird der Anspruch auf Einverleibung von Teilen der Tschechoslowakei erhoben, getreu der Tradition der deutschen Reichsbourgeoisie, die darüber den zweiten imperialistischen Weltkrieg vorbereitete.



Viele Eltern- und Schülerversammlungen sind für Rektoren und Schulaufsicht zu regelrechten Hexenkesseln geworden. Trotz verschärfter Unterdrückungsmaßnahmen droht ihnen die Kontrolle über die Schülerbewegung zu entgleiten. Bild: Vollversammlung an der Gewerblichen Schule in Darmstadt, Januar '76.





Durch die Schulzentralisierung werden die Schulwege immer länger. Die Kosten bürdet der Staat den Eltern und Schülern auf. – Teure Pommes oder Süßkram ersetzen vielen Schülern schon Frühstück und Mittagessen, billige Schulmilch wird gestrichen. Bild links: Schüler der Carl-Schurz-Schule in Frankfurt kaufen in der Pause ein. Ein belegtes Brötchen kostet 75 Pfg., eine Cola 1 Mark. Bild rechts: Schüler aus dem Hunsrück halten einen Schulbus besetzt.

Neueste Ausführungsbestimmungen zu Noten: Trotz zahlreicher Kämpfe siegt der Staat

z.eve. Nachdem Ende des Jahres '77, Anfang des Jahres '78 die örtliche und überregionale Presse ein großes Geschrei angezettelt hatte, daß der Kampf gegen das Notensystem und gegen die Fünfen und Sechsen ein Hirngespinst des KBW und seiner ,,Märtyrer''-Lehrer sei, waren die Länderregierungen nicht untätig. Überall haben die Verantwortlichen sich daran gesetzt, neue Gesetzesmaßnahmen zu entwerfen, man war sich offenbar der Sprengkraft der Bewegung der Jugend gegen das Notensystem bewußt und wollte vorbeugen, daß sich Eltern, Schüler und Lehrer auf die Forderung nach Abschaffung des Notensystems einigen.

Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen, war zusammen mit seinem Kultusminister einer der ersten, der die Lage richtig einschätzte und nicht mehr allein auf ideologische Spaltungsmanöver vertrauen mochte. Am 5. April 78 wurde eine Verordnung über die Versetzung an den allgemeinbildenden Schulen erlassen. Das Kernstück dieser Verordnung ist, daß der Schulleiter jetzt bei allen Versetzungskonferenzen den Vorsitz führt und ein erheblich erweitertes Einspruchsrecht hat: §2 (8),,Die Noten in den Fächern werden jeweils von dem betreffenden Fachlehrer festgesetzt. Ist der Schulleiter oder die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Konferenz der Auffassung, daß ein Lehrer bei der Erteilung einer Note einen Konferenzbeschluß über Grundsätze für die Leistungsbewertung verletzt oder einen sonstigen Rechtsfehler ... begangen hat, so berichtet der Schulleiter der zu-

nicht untätig. Überall haben die Verantwortlichen sich daran gesetzt, neue Gesetzesmaßnahmen zu entwerfen, man war sich offenbar der Sprengkraft der Bewegung der Jugend gegen das Notensystem bewußt und wollte vorbeugen, daß sich Eltern, Schüler und Lehrer auf die Forderung nach Abschaffung des Notensystems einigen.

Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen, war zusammen mit seinem Kultusminister einer der ersten, der die Lage richtig einschätzte und nicht mehr allein auf ideologische Spaltungsmanöver vertrauen mochte. Am 5. April 78 wurde eine Verordnung über die Versetzung an den allgemeinbildenden Schulen erlassen. Das Kernstück dieser Verordnung ist, daß der Schulleiter jetzt bei allen Versetzungskonferenzen den Vorsitz führt und ein erheblich erweitertes Einspruchsrecht hat: §2 (8),,Die Noten in den Fächern werden jeweils von dem betreffenden Fachlehrer festgesetzt. Ist der Schulleiter oder die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Konferenz der Auffassung, daß ein Lehrer bei der Erteilung einer Note einen Konferenzbeschluß über Grundsätze für die Leistungsbewertung verletzt oder einen sonstigen Rechtsfehler ... begangen hat, so berichtet der Schulleiter der zu-

ständigen Schulbehörde und bittet um Überprüfung der Note''. So sitz. die Schulaufsichtsbehörde direkt mit auf der Konferenz. War es vorher möglich, daß die gewählten Schüler- und Elternvertretungen auf der Grundlage der Kämpfe an den Schulen einen Teil der Lehrer gewinnen konnten und so viele Fünfen und Sechsen, viele Nicht-Versetzungen verhindert werden konnten, wird jetzt dem Lehrer bei jeder Note angedroht, daß er der Schulaufsichtsbehörde seine Unterlagen offenlegen muß. Das erschwert die Auseinandersetzung erheblich.

Die Versetzungskonferenzen sind praktisch die Gremien, in denen sich die Auseinandersetzungen, die das ganze Jahr über gelaufen sind, auf das allerhärteste zuspitzen, und wo der Staat die Auslese per Noten durchsetzen kann. Acht sitzenbleibende Schüler einer 8. Klasse der Hauptschule, das sind acht Schüler, die am Ende der wiederholten 8. Klasse ihre Vollzeitschulpflicht abgeleistet haben und ohne Hauptschulabschluß auf den Arbeitsmarkt kommen.

Ein Steuerungsinstrument der Bourgeoisie mit dem sie kurzfristig einen leergefegten Arbeitsmarkt füllen kann und so Druck auf die Löhne der beschäftigten Arbeiter erzeugt. Auch wenn sich dann in der Produktion oft herausstellt, daß die Zusammensetzung des Arbeiterkörpers von der Ausbildung her eine andere sein muß.

Ähnliche Regelungen wie in Niedersachsen sind auch in Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen getroffen worden. In Schleswig-Holstein trägt der Schulleiter die pädagogische Verantwortung für die Zensuren, in Hamburg entscheidet noch zusätzlich die Stimme des Schulleiters bei Stimmengleichheit.

Dem immer heftigeren Kampf der Jugend gegen die Klassenarbeiten, die ja die Grundlage für die Notengebung bei den Versetzungen sind, haben die Landesregierungen ein ausgeklügeltes System von Lernkontrollen entgegengesetzt. Der Hamburger Senat hat im Februar '79 einen Entwurf von ,,Richtlinien für Klassenarbeiten'' vorgelegt. ,,Mit den vorgelegten Richtlinien wird angestrebt: Die Zahl der verbindlich festgelegten schriftlichen Arbeiten zu senken ...'' Und: ,,Das Üben und Wiederholen, das Sichern und Überprüfen von Lernergebnissen ist eine *ständige* Aufgabe, die in allen Fächern wahrzunehmen ist. Klassenarbeiten (sind) ... in den Klassen 3 bis 10 nur in den Fächern Deutsch, Mathematik und in den Fremdsprachen festgelegt. In den übrigen Fächern wird *weder die Zahl noch die Form schriftlicher Arbeiten festgelegt.*'' Diese Lernkontrollen werden ganz formell bei der Festsetzung der Zeugniszensuren hinzugezogen.

Die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben ebenfalls solche Regelungen im Laufe des Jahres 78/79 festgelegt. Unter dem Deckmantel, daß ja kontrolliert werden muß, ob die Schüler etwas gelernt haben, wird so versucht, die Schüler einem dauernden Zensurendruck zu unterwerfen, der jedes selbständige Ausbildungsinteresse der Ar-

bei den Versetzungen sind, haben die Landesregierungen ein ausgeklügeltes System von Lernkontrollen entgegengesetzt. Der Hamburger Senat hat im Februar '79 einen Entwurf von ,,Richtlinien für Klassenarbeiten'' vorgelegt. ,,Mit den vorgelegten Richtlinien wird angestrebt: Die Zahl der verbindlich festgelegten schriftlichen Arbeiten zu senken ...'' Und: ,,Das Üben und Wiederholen, das Sichern und Überprüfen von Lernergebnissen ist eine *ständige* Aufgabe, die in allen Fächern wahrzunehmen ist. Klassenarbeiten (sind) ... in den Klassen 3 bis 10 nur in den Fächern Deutsch, Mathematik und in den Fremdsprachen festgelegt. In den übrigen Fächern wird *weder die Zahl noch die Form schriftlicher Arbeiten festgelegt.*'' Diese Lernkontrollen werden ganz formell bei der Festsetzung der Zeugniszensuren hinzugezogen.

Die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben ebenfalls solche Regelungen im Laufe des Jahres 78/79 festgelegt. Unter dem Deckmantel, daß ja kontrolliert werden muß, ob die Schüler etwas gelernt haben, wird so versucht, die Schüler einem dauernden Zensurendruck zu unterwerfen, der jedes selbständige Ausbildungsinteresse der Ar-

beiterjugend und der Jugend der Lohnabhängigen zerstören und verhindern soll, daß überhaupt noch geguckt wird, wofür die Eins, Zwei oder Fünf erteilt worden ist. Schließlich geht es doch darum, was die Bourgeoisie braucht!

Wo alles nichts nutzt, den Zusammenschluß der Schuljugend zu verhindern, wird der Psychologe und Schullaufbahnberater an die Front geschickt. In Schleswig-Holstein, Bremen und im Saarland haben die jeweiligen Landesregierungen 1978 und 1979 in ihren Gesetzen festgelegt, daß die Schüler die Pflicht haben, sich schulpsychologisch untersuchen zu lassen. In Bremen haben die ,,Berater im Einverständnis mit dem Schulleiter Zugang zum Unterricht und zu den Konferenzen''. Auch Drogenberater gibt es. Alle im öffentlichen Dienst sind selbstverständlich dem besonderen Dienstrecht unterworfen.

Trotz der großen Kämpfe der Schuljugend gegen die Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen, trotz der fast alltäglichen Streiks gegen die Zensurengebung, hat die Bourgeoisie in fast allen Bundesländern ihre Gesetze unter Dach und Fach bekommen. Die wesentliche Schwäche ist, daß die Gewerkschaften die Forderungen der Schuljugend zu wenig unterstützen, daß die Lohnabhängigen gegen den bürgerlichen Staat als ,,Eltern'' antreten müssen und ihre organisierten Organe kaum in die Kämpfe an den Schulen eingreifen. Die IG Metall hat im letzten September einen Artikel gegen die Fünfen und Sechsen abgedruckt, man soll sie beim Wort nehmen.

Die Kämpfe an den Schulen zeigen eine wachsende Verbindung mit der Arbeiterbewegung

z.hev. Die Bergmechaniker im 1. Lehrjahr mußten in einer Berufsschule in Saarbrücken in einer Klassenarbeit folgende Fragen beantworten: ,,Welchen Nachteil hat der Zeitlohn für die Arbeiter?'' Die Antwort, die die Bourgeoisie hören wollte und die als richtig bewertet wurde, lautet: ,,Eine höhere Leistung der Arbeiter hat im Augenblick keinen höheren Lohn zur Folge''. Wieviele ,,richtige'' Antworten herauskamen, entzieht sich unserer Kenntnis. Viele sicher nicht, bedenkt man die zahlreichen Kampferfahrungen, die die Berufsschüler inzwischen haben.

2 × 6! Kein Blockunterricht! sind Forderungen, die bereits zu ihrem festen Aktionsprogramm gehören und die, wo es dazu Anlaß gibt, wie in der Gewerblichen Berufsschule I in Dortmund, um den Kampf gegen den Samstagsunterricht – mit Unterstützung der Betriebsräte von Elektromark, Krupp und Dolomit – erweitert werden. Dies ist ein Programm zur Beschränkung des Arbeitstages und so nimmt es nicht Wunder, daß die Arbeiterforderungen nach der 35-Stunden-Woche, dem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit auch aus den Berufsschulen heraus erhoben werden, wie z.B. von der Klasse Druck 78/2 im Berufsbildungszentrum Bremen am 1. Mai.

Im September 1978 hatten 1500 Berufsschüler die Hamburger Schulbehörde belagert, 5000 waren in den Streik getreten, um das Kurssystem und die Stufenausbildung zu Fall zu bringen – und statt dessen wollten: keiner darf durchfallen. Uwe Zabel, Blocksprecher G 16 und Mitglied der

Leistung der Arbeiter hat im Augenblick keinen höheren Lohn zur Folge''. Wieviele ,,richtige'' Antworten herauskamen, entzieht sich unserer Kenntnis. Viele sicher nicht, bedenkt man die zahlreichen Kampferfahrungen, die die Berufsschüler inzwischen haben.

2 × 6! Kein Blockunterricht! sind Forderungen, die bereits zu ihrem festen Aktionsprogramm gehören und die, wo es dazu Anlaß gibt, wie in der Gewerblichen Berufsschule I in Dortmund, um den Kampf gegen den Samstagsunterricht – mit Unterstützung der Betriebsräte von Elektromark, Krupp und Dolomit – erweitert werden. Dies ist ein Programm zur Beschränkung des Arbeitstages und so nimmt es nicht Wunder, daß die Arbeiterforderungen nach der 35-Stunden-Woche, dem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit auch aus den Berufsschulen heraus erhoben werden, wie z.B. von der Klasse Druck 78/2 im Berufsbildungszentrum Bremen am 1. Mai.

Im September 1978 hatten 1500 Berufsschüler die Hamburger Schulbehörde belagert, 5000 waren in den Streik getreten, um das Kurssystem und die Stufenausbildung zu Fall zu bringen – und statt dessen wollten: keiner darf durchfallen. Uwe Zabel, Blocksprecher G 16 und Mitglied der

Streikleitung, gleichzeitig Vertrauensmann der IG Metall und Mitglied im Ortsjugendausschuß, soll jetzt der Prozeß wegen Nötigung u.a. gemacht werden, aber der Hamburger Schulsenator handelt sich hier offensichtlich einiges ein. Inzwischen nämlich fordert die gesamte DGB-Jugend die Einstellung des Prozesses. Die Verbindung der Schüler- mit der Arbeiterbewegung gedeiht gerade an den Berufsschulen schnell – es handelt sich eben um die gleichen Interessen.

Weil die Schüler durch die immer rabiatere Zentralisierung der Schulen auf Bus und Bahn geworfen werden, z.T. Entfernungen bis zu 50 km auch mit dem Auto zurücklegen müssen, um eines der Schulzentren zu erreichen, weil sie gezwungen sind, in der Schule zu essen, spielen die Kämpfe um Bus- und Bahnverbindungen, die Preise für den Transport oder fürs Essen am Kiosk zur Zeit eine große Rolle. In Gießen wurde die Forderung nach Senkung des Colapreises direkt verbunden mit der Forderung nach Einrichtung einer Kantine ,,wie in Großbetrieben'' und der Bezuschussung der Essenspreise durch den Staat. Ähnliche Ziele verfolgten Demonstrationen und Streiks in Kaiserslautern, Ludwigshafen, Karlsruhe und Berlin. Eine Frikadelle mit Brötchen kostet um 1,20 DM an den Kiosken, ein Erbeseneintopf 3,60 DM, Milch 80 Pfennig, Cola eine Mark. Für Fleisch mit Beilage müssen Schüler so um die 4 Mark hinlegen, eine Menge Geld etwa für die 346000 Schüler, die in Westdeutschland auf BAFöG angewiesen sind. Wenn's um den Schulbus geht, treten die Eltern als treibende Kraft mit auf den Plan, organisieren selbst Demonstrationen und Streiks wie in Rheinland-Pfalz, wo inzwischen 41% der Grund- und Hauptschüler mit dem Bus oder Bahn fahren müssen (s. Bild). Die größten Aktivitäten entfalten die Eltern im Kampf gegen die Schließung von Schulen. So erreichten sie die Wiedereröffnung der Grundschule Bühne (Kreis Höxter) nach 10 Wochen Streik und ignorierten Bußgeldbescheide über 1050 DM , die vom Schulamt verschickt worden waren. Den Unterricht führten sie während des Streiks im Gasthaus durch. Etwas, was die staatlichen Schulbehörden wahrlich zum Kochen bringt, geschah an der Grundschule Dortmund-Hangeney. Dort ist die Klasse 4 a seit Ostern im Streik. Die Eltern fordern die Suspendierung der Direktorin, die zusammen mit drei anderen Lehrern an der Schule wahre Prügelorgien feiert. Hier handele es sich – so die Schulbürokratie – um eine unzulässige Einmischung in Personalangelegenheiten, ein Punkt, an dem die Bourgeoisie schon immer höchst empfindlich reagiert hat, denn ihr Unterdrückerpersonal will sie exclusiv auswählen. Aus München und Hude sind uns Aktionen der Eltern wegen fehlender Lehrer und dadurch bedingtem Unterrichtsausfall gemeldet worden. Allerdings haben die Aktionen der Eltern noch eine große Schwäche: nur selten mischen sich die Gewerkschaften ein und recht schwach entwickelt ist die Führung der Arbeiterbewegung.

Die Kultusminister versuchen mit allgemeinen Schulordnungen, Rechtsverordnungen und Erlassen, aber auch mit dümmlichen Projekten wie Remmers (Niedersachsen) ,,Streß raus – Spaß rein'' oder mehr Grün auf dem Schulhof den Deckel auf dem brodelnden Kessel der Schulen zu halten. Aber offensichtlich geht die Schülerbewegung davon aus, daß für den Spaß an der Schule unbedingt die ASCHO und noch einiges mehr weg muß. 50000 Schüler beteiligten sich in Nordrhein-Westfalen im Januar an den Aktionstagen gegen die ASCHO. Zu deren Charakterisierung muß hier genügen: jeder Schritt der Schüler wird kleinlich kontrolliert, die Eltern sollen z.B. jede Klassenarbeit unterschreiben, für die Entschuldigung ihres kranken Kindes soll ihre Unterschrift aber nicht reichen – das sollen Ärzte tun. An einzelnen Punkten durchbrechen die Schüler die Zensur ihrer Zeitungen, so geschehn in Braunschweig und Wolfenbüttel.

Läßt man die derzeitige Lage an den Schulen Revue passieren, so fällt auf, daß sich der Kern der Bewegung an den Berufsschulen befindet, daß sich ein Aktionsprogramm herausbildet, daß im wesentlichen die Schuldauer (2 × 6, kein Blockunterricht), die Schulkosten (Lernmittelfreiheit, Essenszuschuß) und die Qualität der Ausbildung (keine Stufenausbildung, kein Kurssystem) betrifft und daß dabei die notwendigen Rechte (Streikrecht, keine Zensur der Schülerzeitungen, keine Gängelung der Schülermitverwaltungen) mit eingeklagt werden. Es ist eine Entwicklung, die paralell zu den Fortschritten der Arbeiterbewegung verläuft und sich mit ihr immer besser verbindet. Das schafft die Voraussetzung für einen konzentrierten Angriff auf die Bastion des bürgerlichen Schulwesens.

nach 10 Wochen Streik und ignorierten Bußgeldbescheide über 1050 DM , die vom Schulamt verschickt worden waren. Den Unterricht führten sie während des Streiks im Gasthaus durch. Etwas, was die staatlichen Schulbehörden wahrlich zum Kochen bringt, geschah an der Grundschule Dortmund-Hangeney. Dort ist die Klasse 4 a seit Ostern im Streik. Die Eltern fordern die Suspendierung der Direktorin, die zusammen mit drei anderen Lehrern an der Schule wahre Prügelorgien feiert. Hier handele es sich – so die Schulbürokratie – um eine unzulässige Einmischung in Personalangelegenheiten, ein Punkt, an dem die Bourgeoisie schon immer höchst empfindlich reagiert hat, denn ihr Unterdrückerpersonal will sie exclusiv auswählen. Aus München und Hude sind uns Aktionen der Eltern wegen fehlender Lehrer und dadurch bedingtem Unterrichtsausfall gemeldet worden. Allerdings haben die Aktionen der Eltern noch eine große Schwäche: nur selten mischen sich die Gewerkschaften ein und recht schwach entwickelt ist die Führung der Arbeiterbewegung.

Die Kultusminister versuchen mit allgemeinen Schulordnungen, Rechtsverordnungen und Erlassen, aber auch mit dümmlichen Projekten wie Remmers (Niedersachsen) ,,Streß raus –

Westfalen im Januar an den Aktionstagen gegen die ASCHO. Zu deren Charakterisierung muß hier genügen: jeder Schritt der Schüler wird kleinlich kontrolliert, die Eltern sollen z.B. jede Klassenarbeit unterschreiben, für die Entschuldigung ihres kranken Kindes soll ihre Unterschrift aber nicht reichen – das sollen Ärzte tun. An einzelnen Punkten durchbrechen die Schüler die Zensur ihrer Zeitungen, so geschehn in Braunschweig und Wolfenbüttel.

Läßt man die derzeitige Lage an den Schulen Revue passieren, so fällt auf, daß sich der Kern der Bewegung an den Berufsschulen befindet, daß sich ein Aktionsprogramm herausbildet, daß im wesentlichen die Schuldauer (2 × 6, kein Blockunterricht), die Schulkosten (Lernmittelfreiheit, Essenszuschuß) und die Qualität der Ausbildung (keine Stufenausbildung, kein Kurssystem) betrifft und daß dabei die notwendigen Rechte (Streikrecht, keine Zensur der Schülerzeitungen, keine Gängelung der Schülermitverwaltungen) mit eingeklagt werden. Es ist eine Entwicklung, die paralell zu den Fortschritten der Arbeiterbewegung verläuft und sich mit ihr immer besser verbindet. Das schafft die Voraussetzung für einen konzentrierten Angriff auf die Bastion des bürgerlichen Schulwesens.

Daten zum Schulwesen

Die Schülerströme von 1901 bis 1978/79

Jahr	Sonderschüler	Grund-/ Hauptschüler	Realschüler	Gymnasiasten
1901	–	8966107	n. erfaßt	n. erfaßt
1911	–	10336100	354054	664156
1921	–	8930070	329344	799490
1931	–	7636901	229671	778440
1936	–	7929977	235178	672073
1951*	–	5849389	236366	643085
1961	151949	5343013	384929	848002
1970	322000	6359300	851093	1382244
1975/76	394000	6173000	1177000	1851000
1976/77	389176	5999000	1249000	1913000
1977/78	398015	5716000	1318000	1972000
1978/79	391000	5386000	1352000	2013000

* ohne Bremen, Hamburg, Westberlin, Saarland

Schulabgänger

Jahr	ohne Hauptschulabschluß	Schüler im BGJ	Neu abgeschl. Ausbildungsv.	Arbeitslose Jugdl. i. Mai
1972	142700	4098	456000	n. erfaßt
1973	148500	7912	450000	n. erfaßt
1974	145900	13500	450000	69793**
1975	138800	n. erfaßt	462000	86052
1976	117200	27140	498800	84963
1977	123900	40000	558400	87342
1978	130500*	44311	602100	76980

* Vorausberechnung der KMK ** (September)

Eine Untersuchung über das Jahr 1972 zeigt, daß tatsächlich noch mehr Schüler ohne Hauptschulabschluß von den Schulen entlassen werden: aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule und Sonderschule wurden 1972 212884 Schüler ohne Hauptschulabschluß entlassen (Quelle: Bildung in Zahlen 1975)



2 × 6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, kein Blockunterricht, kein Samstagsunterricht, weg mit der Stufenausbildung, vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit, Bezahlung der Fahrtkosten durch den Staat, keine Fünfen und Sechsen – das sind die Forderungen, die immer mehr zu einem Aktionsprogramm der Berufsschüler werden. Bild: DGB-Demonstration September '76 in Frankfurt.

z.brp. Parallel zur Erschließung der industriell unterentwickelten, noch überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebiete im Bundesgebiet und der einseitig auf bestimmte Wirtschaftszweige ausgerichteten Regionen leitete die Bundesregierung eine Ausgleichsbewegung der Arbeiterströme ein. Bisher wanderten aus den ,,infrastruktur- und erwerbsstrukturschwachen" Gebieten von je 1000 der 18- bis 25jährigen Jugendlichen 16,2 in die Industriezentren ab (1975/76). Soll jedoch die Industrieansiedlung in den strukturschwachen Regionen vorangetrieben werden, müssen dort auch die notwendigen Arbeitskräfte mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden sein. Bei dieser Ausgleichsbewegung ist die Schulplanung von Bedeutung.

Im Raumordnungsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1978 bis 1981 wird der Bau von Berufschulen mit 400 Mio. DM finanziert, für die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten investierte die Bundesregierung von 1974 bis 1978 478 Mio. DM. Zur Begründung schreibt das Haack-Ministerium: ,,Einmal werden durch den Ausbau der schulischen und der überbetrieblichen Ausbildungsstätten zusätzliche und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Zum anderen ist eine qualifizierte Ausbildung auch der geburtenstarken Jahrgänge eine wesentliche Voraussetzung, um in den den benachteiligten Gebieten Betriebe mit höheren Ansprüchen an die Qualifikation der Arbeitskräfte ansiedeln bzw. erweitern zu können ... Es wird noch mehr als bisher darauf ankommen, das betriebliche und schulische Ausbildungsangebot in den benachteiligten Gebieten gezielt zu fördern". Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, das bei der Raumordnung berücksichtigt wird, legt fest, wie zu fördernden Ausbildungsstätten beschaffen sein müssen: ,,Die Berufsbildungsplanung hat insbesondere dazu beizutragen, daß die Ausbildungsstätten nach Art, Zahl, Größe und Standort ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Bildungsplätzen gewährleistet und daß sie unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage und des langfristig zu erwartenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen möglichst günstig genutzt werden." In den Schulentwicklungsplänen der Landesregierungen wird entsprechend die genaue Zahl der Züge für die einzelnen Schulzweige festgelegt. Niedersachsen beispielsweise schreibt vor, daß alle Schulen der Sekundarstufe II, wozu neben dem Gymnasium auch die Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen gehören, in Schulzentren zusammengefaßt werden sollen, so daß ,,darin die räumliche Voraussetzung für eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen des Sekundarbereichs II, insbesondere zwischen den einzelnen berufsbildenden Schulen geschaffen werden können. Sind an einem Standort mehrere Schulzentren vorgesehen, so sollen diese jeweils bestimmte fachliche Schwerpunkte erhalten." Die Vorteile solcher Schulzentren für die Bourgeoisie liegen auf der Hand: wie sollte sie das Kurssystem an den Schulen und bereits den Hauptschulen einführen, wenn nicht genügend Schüler für die einzelnen Kurse in der Schule zusammengepfercht sind? Besteht die Grundschule in Niedersachsen jetzt in der Regel aus zwei Zügen, die Orientierungsstufe aus sechs Zügen, die Haupt- und Realschule aus zwei Zügen, ist das möglich. Nicht nur das Sortieren gelingt ihr so besser, auch der Drill kann nur in einer größeren Schule durchgesetzt werden. Wie sollte der frühere Dorfschullehrer oder auch der Lehrer an einer Mittelpunktschule, der mit den Bauern täglich zu tun hat und wo die Bauern einen direkten Zugriff auf den Lehrer haben, den Kasernenhofton gegenüber den Schülern und ihren Eltern anschlagen, ohne mit handfesten Reaktionen zu rechnen? Anders in einer Schule mit 1000 Schülern, dort wird dann auch den Schülern aus den ländlichen Gebieten die notwendige Disziplin für eine Industriearbeit eingepeitscht.

Über die ,,Gemeinschaftsaufgabe ,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' " subventioniert die Bundesregierung in den festgelegten Fördergebieten den Aufbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten. Von 1978 bis 1981 bezuschußt sie ein Bauvolumen von 242,4 Mio. DM mit 130,48 Mio. DM. Auch hier ist die Propagandalinie der Bourgeoisie: Herstellung von Chancengleichheit, Bildungsgefälle abbauen, Beschäftigungsrisiko vermindern. Tatsächlich will sie das hier vorhandene Arbeitskräftepotential profitabel einsetzen können in der Industrieproduktion. Offen gibt die Bundesregierung zu, gerade in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die die größte Bezuschussung neben dem Saarland erhalten, müßten noch zahlreiche Bauern gelegt werden.

Ein weiteres Hemmnis für die Her-

Schmude: Weiche Welle für härteren Tobak

von je 1000 der 18- bis 25jährigen Jugendlichen 16,2 in die Industriezentren ab (1975/76). Soll jedoch die Industrieansiedlung in den strukturschwachen Regionen vorangetrieben werden, müssen dort auch die notwendigen Arbeitskräfte mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden sein. Bei dieser Ausgleichsbewegung ist die Schulplanung von Bedeutung.

Im Raumordnungsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 1978 bis 1981 wird der Bau von Berufschulen mit 400 Mio. DM finanziert, für die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten investierte die Bundesregierung von 1974 bis 1978 478 Mio. DM. Zur Begründung schreibt das Haack-Ministerium: ,,Einmal werden durch den Ausbau der schulischen und der überbetrieblichen Ausbildungsstätten zusätzliche und hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Zum anderen ist eine qualifizierte Ausbildung auch der geburtenstarken Jahrgänge eine wesentliche Voraussetzung, um in den den benachteiligten Gebieten Betriebe mit höheren Ansprüchen an die Qualifikation der Arbeitskräfte ansiedeln bzw. erweitern zu können ... Es wird noch mehr als bisher darauf ankommen, das betriebliche und schulische ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Bildungsplätzen gewährleistet und daß sie unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage und des langfristig zu erwartenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen möglichst günstig genutzt werden." In den Schulentwicklungsplänen der Landesregierungen wird entsprechend die genaue Zahl der Züge für die einzelnen Schulzweige festgelegt. Niedersachsen beispielsweise schreibt vor, daß alle Schulen der Sekundarstufe II, wozu neben dem Gymnasium auch die Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen gehören, in Schulzentren zusammengefaßt werden sollen, so daß ,,darin die räumliche Voraussetzung für eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen des Sekundarbereichs II, insbesondere zwischen den einzelnen berufsbildenden Schulen geschaffen werden können. Sind an einem Standort mehrere Schulzentren vorgesehen, so sollen diese jeweils bestimmte fachliche Schwerpunkte erhalten." Die Vorteile solcher Schulzentren für die Bourgeoisie liegen auf der Hand: wie sollte sie das Kurssystem an den Schulen und bereits den Hauptschulen einführen, wenn nicht genügend Schüler für die einzelnen Kurse in der Schule zusammengepfercht sind? schule, der mit den Bauern täglich zu tun hat und wo die Bauern einen direkten Zugriff auf den Lehrer haben, den Kasernenhofton gegenüber den Schülern und ihren Eltern anschlagen, ohne mit handfesten Reaktionen zu rechnen? Anders in einer Schule mit 1000 Schülern, dort wird dann auch den Schülern aus den ländlichen Gebieten die notwendige Disziplin für eine Industriearbeit eingepeitscht.

Über die ,,Gemeinschaftsaufgabe ,Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' " subventioniert die Bundesregierung in den festgelegten Fördergebieten den Aufbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten. Von 1978 bis 1981 bezuschußt sie ein Bauvolumen von 242,4 Mio. DM mit 130,48 Mio. DM. Auch hier ist die Propagandalinie der Bourgeoisie: Herstellung von Chancengleichheit, Bildungsgefälle abbauen, Beschäftigungsrisiko vermindern. Tatsächlich will sie das hier vorhandene Arbeitskräftepotential profitabel einsetzen können in der Industrieproduktion. Offen gibt die Bundesregierung zu, gerade in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die die größte Bezuschussung neben dem Saarland erhalten, müßten noch zahlreiche Bauern gelegt werden.

Schmude: Weiche Welle für härteren Tobak
Strafferes Lernen in der Hauptschule

z.brp. ,,Leben lernen; lernen lernen; zusammenleben lernen; lernen, Lust auf die Zukunft zu haben" – das sollen die Schüler vor allem der Grund- und Hauptschulen lernen, dafür sprach Bildungsminister Schmude auf dem bildungspolitischen Kongreß ,,Zukunft" Anfang Mai. Die Bourgeois hadern mit den Regierungssozialdemokraten schon länger über die noch ungelösten Fragen bezüglich des Schulbetriebs und bezüglich der Unterrichtsinhalte. Was mit der imperialistischen Bildungsreform eingeleitet wurde, ist noch nicht beendet.

Unzufrieden sind die Kapitalisten über die Verschlechterung der allgemeinen Bildung der Schüler, rund 300000 Analphabeten derzeit in der Bundesrepublik, hauptsächlich Jugendliche, und dazu steigende Tendenz, Arbeitskräfte, die wegen ihrer schlechten Ausbildung den Kapitalisten nicht voll zur Verfügung stehen. Bereits 1976 forderte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Jahresbericht: ,,Ihr Stellenwert (der Hauptschule, Red.) als zentrale Institution des gesamten Bildungssystems ging dabei verloren. Die Überbetonung des Kognitiven und der Steigerung des Abstraktionsniveaus mußte auf Kosten des Manuellen, Anschaulichen und Lebenspraktischen gehen. Als Folge dieser Entwicklung sind wachsende Zahlen von Hauptschulabgängern ohne Abschluß zu verzeichnen sowie steigende Zahlen von Sonderschülern. ... In der Hauptschule, die ursprünglich eine gleichwertige Schule neben Realschule und Gymnasium werden sollte, ging zudem die Erziehungsfunktion verloren. Schließlich wurde versäumt, der Vorbereitung auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt den erforderlichen Platz einzuräumen, der ihr im Rahmen vordringlicher Bildungsaufgaben zukommt." Das Konzept ist noch nicht ausgefeilt, aber bestimmt ist, was herauskommen muß: Was jetzt in der Berufsschule oder dem Berufsgrundbildungsjahr gelernt wird, soll während der Hauptschulzeit eingeübt werden, im wesentlichen sind das die Grundfertigkeiten wie Schreiben, Rechnen, aber auch richtiger Umgang mit Werkstoffen und Erlernen rationeller Arbeitsmethoden, und das gründlich. Das spart dann nochmals Ausbildungszeit und damit könnten die Löhne, worauf es den Kapitalisten ankommt, weiter gesenkt werden, bei gleichzeitig relativ solide ausgebildeten Arbeitern, die vielfältige und wechselnde Arbeiten verrichten könnten. Schmudes Wunsch: ,,Gelänge es uns, im beruflichen Wettbewerb und in der Praxis gewonnene Erfahrung zum Maßstab für Aufstieg und Einordnung, das heißt zum Maßstab für das gezahlte Entgelt zu machen, hätten wir Schule und Bildung endlich von dem Druck befreit, ohne ihnen ihren Sinn zu nehmen." Das Gesäusel vom ,,streßfreien Lernen", Spaß und Lust an der Schule, verdeckt nicht den Drill, der für die Durchsetzung dieses Programms notwendig wird. Wem fällt bei ,,Zusammenleben lernen" nicht die Parallelität zum ,,Zusammenleben" in der Kaserne ein?

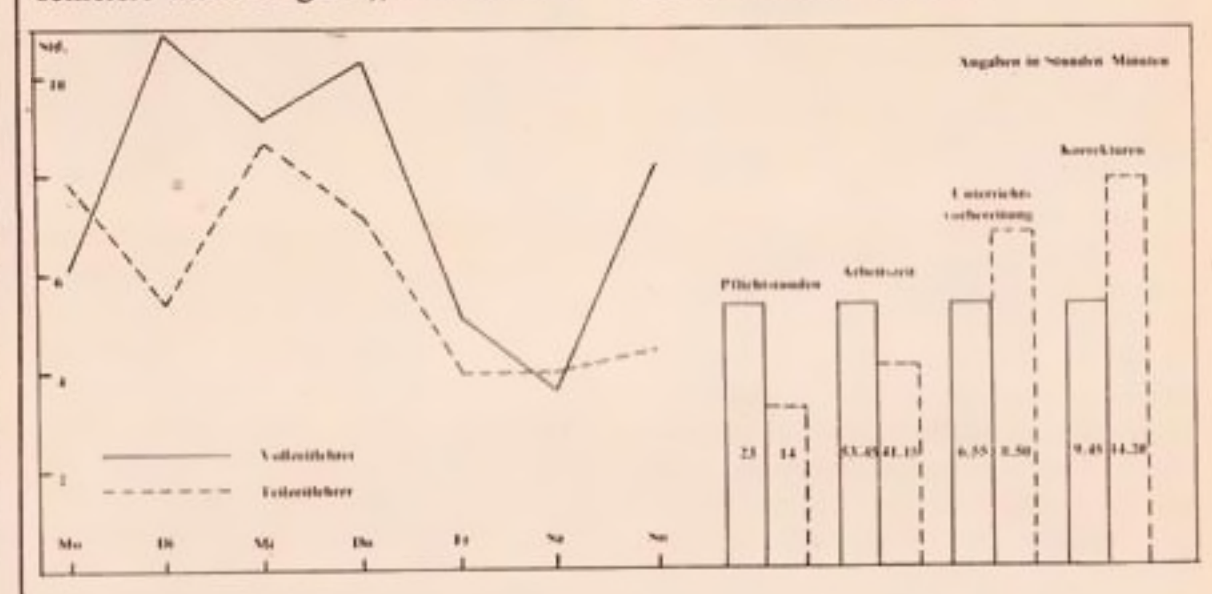
Ein weiteres Hemmnis für die Herstellung der Mobilität der Arbeiterklasse ist die Uneinheitlichkeit des Bildungswesens. Die Bundesregierung in ihrem ,,Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems" vom Februar '78: ,,Von Bundesland zu Bundesland voneinander abweichende Regelungen, ... behindern nicht nur diejenigen Bürger (bzw. deren Kinder oder Ehepartner), die – aus beruflichen Gründen – von einem Bundesland in ein anderes *tatsächlich* umziehen. Vielfach wird bereits der *Entschluß* über einen möglichen Wohnortwechsel oder eine berufliche Veränderung von der Überlegung mitbestimmt werden, ob die damit verbundenen und durch unterschiedliche Gestaltungen im Bildungswesen begründeten Nachteile in Kauf genommen werden können". Uneinheitlichkeit in der Bildungspflichtdauer, in dem Zeitpunkt des Übergangs von der Grundschule in die verschiedenen Stufen und in der Gestaltung der Inhalte der beruflichen Bildung müßte beseitigt werden. – Wie ,,mobil" die Arbeiterklasse und die junge Generation inzwischen geworden ist und wo der Staat nachsetzen muß, läßt Bildungsminister Schmude mit einem Forschungsprojekt über ,,die Zusammenhänge zwischen den durch technologische Entwicklungen beeinflußten Erfahrungen am Arbeitsplatz und der Zukunftsplanung der Familie, und zwar insbesondere den Bildungsstrategien der Eltern für ihre Kinder" derzeit erforschen. Außerdem: ,,wie sich die Bildungsinteressen von Jugendlichen in Abhängigkeit von örtlichen Ausbildungsplatzangeboten und den Informations- und Kommunikationsstrukturen der Jugendlichen gestalten."

Der 8-Stundentag als ,,Teilzeitarbeit", maßlose Überarbeit als ,,volle Stundenzahl"

r.mak. Die gezeigte Grafik beruht auf einem Vergleich der Wochenarbeitszeiten zweier Hamburger Gymnasiallehrer, beide im Hauptfach Deutsch, Nebenfach Englisch bzw. Latein, der eine volle 23 Pflichtstunden (Klassenlehrer), der andere 14 Stunden teilzeitbeschäftigt. Aufgezeichnet wurde in Minuten jede Tätigkeit außerhalb der Schule: Telefonate mit Eltern und Kollegen, ein gut dreistündiger Abend mit den Tutanden, Verwaltungsarbeit wie das Anfertigen einer Liste von Betrieben für das kommende Betriebspraktikum, das Heraussuchen eines Prüfungstextes für das mündliche Abitur, insbesondere die Unterrichtsvorbereitung und Korrekturen, aber auch der ,,Einkauf einer Landkarte für die geplante Exkursion".

Die Anwesenheit in der Schule wurde als kontinuierliche Arbeitszeit gezählt, da jede Pause oder ,,Freistunde" gestopft voll ist mit Teilen der Unterichtsvorbereitung (Abzüge u.ä.) und vor allem organisatorischer Tätigkeit bis zu sog. ,,Pausenkonferenzen". Es springt ins Auge, daß die tatsächliche Arbeitszeit der Lehrer vielfach verschleiert wird: es gibt ,,Verschnauftage" von 4 oder 5 Stunden, wozu in der Regel der Freitag zählt, wo erstmal alles in die Ecke fliegt; die tägliche Arbeitszeit ist über den Tag verstreut; am Wochenende steigt die Arbeitszeit wieder an. In der Arbeitszeit des Vollzeitlehrers von 53,45 Stunden macht die Wochenendarbeit 22%, beim Teilzeitlehrer 20,6% aus. Für die Vorbereitungszeit ergibt sich das Verhältnis von 12,9% zu 21,4%, für die Korrekturen von 18,1% zu 34,7%, – trotz der noch fehlenden breiteren Durchschnittswerte zeigt sich, daß die 13,45 Stunden, die der Vollzeitlehrer über den 8-Stundentag hinaus in der Woche arbeitet, zu einer Komprimierung dieser Tätigkeit führt, während diese in der Teilzeit die Gesamtarbeitszeit etwa auf die 8-stündige Normalarbeitszeit (41,15 Std.) bringen, für einen halbierten Lohn, versteht sich.

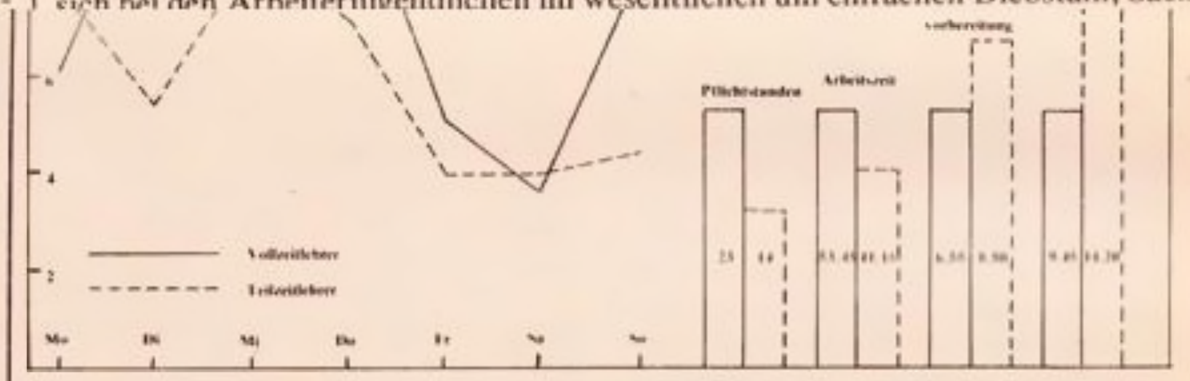
Am 5. Juli treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder, um abschließend über das noch gültige ,,Stillhalteabkommen" zur Arbeitszeit der Lehrer zu beraten. Bis dahin können in vielen Schulen die Arbeitszeiten der Lehrer untersucht und in Briefen an diese Konferenz die Forderungen der Lehrer erhoben werden.



Elendskriminalität der Arbeiterjugendlichen

z.urb. Polizei, Bewährungshelfer, Sozialarbeiter, Lehrer werden auf die Arbeiterjugend zur Bekämpfung der Jugendkriminalität angesetzt. Immer mehr Jugendliche werden straffällig, weil sie kleinere Diebstähle, Einbrüche machen, oder irgendwelche Automaten knacken. Es sind vor allem die Arbeiterjugendlichen, auf die die Jagd gemacht wird. Die Kinder höherer Angestellter und Beamter findet man nur vereinzelt in den Verbrechensstatistiken wieder.

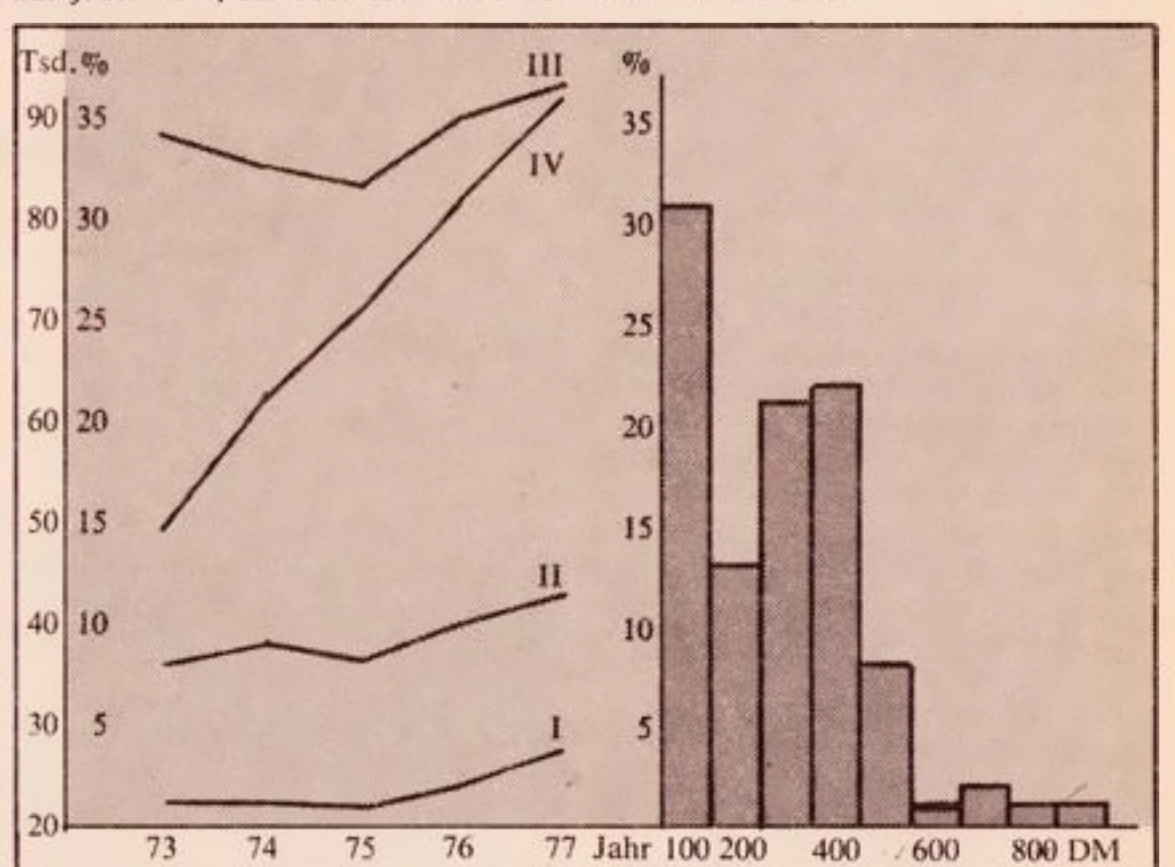
Die Arbeiterjugendlichen haben keine Eltern, die sie freikaufen können. Sie versuchen mit Diebstählen und kleineren Einbrüchen über die Runden zu kommen. Eine Befragung von 100 Jugendlichen Mitte der 60er Jahre beweist das. (Hirschler, Resozialisierung jugendlicher Rechtsbrecher durch Strafvollzug, 1970). Die jugendlichen Strafgefangenen hatten vor ihrer Aburteilung im Durchschnitt nur ein Sechstel des Durchschnittslohns eines Industriearbeiters zur Verfügung, einen genauen Überblick darüber gibt das Schaubild. Es ist auch klar, denn drei Viertel von ihnen kommen aus Arbeiterfamilien, 10 aus Angestelltenfamilien und nur 6 sind Kinder höherer Angestellter oder Beamter. Knapp über die Hälfte hat einen Volksschulabschluß, ein Drittel hat keinen, acht waren abgebrochene Gymnasiasten. 61 von ihnen arbeiteten vor der Aburteilung als ungelernte Arbeiter. Man sieht, die Arbeiterjugendlichen sind in der übergroßen Mehrheit und kommen aus elenden Verhältnissen. Die sechs Jugendlichen aus bürgerlichem Haushalt unterscheiden sich von ihnen ein wenig. Ihre Familien sind zwar meist zerrüttet, aber mit Elendskriminalität haben ihre Straftaten wenig zu tun. So heben sich ihre Straftaten von denen der Arbeiterjugendlichen auch deutlich ab: Während es sich bei den Arbeiterjugendlichen im wesentlichen um einfachen Diebstahl, Sach-



Elendskriminalität der Arbeiterjugendlichen

z.urb. Polizei, Bewährungshelfer, Sozialarbeiter, Lehrer werden auf die Arbeiterjugend zur Bekämpfung der Jugendkriminalität angesetzt. Immer mehr Jugendliche werden straffällig, weil sie kleinere Diebstähle, Einbrüche machen, oder irgendwelche Automaten knacken. Es sind vor allem die Arbeiterjugendlichen, auf die die Jagd gemacht wird. Die Kinder höherer Angestellter und Beamter findet man nur vereinzelt in den Verbrechensstatistiken wieder.

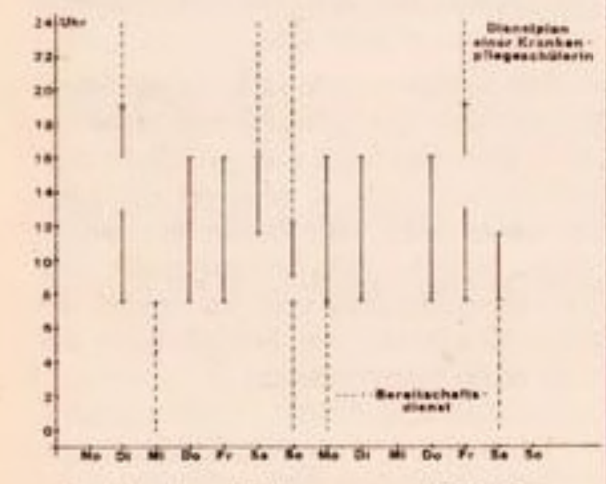
Die Arbeiterjugendlichen haben keine Eltern, die sie freikaufen können. Sie versuchen mit Diebstählen und kleineren Einbrüchen über die Runden zu kommen. Eine Befragung von 100 Jugendlichen Mitte der 60er Jahre beweist das. (Hirschler, Resozialisierung jugendlicher Rechtsbrecher durch Strafvollzug, 1970). Die jugendlichen Strafgefangenen hatten vor ihrer Aburteilung im Durchschnitt nur ein Sechstel des Durchschnittslohns eines Industriearbeiters zur Verfügung, einen genauen Überblick darüber gibt das Schaubild. Es ist auch klar, denn drei Viertel von ihnen kommen aus Arbeiterfamilien, 10 aus Angestelltenfamilien und nur 6 sind Kinder höherer Angestellter oder Beamter. Knapp über die Hälfte hat einen Volksschulabschluß, ein Drittel hat keinen, acht waren abgebrochene Gymnasiasten. 61 von ihnen arbeiteten vor der Aburteilung als ungelernte Arbeiter. Man sieht, die Arbeiterjugendlichen sind in der übergroßen Mehrheit und kommen aus elenden Verhältnissen. Die sechs Jugendlichen aus bürgerlichem Haushalt unterscheiden sich von ihnen ein wenig. Ihre Familien sind zwar meist zerrüttet, aber mit Elendskriminalität haben ihre Straftaten wenig zu tun. So heben sich ihre Straftaten von denen der Arbeiterjugendlichen auch deutlich ab: Während es sich bei den Arbeiterjugendlichen im wesentlichen um einfachen Diebstahl, Sach-
beschädigung, Fahren ohne Führerschein handelt, bei den Jugendlichen aus bürgerlichen Verhältnissen: schwerer Raub, Waffenbesitz, Hehlerei. Das gleiche Bild spiegeln die Statistiken in der weiteren Entwicklung wider. Insbesondere sind es die arbeitslosen Jugendlichen, die in verstärktem Maß abgeurteilt werden. Ihre Zahl hat sich von 1971-76 verdreifacht. Nach der Kriminalstatistik vom November '78 sind es mehr als ein Drittel der Strafgefangenen insgesamt. Dementsprechend stiegen vor allem die Diebstähle von Jugendlichen in Kaufhäusern von 1963-1977 um das Siebenfache. Meistens wurden dabei lebensnotwendige Sachen geklaut: Die Hälfte waren Bekleidungsstücke, 20% technische Geräte und 10% Lebensmittel. Zu zwei Dritteln waren es weiter Waren unter 25 DM. Bei den erwachsenen Arbeitern ergibt sich ein ähnliches Bild. Jeder 437. Arbeiter, der unter dem Durchschnittslohn verdiente, wurde Mitte der 60er Jahre straffällig, jedoch nur jeder 704., der über dem Durchschnittslohn verdiente.



Der linke Teil des Schaubilds zeigt die Entwicklung der Strafverfolgung Jugendlicher von 1973-1977 nach Altersgruppen: I: Die Strafverfolgung 14-16jähriger; II: Die Strafverfolgung 16-18jähriger; III: Die Strafverfolgung 18-21jähriger. Die Kurve IV stellt die Entwicklung der Arbeitslosenquote jugendlicher Strafgefangener vor ihrer Inhaftierung. Der rechte Teil des Schaubilds zeigt die Höhe des Taschengeldes jugendlicher Strafgefangener vor ihrer Inhaftierung.

Nachtarbeitsverbot für Krankenpflegeschüler!

r. 66,5 Stunden Bereitschaftsdienst über die tarifliche festgesetzte 40-Stundenwoche hinaus arbeitet ein Krankenpflegeschüler im April im Kreiskrankenhaus Pinneberg (Schleswig-Holstein). 22 Nachtdienste macht eine Schülerin im normalen Schichtdienst. Auf der Intensivstation machen die Schüler im regulären Schichtdienst zehn Nächte mit einer Schwester zusammen. Der Dienstherr arbeitet zielstrebig an der Ausweitung der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler. Im Februar dieses Jahres hat der Hamburger Senatsdirektor Hopf, vormals Dezernent im Kieler Sozialministerium, eine Richtlinie vorgelegt, die die Anzahl der „ausbildungsnotwendigen" Nachtwachen für Kinderkrankenpflegeschüler auf 30 bis 50 festlegt, für die Erwachsenenpflege auf 20 bis 30.



In der Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1966 ist nur von einer „ausbildungsnotwendigen" Nachtwache die Rede, im Manteltarif ist die Anpassung an die regelmäßige Arbeitszeit im Krankenhaus vorgeschrieben. In Schleswig-Holstein sind durch einen Erlaß des Sozialministers 15 Nächte festgelegt. Seit einiger Zeit versucht der Dienstherr jedoch, Nachtwachen für die Schüler obligatorisch zu machen und damit den 3-Schichtbetrieb für das gesamte Personal durchzusetzen. Die Lernzeit in möglichst viel Arbeitszeit zu verwandeln und mit der billigen Arbeitskraft der Schüler Druck auf den Lohn der Masse des Pflegepersonals auszuüben, ist der Zweck.

Durchsetzen kann der Dienstherr die Ausweitung der Nachtdienste auf der Grundlage des niedrigen Lohns. 1977 hat die ÖTV die Senkung der Bemessungsgrundlage für den Krankenpflegeschülertarif von 75 % auf 66,6 % hinnehmen müssen. Auch nach zwei Lohnerhöhungen bekommen die Krankenpflegeschüler noch erheblich weniger Lohn als 1977. Bekam ein Pflegeschüler im ersten Jahr 1977 745,88 DM, so kriegt er jetzt erst 720,55 DM, wenn er nach dem 1.4.77 die Ausbildung angefangen hat, also 25,33 DM weniger als 1977. Im dritten Jahr waren es 1977 981,48 DM, 1979 noch 33,32 DM weniger, nämlich 948,16 DM. Die von der ÖTV geforderte Erhöhung der Tarife für Schüler um 6,5 % unter Rückführung auf die alte Bemessungsgrundlage vor 1977 wurde nicht durchgesetzt.

Der Dienstherr nutzt diese Lage, um zeit im Krankenhaus vorgeschrieben. In Schleswig-Holstein sind durch einen Erlaß des Sozialministers 15 Nächte festgelegt. Seit einiger Zeit versucht der Dienstherr jedoch, Nachtwachen für die Schüler obligatorisch zu machen und damit den 3-Schichtbetrieb für das gesamte Personal durchzusetzen. Die Lernzeit in möglichst viel Arbeitszeit zu verwandeln und mit der billigen Arbeitskraft der Schüler Druck auf den Lohn der Masse des Pflegepersonals auszuüben, ist der Zweck.

Durchsetzen kann der Dienstherr die Ausweitung der Nachtdienste auf der Grundlage des niedrigen Lohns. 1977 hat die ÖTV die Senkung der Bemessungsgrundlage für den Krankenpflegeschülertarif von 75 % auf 66,6 % hinnehmen müssen. Auch nach zwei Lohnerhöhungen bekommen die Krankenpflegeschüler noch erheblich weniger Lohn als 1977. Bekam ein Pflegeschüler im ersten Jahr 1977 745,88 DM, so kriegt er jetzt erst 720,55 DM, wenn er nach dem 1.4.77 die Ausbildung angefangen hat, also 25,33 DM weniger als 1977. Im dritten Jahr waren es 1977 981,48 DM, 1979 noch 33,32 DM weniger, nämlich 948,16 DM. Die von der ÖTV geforderte Erhöhung der Tarife für Schüler um 6,5 % unter Rückführung auf die alte Bemessungsgrundlage vor 1977 wurde nicht durchgesetzt.

Der Dienstherr nutzt diese Lage, um den Arbeitstag der Schüler zu verlängern. Um die Lebenshaltung zu finanzieren, müssen sie sich auf vermehrte Bereitschafts- und Nachtdienste einlassen. Abgelten der Bereitschaftsdienste lohnt sich kaum und ist sowieso nur eingeschränkt möglich. Für 2 Stunden Bereitschaft bekommt man nur eine Stunde Freizeit, im OP kann man meist nur am Tag, wo wenige und kleine Operationen anliegen, abgelten.

Für die Hälfte des Lohnes einer ausgebildeten Schwester sollen die Schüler rund um die Uhr arbeiten. Am Beispiel eines Schichtplanes einer Schülerin am Kreiskrankenhaus Pinneberg (s. Schaubild) kann man sehen: Von 7.30 bis 13.00 Uhr normaler Dienst, dann 3 Stunden Pause, von 16.00 bis 19.00 Uhr wieder Dienst, anschließend 12,5 Stunden Nachdienst. Der normale Dienst schließt sich nahtlos an. Erholung vor und nach dem Bereitschaftsdienst ist auch nicht drin. Die Schülerin arbeitet in zwei Wochen 131 Stunden, davon 60 im Bereitschaftsdienst.

Auf einer Sitzung von Jugendvertretern und Schul- und Kurssprechern beim Allgemeinen Krankenhaus Barmbek einigten sich die Schüler darauf, zum 1. Mai die Forderung „Vollständiges Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler" zu erheben. Daß dies von den Schülern durchgesetzt werden muß, ist einsichtig, will man die weitere Ausdehnung der Nachtarbeit auf das gesamte Pflegepersonal verhindern, was durch den „Vorversuch" mit den Schülern durchgesetzt werden soll.

(Aus der KVZ-Betriebsausgabe für die Krankenhäuser Pinneberg und Itzehoe)

Militärische und politische Absicherung der ökonomischen Expansion

Die Tätigkeit der Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung

Genschers stolze Bilanz

z.bew. Das Auswärtige Amt mit dem Freidemokraten Genscher an der Spitze dient der westdeutschen Finanzbourgeoisie als Stab zur politischen Absicherung ihrer Expansionspläne. Im Kampf um Weltmarktanteile treten die westdeutschen Imperialisten in ihrer Außenpolitik gegenwärtig als entschiedener Verfechter einer europäischen Integration unter ihrer Hegemonie auf, ohne die „atlantische Partnerschaft" mit den US-Imperialisten zu brechen und bei gleichzeitigem Liebäugeln mit der anderen Supermacht.

In dem Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen vom 27.4.1979 auf eine große Anfrage der CDU/CSU zur Europapolitik (Bundestagsdrucksache 8/2787) rühmen sich Genscher und die von der SPD/FDP getragene Bundesregierung, entschieden die Fundamente für die weitere politische und ökonomische Einigung Europas gelegt zu haben: „Die von den Fraktionen der SPD und FDP getragenen Bundesregierungen haben im vergangenen Jahrzehnt trotz ungünstiger äußerer Umstände tatkräftig und vorausschauend daran mitgewirkt, die ökonomischen und politischen Fundamente eines einigen Europa zu verbreitern und zu festigen".

Im einzelnen rechnet er auf: Vergrößerung der EG von 6 auf 9 und bald auf 12 Mitgliedsstaaten, Vollendung der Erfüllung der Römischen Verträge, Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, vor allem mit dem ab 13.3.1979 in Kraft gesetzten Europäischen Währungssystem, Ausstattung des Europäischen Parlaments mit Haushaltsbefugnissen und Direktwahl, verstärkte Position der EG in der Welt durch die Ausdehnung der Außenbeziehungen über das Lomé-Abkommen. So richtig in Schwung gekommen ist aber der Ausbau des Völkergefängnisses EG unter der westdeutschen Präsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 1978, wie Genscher in seiner Antwort stolz vermerkt: „Zu Griechenland wurde nach intensiven Bemühungen gerade auch des Vorsitzes der Durchbruch in den Kernfragen erzielt ... Im Verhältnis zum Europäischen Parlament wurde während der deutschen Präsidentschaft verstärkt das Konzertierungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament über Ratsbeschlüsse angewandt ... Heraussragendes Ergebnis war der Beschluß des Europäischen Rates vom 5/6. Dezember 1978 über die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) ... Beim inneren Ausbau des Gemeinsamen Marktes und der Angleichung seiner Wettbewerbsbedingungen lag ein weiterer Schwerpunkt unserer Präsidentschaft ... Herausragende Ereignisse in

Im einzelnen rechnet er auf: Vergrößerung der EG von 6 auf 9 und bald auf 12 Mitgliedsstaaten, Vollendung der Erfüllung der Römischen Verträge, Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, vor allem mit dem ab 13.3.1979 in Kraft gesetzten Europäischen Währungssystem, Ausstattung des Europäischen Parlaments mit Haushaltsbefugnissen und Direktwahl, verstärkte Position der EG in der Welt durch die Ausdehnung der Außenbeziehungen über das Lomé-Abkommen. So richtig in Schwung gekommen ist aber der Ausbau des Völkergefängnisses EG unter der westdeutschen Präsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 1978, wie Genscher in seiner Antwort stolz vermerkt: „Zu Griechenland wurde nach intensiven Bemühungen gerade auch des Vorsitzes der Durchbruch in den Kernfragen erzielt ... Im Verhältnis zum Europäischen Parlament wurde während der deutschen Präsidentschaft verstärkt das Konzertierungsverfahren zwischen Rat und Europäischem Parlament über Ratsbeschlüsse angewandt ... Heraussragendes Ergebnis war der Beschluß des Europäischen Rates vom 5/6. Dezember 1978 über die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) ... Beim inneren Ausbau des Gemeinsamen Marktes und der Angleichung seiner Wettbewerbsbedingungen lag ein weiterer Schwerpunkt unserer Präsidentschaft ... Herausragende Ereignisse in

den Beziehungen zur Dritten Welt waren während des deutschen Vorsitzes die Eröffnung der Verhandlungen mit den AKP-Staaten über eine Erneuerung des Abkommens von Lomé sowie das – von den Beteiligten als Erfolg bewertete – erste Außenministertreffen EG-ASEAN am 20./21. November 1978 in Brüssel. Außerdem wurden die allgemeinen Zollpräferenzen für 1979 mit Verbesserungen insbesondere für die ärmsten Entwicklungsländer verabschiedet. Bei den Verhandlungen über den Gemeinsamen Fonds im Rahmen der UNCTAD konnten Fortschritte und eine Versachlichung des Dialogs erreicht werden." (S.2)

Verschärfte Unterdrückung und Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in den Ländern der EG und Einsetzen der EG als Instrument gegen die Länder der 3. Welt und die imperialistischen Konkurrenten sind Ergebnis und weiteres Ziel der westdeutschen Europapolitik. „Unter deutschem Vorsitz konnten 1978 die gemeinsamen außenpolitischen Positionen der neun EG-Staaten fortentwickelt und in der Welt das Bild einer handlungsfähigen Gemeinschaft gefestigt werden." (S.3): Energiesparprogramm für die Massen, diktierte Wirtschaftspolitik für die „Partnerländer" (Dänemark: Lohnstopp und Steuererhöhungen; Italien: Revision des Lohnindexmechanismus; Niederlande: Lohnsenkungsmaßnahmen; Großbritannien und Irland: Senkung der Lohnkosten), Zusammenarbeit bei der „Terrorismusbekämpfung" und Auslieferungsverträge sind weitere Punkte, womit Genscher seine Tätigkeit als Administrator der Europapolitik des westdeutschen Finanzkapitals bilanziert. (vgl. auch den Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften vom 19.4.1979, Bundestags-Drucksache 8/2760)

198 Vertretungen unterhält die westdeutsche Finanzbourgeoisie auf diplomatischer Ebene im Ausland (132 Botschaften, 79 Generalkonsulate, 7 Konsulate). Mit diesem dem Auswärtigen Amt unterstellten diplomatischen Korps läßt die westdeutsche Bourgeoisie wühlen, infiltrieren und ausspähen, um die besten Bedingungen für die ökonomische Expansion zu schaffen. Wenig Gesetzesvorhaben im Bundestag fallen unter die direkte Kompetenz des Außenministeriums, aber die meisten Verträge, Abkommen und Gesetze über auswärtige Angelegenheiten werden vom Auswärtigen Amt und dem Auswärtigen Ausschuß vorbereitet und mit durchgesetzt. Schwerpunkt dieser Tätigkeit ist die politische Absicherung des Waren- und Kapitalexportes in die Länder der Dritten Welt: Gesetz zur Änderung des Entwicklungsländersteuergesetzes, verabschiedet am 11.5.1979 (Drucksache 8/1857, 8/2501, 8/2778). „Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, das bisherige Entwicklungsländersteuergesetz in ein zeitlich unbefristetes Gesetz umzuwandeln und durch bestimmte Maßnahmen private Kapitalanlagen in Entwicklungsländer zu fördern, aber auch die Rohstoff- und Energieversorgung der Bundesrepublik zu sichern und Investitionen im Ausland generell zu fördern"; Gesetze

vom 19.4.1979, Bundestags-Drucksache 8/2760)

198 Vertretungen unterhält die westdeutsche Finanzbourgeoisie auf diplomatischer Ebene im Ausland (132 Botschaften, 79 Generalkonsulate, 7 Konsulate). Mit diesem dem Auswärtigen Amt unterstellten diplomatischen Korps läßt die westdeutsche Bourgeoisie wühlen, infiltrieren und ausspähen, um die besten Bedingungen für die ökonomische Expansion zu schaffen. Wenig Gesetzesvorhaben im Bundestag fallen unter die direkte Kompetenz des Außenministeriums, aber die meisten Verträge, Abkommen und Gesetze über auswärtige Angelegenheiten werden vom Auswärtigen Amt und dem Auswärtigen Ausschuß vorbereitet und mit durchgesetzt. Schwerpunkt dieser Tätigkeit ist die politische Absicherung des Waren- und Kapitalexportes in die Länder der Dritten Welt: Gesetz zur Änderung des Entwicklungsländersteuergesetzes, verabschiedet am 11.5.1979 (Drucksache 8/1857, 8/2501, 8/2778). „Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, das bisherige Entwicklungsländersteuergesetz in ein zeitlich unbefristetes Gesetz umzuwandeln und durch bestimmte Maßnahmen private Kapitalanlagen in Entwicklungsländer zu fördern, aber auch die Rohstoff- und Energieversorgung der Bundesrepublik zu sichern und Investitionen im Ausland generell zu fördern"; Gesetze

zum Schutz von Kapitalanlagen in Syrien und Mali, Gesetze zur Vermeidung von Doppelbesteuerung mit Kenia, Venezuela und Argentinien, Abkommen mit Ägypten (17.5.) über finanzielle Zusammenarbeit (projektgebundenes Darlehen und Warenhilfe an Ägypten und Einflußmöglichkeiten auf Rohstofflager für die westdeutschen Imperialisten) kennzeichnen die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes und seines diplomatischen Korps in den letzten Monaten.

Erweiterung des Operationsgebietes und Verfeinerung der Schikane

z.reb. Zur militärischen Absicherung der Expansionspläne des BRD-Imperialismus arbeitet das Verteidigungsministerium gegenwärtig an neuen Plänen. Der einzige außerhalb Westdeutschlands liegende eigene Bundeswehrstützpunkt Beja in Portugal soll, wie die Bundesregierung im Dezember 1978 bekannt gab, erheblich besser genutzt werden. Mit der Umrüstung der Luftwaffe auf Alphajet und Tornado soll die Ausbildung von Italien nach Portugal verlegt und dort der taktische Tiefflug, Waffenausbildung und Luftkampf geübt werden. Wie sich der BRD-Imperialismus dort hineinkrallen will, macht der Abgeordnete Jung in seiner Frage deutlich: Ob es nicht ginge, die Tiefflugübungen auf das ganze Gebiet der iberischen Halbinsel auszudehnen. Als „Gegenleistung" solle dann mittels Wirtschaftshilfe Spanien und Portugal der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft „erleichtert" werden.

Erhebliche Anstrengungen muß gegenwärtig das Bundesverteidigungsministerium unternehmen, um die Soldaten für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu gewinnen. Aufgeschreckt durch den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, aus dem sich ergab, daß von einer erfolgreichen Ausrichtung der Soldaten auf die Ziele des BRD-Imperialismus keine Rede sein kann, stand im Mittelpunkt der Bundestagsdebatte die „Verbesserung der Menschenführung". Die Motivation der Soldaten „kann nicht nur nicht erzwungen werden, sondern muß durch das persönliche Beispiel und die konkrete Erlebbarkeit der Freiheitswerte, die wir verteidigen, auch in der Bundeswehr beispielhaft dargestellt" werden (Horn, SPD), um zu zeigen, „daß Wehrdienst Friedensdienst" ist (Apel). Die Schule der Bundeswehr für innere Führung soll ausgebaut, für die Verbesserung der Ausbildung der Unteroffiziere ein besonderer Ausschuß gebildet und mit einer „Entbürokratisierungskommission" unter General a.D. des Maizière eine Verfeinerung der Schikanen erreicht werden.

Mit einer Reihe von Maßnahmen versucht das Verteidigungsministerium dem Kampf der Soldaten gegen die Vernutzung ihrer Arbeitskraft in der Bundeswehr die Spitze zu nehmen. Mit der Novellierung des Unterhaltssicherungsgesetzes für verheiratete Wehrpflichtige und Wehrübende werden die Zahlungen erhöht, für die Masse der Betroffenen bleibt aber immer noch ein Elendssold (vgl. KVZ 16/79). Mit der Zahlung einer Überstundenpauschale von 54 DM (Wehrpflichtige) bzw. 90 DM (Zeitsoldaten) für mehr als 56 Wochenstunden soll die vollständige Vernutzung der Arbeitskraft abgegolten werden. Angekündigt hat Apel Maßnahmen zum Abbau des Personal- und Verwendungsstaus sowie eine Durchforstung der Zulagenregelungen (KVZ 20/79).

Leitung der direkten Infiltration in der Dritten Welt

z.job. Auf 4,56 Mrd. DM stieg 1979 der Haushalt des Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), das sind ca. 14% mehr als 1978 (Der Gesamthaushalt stieg um 8,3%). Offergelds Ministerium leitet die staatliche „Entwicklungspolitik" der BRD-Imperialisten gegen die Länder der Dritten Welt. Hauptinstrument, die Einflußsphären des BRD-Imperialismus in der Dritten Welt auszuweiten, ist die Vergabe von Kredit. Dies, ebenso wie Verträge über den „Schutz" der Investitionen der westdeutschen Kapitalisten, über Warenexport etc. leiten jedoch die Ministerien für Wirtschaft, Finanzen, Auswärtiges bzw. Justiz. Das BMZ wird meist beratend hinzugezogen und hat im übrigen die Aufgabe, den Forderungen der Länder der Dritten Welt mit Hilfsversprechen zu begegnen und mit der Vergabe von Mitteln, die zum Großteil in den Aufbau der Infrastruktur der betroffenen Länder gehen, den Boden zu bereiten für die Expansion der BRD-Imperialisten. Dabei wird ein Gesetzentwurf, in dem entgegen der Forderung der Dritten Welt der Tiefseebergbau der westdeutschen Kapitalisten durch die Bundesregierung sanktioniert werden soll, nicht vom BMZ, sondern von Abgeordneten im Parlament eingebracht. Zur Zeit wird dieser Entwurf noch im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit beraten.

Der Bundestag verhandelte im Februar und im März Anfragen über die „wirtschafltiche Zusammenarbeit" im Informationswesen und über „personelle Hilfe in Entwicklungsländern". In der Antwort von Offergelds Ministerium stellt die Bundesregierung klar, daß ihr die von der UNO 1978 ausgearbeitete Mediendeklaration nicht genügend Handlungsfreiheit bei der Infiltration des Pressewesens der Dritten Welt läßt. „Die Mehrheit der Staatengemeinschaft verfolgt jedoch im Informationsbereich Zielsetzungen die zum Teil auf andersgearteten Grundvorstellungen beruhen. Die Chancen für eine umfassende Kodifizierung im Informationsbereich, die unseren Vorstellungen entspräche, erscheinen deshalb gegenwärtig gering." „Die Bundesregierung ist darum bemüht, ihre Möglichkeiten zu nutzen und ihren Einfluß zur Geltung zu bringen." Das BMZ leitet z.Z. 90 Projekte für Funk, Fernsehen, Film, Nachrichten-, Presse- und Verlagswesen, Druckereien u.a. in 44 Staaten im Volumen von 407 Mio. DM (davon 70 Mio. Neubewilligungen 1978). Alle außer 2 Treuhandprojekten über die UNESCO (2 Mio. DM) sind bilaterale Projekte staatlicher (229 Mio. DM) und halbstaatlicher (106 Mio. DM) Träger. Den größtmöglichen Einfluß auf die Informationsmedien der Dritten Welt zu gewinnen, ist das Ziel. Daher auch die Bedingungen, die an die Mittelvergabe geknüpft werden: „Die Meinungs- und Informationsfreiheit und -vielfalt, den Zugang des einzelnen zur Information und den grenzüberschreitenden Informationsfluß in der Welt zu vergrößern." Jedoch sind der Imperialistenpresse Grenzen gesetzt: „Generell ist nur ein enger Bewegungsspielraum gegeben, da souveräne Staaten auf dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bestehen." (Alle Zitate aus der Antwort des BMZ im Bundestag, Drucksache 8/2762).

Die Zahl der von Staats wegen in Länder der Dritten Welt entsandten Berater steht 1978 bei 2800. Sie hat seit 10 Jahren laut Angaben des Ministeriums nicht zugenommen. Betont wird aber, daß durch Umgruppierungen, vermehrte Kurzzeiteinsätze und Gutachtereinsätze die Effektivität zugenommen habe. Mit Konkurrenzneid blicken die westdeutschen Imperialisten z.B. auf Frankreich (30000) und England (10000 Berater). Obwohl die meisten von deren früheren Kolonien die Unabhängigkeit erkämpften, haben die britischen und französischen Imperialisten noch in vielen Ländern sich große Möglichkeiten zur Infiltration erhalten können. Rund die Hälfte des westdeutschen Kolonialpersonals wird nach Afrika entsandt.

ten Welt mit Hilfsversprechen zu begegnen und mit der Vergabe von Mitteln, die zum Großteil in den Aufbau der Infrastruktur der betroffenen Länder gehen, den Boden zu bereiten für die Expansion der BRD-Imperialisten. Dabei wird ein Gesetzentwurf, in dem entgegen der Forderung der Dritten Welt der Tiefseebergbau der westdeutschen Kapitalisten durch die Bundesregierung sanktioniert werden soll, nicht vom BMZ, sondern von Abgeordneten im Parlament eingebracht. Zur Zeit wird dieser Entwurf noch im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit beraten.

Der Bundestag verhandelte im Februar und im März Anfragen über die „wirtschafltiche Zusammenarbeit" im Informationswesen und über „personelle Hilfe in Entwicklungsländern". In der Antwort von Offergelds Ministerium stellt die Bundesregierung klar, daß ihr die von der UNO 1978 ausgearbeitete Mediendeklaration nicht genügend Handlungsfreiheit bei der Infiltration des Pressewesens der Dritten Welt läßt. „Die Mehrheit der Staatengemeinschaft verfolgt jedoch im Informationsbereich Zielsetzungen die zum Teil auf andersgearteten Grundvorstellungen beruhen. Die Chancen für eine umfassende Kodifizierung im Informa-

„Die Meinungs- und Informationsfreiheit und -vielfalt, den Zugang des einzelnen zur Information und den grenzüberschreitenden Informationsfluß in der Welt zu vergrößern." Jedoch sind der Imperialistenpresse Grenzen gesetzt: „Generell ist nur ein enger Bewegungsspielraum gegeben, da souveräne Staaten auf dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bestehen." (Alle Zitate aus der Antwort des BMZ im Bundestag, Drucksache 8/2762).

Die Zahl der von Staats wegen in Länder der Dritten Welt entsandten Berater steht 1978 bei 2800. Sie hat seit 10 Jahren laut Angaben des Ministeriums nicht zugenommen. Betont wird aber, daß durch Umgruppierungen, vermehrte Kurzzeiteinsätze und Gutachtereinsätze die Effektivität zugenommen habe. Mit Konkurrenzneid blicken die westdeutschen Imperialisten z.B. auf Frankreich (30000) und England (10000 Berater). Obwohl die meisten von deren früheren Kolonien die Unabhängigkeit erkämpften, haben die britischen und französischen Imperialisten noch in vielen Ländern sich große Möglichkeiten zur Infiltration erhalten können. Rund die Hälfte des westdeutschen Kolonialpersonals wird nach Afrika entsandt.



Streikende Arbeiter bei Daimler Benz in Buenos Aires

Chauvinistische Wiedervereinigungspropaganda

z.bew. „Den Wiedervereinigungsanspruch im Innern beharrlich wachhalten und nach außen beharrlich vertreten". Keine Bundestagsdebatte über die „Deutsche Frage" oder Sitzung des Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, in denen nicht dieser Satz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag vom 31.7.1973 als Verpflichtung für die Arbeit des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen von der Regierungskoalition oder der Opposition vorgebetet wird.

Mit 467,5 Mio. DM für den Haushalt 1979 ist dieses Ministerium unter Führung des Sozialdemokraten Franke eines der kleinsten, ohne daß damit allerdings ausgedrückt ist, daß der Appetit der westdeutschen Imperialisten auf die DDR so klein wäre. Nur – die wesentlichen Anstrengungen werden nicht in diesem Ministerium geleistet, dafür sind die Lambsdorff- und Matthöferministerien bedeutend wichtiger. Für das Frankeministerium verbleibt als Aufgabe die chauvinistische Mobilisierung und ideologische Absicherung dieser Anstrengungen der westdeutschen Imperialisten. Verdoppelung der Subventionen für Berlinflüge (über ein Zehntel des Haushaltes sind für die Wahrung des „gesamtdeutschen Charakter von Westberlin" vorgesehen), Unterstützung für Fahrten von Schulklassen und Jugendverbänden nach Berlin und an die DDR-Grenze (1976 für 132000 Jugendliche, 1978 für 240000 Jugendliche – für 1979 6,2 Mio. DM dafür als Haushaltsansatz), regelmäßige Treffen mit der Kultusministerkonferenz zur Ausrichtung der Lehrpläne und der Lehrer, Hochglanzbroschüren und Informationen zur politischen Bildung – alles zur Wachhaltung und Vertiefung des Anspruchs der westdeutschen Imperialisten auf die DDR.

Suche nach Plündermöglichkeiten in fremden Gewässern

Anhörung der Regierung / Vollfrosterflotte auf Weltmeeren / niedrige Preise und Fangquoten für Kutterfischer

z.mee. Am 11. Juni findet eine Anhörung zur Lage der Fischwirtschaft im Bundestag statt. Das Verarbeiten und Einfrieren des Fisches auf hoher See soll weiter gefördert werden. Die Hochseefrosterflotte (27 Vollfroster mit 74870 BRT) gehört fast ausschließlich den Konzernen Unilever, Dr. Oetker sowie 2 Reedereien aus Hamburg und Bremen. Sie landeten 1977 66% von insgesamt 395000 t Fisch an und konnten 1978 ihren Fang um 2% erhöhen. Neben der Förderung der Frosterkonzerne wird der Bundestag beraten, wie die kleinen Kutterfischer der Nord- und Ostsee dezimiert werden können.

1978 konnten die 791 Kutter zusammen mit den 39 Hochseefrischfischtrawlern 9% weniger Fisch anlanden. Die Froster sind das Herzstück der Fischfangflotte der westdeutschen Imperialisten. Sie stoßen auf entsprechenden Widerstand bei den Ländern der Dritten Welt, die das Leerfischen ihrer Küstengewässer durch die Einführung der 200-Meilen-Zone verhindern.

Wollen die BRD-Imperialisten mit ihren verhältnismäßig kurzen Küsten an lohnende Fanggebiete herankommen, so können sie dies nur über die EG. Mit den britischen Konkurrenten liegen sie darüber in heftigem Streit. Diese halten an der 12-sm-Exklusivzone und 50 sm vorrangigem Zugang fest und wollen in dieser Zone keine Einigung über „Kernfragen" (Quoten, Bestandserhaltung, Zugang, Kontrolle, Strukturverbesserung).

Dänemark, das schon 1966 mit Norwegen, Schweden und den Faröern einen Vertrag über die gemeinsame Befischung der Küstengewässer abschloß, mußte mit seinem Beitritt diesen Vertrag auf die EG übertragen. 1979 ist er verlängert worden. Mit Kanada hat die EG ein Abkommen zur gegenseitigen quotenmäßigen Befischung ihrer Gewässer getroffen und mit Senegal, Mauretanien und Guinea-Bissao laufen die Verhandlungen. Aus Steuergeldern sind „Gemeinschaftsunternehmen", zwischen westdeutschen Reedern wie z.B. der Hamburger Reedereigruppe Pickenpack und Argentinien aufgebaut worden. Unter argentinischer Flagge muß die westdeutsche Besatzung zu einem Haustarif, der den 12-Stundentag, die 7-Tagewoche und Heuern erheblich unter westdeutschem Tarif vorsieht, den Fisch für die Kapitalgruppe produzieren.

Der Bundestag stützt wohlwollend diese Form der Ausplünderung, nicht nur durch Beihilfe, sondern auch durch „Fischereiforschungsschiffe zur Erkundung neuer Fanggebiete und durch neue Fischereischutzboote zum Schutz „neuer deutscher Fanggebiete". Ein großer Teil der westdeutschen Hochseeflotte mußte jedoch auf wenig bekannte Fischarten umstellen, weil sie in den Küstengewässern verjagt werden. Prompt finanziert die Bundesregierung eine Reklamekampagne 1978 für 5,8 Mio. DM und 1979 für 6,5 Mio. DM für den Verzehr von wenig bekanntem Fisch und finanziert die entsprechende Umrüstung der Hochseeschiffe mit 12,5 Mio. DM. Mit 42,5 Mio. soll die Fischerei 1979 insgesamt gefördert werden. Davon werden die Hochseefischereikonzerne mit *Beihilfen* gemästet, während die kleinen Kutterfischer mit *Zinsverbilligungszuschüssen* für Kapitalmarktdarlehen und *Abwrackprämien* in den Ruin getrieben werden. Ertl beklagt sich, daß 1978 trotz erhöhter Abwrackprämie sich nur wenige Fischer zur Aufgabe ihres Fischereibetriebes entschließen konnten und hofft auf ein besseres Ergebnis für 1979 wegen der „rückläufigen Fangmöglichkeiten".

Je rationeller und monopolisierter der Ausbau der Hochseeflotte, desto schärfer die Konkurrenz für die kleinen Fischer. Die Hochseefischerei konnte auf Grund ihrer Monopolstellung am Markt wesentlich höhere Preise pro kg Fisch erzielen als die Kutterfischer.

So können die Fischverarbeitungskonzerne, die fast identisch mit den Betreibern der Froster sind, die Kutterfischer weiter ausplündern und mit Hilfe der Bundesregierung genau regulieren wieviele kaputtgehen sollen.

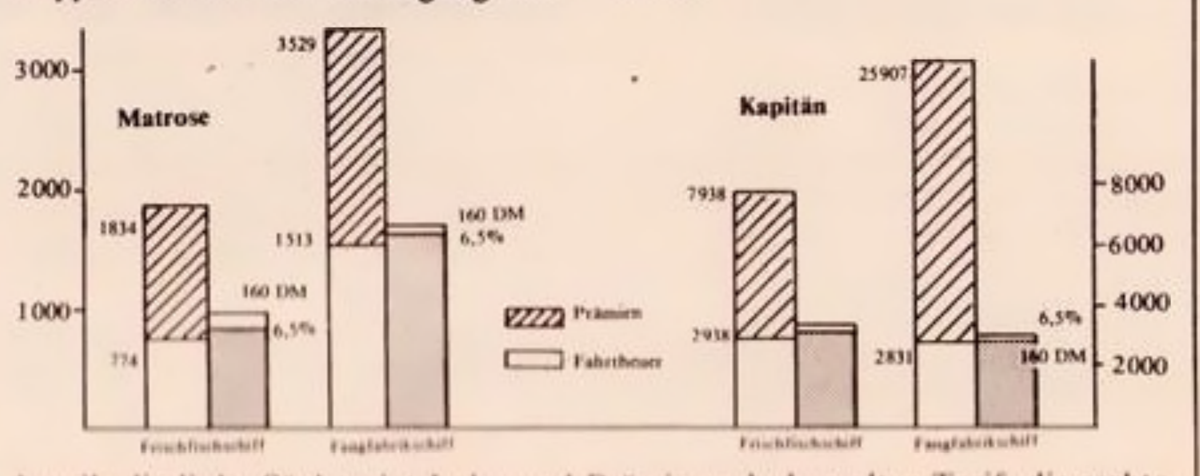
Preise in Pfg. je kg angelandeten Fisch (1977)

	Hering	Kabeljau	Schellfisch	Seelachs	Sprott	Scholle	Krebse Krabben
Hochseefischerei	167,8	138,5	131,5	114,2	90,9	100,2	326,1
Kutterfischerei	68,0	100,8	106,5	93,2	29,0	134,4	167,5

Tarifverhandlungen in der Hochseefischerei: Hohe Erhöhung der Grundheuern erforderlich

r.ras. Die ÖTV fordert Erhöhung der Grundheuer um 6,5%, mindestens 160 DM. Neben extra Tarifverträgen für die *Seeschiffahrt* (hier läuft der alte Tarif noch bis 31.12.) gibt es in der *Hochseefischerei* Heuertarifverträge für die Frischfischschiffe und die Fangfabrikschiffe. Beide sind jetzt gekündigt, die ÖTV fordert 6,5%, mindestens 160 DM mehr Lohn. 51 Lohngruppen haben die Reederkapitalisten bisher ausgetüftelt. Die Arbeiter auf den Frischfischschiffen, die ca. 3 Wochen unterwegs sind, erhalten zur Grundheuer eine Beteiligung am Fangerlös (Matrose: 0,53%; Kapitän: 2,5%). Der Erlös schwankt immer sehr stark (im Schaubild sind 200000 DM angenommen). Auf den 2 – 3 Monate zur See fahrenden Fangfabrikschiffen ist die Grundheuer teilweise um das Doppelte höher. Die Beteiligung richtet sich hier nach den angelandeten Tonnen (im Schaubild sind 600 t angenommen), den Fischsorten und der Art ihrer Verarbeitung. Insgesamt gibt es 53 verschiedene Produktprämien (im Schaubild ist die für Seelachs gewählt).

Im Schaubild sind links der Lohn eines Matrosen, rechts der des Kapitäns eingetragen. Die BONN (Nordsee-Reederei) hat bei 56 Mann Besatzung 12 Matrosen und ca. 20 Fischwerker. Nur die Erhöhung der Grundheuer macht die Seeleute von den Marktpreisen des Fisches und der Antreiberei der Kapitäne unabhängiger. Der jetzt noch hohe Anteil der Prämien am Gesamtlohn zwingt die Seeleute in den an Bord üblichen Schichtrhythmus von 6 Stunden Arbeit/6 Stunden Ruhe, was 360 Stunden im Monat und einen Durchschnittsnettolohn von 4 – 6 DM ausmacht.



Jeweils die linke Säule zeigt Lohn und Prämie nach dem alten Tarif, die rechte Säule den Lohn bei Durchsetzung der ÖTV-Forderung.



„Kartoffel-Diät"

z.güv. „Ein wöchentlicher ‚Kartoffeltag', an dem nichts als 500 bis 600g Kartoffeln verzehrt werden, kann zur gesunden und stetigen Gewichtsabnahme führen: Die in den Kohlehydraten der Kartoffel reichlich enthaltene Stärke verbrennt überflüssiges, im Körper gespeichertes Fett." (Handelsblatt 1./2.6.)

DDR: Kampagne gegen „Überverzehr"

z.rua. Im Januar hatte das DDR-Zentralinstitut für Ernährung ermittelt, daß 46% der arbeitsfähigen Bevölkerung übergewichtig seien. Wer dick ist, arbeite langsamer und werde leichter krank. Die Kosten im Gesundheitswesen seien pro Kopf von 76 Mark (1950) auf 535 Mark (1978) hochgeschnellt. Ende Mai erließ das Zentralinstitut die Empfehlung, pro Tag je 40 g Fett und Zucker weniger zu konsumieren. Der pro-Kopf-Verbrauch an Fetten und Zuckererzeugnissen sinkt seit Mitte der 50er Jahre. Der Verbrauch an Zuckererzeugnissen ist aber mit 39,8 kg pro Jahr z. B. gegenüber der BRD um 4 kg höher. Offiziell ist auch der Fleischverbrauch um 6 kg höher, einschließlich Knochen, Knorpel, Sehnen und Fett. Mageres Fleisch ist in den Läden selten zu haben und teuer. 1¾ Stunden mußte 1977 ein Arbeiter in der DDR arbeiten, um 1 kg Schweinekotelett zu kaufen. Auch Gemüse und Obst sind Mangelware. Erklärlich, daß die Volksmassen ihren Kalorienbedarf aus fett- und kohlehydrathaltigen Nahrungsmitteln decken müssen. Die neue Bourgeoisie der DDR nutzt das zur Spaltung. Während sie die Bauern, die aufgrund fehlender Maschinerie und infolge der Witterungseinflüsse mit der Bestellung im Rückstand sind, zu Überstunden und Schichtarbeit an-

DDR: Kampagne gegen „Überverzehr"

z.rua. Im Januar hatte das DDR-Zentralinstitut für Ernährung ermittelt, daß 46% der arbeitsfähigen Bevölkerung übergewichtig seien. Wer dick ist, arbeite langsamer und werde leichter krank. Die Kosten im Gesundheitswesen seien pro Kopf von 76 Mark (1950) auf 535 Mark (1978) hochgeschnellt. Ende Mai erließ das Zentralinstitut die Empfehlung, pro Tag je 40 g Fett und Zucker weniger zu konsumieren. Der pro-Kopf-Verbrauch an Fetten und Zuckererzeugnissen sinkt seit Mitte der 50er Jahre. Der Verbrauch an Zuckererzeugnissen ist aber mit 39,8 kg pro Jahr z. B. gegenüber der BRD um 4 kg höher. Offiziell ist auch der Fleischverbrauch um 6 kg höher, einschließlich Knochen, Knorpel, Sehnen und Fett. Mageres Fleisch ist in den Läden selten zu haben und teuer. 1¾ Stunden mußte 1977 ein Arbeiter in der DDR arbeiten, um 1 kg Schweinekotelett zu kaufen. Auch Gemüse und Obst sind Mangelware. Erklärlich, daß die Volksmassen ihren Kalorienbedarf aus fett- und kohlehydrathaltigen Nahrungsmitteln decken müssen. Die neue Bourgeoisie der DDR nutzt das zur Spaltung. Während sie die Bauern, die aufgrund fehlender Maschinerie und infolge der Witterungseinflüsse mit der Bestellung im Rückstand sind, zu Überstunden und Schichtarbeit an-
treibt, propagiert sie, daß 16% der bestellten Fläche nur dem Überkonsum der Arbeiter dienten.

EG-Agrarprogramm für Griechenland: Plantagenwirtschaft

„Die Hälfte der rund eine Million Betriebe muß ausscheiden"

z.pek. Mit dem Endé Mai unterzeichneten Beitrittsabkommen Griechenlands zur EG wurde auch dessen Eingliederung in den EG-Agrarmarkt ab 1981 festgelegt, wobei für die wichtigsten Agrarexportprodukte eine Übergangszeit von fünf bis sieben Jahren gilt. Ziel dieser „gemeinsamen" Agrarpolitik soll es sein, "die griechische Produktion auf die Absatzmöglichkeiten in der EG auszurichten". Griechenland soll in Konkurrenz zu Italien und Frankreich, sowie zu Spanien und Portugal, – wo die Beitritts-

lands nennt unverblümt als Ziel, daß „die Hälfte der rund eine Million Betriebe ausscheiden und 1,7 Mio. Hektar Anbaufläche mobilisiert werden müßten". Dabei sollen 280000 bis 450000 Bauern in Lohnarbeiter für Plantagen und Fabriken verwandelt werden. Ein Teil von ihnen soll zur Emigration in die Länder der EG gezwungen werden, um den Druck auf das Lohnniveau der Arbeiter in der EG zu verstärken.

Trotz fortschreitender Verelendung verlassen aber nur relativ wenige Bau-

für Düngemittel sollen „schrittweise den EG-Bestimmungen angepaßt", d.h. beseitigt werden. Bislang kostete eine Tonne Harnstoffdünger für die Bauern nur 137 DM, in den Niederlanden dagegen 267 DM. Noch schärfer ist diese Preisdifferenz bei Superphosphatdünger, der in Griechenland 101 DM pro Tonne kostet, in den Niederlanden dagegen 283 DM. (Preise von 1977, nach: FAO Monthly Bulletin)

Das entscheidende Mittel der EG-Imperialisten zur Freisetzung der grie-

Unter den griechischen Bauern haben sich die Forderungen nach ausreichenden Erzeugerpreisen als Haupttriebkraft im Kampf gegen ihre Ruinierung herausgebildet.

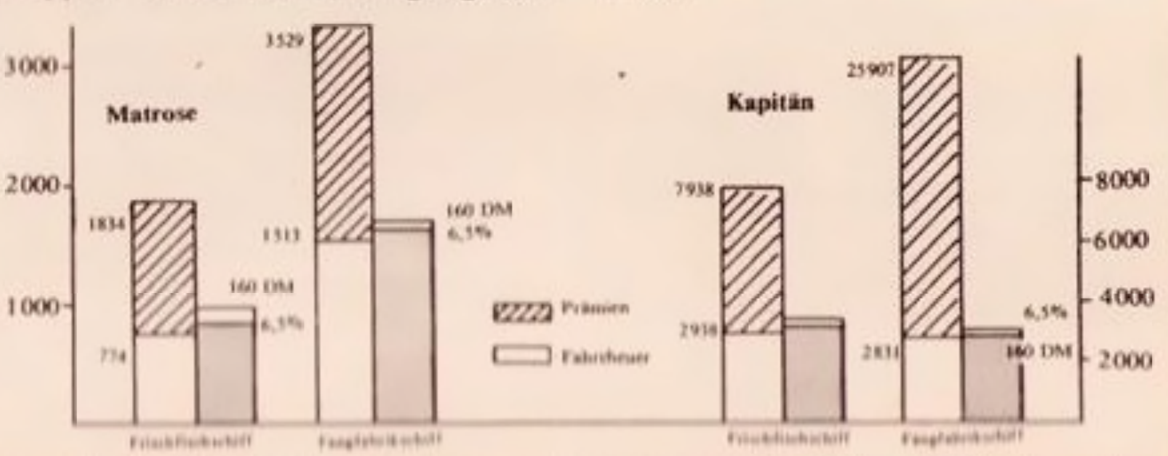
Am 26. April haben 10000 Tabakbauern Nordgriechenlands mit 2000 Traktoren eine Demonstration in Giannitsa veranstaltet, auf der sie die Erhöhung der Abnahmepreise für Tabak auf 75 Drachmen pro Bündel forderten. Die staatlichen Abnahmestellen wollten nur 50 Drachmen zahlen.

ihren verhältnismäßig kurzen Küsten an lohnende Fanggebiete herankommen, so können sie dies nur über die EG. Mit den britischen Konkurrenten liegen sie darüber in heftigem Streit. Diese halten an der 12-sm-Exklusivzone und 50 sm vorrangigem Zugang fest und wollen in dieser Zone keine Einigung über „Kernfragen" (Quoten, Bestandserhaltung, Zugang, Kontrolle, Strukturverbesserung).

Dänemark, das schon 1966 mit Norwegen, Schweden und den Faröern einen Vertrag über die gemeinsame Befischung der Küstengewässer abschloß,

Hochseeflotte mußte jedoch auf wenig bekannte Fischarten umstellen, weil sie in den Küstengewässern verjagt werden. Prompt finanziert die Bundesregierung eine Reklamekampagne 1978 für 5,8 Mio. DM und 1979 für 6,5 Mio. DM für den Verzehr von wenig bekanntem Fisch und finanziert die entsprechende Umrüstung der Hochseeschiffe mit 12,5 Mio. DM. Mit 42,5 Mio. soll die Fischerei 1979 insgesamt gefördert werden. Davon werden die Hochseefischereikonzerne mit Beihilfen gemästet, während die kleinen Kutterfischer mit Zinsverbilligungszuschüssen für Kapitalmarktdarlehen

Doppelte höher. Die Beteiligung rich-


Jeweils die linke Säule zeigt Lohn und Prämie nach dem alten Tarif, die rechte Säule den Lohn bei Durchsetzung der ÖTV-Forderung.

EG-Agrarprogramm für Griechenland: Plantagenwirtschaft

„Die Hälfte der rund eine Million Betriebe muß ausscheiden"

z.pek. Mit dem Endé Mai unterzeichneten Beitrittsabkommen Griechenlands zur EG wurde auch dessen Eingliederung in den EG-Agrarmarkt ab 1981 festgelegt, wobei für die wichtigsten Agrarexportprodukte eine Übergangszeit von fünf bis sieben Jahren gilt. Ziel dieser „gemeinsamen" Agrarpolitik soll es sein, "die griechische Produktion auf die Absatzmöglichkeiten in der EG auszurichten". Griechenland soll in Konkurrenz zu Italien und Frankreich, sowie zu Spanien und Portugal, – wo die Beitritts-
verhandlungen noch laufen, zum Billiglieferanten für Olivenöl, Tabak, Wein, Tomaten und Südfrüchte werden.

Nach dem Willen der EG-Imperialisten soll dazu eine grundlegende Umgestaltung der griechischen Landwirtschaft erfolgen. Es soll eine „Umstellung auf Plantagenwirtschaft in Monokultur" durchgeführt werden, mit hohem Einsatz an landwirtschaftlicher Maschinerie und gestützt auf die Ausbeutung von Landarbeitern für wenig Lohn. Solche Betriebe sollen in den profitträchtigen Gebieten der Ebenen, Flußtäler und Küstenstreifen konzentriert und die Berg- und Inselregionen der Verödung überlassen werden.

Die Vielfalt der griechischen Landwirtschaft und der hohe Grad der Selbstversorgung sind mit den Plänen der EG-Imperialisten unvereinbar. Bisher muß nur Zucker, Rind- und Schaffleisch in größerem Umfang importiert werden. Dieser Zustand soll beseitigt und Griechenland zum Absatzmarkt für EG-Überschüsse bei Schweinefleisch und Milchprodukten gemacht werden.

Das entscheidende Hindernis für die Profitpläne der EG ist die Masse der griechischen Kleinbauern. Rund 35% der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Es gibt über eine Million Betriebe, deren durchschnittliche Größe nur 3,4 Hektar beträgt. Nur 4% davon verfügen über eine Anbaufläche von mehr als 10 Hektar. Nur durch Ruinierung der selbständig produzierenden Kleinbauern in großem Stil können die EG-Imperialisten Land an sich reißen und billige Landarbeiter mobilisieren. Eine 1977 veröffentlichte EG-Studie über den Beitritt Griechen-

lands nennt unverblümt als Ziel, daß „die Hälfte der rund eine Million Betriebe ausscheiden und 1,7 Mio. Hektar Anbaufläche mobilisiert werden müßten". Dabei sollen 280000 bis 450000 Bauern in Lohnarbeiter für Plantagen und Fabriken verwandelt werden. Ein Teil von ihnen soll zur Emigration in die Länder der EG gezwungen werden, um den Druck auf das Lohnniveau der Arbeiter in der EG zu verstärken.

Trotz fortschreitender Verelendung verlassen aber nur relativ wenige Bau-
ern ihr Land. Gegen den Druck ihrer Ruinierung verstärken sie ihre Zusammenarbeit. Obwohl sich von den kleinen und mittleren Bauern mit weniger als 10 Hektar Anbaufläche nur jeder fünfte einen Traktor leisten kann, wird doch auf über der Hälfte der Betriebe die Feldarbeit mit Traktoren bewältigt, indem sich Verwandte, Freunde und Nachbarn gegenseitig aushelfen. Selbst die Emigration von 240000 Griechen in Länder der EG (davon allein 170000 in die BRD), die sich zum großen Teil aus ehemaligen Bauern rekrutieren, hat nicht die von den EG-Imperialisten gewünschte Wirkung gebracht. Die emigrierten Arbeiter unterstützen mit ihrem Lohn, den sie nach Hause schicken, die Sicherung der Existenz der auf den Höfen verbliebenen Familie und verhindern damit deren Vertreibung vom Land.

Unter der Regie der EG soll jetzt die Vertreibung der Bauern von ihrem Land durch staatliche Zwangsmaßnahmen vorangetrieben werden. Nach einem Vorschlag der EG sollen insbesondere die alten Bauern, die ihr Land weiter bebauen zur Aufgabe gezwungen werden, indem für sie die Altersrente von der Landabtretung abhängig gemacht wird. Rund 20% der Höfe sind in der Hand von Bauern, die über 65 Jahre alt sind. Mit Finanzmitteln der EG soll eine „Bank für Nationalen Boden" eingerichtet werden, die mit Hilfe von Vorkaufs- und Enteignungsrechten die fruchtbaren Böden zusammenraffen und für kapitalistische Plantagenwirtschaft verfügbar machen soll.

Die Subventionen der griechischen Regierung für die Düngemittelproduktion und die staatliche Preisregelung

für Düngemittel sollen „schrittweise den EG-Bestimmungen angepaßt", d.h. beseitigt werden. Bislang kostete eine Tonne Harnstoffdünger für die Bauern nur 137 DM, in den Niederlanden dagegen 267 DM. Noch schärfer ist diese Preisdifferenz bei Superphosphatdünger, der in Griechenland 101 DM pro Tonne kostet, in den Niederlanden dagegen 283 DM. (Preise von 1977, nach: FAO Monthly Bulletin)

Das entscheidende Mittel der EG-Imperialisten zur Freisetzung der grie-
chischen Bauern wird jedoch der Preisd.uck auf ihre Erzeugnisse sein. Die Preise für die wichtigsten Agrarexportprodukte Griechenlands sind auf den EG-Märkten seit dem vergangenen Jahr real gesunken. So wurden beispielsweise Orangen im Januar 1978 für 123 DM pro hundert Kilo gehandelt, im Januar 1979 dagegen nur noch für 104 DM. Satsumas kosteten im Januar 1978 auf den Großmärkten 110 DM, im Januar 1979 nur noch 103 DM. (nach: FAO, Monthly Bulletin) EG-Landwirtschaftskommissar Gundelach hat angekündigt, daß die Bauern in der EG wegen der bestehenden Überschüsse „eine sehr strenge Preispolitik zu akzeptieren" hätten, d.h. weitere Preissenkungen hinnehmen sollen.

Unter den griechischen Bauern haben sich die Forderungen nach ausreichenden Erzeugerpreisen als Haupttriebkraft im Kampf gegen ihre Ruinierung herausgebildet.

Am 26. April haben 10000 Tabakbauern Nordgriechenlands mit 2000 Traktoren eine Demonstration in Giannitsa veranstaltet, auf der sie die Erhöhung der Abnahmepreise für Tabak auf 75 Drachmen pro Bündel forderten. Die staatlichen Abnahmestellen wollten nur 50 Drachmen zahlen.
Die Regierung setzte starke Polizeikräfte ein, die mit Tränengas gegen die Bauern vorgingen und 22 Bauern verhafteten. Die sozialdemokratische PASOK-Partei Pappandreous hatte anfangs Unterstützung der Forderungen der Bauern geheuchelt, in der Absicht, deren selbständigen Zusammenschluß zu verhindern. Sie trat dann für die Auflösung der Demonstration ein, stattdessen sollten sich die Bauern durch „Expertendelegationen" vertreten lassen. Die Tabakbauern ließen sich dadurch nicht fesseln und und setzten in neuerlichen Kundgebungen an den folgenden Tagen die Freilassung der Verhafteten durch. Eine Zusage über die Erhöhung der Abnahmepreise für Tabak hat die Regierung jedoch nicht gemacht.



April 1979: griechische Tabakbauern fordern Erhöhung der Abnahmepreise

Sahel-Länder im Kampf um die Selbstversorgung

z.anb. Bis Ende Juni bereist der Präsident des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), Abdelmushin Sudeary, sechs westafrikanische Staaten, vor allem in der durch imperialistischen Raubbau verödeten Sahel-Zone, um über die Vergabe weiterer IFAD-Kredite zu beraten. Schwerpunkt der insgesamt 375 Mio. Dollar, die dieses Jahr vergeben werden, ist die Steigerung der Reisernten in der Region. Gambia, Senegal, Sierra Leone, Marokko, Kamerun, Nigeria und Gabun wollen dadurch die derzeitigen Reisimporte von 450000 t pro Jahr (70 Mio. Dollar) reduzieren. Das Selbstversorgungsprogramm wird von der FAO und dem Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) unterstützt . Dazu gehören auch Forschungsprojekte, z.B. in Gambia, einem der größten Kokosnußexporteure der Welt, wo die Schalen der Kokosnüsse zu Brennstoff verarbeitet werden, um die weitere Abholzung der für den Wasserhaushalt des Bodens wichtigen Waldbestände zu verhindern. Gegen die gierigen Versuche der Imperialisten, ihren Fuß in die Tür zu schieben, hat die Westafrikanische Reisanbaugesellschaft WARDA erklärt, der Weg aus der Importabhängigkeit führe nicht über Almosen, sondern über die Entfaltung der nationalen Agrarproduktion. Diese jedoch wird fast allein von Organisationen und Banken der Länder der Dritten Welt unterstützt.

Streik von 600 Teilzeitlehrern an dänischen Hochschulen

z.bag. Ungefähr die Hälfte des Unterrichts an dänischen Hochschulen und anderen weiterführenden Schulen wird von Teilzeitlehrern abgehalten, die „Ferien“-Arbeitslosengeld beziehen. Nur in Ausnahmefällen werden sie mehrere Semester nacheinander an derselben Stelle beschäftigt. Die Sozialdemokraten propagieren das als gerechtes System für diejenigen, die nach Abschluß des Studiums keine feste Anstellung finden: Rotationsprinzip, nach dem „alle mal drankommen“. Manche rotieren schon 10 Jahre lang. Aufs Jahr umgerechnet ist die Bezahlung so schlecht, daß die Lehrer mit dieser Arbeit bis zu 20000 Kronen (rund 7000 DM) weniger bekommen, als wenn sie das ganze Jahr über Arbeitslosengeld bekämen.

Lange schon hat es gegen diese Verträge vereinzelte Aktionen gegeben, von der Gewerkschaft, Dansk Magisterforening, nur halbherzig oder gar nicht unterstützt. Als Ende April an der Universität Kopenhagen 6 Millionen Kronen vom Konto der Teilzeitlehrer gestrichen werden sollten, (rund 20% des Etats), traten die dort beschäftigten 475 Teilzeitlehrer geschlossen in den Streik. Sie forderten die Rücknahme der Streichungen und die Zusicherung, daß alle Lehrer nach den Semesterferien weiterbeschäftigt werden sollten, als erster Schritt zur Durchsetzung von vollen Planstellen. Die Studenten unterstützten den Streik von Anfang an, auch dann noch, als er die Examen blockierte und die Scheine gefährdete, auf die jeder Studierende angewiesen ist. Am 28.5. legten auch die 150 Teilzeitlehrer der Kopenhagener Handelsschule die Arbeit nieder. Am 29.5. wurden 85% der geplanten Streichungen an der Universität zurückgenommen. Das ist ein Teilerfolg. Dafür, daß es kein ganzer Erfolg wurde, kann das dänische Finanzkapital dem frisch eingesetzten Rektor Skinhöj danken, Mitglied der revisionistischen DKP. Er hat vor allem die Forderung nach Übernahme auf Planstellen hintertrieben: Das sei unmöglich, weil die Zahl der Lehrer nur Semester für Semester neu festgelegt werden könne, entsprechend der jeweiligen Zahl der eingeschriebenen Studenten.

Das heißt: Die Teilzeitlehrer sollen Manövriermasse bleiben, zwecks besserer Vernutzung ihrer Arbeitskraft und zwecks leichterer Unterdrückung. Sie sollen eingesetzt werden zur Senkung des erkämpften Standards der Hochschullehrer insgesamt. Die Teilzeitlehrer haben die Arbeit wieder aufgenommen, aber erklärt, daß der Kampf um Planstellen damit nicht beendet sei.

„DDR – Unser Vaterland“ – Sozialistisch am zweiten Tag des Festivals gestrichen

z.dab. 500000 FDJ-Delegierte durften drei Tage lang am Nationalen Jugendfestival teilnehmen. Wer sich kein Mandat erschuftet hatte (s. KVZ 23), aber dennoch nach Berlin wollte, mußte Verwandtenbesuch nachweisen, andernfalls wurde er von Vopos aus den Zügen geholt, bzw. aus Berlin gewiesen, erzählten uns Jugendliche in Berlin (DDR). Hatte die neue Bourgeoisie am ersten Tag noch das sozialistische Fähnchen hochgehalten, war das Wort sozialistisch am zweiten Tag aus den Parolen gestrichen. „DDR – unser Vaterland“, „SED – FDJ“, „FDJ ist dabei – Kampfreserve der Partei“ mußten die „Blauhemden“ dem Einpeitscher beim Vorbeimarsch an der Ehrentribühne auf der Karl-Marx-Allee während der sogenannten Kampfdemonstration nachbrüllen. Ein paar hundert Meter weiter waren sie dazu nicht mehr zu bewegen.

Zunutze macht sich die Bourgeoisie die produktiven Fähigkeiten der Jugend, deren Stolz auf die erbrachten Leistungen und den berechtigten Haß gegen den westlichen Imperialismus. So wurden während der Demonstration mehrere schon vorher ausgezeichnete Jugendbrigaden und Kollektive wegen ihrer hervorragenden Leistungen im Aufgebot DDR 30 gelobt. Über

(Gesellschaft für Sport und Technik) aufgestellten Geräten sich auf den "Ehrendienst“ in der NVA vorbereiten oder die Großflugschau von NVA und GST besuchen.

Jeder FDJler konnte nur an einer Großveranstaltung teilnehmen. So liefen sie herum, knüpften Kontakte mit anderen Jugendlichen, mußten beim FDJ-Aufgebot „Erbsensuppe 2 Mark“ anstehen, zahlten in den wenigen überfüllten Lokalen Festivalpreise: Vanilleeis 3,60, Saft 1,50. Mit tausenden FDJ-Ordnern und dem versuchten Einreiseverbot von Westberlinern tat die neue Bourgeoisie alles, um den Zusammenschluß der Jugend zu verhindern. Weitere Verpflichtungen von FDJ-Brigaden nach dem Festival kündigen an, wie die Bourgeoisie gedenkt, das Jugendfestival in klingende Münze für sich zu verwandeln.



„DDR – Unser Vaterland“ – Sozialistisch am zweiten Tag des Festivals gestrichen

z.dab. 500000 FDJ-Delegierte durften drei Tage lang am Nationalen Jugendfestival teilnehmen. Wer sich kein Mandat erschuftet hatte (s. KVZ 23), aber dennoch nach Berlin wollte, mußte Verwandtenbesuch nachweisen, andernfalls wurde er von Vopos aus den Zügen geholt, bzw. aus Berlin gewiesen, erzählten uns Jugendliche in Berlin (DDR). Hatte die neue Bourgeoisie am ersten Tag noch das sozialistische Fähnchen hochgehalten, war das Wort sozialistisch am zweiten Tag aus den Parolen gestrichen. „DDR – unser Vaterland“, „SED – FDJ“, „FDJ ist dabei – Kampfreserve der Partei“ mußten die „Blauhemden“ dem Einpeitscher beim Vorbeimarsch an der Ehrentribühne auf der Karl-Marx-Allee während der sogenannten Kampfdemonstration nachbrüllen. Ein paar hundert Meter weiter waren sie dazu nicht mehr zu bewegen.

Zunutze macht sich die Bourgeoisie die produktiven Fähigkeiten der Jugend, deren Stolz auf die erbrachten Leistungen und den berechtigten Haß gegen den westlichen Imperialismus. So wurden während der Demonstration mehrere schon vorher ausgezeichnete Jugendbrigaden und Kollektive wegen ihrer hervorragenden Leistungen im Aufgebot DDR 30 gelobt. Über das Interesse an Sport und Technik lockt sie die Jugendlichen zum Zentrum „Wir schützen das sozialistische Vaterland“, damit sie Pionierbrigaden bei der Vorführung selbstgebauter Panzer zusehen, sich an von der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) aufgestellten Geräten sich auf den "Ehrendienst“ in der NVA vorbereiten oder die Großflugschau von NVA und GST besuchen.

Jeder FDJler konnte nur an einer Großveranstaltung teilnehmen. So liefen sie herum, knüpften Kontakte mit anderen Jugendlichen, mußten beim FDJ-Aufgebot „Erbsensuppe 2 Mark“ anstehen, zahlten in den wenigen überfüllten Lokalen Festivalpreise: Vanilleeis 3,60, Saft 1,50. Mit tausenden FDJ-Ordnern und dem versuchten Einreiseverbot von Westberlinern tat die neue Bourgeoisie alles, um den Zusammenschluß der Jugend zu verhindern. Weitere Verpflichtungen von FDJ-Brigaden nach dem Festival kündigen an, wie die Bourgeoisie gedenkt, das Jugendfestival in klingende Münze für sich zu verwandeln.



Demonstrationen, Streiks und Schulbesetzungen gegen verschärfte Prüfungsordnung

z.erm.Rom. Spadolini, italienischer Erziehungsminister, will die „Ungerechtigkeit“ in den Abiturprüfungen durch die „Privilegierung einiger“ abschaffen. Zu diesem Zweck hat er vorletzte Woche einen Erlaß zur Abiturprüfung, der schon seit 1971 gültig ist, aus der Schublade geholt und die Schulleitungen angewiesen, strengstens darauf zu achten, daß er nicht länger mißachtet wird.

Die Durchfallquote beim Abitur ist in Italien relativ niedrig. In den letzten fünf Jahren lag sie durchschnittlich unter 5%. „Die wesentliche Siebung findet in den ersten zwei Jahren der Oberstufe statt“, erklärt uns ein Vertreter der Lehrer in der Gewerkschaft CGIL. Für die italienische Bourgeoisie ist die niedrige Durchfallquote ein Hindernis für die verschärfte Aussiebung und Unterdrückung der Schüler geworden.

Die Abiturienten werden in drei Fächern schriftlich geprüft, ein bis vier Wochen nach der schriftlichen Prüfung folgt die mündliche Prüfung in zwei Fächern. Ein Prüfungsgebiet kann der Abiturient aus vier Fächern, die ihm von der Prüfungskommission vorgelegt werden, auswählen, das zweite legt die Kommission fest. Anstatt, wie es der Erlaß von 1971 vorsieht, die Schüler bis 24 Stunden vor der Mündlichen im Ungewissen über das zweite Prüfungsthema zu lassen, haben die Schüler und Lehrer bisher immer durchgesetzt, daß das Thema spätestens am letzten Tag der schriftlichen Prüfung bekannt war. So konnte der Schüler die Zeit bis zur mündlichen Prüfung noch für die gezielte Vorbereitung verwenden. So kann „der Charakter der Prüfung nicht gewährleistet werden“, erklärte Erziehungsminister Spadolini in einem Zeitungsinterview, „die allgemeine Bewertung der Kandidaten muß sich aus der Prüfung ergeben können.“

Unterstützt von den Lehrern haben in ganz Italien die Schüler den Kampf gegen den Prüfungserlaß aufgenommen. In Genua z.B. haben die Schüler drei Schulgebäude besetzt, 3000 haben eine Demonstration durchgeführt. Sie forderten den Schulamtsleiter auf, den Erlaß des Erziehungsministeriums nicht anzuwenden und den Kampf für die Rücknahme der Verordnung zu unterstützen. Vor der Martin Luther King-Schule in Genua errichteten die Schüler Barrikaden und verhinderten so den Schulunterricht. Die Gewerkschaftsförderation der CGIL/CISL/UIL hat die Maßnahme des Erziehungsministeriums verurteilt und sich mit dem Kampf der Schüler solidarisiert.

Praxissemester und fächerübergreifende Prüfungen an den Fachhochschulen

z.rik. Der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Jochimsen hat letzte Woche den Entwurf des neuen Fachhochschulgesetzes im Landtag eingebracht. Auf Grundlage des Hochschulrahmengesetzes wird die Regelstudienzeit auf 7 Semester, einschließlich des Prüfungssemesters, festgelegt. Nach dem 4. Semester muß spätestens die Zwischenprüfung abgelegt werden und nur noch „besonders qualifizierte Studenten“ können nach Abschluß der Diplomprüfung ein Auf-, Zusatz- oder Ergänzungsstudium machen. Sie sollen auf Beschluß der einzelnen Hochschulen dafür eine zusätzliche Aufnahmeprüfung ablegen.

In anderen Ländern wie im Saarland und in Hessen sind solche Gesetze bereits verabschiedet und an den Fachhochschulen bereits in Prüfungs- und Studienordnungen umgesetzt.

Im Ergebnisbericht der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz heißt es: „Das Besoldungssystem im öffentlichen Dienst als auch korrespondierend hierzu in der Wirtschaft (soll) überdacht werden, um die Einstellungsmöglichkeiten der Hochschulabsolventen beweglicher zu gestalten.“ (Materialien der Jahresversammlung der WRK vom 21.-23. Mai 1979)

Für die Masse der Fachhochschulstudenten soll das Studium verkürzt werden, um danach den Angriff auf die Löhne der Ingenieure „in mittleren Positionen“ besser führen zu können. Das Mittel ist die Intensivierung der Arbeit und Ausdehnnung des Arbeitstages für die Fachhochschüler, besonders in den ersten Semestern. Durch die Zwischenprüfung, die spätestens nach dem 4. Semester abgelegt werden muß, soll durchgesetzt werden, daß Teile des Stoffs, die vorher im 5. und 6. Semester behandelt wurden, jetzt vorher durchgedrückt werden. So ist in der neuen Studienordnung am Fachbereich Landmaschinentechnik in Köln die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den ersten vier Semestern um durchschnittlich 2 Stunden verlängert worden. Jochimsen fordert in seinem Gesetz: „In geeigneten Fällen ist eine kürzere Regelstudienzeit festzulegen, jedoch nicht unter drei Jahren.“ (§ 58)

Im § 59, Studienordnung, fordert er die Verabschiedung von Studienordnungen, die „ein weitgehend gemeinsames Grundstudium in verwandten Studiengängen fördern“. Ein solches fächerübergreifendes Grundstudium hatte auch Hessens Kultusminister Krollmann im Sinn, als er in seinem Erlaß zu den Prüfungsordnungen vom 23.10.78 festlegte, daß in der Zwischenprüfung mehrere Fächer zu einer Prüfung zusammengelegt werden sollen, was zu Folge hat, daß die Studenten, die nicht bestehen, gleich in drei oder vier Fächern durchgefallen sind und dementsprechend mehr und länger für die Nachprüfung arbeiten müssen. Durch die Einschränkung der Wiederholbarkeit auf maximal zweimal soll der nötige Druck geschaffen werden.



Am 15. Mai demonstrierten 900 Studenten in Wiesbaden (Bild) gegen Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, die im Hessischen Hochschulgesetz festgelegt sind. Am selben Tag demonstrierten 700 Studenten der TH Darmstadt gegen Regelstudienzeit und für 40-Stundenwoche.

Nachdem Bayern und Baden-Württemberg schon vor Jahren je zwei Industriesemester im Fachhochschulstudium eingeführt hatten, legte Jochimsen für den Beginn des Wintersemesters 1978/79 für die Fachbereiche Elektrotechnik, Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Lebensmitteltechnologie die Einrichtung eines Praxissemesters fest. Seitdem soll ein Student an diesen Fachbereichen zum Beginn seines Studiums wählen, ob er ein Studium mit oder ohne Praxissemester machen will. Das Praxissemester soll nach der Zwischenprüfung durchgeführt werden; es wird für die Regelstudienzeit nicht mitgerechnet; der Student, der in diesem Praxissemester für den Profit eines Kapitalisten schafft, hat keinen Anspruch auf Lohn, sondern bekommt, wenn überhaupt, Bafög. In dem Rahmenausbildungsplan für das Praxissemster heißt es: „Der Arbeitsanteil des Studenten soll dabei nicht lediglich untergeordneter Natur sein, sondern von der Qualität her dem eines bereits ausgebildeten Ingenieurs nahe kommen.“ Das Praxissemester dauert 22 Wochen, der Student kann von sich aus nicht kündigen; er muß einen Bericht über den Verlauf des Semesters anfertigen und sich vom Kapitalisten eine Bescheinigung holen, die Angaben über Dauer, Inhalt und Erfolg der praktischen Tätigkeit enthält. Eine Reihe von Fachbereichen hat die Durchführung von Praxissemestern bereits verbindlich eingeführt.

Die VDS-Fachtagung Elektrotechnik hat am 30.5. beschlossen, daß die Arbeitszeit nicht länger als 40 Stunden pro Woche betragen soll und: „Die Regelung der Bezahlung der Industriepraktika muß in die für die Branche gültigen Tarifverträge aufgenommen werden und die Praktikanten müssen das Recht auf Vertretung durch den Betriebsrat und die Gewerkschaft haben. Der Sprecher der IG Metall Hessen, Hänseler, hat auf einer Fachtagung diese Forderungen unterstützt.

Lockerungsübungen in Sachen Regelstudienzeit und Besseres von RCDS und DKP-Spartakus



Professoren“, schlägt der MSB weiter vor, „da wir uns gemeinsam besser durchsetzen können und laut RCDS
nicht lediglich untergeordneter Natur sein, sondern von der Qualität her dem eines bereits ausgebildeten Ingenieurs nahe kommen.“ Das Praxissemester dauert 22 Wochen, der Student kann von sich aus nicht kündigen; er muß einen Bericht über den Verlauf des Semesters anfertigen und sich vom Kapitalisten eine Bescheinigung holen, die Angaben über Dauer, Inhalt und Erfolg der praktischen Tätigkeit enthält. Eine Reihe von Fachbereichen hat die Durchführung von Praxissemestern bereits verbindlich eingeführt.

Die VDS-Fachtagung Elektrotechnik hat am 30.5. beschlossen, daß die Arbeitszeit nicht länger als 40 Stunden pro Woche betragen soll und: „Die Regelung der Bezahlung der Industriepraktika muß in die für die Branche gültigen Tarifverträge aufgenommen werden und die Praktikanten müssen das Recht auf Vertretung durch den Betriebsrat und die Gewerkschaft haben. Der Sprecher der IG Metall Hessen, Hänseler, hat auf einer Fachtagung diese Forderungen unterstützt.

Am 15. Mai demonstrierten 900 Studenten in Wiesbaden (Bild) gegen Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, die im Hessischen Hochschulgesetz festgelegt sind. Am selben Tag demonstrierten 700 Studenten der TH Darmstadt gegen Regelstudienzeit und für 40-Stundenwoche.

auf Beschluß der einzelnen Hochschulen dafür eine zusätzliche Aufnahmeprüfung ablegen.

In anderen Ländern wie im Saarland und in Hessen sind solche Gesetze bereits verabschiedet und an den Fachhochschulen bereits in Prüfungs- und Studienordnungen umgesetzt.

Im Ergebnisbericht der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz heißt es: „Das Besoldungssystem im öffentlichen Dienst als auch korrespondierend hierzu in der Wirtschaft (soll) überdacht werden, um die Einstellungsmöglichkeiten der Hochschulabsolventen beweglicher zu gestalten.“ (Materialien der Jahresversammlung der WRK vom 21.-23. Mai 1979)

vorher durchgedrückt werden. So ist in der neuen Studienordnung am Fachbereich Landmaschinentechnik in Köln die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den ersten vier Semestern um durchschnittlich 2 Stunden verlängert worden. Jochimsen fordert in seinem Gesetz: „In geeigneten Fällen ist eine kürzere Regelstudienzeit festzulegen, jedoch nicht unter drei Jahren.“ (§ 58)

Im § 59, Studienordnung, fordert er die Verabschiedung von Studienordnungen, die „ein weitgehend gemeinsames Grundstudium in verwandten Studiengängen fördern“. Ein solches fächerübergreifendes Grundstudium hatte auch Hessens Kultusminister Krollmann im Sinn, als er in seinem Erlaß zu den Prüfungsordnungen vom 23.10.78 festlegte, daß in der Zwi-

Lockerungsübungen in Sachen Regelstudienzeit und Besseres von RCDS und DKP-Spartakus

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 81 40 45
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen

Hochschulen in Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld
5. Juni 1979

Am 18.5. verabschiedete der Bundestag die 6. BAFöG-Novelle. Für einige 40 DM mehr, „Erhöhung“ des Elternfreibetrages um 100 DM, Senkung der BAFöG-Empfänger auf ca. 28%, alles festgeschrieben auf 3 Jahre, das bedeutet weitere Verelendung der Studenten und Lohnpfändung bei den Eltern.

Der VDS-Vorstand setzt als Antwort dagegen einen müden Sitzstreik. Andere studentische Organisationen wenden sich gleich „wesentlichen“ Fragen zu. Der RCDS startet eine Briefaktion gegen die Regelstudienzeit, der MSB gründet „Initiativgruppen gegen Regelstudienzeit und Studienreform“ und die Jusos treibens ähnlich. Der Ball wurde gut aufgefangen, denn auch die bürgerlichen Politiker und die Kultusminsterkonferenz wollen die Regelstudienzeit abschaffen. Auch ihnen „erscheinen diese individuellen Sanktionen nicht als geeignetes Instrument“ und „belasten eine sinnvolle Studienreform“. Woher rührt diese plötzliche Harmonie? Der Zweck der Regelstudienzeit als „Teil der Studienreform selbst ‘ (Schmude), besteht in der Drohung und Einschüchterung der Studenten: noch schneller studieren, „um es zu schaffen“. Das erscheint zunächst nützlich für die Bourgeoisie. Doch was wird aus der Studienreform? Sie beinhaltet einerseits „Differenzierung der Studiengänge, d.h. Zersplitterung der Studentenschaft durch „marktgerechtes“ Zuschneiden des Studiums, andererseits „Abbau der Gefahren der Stoffüberfrachtung“, denen sowieso kein „angemessener Gewinn“ gegenübersteht, d.h. Einschränkung des Stoffes auf das Notwendigste im Interesse der kapitalistischen Bedürfnisse und Abqualifizierung. Dazu arbeiten Studienreformkommissionen neue Studien- und Prüfungsordnungen aus, die u.a. mehr „Praxisbezug zur Berufs- und Arbeitswelt“ haben sollen und in jedem Fall Mehrarbeit und Verschärfungen mit sich bringen. Eben weil die bürgerlichen Politiker als zentrale Unterdrückungs- und Ausleseinstrumente über BAFöG und Studienverschärfungen verfügen, betreiben sie „Lockerungsübungen“ wie Abschaffung der Regelstudienzeit, denn ihr Ziel, Verwirrmanöver und Aufweichung der studentischen Kämpfe, scheint erreichbar. Das jedenfalls zeigen die Aktionen von RCDS, MSB und Konsorten. Sie fordern ebenfalls Studienreformen, ganz „sinnvolle“ und „demokratische“. Nicht Studienreform von oben“, nein „von unten“. Kein Zwang zur Mehrarbeit, sondern freiwillig – durch mehr Praktika, durch Übungsreferate anstellt von zensierten Referaten, und nicht erst Auslese nach der Zwischenprüfung, sondern zu Beginn des Studiums „Orientierungsphasen“ und Eignungstests, eh es zu spät ist.

Da mutet die Empfehlung des Wissenschaftsrates schon fast liberal an: „Manchem Studenten muß in diesem Stadium (nach der Zwischenprüfung) geraten werden, sein Studium zu beenden. Für diesen Fall sollte er nachdrücklich auf die Berufsberatung hingewiesen werden“. Man sieht, einige studentische Organisationen arbeiten der Bourgeoisie in die Hände. Doch nicht genug! „Kooperation mit den Lehrenden“, „Diskussion mit den Professoren“, schlägt der MSB weiter vor, „da wir uns gemeinsam besser durchsetzen können und laut RCDS muß uns allen am Herzen liegen, daß „die Wissenschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen“ nicht gefährdet wird, die „Verantwortung des Einzelnen nicht geschwächt“ wird, und ein „Auslandsstudium nicht behindert“ wird. Und das alles macht die „bildungsfeindliche“ Regelstudienzeit. Doch das Interesse der besitzlosen Studenten an solcher Art „Bildung“ ist gering. Sie wollen keine Karriere in der Wirtschaft und im Staatsapparat, sondern brauchen einen Studienabschluß, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Für sie wird das BAFöG in Verbindung mit den Studienverschärfungen zu einer Überlebensfrage. Deshalb ist es wichtig, diese Kämpfe miteinander zu verbinden. Ein wichtiger Schritt ist in den anstehenden Wahlen, gemeinsame Aktionsprogramme gegen weitere Aussieberei und materielle Abhängigkeit aufzustellen, damit der Kampf auf einheitlicher Ebene zum Erfolg wird.

Lehrereinstellung!
40-Stundenwoche!



Im Rahmen einer landesweiten Aktionswoche machten am 30.5. die Referendare der GEW Paderborn einen Informationsstand in der Paderborner Innenstadt. In nur 3 Stunden unterstützten 180 Menschen durch ihre Unterschrift die Forderungen nach Einstellung der Lehrer und für 40-Stundenwoche.

Baum entwickelt sein Amt: BGS-SpoFöko ...

z.maf. Der Bundesinnenminister legt in seiner Amtsführung erheblichen Wert auf die Förderung des ,,Sports''. Er kutscht bei den Vereinen vorbei und hält Ansprachen, er macht Mittel locker und jetzt gibt es sogar schon ,,Sport-Förderkonzept'' für den Bundesgrenzschutz, mit ,,Sportkoordinatoren im BGS'', die den ,,Sportlern mit Rat und Tat zur Seite stehen''. An der verbesserten Verbindung von ,,Schulen und Vereinen'' wird gearbeitet. Woher die Liebe, die immerhin so groß ist, daß sie zur Mittelvergabe und zur Planstellenschaffung ausreicht? – Das Thema mag entlegen sein; da aber der Bundesinnenminister auf diesem Sektor so fleißig ist, bleibt uns auch nichts anderes übrig. Da das Interesse an ,,sportlicher Betätigung'' und sogar die ,,Freude an der sportlichen Leistung'' sowohl bei den Ausbeuterklassen vorliegt, wie auch bei den Ausgebeuteten, soll man ruhig nachdenken, wie dies möglich sein kann. – Der Mensch ist sowohl Säugetier und als solches ein Naturding, wie er auch ein mit Bewußtsein begabtes Naturding ist, fähig, in den Lauf der Naturereignisse nach seinen Interessen einzugreifen. Der gewöhnliche Ausdruck dieser Fähigkeit ist die Arbeit. Die Beherrschung der Naturdinge in der Arbeit setzt selbstverständlich voraus, daß der menschliche Arbeiter seine körperlichen Voraussetzungen kennt und diese durch bewußtes Lernen ausweitet. Von diesem zur Arbeit notwendigen Zwischenschritt kann man sich ohne Mühe die Verlängerung hin zur zweckmäßigen Arbeit weggelassen denken. Schon hat man das geschickte Spiel und bei extremem Betrieb den Sport. (Den gleichen Vorgang gibt es auch für die zielstrebigen Verrichtungen des menschlichen Kopfes, so die Karten- und Brettspiele, die angewandtes Rechnen darstellen.) Der rationelle Einsatz der körperlich-natürlichen Mittel in willkürlich gesetzten Regeln, eine auf die Spannung zwischen dem Bewußtsein und den Naturvoraussetzungen des Körpers begrenzte Bewegung des Widerspruchs zwischen Mensch und Natur ermöglicht eine unmittelbare Begegnung zwischen den arbeitenden Klassen, die ein solches Bedürfnis haben, und den Ausbeuterklassen, die es *auch* haben. In den extremen Bewegungsformen verschwimmt die Grenze zwischen Arbeit und Sport dann neuerlich, und es bleibt eine gewisse Inhaltsleere, wie sie ja auch ins Auge springt, wenn fünf erwachsene Männer oder Frauen sich bemühen, 100 m so rasch wie ihnen möglich zurückzulegen, wie aber auch eine gewisse Faszination bleibt, da es beeindruckt, wie weit diese Männer und Frauen durch rationelles Kalkül den Umkreis ihrer körperlichen Naturmöglichkeiten auszuweiten verstanden. Da die Zweckmäßigkeit der Übung nicht gesellschaftlich rationell ist bzw. nicht sein muß, ist ein weiterer Umschlag denkbar, indem der ,,Leistungs- und Spitzensportler'' gänzlich das Objekt der Bemühungen des Trainers wird, der ihn mehr oder weniger wie einen Tanzbären dressiert und für Geld vorführt. Daher der Ekel, den der Leistungs- und Spitzensport, der so gesehen eine der widerlichsten Vergeudungen menschlicher Arbeitskraft werden kann, auch oft hervorruft. Man ist in dieser ganzen verwickelten Angelegenheit nicht ganz ohne rationellen Maßstab; für die Bourgeoisie hört der Sport dort auf, wo die körperliche Verbildung angeht, d.h. an diesem Punkte hört der Sport auf, für den Bourgeois persönlich interessant zu sein. Für die Arbeiterklasse wird das sportliche Vergnügen dort teuer wo sich Arbeit und Sport auszuschließen beginnen, der Sport in Arbeit umschlägt und eine Dressur für Lohnziele beginnt, daher übrigens die Popularität des ,,Amateurgedanken'' (der Kapitalismus auch bloß dazu führt, daß man den Artisten die erforderlichen gewerkschaftlichen Rechte verweigert).

Eine breite Massenbasis gewinnt die Sportübung in den unterdrückten Volksklassen geschichtlich erst, wo die Enteignung von den Produktionsmitteln abgeschlossen ist und sich die rationelle Beherrschung der Arbeitskraft von der Beherrschung des Produktionsprozesses getrennt findet. Diese breite Massenbasis wird gefestigt durch das Bedürfnis der im kapitalistischen Produktionsprozeß sowohl physisch einseitig wie auch durch ökonomischen Zwang jeder Freiheit bei der Verrichtung der Arbeit beraubten Proletarier nach körperlichem Ausgleich und freiem Spiel der Kräfte in eigener Regie. – Zurück zum Bundesminister des Innern. Unvermeidlich treibt das Bedürfnis die Volksmassen, insbesondere die Jugend in die Vereine, denn die Sportübung ist ohne gewisse Anlagen nicht möglich und diese sind für den einzelnen Arbeiter nicht erschwinglich.

Die Kontrolle der Vereine wird zum politischen Bedürfnis. Diese Kontrolle ist organisiert über die Finanzierung. Der unmittelbar gesellschaftliche Einfluß von zahlungskräftigen Geldgebern schlägt zu Buche und die staatliche Finanzierung schafft Eingriffsmöglichkeiten in Hülle. Dabei ist das Hauptproblem die Trainerfrage. Zur Lösung dieser Trainerfrage sind die Sportförderungsmaßnahmen sowohl bei der Bundeswehr, wie jetzt auch beim Bundesgrenzschutz und der Polizei wirklich günstig. Eine Ausbildungswelle läuft an, um die Jugend unter dem Deckmantel schleimiger Sportkameradschaft mit politisch getrimmten Zuchtmeistern zu beglücken.

Mit der Beschaffung der LYNX-Hubschrauber wird das Fregattenbauprogramm abgerundet

r.bel. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat am Mittwoch (30.5.) der Beschaffung von 12 Lynx-Hubschraubern (britisches Fabrikat) zugestimmt. Mit je zwei dieser Hubschrauber werden die sechs Fregatten bestückt, von denen die erste im September vom Stapel läuft. Die Fregatten werden allesamt in Wilhelmshaven stationiert.

Bis 1985 strebt die westdeutsche Bourgeoisie den Bau von 12 Fregatten an. ,,Fregatten haben Mehrzweckeignung... Diese Vielseitigkeit ist dort am größten, wo die Schiffe für ozeanische Kriegführung bestimmt sind'' (Marine-Rundschau 1979/3). Auf die Weltmeere treibt es das Finanzkapital. Man sieht es schon an der Bewaffnung. ,,Sie haben alle eine Mischung von Rohrwaffen und Flugkörpern für Seeziel- und Luftzielzwecke und zusätzlich eine U-Jagdkomponente'' (MR 3/79). Die U-Bootjagd sollen die Hubschrauber machen. Sie sind ,,voll bordintegriert'', d.h. die Fregatte hat außer einem Landedeck ein Hangar, Kraftstoff- und Waffenversorgungsmöglichkeiten sowie Ersatzteillager. Bewaffnet und ausgerüstet sind die Hubschrauber für die U-Jagd mit Sonobojen, Leichttorpedos oder Wasserbomben, Flugkörpern und Radar. Mithilfe des Radars in den Hubschraubern können erst die Raketen vom Typ Harpoon eingesetzt werden. Die Hubschrauber ermitteln von ihrem erhöhten Standort aus sogenannte ,,Überhorizontzieldaten''. Während die Fregatten mit ihrem eigenen Radar bloß einen Umkreis von ca. 20 km überwachen können, überwacht der Hubschrauber einen Raum von 100 km Umkreis. So kann die Harpoon mit ihrer Reichweite von 100 km ins Ziel gelenkt werden. Sie fliegt ihrem Ziel in 5-10 m Höhe also kaum ortbar entgegen. Welche Bedeutung die Bourgeoisie den Hubschraubern beimißt, ersieht man daraus, daß von der 200 Mann starken Besatzung 23 für die Hubschrauber gebraucht werden. Bei schlechtestem Wetter bis zu Windstärke 7 kann der Lynx eingesetzt werden.

Die Bourgeoisie hatte auch noch beraten, ob man statt des Lynx den Hubschrauber der US-Marine ,,Lamps III'' nimmt. Dieser hat statt 1200 kg 2300 kg Nutzlast, statt einer Geschwindigkeit von ca. 275 km/h ca 320 km/h und statt einer Reichweite von 300 Seemeilen eine von 500 Seemeilen. Dafür lägen die Beschaffungskosten für die 12 Lynx mit 248 Mio. DM weit unter dem Preis des Lamp III. Vordergründig wird bei der Entscheidung für den britischen Lynx die Kostenfrage hochgespielt. ...Wunsch nach europäi-



scher Zusammenarbeit...'' liege dieser Entscheidung zugrunde, schreibt die Wehrtechnik 5/75. Das stimmt. Sie verschweigt: zusammen gegen die Konkurrenz des US-Imperialismus. ,,Die Entscheidung schafft dabei für die beteiligten Partner die gleiche Ausgangslage...'' Unter Vorherrschaft der BRD-Imperialisten versteht sich: ,,Die Betreuung der Bordhubschrauber soll in der Bundesrepublik Deutschland erfolgen'' (Wehrtechnik 5/79).

Polizisten fordern: ,,Mit 50 Jahren Schluß mit dem Nachtdienst''

z.acm. Auf dem Delegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW hat sich der Präsident der Dortmunder Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, Prof. Hagenkötter, über gesundheitliche Belastungen und Arbeitsbedingungen bei der Polizei ausgelassen. 73% aller Polizisten seien im Schichtdienst rund um die Uhr tätig. ,,Jeder zehnte macht gegen ärztlichen Rat Nachtdienst und auch noch 20 Überstunden pro Monat''. Der Mann tut so, als würden die Polizisten das freiwillig tun.

Wir haben mit Polizisten gesprochen, wie sie zu dem Schichtdienst stehen. Ein junger Polizist – in Münster in der Einsatzhundertschaft und ihrem Einsatzleiter zu folge ,,rund um die Uhr im Einsatz'' – berichtet: ,,Wir haben zwar Schichten mit einer bestimmten Ordnung, aber gerade bei den Einsatzhundertschaft wird von Fall zu Fall alles umgeworfen''. Im Prinzip ist der Schichtplan so: 1. Woche früh, 2. Woche spät, 3. Woche nacht, 4. Woche beliebig durcheinander. Bei ,,besonderen Diensten'' geht dann alles quer.

Nach Ausgleich für Nacht- und Schichtarbeit befragt: ,,Das sind nur die Nachtschicht an Sonn- und Feiertagen. Das sind im Jahr vielleicht 100 DM''. Der Unmut gegen diese Schichtenschieberei ist vorhanden, ,,aber es geht alles sehr langsam, ihr wißt ja, wir haben kein Streikrecht''. Diese Beispiele aus der Einsatzhundertschaft sind keine Einzelfälle, wenn auch gegenüber der Schutzpolizei die Schichtenschieberei noch vermehrt und ungeordneter ist. Aber, so haben uns andere Polizisten berichtet, im Friesenring (Hauptquartier) werden in letzter Zeit mehr Kleiderkontrollen und ,,Maskenbälle'' von den Offizieren durchgeführt.

Der Professor von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz hat auf dem Kongreß empfohlen ,,mit 50 Jahren muß Schluß sein mit dem Nachtdienst''. Ein ,,geregelter Schichtdienst'' müsse sein und bessere Autositze für die Polizeiwagen. Die gesundheitlichen Belastungen seien zu hoch. Das macht stutzig, wenn die Bourgeoisie empfiehlt, die Belastungen zu senken. Das empfiehlt sie für die Arbeiterklasse keinesfalls. Es muß seine Besonderheit haben. Welche, das sieht man an dem neuen Erlaß von Innenminister Möcklinghoff in Niedersachsen ,,über Ausnahmen für jugendten des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur Regelung der Arbeitszeit''. In dieser Verordnung werden alle Schutzparagraphen über den Haufen geworfen: so § 8 - Die Dauer der Arbeitszeit für Jugendliche ist begrenzt auf 40 Std. wöchentlich; § 13 - Die tägliche Freizeit muß ununterbrochen 12 Stunden betragen; § 14 - ,,Jugendliche dürfen nur in der Zeit von 7 bis 20 Uhr beschäftigt werden'', usw.

Es geht um die Einsatzbereitschaft der Polizeitruppen, je jünger desto besser, um so wilder kann man die Truppen treiben. So rechnet die Bourgeoisie. Wenn die Polizisten den Schichtdienst, die Arbeitsbedingungen, ,,fehlende Aufenthaltsräume'' anprangern, dann treibt sie nicht die Lust auf ,,Einsatz''. Es geht ihnen um ihre Arbeitskraft, um ihre Reproduktion. Für die Bourgeoisie ist dieses Material teil ihres Unterdrückungsapparates, deswegen das laute Klagen über die Arbeitsbedingungen. Soll die Arbeiterklasse Mitleid haben? Mit Sicherheit nicht! Aber wenn die einfachen Polizisten den Kampf gegen diese Bedingungen führen, ist das förderlich für die Zersetzung des Unterdrückungsapparates. Wie sagte uns der junge Polizist auf den KBW befragt: ,,Es gibt zwei Gruppen bei uns, die eine ist von vornherein gegen euch, die andere beschäftigt sich mit den Gedanken und Forde-

,,DDR – Unser Vaterland'' – Sozialistisch am zweiten Tag des Festivals gestrichen

z.dab. 500000 FDJ-Delegierte durften drei Tage lang am Nationalen Jugendfestival teilnehmen. Wer sich kein Mandat erschuftet hatte (s. KVZ 23), aber dennoch nach Berlin wollte, mußte Verwandtenbesuch nachweisen, andernfalls wurde er von Vopos aus den Zügen geholt, bzw. aus Berlin gewiesen, erzählten uns Jugendliche in Berlin (DDR). Hatte die neue Bourgeoisie am ersten Tag noch das sozialistische Fähnchen hochgehalten, war das Wort sozialistisch am zweiten Tag aus den Parolen gestrichen. ,,DDR – unser Vaterland'', ,,SED – FDJ'', ,,FDJ ist dabei – Kampfreserve der Partei'' mußten die ,,Blauhemden'' dem Einpeitscher beim Vorbeimarsch an der Ehrentribühne auf der Karl-Marx-Allee während der sogenannten Kampfdemonstration nachbrüllen. Ein paar hundert Meter weiter waren sie dazu nicht mehr zu bewegen.

Zunutze macht sich die Bourgeoisie die produktiven Fähigkeiten der Jugend, deren Stolz auf die erbrachten Leistungen und den berechtigten Haß gegen den westlichen Imperialismus. So wurden während der Demonstration mehrere schon vorher ausgezeichnete Jugendbrigaden und Kollektive wegen ihrer hervorragenden Leistungen im Aufgebot DDR 30 gelobt. Über das Interesse an Sport und Technik lockt sie die Jugendlichen zum Zentrum ,,Wir schützen das sozialistische Vaterland'', damit sie Pionierbrigaden bei der Vorführung selbstgebauter Panzer zusehen, sich an von der GST (Gesellschaft für Sport und Technik) aufgestellten Geräten sich auf den ''Ehrendienst'' in der NVA vorbereiten oder die Großflugschau von NVA und GST besuchen.

Jeder FDJler konnte nur an einer Großveranstaltung teilnehmen. So liefen sie herum, knüpften Kontakte mit anderen Jugendlichen, mußten beim FDJ-Aufgebot ,,Erbsensuppe 2 Mark'' anstehen, zahlten in den wenigen überfüllten Lokalen Festivalpreise: Vanilleeis 3,60, Saft 1,50. Mit tausenden FDJ-Ordnern und dem versuchten Einreiseverbot von Westberlinern tat die neue Bourgeoisie alles, um den Zusammenschluß der Jugend zu verhindern. Weitere Verpflichtungen von FDJ-Brigaden nach dem Festival kündigen an, wie die Bourgeoisie gedenkt, das Jugendfestival in klingende Münze für sich zu verwandeln.



Am 15. Mai demonstrierten 900 Studenten in Wiesbaden (Bild) gegen Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, die im Hessischen Hochschulgesetz festgelegt sind. Am selben Tag demonstrierten 700 Studenten der TH Darmstadt gegen Regelstudienzeit und für 40-Stundenwoche.

auf Beschluß der einzelnen Hochschulen dafür eine zusätzliche Aufnahmeprüfung ablegen.

In anderen Ländern wie im Saarland und in Hessen sind solche Gesetze bereits verabschiedet und an den Fachhochschulen bereits in Prüfungs- und Studienordnungen umgesetzt.

Im Ergebnisbericht der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz heißt es: ,,Das Besoldungssystem im öffentlichen Dienst als auch korrespondierend hierzu in der Wirtschaft (soll) überdacht werden, um die Einstellungsmöglichkeiten der Hochschulabsolventen beweglicher zu gestalten.'' (Materialien der Jahresversammlung der WRK vom 21.-23. Mai 1979)

vorher durchgedrückt werden. So ist in der neuen Studienordnung am Fachbereich Landmaschinentechnik in Köln die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den ersten vier Semestern um durchschnittlich 2 Stunden verlängert worden. Jochimsen fordert in seinem Gesetz: ,,In geeigneten Fällen ist eine kürzere Regelstudienzeit festzulegen, jedoch nicht unter drei Jahren.'' (§ 58)

Im § 59, Studienordnung, fordert er die Verabschiedung von Studienordnungen, die ,,ein weitgehend gemeinsames Grundstudium in verwandten Studiengängen fördern''. Ein solches fächerübergreifendes Grundstudium hatte auch Hessens Kultusminister Krollmann im Sinn, als er in seinem Erlaß zu den Prüfungsordnungen vom 23.10.78 festlegte, daß in der Zwi-

sein, sondern von der Qualität her dem eines bereits ausgebildeten Ingenieurs nahe kommen.'' Das Praxissemester dauert 22 Wochen, der Student kann von sich aus nicht kündigen; er muß einen Bericht über den Verlauf des Semesters anfertigen und sich vom Kapitalisten eine Bescheinigung holen, die Angaben über Dauer, Inhalt und Erfolg der praktischen Tätigkeit enthält. Eine Reihe von Fachbereichen hat die Durchführung von Praxissemestern bereits verbindlich eingeführt.

Die VDS-Fachtagung Elektrotechnik hat am 30.5. beschlossen, daß die Arbeitszeit nicht länger als 40 Stunden pro Woche betragen soll und: ,,Die Regelung der Bezahlung der Industriepraktika muß in die für die Branche gültigen Tarifverträge aufgenommen werden und die Praktikanten müssen das Recht auf Vertretung durch den Betriebsrat und die Gewerkschaft haben. Der Sprecher der IG Metall Hessen, Hänseler, hat auf einer Fachtagung diese Forderungen unterstützt.

Demonstrationen, Streiks und Schulbesetzungen gegen verschärfte Prüfungsordnung

z.erm.Rom. Spadolini, italienischer Erziehungsminister, will die ,,Ungerechtigkeit'' in den Abiturprüfungen durch die ,,Privilegierung einiger'' abschaffen. Zu diesem Zweck hat er vorletzte Woche einen Erlaß zur Abiturprüfung, der schon seit 1971 gültig ist, aus der Schublade geholt und die Schulleitungen angewiesen, strengstens darauf zu achten, daß er nicht länger mißachtet wird.

Die Durchfallquote beim Abitur ist in Italien relativ niedrig. In den letzten fünf Jahren lag sie durchschnittlich unter 5%. ,,Die wesentliche Siebung findet in den ersten zwei Jahren der Oberstufe statt'', erklärt uns ein Vertreter der Lehrer in der Gewerkschaft CGIL. Für die italienische Bourgeoisie ist die niedrige Durchfallquote ein Hindernis für die verschärfte Aussiebung und Unterdrückung der Schüler geworden.

Die Abiturienten werden in drei Fächern schriftlich geprüft, ein bis vier Wochen nach der schriftlichen Prüfung folgt die mündliche Prüfung in zwei Fächern. Ein Prüfungsgebiet kann der Abiturient aus vier Fächern, die ihm von der Prüfungskommission vorgelegt werden, auswählen, das zweite legt die Kommission fest. Anstatt, wie es der Erlaß von 1971 vorsieht, die Schüler bis 24 Stunden vor der Mündlichen im Ungewissen über das zweite Prüfungsthema zu lassen, haben die Schüler und Lehrer bisher immer durchgesetzt, daß das Thema spätestens am letzten Tag der schriftlichen Prüfung bekannt war. So konnte der Schüler die Zeit bis zur mündlichen Prüfung noch für die gezielte Vorbereitung verwenden. So kann ,,der Charakter der Prüfung nicht gewährleistet werden'', erklärte Erziehungsminister Spadolini in einem Zeitungsinterview, ,,die allgemeine Bewertung der Kandidaten muß sich aus der Prüfung ergeben können.''

Unterstützt von den Lehrern haben in ganz Italien die Schüler den Kampf gegen den Prüfungserlaß aufgenommen. In Genua z.B. haben die Schüler drei Schulgebäude besetzt, 3000 haben eine Demonstration durchgeführt. Sie forderten den Schulamtsleiter auf, den Erlaß des Erziehungsministeriums nicht anzuwenden und den Kampf für die Rücknahme der Verordnung zu unterstützen. Vor der Martin Luther King-Schule in Genua errichteten die Schüler Barrikaden und verhinderten so den Schulunterricht. Die Gewerkschaftsförderation der CGIL/CISL/UIL hat die Maßnahme des Erziehungsministeriums verurteilt und sich mit dem Kampf der Schüler solidarisiert.

Lockerungsübungen in Sachen Regelstudienzeit und Besseres von RCDS und DKP-Spartakus

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 81 40 45
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen

Hochschulen in Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld
5. Juni 1979

Am 18.5. verabschiedete der Bundestag die 6. BAFöG-Novelle. Für einige 40 DM mehr, ,,Erhöhung'' des Elternfreibetrages um 100 DM, Senkung der BAFöG-Empfänger auf ca. 28%, alles festgeschrieben auf 3 Jahre, das bedeutet weitere Verelendung der Studenten und Lohnpfändung bei den Eltern.

Der VDS-Vorstand setzt als Antwort dagegen einen müden Sitzstreik. Andere studentische Organisationen wenden sich gleich ,,wesentlichen'' Fragen zu. Der RCDS startet eine Briefaktion gegen die Regelstudienzeit, der MSB gründet ,,Initiativgruppen gegen Regelstudienzeit und Studienreform'' und die Jusos treibens ähnlich. Der Ball wurde gut aufgefangen, denn auch die bürgerlichen Politiker und die Kultusminsterkonferenz wollen die Regelstudienzeit abschaffen. Auch ihnen ,,erscheinen diese individuellen Sanktionen nicht als geeignetes Instrument'' und ,,belasten eine sinnvolle Studienreform''. Woher rührt diese plötzliche Harmonie? Der Zweck der Regelstudienzeit als ,,Teil der Studienreform selbst ' (Schmude), besteht in der Drohung und Einschüchterung der Studenten: noch schneller studieren, ,,um es zu schaffen''. Das erscheint zunächst nützlich für die Bourgeoisie. Doch was wird aus der Studienreform? Sie beinhaltet einerseits ,,Differenzierung der Studiengänge, d.h. Zersplitterung der Studentenschaft durch ,,marktgerechtes'' Zuschneiden des Studiums, andererseits ,,Abbau der Gefahren der Stoffüberfrachtung'', denen sowieso kein ,,angemessener Gewinn'' gegenübersteht, d.h. Einschränkung des Stoffes auf das Notwendigste im Interesse der kapitalistischen Bedürfnisse und Abqualifizierung. Dazu arbeiten Studienreformkommissionen neue Studien- und Prüfungsordnungen aus, die u.a. mehr ,,Praxisbezug zur Berufs- und Arbeitswelt'' haben sollen und in jedem Fall Mehrarbeit und Verschärfungen mit sich bringen. Eben weil die bürgerlichen Politiker als zentrale Unterdrückungs- und Ausleseinstrumente über BAFöG und Studienverschärfungen verfügen, betreiben sie ,,Lockerungsübungen'' wie Abschaffung der Regelstudienzeit, denn ihr Ziel, Verwirrmanöver und Aufweichung der studentischen Kämpfe, scheint erreichbar. Das jedenfalls zeigen die Aktionen von RCDS, MSB und Konsorten. Sie fordern ebenfalls Studienreformen, ganz ,,sinnvolle'' und ,,demokratische''. Nicht Studienreform von oben'', nein ,,von unten''. Kein Zwang zur Mehrarbeit, sondern freiwillig – durch mehr Praktika, durch Übungsreferate anstellt von zensierten Referaten, und nicht erst Auslese nach der Zwischenprüfung, sondern zu Beginn des Studiums ,,Orientierungsphasen'' und Eignungstests, eh es zu spät ist.

Da mutet die Empfehlung des Wissenschaftsrates schon fast liberal an: ,,Manchem Studenten muß in diesem Stadium (nach der Zwischenprüfung) geraten werden, sein Studium zu beenden. Für diesen Fall sollte er nachdrücklich auf die Berufsberatung hingewiesen werden''. Man sieht, einige studentische Organisationen arbeiten der Bourgeoisie in die Hände. Doch nicht genug! ,,Kooperation mit den Lehrenden'', ,,Diskussion mit den Professoren'', schlägt der MSB weiter vor, ,,da wir uns gemeinsam besser durchsetzen können und laut RCDS muß uns allen am Herzen liegen, daß ,,die Wissenschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen'' nicht gefährdet wird, die ,,Verantwortung des Einzelnen nicht geschwächt'' wird, und ein ,,Auslandsstudium nicht behindert'' wird. Und das alles macht die ,,bildungsfeindliche'' Regelstudienzeit. Doch das Interesse der besitzlosen Studenten an solcher Art ,,Bildung'' ist gering. Sie wollen keine Karriere in der Wirtschaft und im Staatsapparat, sondern brauchen einen Studienabschluß, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Für sie wird das BAFöG in Verbindung mit den Studienverschärfungen zu einer Überlebensfrage. Deshalb ist es wichtig, diese Kämpfe miteinander zu verbinden. Ein wichtiger Schritt ist in den anstehenden Wahlen, gemeinsame Aktionsprogramme gegen weitere Aussieberei und materielle Abhängigkeit aufzustellen, damit der Kampf auf einheitlicher Ebene zum Erfolg wird.

Lehrereinstellung!
40-Stundenwoche!



Im Rahmen einer landesweiten Aktionswoche machten am 30.5. die Referendare der GEW Paderborn einen Informationsstand in der Paderborner Innenstadt. In nur 3 Stunden unterstützten 180 Menschen durch ihre Unterschrift die Forderungen nach Einstellung der Lehrer und für 40-Stundenwoche.

Mehr als 125000 Textilarbeiter streiken in Südindien

z.hef. Mehr als 125000 Textilarbeiter streiken seit dem 25. Mai im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu und im benachbarten Pondicherry. Die Arbeiter fordern in ihrer 16-Punkte-Charta vor allem eine Lohnerhöhung von 100 Rupien monatlich (ca. 25 DM) rück-



Baumwollstoff wird bedruckt

wirkend ab Januar 1978, die Abschaffung des Kontraktarbeitersystems und die Einführung der Möglichkeit, sich aus persönlichen Gründen frei zu nehmen. Nachdem die Regierung von Tamil Nadu am 26. Mai die Zwangsschlichtung verordnete, beschloß das Koordinationskomitee der zwölf streikenden Textilgewerkschaften am nächsten Tag, den Streik auszuweiten. Am 31. Mai gab es schwere Kämpfe zwischen mehr als 2000 demonstrierenden Textilarbeitern und der Polizei.

Durch den Streik legen die Arbeiter 200 Textilspinnereien und Webereien lahm, mehr als ein Viertel der über 700 Betriebe in Indien. Die Arbeiter in der ganzen Textilindustrie wehren sich gegen die Verschärfung der Ausbeutung im Zuge der ,,Bewältigung der Krise der Textilindustrie'' durch Regierung und Kapitalisten. Die Krise in der Textilindustrie zeigt sich in Betriebsschließungen, Anwachsen der Lager, sinkender Produktion. Ihre Ursachen sind der zunehmende Druck imperialistischer Monopole, begünstigt durch die ,,liberale'' Handelspolitik der Regierung und die wachsende Verelendung der indischen Massen. 1956 betrug der Durchschnittsstoffverbrauch pro Kopf 14,4 m^2 im Jahr, 1977 11 m^2. Der Regierungsplan besteht vor allem in der Förderung der Rationalisierungsinvestitionen. Für 1,1 Milliarden Rupien wurden neue Textilmaschinen im letzten Jahr gekauft, im Gegensatz zu 0,9 Milliarden im Jahr 1977.

Zaire: Einen Monatslohn für 30 kg Reis – Arbeiter bekämpfen Lohnsenkungsdiktat des IWF

z.elb. Wie wir in der Nr. 22 der KVZ berichteten, haben sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Zaire, die nach den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft die zweitgrößte Gruppe der Lohnabhängigen überhaupt stellen, eine 40%ige Lohnerhöhung gegen das Lohnsenkungsdiktat des IWF erkämpft. Die imperialistische Presse läßt durchblicken, daß dieser Kampf keineswegs beendet ist. Der IWF hatte als Bedingung für die Auszahlung weiterer Kredite an die Regierung Zaires die Senkung der Löhne verlangt. Im September vergangenen Jahres verdiente ein Arbeiter im öffentlichen Dienst pro Monat in Kinshasa 30 Zaire, in ländlichen Gebieten 20 Zaire und ein Beamter mit Abitur 80 Zaire, wobei ein Zaire etwa 2,60 DM entsprach. Kaum sich selbst, geschweige denn eine Familie kann ein Arbeiter in Kinshasa mit diesem Lohn ernähren; allein für 30 kg Reis hat er seinen gesamten Monatslohn zahlen müssen. Die Lohnerhöhung um 40% kann die zunehmende Verelendung der Arbeiter nicht aufhalten. Denn die etwa 60%ige Inflation, die ständig vom IWF erzwungenen Abwertungen des Zaire führen spürbar zur Kürzung der Reproduktionsmittel der Massen.

Darüber hinaus haben die belgischen

der Landwirtschaft Zaires auf den Anbau einiger Produkte wie Zucker, Kaffee, Palmöl die Grundlage für die vollständige Ruinierung der Landwirtschaft durch die Imperialisten geschaffen. War die Selbstversorgung mit Mais bis 1950 gesichert, stieg der Import von 1970 bis 1974 von 87500 auf 174000 t; Baumwolle muß seit 1977 ebenfalls importiert werden. Lediglich die Produktion von Zucker und Kaffee konnte in den letzten Jahren gesteigert werden. Insgesamt ist die landwirtschaftliche Produktion von 1973 bis 1975 um 29% gefallen, was steigende Importe zur Folge hat und die Verschuldung des Landes vorantreibt. Der Kampf der zairischen Arbeiter und Bauern gegen die wachsende Verelendung und Erdrosselung des Landes durch die Imperialisten zwang die Regierung 1978, einen Plan zur Produktionssteigerung in der Landwirtschaft vorzulegen. Die den IWF beherrschenden Imperialisten haben sich bereits die Aufsicht über die Staatsbank Zaires und damit über sämtliche Investitionen verschafft. Die für die Realisierung des Landwirtschaftsplans in Aussicht gestellten Kredite versuchen sie zu nutzen, die Kontrolle auf die Landwirtschaft Zaires auszudehnen und das Land vollständig unter ihre Herrschaft

Arbeiter bekämpfen Lohnsenkungsdiktat des IWF

z.elb. Wie wir in der Nr. 22 der KVZ berichteten, haben sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Zaire, die nach den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft die zweitgrößte Gruppe der Lohnabhängigen überhaupt stellen, eine 40%ige Lohnerhöhung gegen das Lohnsenkungsdiktat des IWF erkämpft. Die imperialistische Presse läßt durchblicken, daß dieser Kampf keineswegs beendet ist. Der IWF hatte als Bedingung für die Auszahlung weiterer Kredite an die Regierung Zaires die Senkung der Löhne verlangt. Im September vergangenen Jahres verdiente ein Arbeiter im öffentlichen Dienst pro Monat in Kinshasa 30 Zaire, in ländlichen Gebieten 20 Zaire und ein Beamter mit Abitur 80 Zaire, wobei ein Zaire etwa 2,60 DM entsprach. Kaum sich selbst, geschweige denn eine Familie kann ein Arbeiter in Kinshasa mit diesem Lohn ernähren; allein für 30 kg Reis hat er seinen gesamten Monatslohn zahlen müssen. Die Lohnerhöhung um 40% kann die zunehmende Verelendung der Arbeiter nicht aufhalten. Denn die etwa 60%ige Inflation, die ständig vom IWF erzwungenen Abwertungen des Zaire führen spürbar zur Kürzung der Reproduktionsmittel der Massen.

Darüber hinaus haben die belgischen Kolonialisten durch die Ausrichtung der Landwirtschaft Zaires auf den Anbau einiger Produkte wie Zucker, Kaffee, Palmöl die Grundlage für die vollständige Ruinierung der Landwirtschaft durch die Imperialisten geschaffen. War die Selbstversorgung mit Mais bis 1950 gesichert, stieg der Import von 1970 bis 1974 von 87500 auf 174000 t; Baumwolle muß seit 1977 ebenfalls importiert werden. Lediglich die Produktion von Zucker und Kaffee konnte in den letzten Jahren gesteigert werden. Insgesamt ist die landwirtschaftliche Produktion von 1973 bis 1975 um 29% gefallen, was steigende Importe zur Folge hat und die Verschuldung des Landes vorantreibt. Der Kampf der zairischen Arbeiter und Bauern gegen die wachsende Verelendung und Erdrosselung des Landes durch die Imperialisten zwang die Regierung 1978, einen Plan zur Produktionssteigerung in der Landwirtschaft vorzulegen. Die den IWF beherrschenden Imperialisten haben sich bereits die Aufsicht über die Staatsbank Zaires und damit über sämtliche Investitionen verschafft. Die für die Realisierung des Landwirtschaftsplans in Aussicht gestellten Kredite versuchen sie zu nutzen, die Kontrolle auf die Landwirtschaft Zaires auszudehnen und das Land vollständig unter ihre Herrschaft zu bringen.

Generalstreik der Arbeiter Dominicas für ihre Forderung nach Rücktritt der Regierung

z.acr. Die Arbeiter des karibischen Inselstaates Dominica bekräftigten die Forderung ihrer Gewerkschaften nach Rücktritt der Regierung durch einen Generalstreik am 30.5. Am Tag zuvor hatten 15000 Arbeiter und Bauern – von insgesamt 80000 Einwohnern – gegen die Beschneidung des Streikrechts und die drastische Erhöhung der



400 km^2 von 752,3 km^2 Dominicas werden zur Bananenproduktion genutzt.

Strafe für Verleumdung demonstriert. Die Polizei erschoß drei Demonstranten. Nachdem eine Zeitung den Plan zur Errichtung einer Raffinerie für die Versorgung Südafrikas enthüllte, will die Regierung des Premierministers Patrick John die Strafe für Verleumdung erhöhen.

Dominica, seit dem 3.11.1978 unabhängig, liegt in der Ost-Karibik, nördlich von Venezuela. ⅔ seiner Einwohner sind Nachkommen von Sklaven afrikanischen Ursprungs, die die britischen Imperialisten zur Ausbeutung in Bananenplantagen holten. 1783 wurde Dominica britische Kolonie, nachdem seine Bewohner lange die Angriffe der französischen und britischen Kolonialisten abwehren konnten. Heute gibt es noch 500 Indianer, die das britische Kolonialjoch überlebten. 1976 waren als arbeitende Bevölkerung 16220 Männer und 8930 Frauen registriert.

Die 9000 Bauern unter ihnen, von denen jeder ein Stück Land von durchschnittlich ½ Hektar besitzt, produzieren auch heute noch hauptsächlich Bananen. Ihre gesamte Produktion von 50800 Tonnen müssen sie an die Dominica Banana Growers Association (Bananenpflanzervereinigung Dominicas) verkaufen, die einen langjährigen Liefervertrag mit dem britischen Konzern Geest Industries Ltd. abgeschlossen hat, der selber noch drei große Plantagen besitzt. Seit 1968 plündert der kanadische Konzern Dom-Can-Timbers die Nutzholzvorkommen Dominicas aus. Eine Arbeitslosenquote von 25% sichert den britischen Imperialisten niedrige Löhne auf Dominica und ein Reservoir billiger Arbeitskräfte zur Ausbeutung in England.

Premierminister John, dessen Sturz die Arbeiter jetzt fordern, ist bereits seit 16 Jahren unter der britischen Herrschaft im Amt. Die Arbeiter des öffentlichen Transportwesens, die Krankenschwestern, Lehrer und Regierungsangestellten streiken weiter.

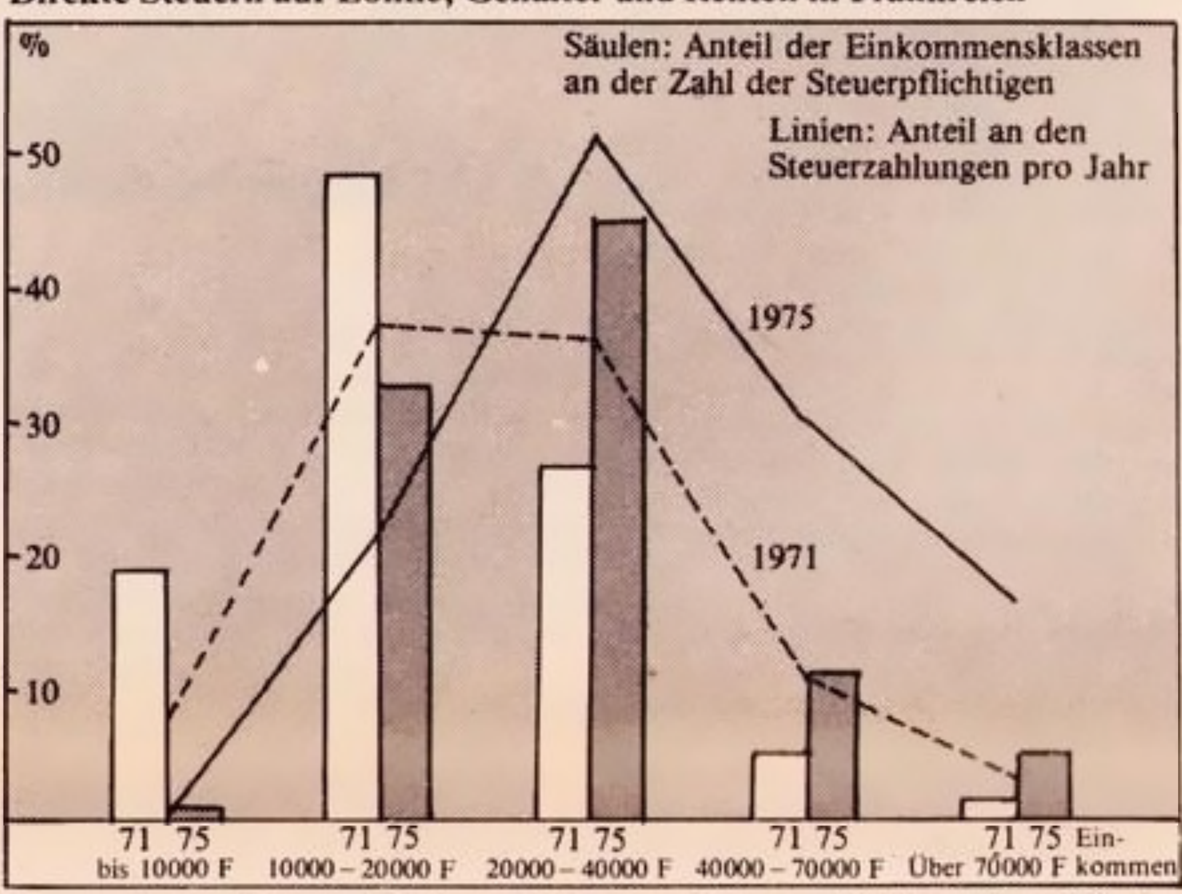
Im Lohnsteuerraub die BRD einholen

Bei indirekten Steuern will die französische Bourgeoisie den Vorsprung halten

z.jon.Paris. Die französischen Metall arbeiter mußten 1974 durchschnittlich 8,2% ihres Lohns, 1977 9% als Steuern wegzahlen. Trotz dieses Anstiegs ist die Steuerlast, die ein französischer Arbeiter zu tragen hat, scheinbar viel geringer als die seines westdeutschen Kollegen. Nach Statistiken der EG stammen von allen ,,Steuern und Sozialabgaben'', die der französische Staat einzieht, 1976 19,7% (1971: 17,3%) aus der Lohn- und Einkommenssteuer und der Vermögenssteuer für Kapitalisten. In Westdeutschland zog der bürgerliche Staat dagegen 33,1% seiner Steuerbeute aus Lohn-, Einkommens- und Vermögenssteuer. Der Anteil der Mehrwertsteuer betrug in Frankreich 22,5% (1971: 25,4%) und in Westdeutschland 13,5%.

Die französischen Imperialisten sind Europameister in der Plünderung mit Hilfe der indirekten Steuern, die der Staat auf die Warenpreise schlägt. Sie übernehmen mehr und mehr die Plündermethoden, mit denen ihre westdeutschen Konkurrenten den größten Erfolg haben, nämlich jede erkämpfte Lohnerhöhung durch progressive Be-

Direkte Steuern auf Löhne, Gehälter und Renten in Frankreich



Progression der Steuer auf Löhne, Gehälter und Renten: 1971 bezahlten 40% der Steuerpflichtigen 37% der Steuer, 1975 zahlten 45% 51% der Steuer.

steuerung des Lohns zu amputieren. Der Anstieg des Anteils der Lohn-und Einkommenssteuer an den gesamten Abgaben in Frankreich geht ausschließlich auf die Zunahme der Steuern auf den Lohn der Arbeiter und kleinen Angestellten zurück. Der Rückgang des Anteils der Mehrwertsteuer verdeckt, daß die indirekten Steuern für die Lohnabhängigen absolut und relativ zu ihrem Lohn ebenfalls steigen.

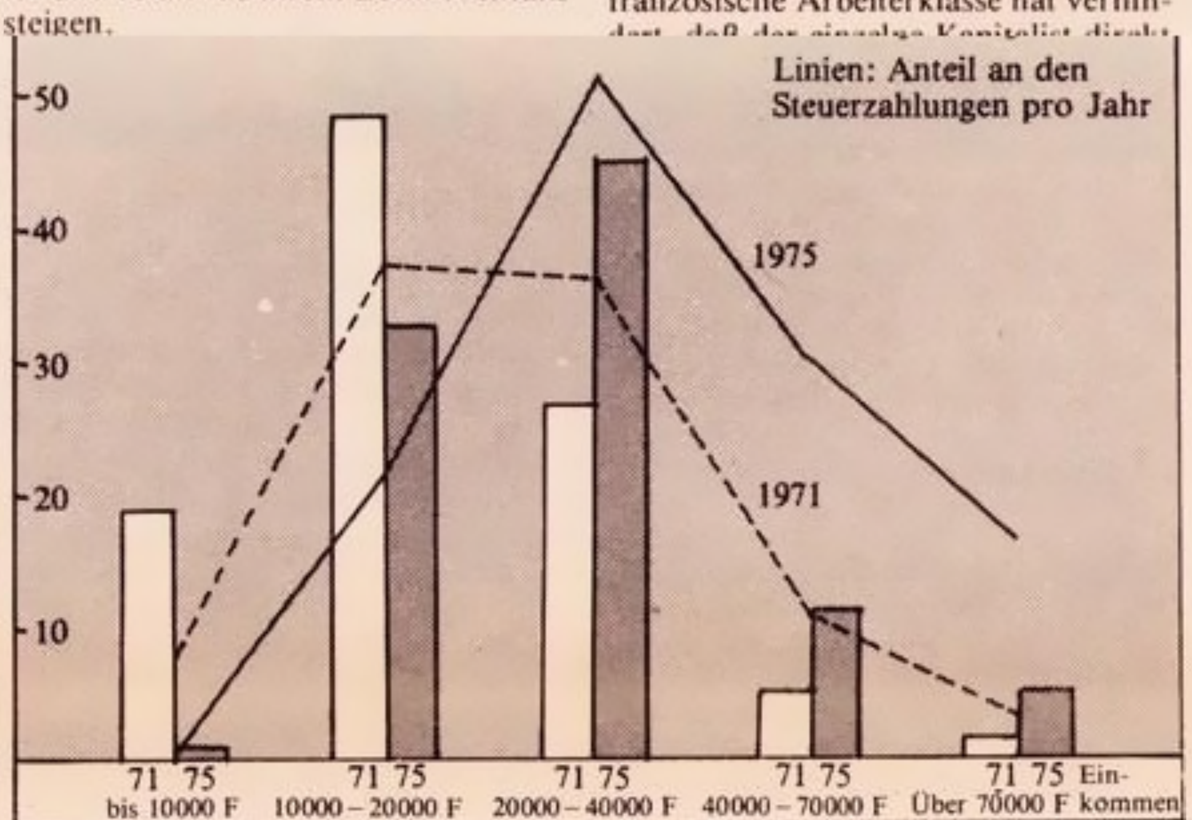
Die indirekten Steuern. Die Mehrwertsteuer wurde 1958 in breitem Umfang anstelle der bis dahin geltenden geringeren Umsatzsteuer eingeführt. Gegenwärtig gibt es in Frankreich drei Mehrwertsteuersätze: einen ,,verminderten'' Mehrwertsteuersatz von 7%, der für die meisten Nahrungsmittel gilt, einen ,,Normalsatz'' von 17,6% und einen Satz für ,,Luxusgüter'' von 33,33%, der auf Fernseher, Radios, Autos, die die Arbeiter brauchen, mit der gleichen Gerechtigkeit angewandt wird, wie auf die Pelzmäntel und den antiken Nippes der Bourgeoisdamen.

Die Bourgeoisie behauptet, diese Steuer träfe alle gleich als Konsumenten. Tatsächlich geht aus den Veröffentlichungen ihrer Sozialforschungsinstitute hervor, daß der Lohnanteil, den der Arbeiter für indirekte Steuern aufbringen muß, wächst. Der Anteil der indirekten Steuern am Arbeiterlohn wuchs von 1965 bis 1970 von 17,4% auf 18,2%, während er z.B. für die ,,unabhängigen Berufe'', vor allem also für die kleinen und großen Kapitalisten, von 9,6% auf 8,4% sank. Im Jahr vor der Parlamentswahl und um der Bourgeoisie an der Lohnfront Luft zu verschaffen, beschloß das französische Parlament 1977 die Senkung des ,,Normalsatzes'' von 20% auf 17,6%, im Bewußtsein, daß die steigenden Reproduktionskosten der Lohnabhängigen, insbesondere der verstärkte Zwang, solche ,,Luxusgüter'' wie Autos, Kühlschränke usw. zu kaufen, die Einnahmen aus den indirekten Steuern rasch wieder anschwellen lassen würden. Im Staatshaushalt für 1979 ist eine Steigerung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer von 14% vorgesehen, während die Regierung gleichzeitig behauptet, die Steigerung der Warenpreise bliebe unter 10%. Im gleichen Umfang oder schneller wachsen die anderen indirekten Steuern auf Tabak, Getränke usw. Die Benzinsteuer allein soll in diesem Jahr um 37% steigen.

Direkte Steuer auf den Lohn. Die französische Arbeiterklasse hat verhindert, daß der einzelne Kapitalist direkt zum Vollstrecker staatlicher Zwangsgewalt wird und die Steuer auf den Lohn vor der Auszahlung einbehält. Sie hat erkämpft, daß die Steuergrenze lange Zeit in einer solchen Höhe lag, daß die Bourgeoisie den Lohn großer Teile der Arbeiterklasse nicht besteuern konnte. Bis heute werden 20% vom Arbeiterlohn abgezogen, bevor er besteuert wird. Die Bourgeoisie nutzt das nominelle Anwachsen der Löhne, um immer größere Teile der Arbeiterklasse mit wachsender Progression zu besteuern, indem sie die Anpassung der Berechnungsgrundlagen an die Inflation solange wie möglich hinauszögert. 1969 wurden für 8,9 Millionen Lohnabhängige und Rentner Steuern erhoben, 1977 für 11,8 Millionen. Das Schaubild zeigt die Wirkung der Progression: Die Masse dieser Steuerpflichtigen muß einen immer größeren Teil der Steuern aufbringen.

Die Steuer wird einmal im Jahr für den gesamten Lohn des Vorjahres gezahlt. Das zwingt die Arbeiter, bedeutende Rücklagen zu bilden oder sich gegen Zinsen zu verschulden. Scheinbar ganz darauf abgestellt, die Familien des Volkes vor Übersteuerung zu schützen, sorgt dieses Steuerrecht dafür, daß den Bourgeois und ihrem gut bezahlten Anhang die Aufzucht des eigenen Nachwuchses schmackhaft gemacht wird. Das versteuerbare Einkommen wird durch ,,Familienteile'' dividiert: 1 Familienteil für Alleinstehende, 2 für Eheleute ohne Kind bei nur einem Verdienenden, 2,5 Teile bei einem Kind, dann 3 usw. Auf diese Quotienten werden die Progressionssätze angewandt, die 1977 von 5% für einen Quotienten von 6125 F/Jahr bis 60% bei über 113450 F reichten. Die Prozentanteile des Quotienten werden ihrerseits mit den ,,Familienanteilen'' multipliziert, um die Höhe der zu zahlenden Steuer zu ermitteln. Dieses Verfahren ist für den vorteilhaft, der ein hohes Einkommen hat, das durch die ,,Familienteile'' geteilt wird. Die bloße Untätigkeit der Gattin (= 2 Familienanteile) bedeutet dem französischen Bourgeois Steuervergünstigung. Für Arbeiter mit Kindern bringt dieses System nur viel geringere Vorteile. Sie erfahren die ungebremste Wirkung der Progression, wenn sie alleinstehend sind oder beide Eheleute arbeiten müssen.

,,Der Steuerdruck ist im Vergleich zum Primäreinkommen (d.h. zum Lohn, d.Verf.) gewachsen'', gibt eine statistische Untersuchung der französischen Regierung zu. ,,Aber das entsprechende Wachstum der Sozialleistungen hat diese Bewegung einigermaßen neutralisiert.'' Im ,,Wachstum der Sozialleistungen'' spiegelt sich wider, daß die französische Bourgeoisie zusätzlich zu den Steuern einen wachsenden Teil des Lohns als ,,Sozialabgaben'' einzieht, um diese Lohnbestandteile den Arbeitern teilweise von Staats wegen zuzuweisen. Die Bourgeoisie erhält damit zahllose Möglichkeiten zur bürokratischen Gängelung und Unterdrückung. Vor allem kann sie den Lohn insgesamt senken. Prunkstück sind die Familiengelder, die sich aus 16 verschiedenen Einzelrenten zusammensetzen, deren Zahlung an jeweils verschiedene Bedingungen geknüpft ist und auf deren Bezug Arbeiterfamilien mit drei Kindern zu rund 40% des Bruttolohns des Hauptverdieners angewiesen sind. Wie die Rentenkassen und Krankenkassen werden die Familiengelder durch Abzug vom Arbeiterlohn finanziert. Einschließlich des Lohnbestandteils, den die Kapitalisten direkt in die Kassen zahlen, machen die ,,Sozialabgaben'' heute über 30% des Bruttolohns aus.



Progression der Steuer auf Löhne, Gehälter und Renten: 1971 bezahlten 40% der Steuerpflichtigen 37% der Steuer, 1975 zahlten 45% 51% der Steuer.

steuerung des Lohns zu amputieren. Der Anstieg des Anteils der Lohn-und Einkommenssteuer an den gesamten Abgaben in Frankreich geht ausschließlich auf die Zunahme der Steuern auf den Lohn der Arbeiter und kleinen Angestellten zurück. Der Rückgang des Anteils der Mehrwertsteuer verdeckt, daß die indirekten Steuern für die Lohnabhängigen absolut und relativ zu ihrem Lohn ebenfalls steigen.

ne Steigerung der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer von 14% vorgesehen, während die Regierung gleichzeitig behauptet, die Steigerung der Warenpreise bliebe unter 10%. Im gleichen Umfang oder schneller wachsen die anderen indirekten Steuern auf Tabak, Getränke usw. Die Benzinsteuer allein soll in diesem Jahr um 37% steigen.

Direkte Steuer auf den Lohn. Die französische Arbeiterklasse hat verhin-

ihrerseits mit den ,,Familienanteilen'' multipliziert, um die Höhe der zu zahlenden Steuer zu ermitteln. Dieses Verfahren ist für den vorteilhaft, der ein hohes Einkommen hat, das durch die ,,Familienteile'' geteilt wird. Die bloße Untätigkeit der Gattin (= 2 Familienanteile) bedeutet dem französischen Bourgeois Steuervergünstigung. Für Arbeiter mit Kindern bringt dieses System nur viel geringere Vorteile. Sie erfahren die ungebremste Wirkung der Progression, wenn sie alleinstehend sind oder beide Eheleute arbeiten müssen.

,,Der Steuerdruck ist im Vergleich zum Primäreinkommen (d.h. zum Lohn, d.Verf.) gewachsen'', gibt eine statistische Untersuchung der französischen Regierung zu. ,,Aber das entsprechende Wachstum der Sozialleistungen hat diese Bewegung einigermaßen neutralisiert.'' Im ,,Wachstum der Sozialleistungen'' spiegelt sich wider, daß die französische Bourgeoisie zusätzlich zu den Steuern einen wachsenden Teil des Lohns als ,,Sozialabgaben'' einzieht, um diese Lohnbestandteile den Arbeitern teilweise von Staats wegen zuzuweisen. Die Bourgeoisie erhält damit zahllose Möglichkeiten zur bürokratischen Gängelung und Unterdrückung. Vor allem kann sie den Lohn insgesamt senken. Prunkstück sind die Familiengelder, die sich aus 16 verschiedenen Einzelrenten zusam-

Sowjetunion: Geschäfte mit Chrom aus Zimbabwe

z.lik. In seinem jüngsten Bericht über Verletzungen der gegen das rhodesische Siedlerregime verhängten Sanktionen hat der Sanktionsausschuß der UNO erneut auch die Sowjetunion angegriffen. Vor zwei Jahren war bereits aufgedeckt worden, daß die Sozialimperialisten unter dem Deckmantel von Schweizer Handelsgesellschaften (Centrex SA, Intabex SA) Geschäfte mit Tabak aus Zimbabwe machen. Ein Bericht des UNO-Sicherheitsrates hielt fest: ,,Am 30.3.76 verließ das sowjetische Handelsschiff SS Mikhail Kedrov Mozambique mit einer Ladung rhodesischen Tabaks an Bord.'' Ebenfalls über Schweizer Gesellschaften bezieht die Sowjetunion Chrom aus Zimbabwe und verkauft es fast zum doppelten Preis an die USA und den RGW weiter als ,,sowjetisches Chrom''. Die Abwicklung solcher Transaktionen über die Schweiz hält das internationale Finanzkapital für angeraten, da diese als Nicht-Mitglied der UNO den Beschlüssen nicht unterliege. Da Chrom, ein strategisch wichtiges Metall für die Rüstungs- und Luftfahrtindustrie, vor allem im südlichen Afrika und in der Sowjetunion gefördert wird, würde sich letztere mit der Kontrolle über das südliche Afrika 60% der Weltproduktion und damit das Monopol sichern. Während die sowjetischen Imperialisten am 31. Mai in der Generalversammlung der Verhängung von Sanktionen auch gegen Südafrika zugestimmt haben, beweisen ihre Taten, daß sie sich an die Stelle der US-Supermacht in dieser Region setzen wollen.

Britische Kolonien in der Karibik wollen Unabhängigkeit

z.acr. Regierungsvertreter der karibischen Länder Antigua, Dominica, Grenada, St. Kitts-Nevis, St. Lucia und St. Vincent gründeten auf einer Konferenz in Castries, der Hauptstadt St. Lucias, die Organisation Ost-Karibischer Staaten. Diese Gründung richtet sich gegen den Herrschaftsanspruch der britischen Imperialisten, die diese Länder, damals noch ihre Kolonien, 1967 zur ,,Assoziation West-Indischer Staaten'' zusammengefaßt hatten. Das Volk von Grenada erkämpfte durch einen Generalstreik im Februar 1974 den Abzug der britischen Imperialisten, Dominica ist seit dem 3.11.1978, St. Lucia seit dem 22.2.1979 unabhängig. Die sechs Länder verlangen den Abzug der britischen Imperialisten und die Unabhängigkeit für Antigua, St. Kitts-Nevis und St. Vincent bis zum Ende des Jahres. Bereits nach dem Sturz der Regierung Grenadas im März 1979 warnten diese Länder die britischen und US-Imperialisten vor einer Intervention. Alle sechs Länder müssen Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis, Fleisch, Mehl, Butter und Fisch importieren, weil die britischen Imperialisten sie in Bananen-, Zitrusfrüchte-, Zucker- und Baumwollplantagen verwandelten. Durch gemeinsame Projekte wollen sie Industrie und Landwirtschaft entwickeln.

Rücktritt Mota Pintos – aber IWF-Haushalt verabschiedet

z.zik. Unter großem Getöse hat das portugiesische Parlament nun endlich den vom IWF diktierten Haushalt verabschiedet. Über ein halbes Jahr hat die portugiesische Bourgeoisie erheblichen Aufwand an Betrug treiben müssen, um hinter dem Geräuschpegel der Parlamentskulisse den Charakter dieses Haushalts verschwinden zu lassen:

Äthiopien: Statt Pacht zahlt der Bauer Steuern

Die Ernährungsfrage ist nicht gelöst / Agrarreform nach wie vor dringend

z.rua. Dem Sturz des Haile-Selassie-Regimes im Februar 1974 ging die bisher schwerste Dürre in der Geschichte Äthiopiens im Sommer 1973 voraus. 400000 Menschen kamen dabei ums Leben, 80% der Viehbestände – Äthiopien zählte zu den viehreichsten Ländern Afrikas – verendeten. Der Zorn der Volksmassen entzündete sich daran, daß das feudale Regime weder Maßnahmen getroffen hatte, um wirksam der Dürre vorzubeugen noch deren Folgen zu begegnen. Im Gegenteil, mit Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel von 80% in den ersten Monaten 1974 wurden die Folgen vollständig den Volksmassen aufgebürdet. Nachdem es in den südlichen Provinzen zu Aufständen der Landarbeiter gekommen war, streikten in Addis Abeba und anderen Städten die Arbeiter, Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und Studenten. Teile der Armee meuterten. Mit einem Generalstreik wurde der jahrzehntelangen Despotie des von den US-Imperialisten gepäppelten Haile-Selassie-Regimes ein Ende gesetzt.

Heute ist Äthiopien erneut von einer Dürre betroffen, die in ihrer Schwere der von 1973 entspricht. In fünf Provinzen des Landes sind 1,2 Mio. Einwohner vom Hungertod bedroht. Die Nahrungsmittelversorgung ist überhaupt nicht gewährleistet, in den Städten steht nur 1/10 des täglichen Getreidebedarfs zur Verfügung, Wucherpreise und Hortung machen Nahrungsmittel unerschwinglich.

Dürrekatastrophen sind keine zwangsläufigen Naturerscheinungen. Sie entstehen durch Überausbeutung des Bodens und Abholzung der Waldbestände. Durch Rekultivierung, angemessene Bewässerung und Düngung kann der Gefahr erneuter Dürre vorgebeugt und der weiteren Versteppung des Landes entgegengewirkt werden. Das von den Sozialimperialisten an die Macht geputschte und mittlerweile vollständig von ihnen abhängige Mengistu-Regime hat keine geeigneten Maßnahmen ergriffen, der weiteren Verödung des Landes entgegenzuwirken und ehemals fruchtbares Land wieder fruchtbar zu machen. Es verfolgt – von den Sozialimperialisten angestachelt und ausgerüstet – den Kurs der Eroberung der fruchtbaren und rohstoffreichen Regionen Eritrea im Norden und Ogaden im Süden und wirft dafür alle Finanz- und Arbeitskräftereserven in die Schlacht.

Im Januar hat Mengistu den Beginn einer „nationalen Entwicklungskampagne" verkündet. Ziel ist nicht, die nationale Selbstversorgung an Nahrungsmitteln voranzutreiben, sondern durch Neulandgewinnung die Anbaufläche der Staatsfarmen zu verdoppeln. Auf den Staatsfarmen werden Kaffee, Baumwolle, Tabak und Zitrusfrüchte angebaut. Die Erträge müssen fast vollständig als Tribut an die Sozialimperialisten geliefert werden.

Im März 1975 war als eine der ersten Maßnahmen der Militärregierung die Landreform proklamiert worden. Mit ihr wurde sämtlicher privater Landbesitz enteignet und unter staatliche Verwaltung gestellt. Sie trug jedoch nicht den unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen äthiopischen Provinzen Rechnung und basierte nicht auf dem freiwilligen Zusammenschluß der Bauern.

In den südlichen und zentralen Provinzen des Landes, die Ende des 19. Jahrhunderts durch den zentraläthiopischen König Menelik II unterworfen wurden, war bis 1975 das Land ausschließlich im Besitz des Feudaladels, der koptischen Kirche und ausländischer Kapitalisten. Der Landbesitz des Feudaladels lag zum größten Teil brach oder wurde von Pächtern mit Getreide – Teff, Hirse und Sorghum (die Hauptnahrungsmittel des Landes, aus denen Brot und Breispeisen erzeugt werden), Weizen und Gerste – bebaut. Die Pächter mußten ⅔ bis 75% der landwirtschaftlichen Erträge an den Feudalherrn abführen. Der ihnen verbleibende Teil reichte nur notdürftig, die Existenz ihrer Familie zu sichern. Sie bestellten den Boden mit primitivem Werkzeug, für die Anschaffung effektiverer Geräte fehlten ihnen einerseits die Mittel, andererseits hätte sich die Ertragssteigerung in erster Linie in einer Steigerung der Tributlasten an den Grundbesitzer ausgewirkt, an ihrer elenden Lage jedoch wenig geändert. Durch die Überausbeutung des Bodens stagnieren die Getreideerträge seit Beginn der 60er Jahre.

Die Pächter, die ihre Existenz nicht mehr sichern konnten, waren gezwungen, sich auf den großangelegten Plantagen der ausländischen Kapitalisten als Landarbeiter zu verdingen. Auf diesen Plantagen wurden ausschließlich Exportprodukte angepflanzt. Anbau und Ernte wurden mit entwickelter Maschinerie betrieben.

In den Nordprovinzen Tigre und Wollo, deren Völker sich der Eroberung durch die zentraläthiopischen Feudalherrscher widersetzt hatten, war der Landbesitz auf kommunaler Ebene verteilt. Er war in Lose aufgeteilt, jede Familie hatte ein Anrecht auf einen bestimmten Teil Boden, alle fünf Jahre wurde die Ergiebigkeit überprüft und gegebenenfalls das Land neu verteilt. Die Bestellung des Bodens und die Verteilung der Erträge wurden arbeitsteilig organisiert. Die Nahrungsmittelversorgung war gewährleistet.

Die Landreform von 1975 wurde für alle Provinzen proklamiert. Den kleinen Pächtern des Südens bot sie vorderhand einen Fortschritt. Sie wurden von der erdrückenden Schuldenlast befreit. Ein Anrecht auf den Besitz des Landes, das sie bebauten, erhielten sie jedoch nicht. Sie erhielten zwar die Möglichkeit, pro Familie maximal 10 ha. zu bewirtschaften, jedoch trat damit an die Stelle des Pachtzinses die Zahlung von Steuern an den staatlichen Grundherrn. Die Plantagen der ausländischen Kapitalisten wurden als Staatsfarmen übernommen, an der Lage der Landarbeiter hat sich nichts geändert. Für die Bauern des Nordens bot die Landreform keinen Vorteil. Nicht nur, daß sie für ihren Boden jetzt ebenfalls Steuern entrichten müssen, wird ihnen vorgeschrieben, welches Getreide sie anzubauen haben, das sie dann an staatliche Aufkaufstellen zu festen Preisen verkaufen müssen. In letzter Zeit schickte Mengistu zunehmend Expeditionskorps aufs Land, um etwa zu wenig abgelieferte Produkte gewaltsam einzutreiben.

Alle staatlichen Mittel zur Bewässerung und Düngung des Bodens werden in den Ausbau der Staatsfarmen investiert. Absolute Priorität in der „nationalen Entwicklungskampagne" kommt der Steigerung der Erträge von Baumwolle und Kaffee zu. Die Gelder für diese Investitionen beschafft sich das Mengistu-Regime durch die verschärfte Steuerausplünderung der kleinen Bauern. Seit Oktober 1978 wurde ein neues Steuersystem in Kraft gesetzt. Bei einem monatlichen Einkommen von 200 birr (= 200 DM) wurde der Steueranteil der kleinen Bauern von 13 auf 15% erhöht, gleichzeitig wurden die Staatsfarmen von jeglicher Steuer befreit. Für die Nutzung von staatlich verwalteten landwirtschaftlichen Geräten müssen die kleinen Bauern Gebühren entrichten. Die Preise für Düngemittel, deren Importe 1978 um die Hälfte reduziert wurden, wurden drastisch erhöht, Saatgut wurde nicht in ausreichendem Maße bereitgestellt. Viele der kleinen Bauern wurden so gezwungen, die bestellte Fläche zu reduzieren. Ein Sinken der landwirtschaftlichen Erträge und damit die Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung ist die zwangsläufige Folge.

Ein Großteil der Bauern, die ihre Reproduktion nicht mehr sichern konnten, zog in die Städte. Die Bevölkerungszahl von Addis Abeba ist in den letzten Jahren auf 1,1 Mio. angeschwollen. Die Arbeitslosenquote ist hoch. Das Mengistu-Regime sieht sich sowohl auf dem Land als auch zunehmend in den Städten mit dem erbitterten Kampf der Volksmassen konfrontiert. Ihre Forderungen nach einer wirklichen Landreform sind nicht erledigt, im Gegenteil, die Durchsetzung ist nur um so dringlicher geworden.

Neben Zwangsumsiedlungsaktionen ganzer Stämme in entlegene Provinzen soll jetzt auch das Unruhepotential in den Städten beseitigt werden. Mit Beginn der „Entwicklungskampagne" sollen unter der Losung „arbeitslose Stadtbürger aufs Land" Zehntausende ruinierter Kleinbauern aus Addis Abeba zur Zwangsarbeit auf die Staatsfarmen getrieben werden. Regierungssprecher gaben jedoch ihrer berechtigten Sorge Ausdruck, daß dies zu erheblichen Komplikationen führen könne.



Gipfelkonferenz westafrikanischer Staaten beschließt engere Zusammenarbeit

z.pel.Paris. Die 16 Länder der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (CDEAO) haben in der letzten Maiwoche in Dakar, der Hauptstadt des Senegal, die nächsten Schritte des Aufbaus ihrer Gemeinschaft im Kampf gegen die neokolonialen Abhängigkeiten festgelegt. Die Staats-und Regierungschefs der ehemaligen britischen und französischen Kolonien beschlossen einen „Pakt der gegenseitigen Hilfe im Falle äußerer Angriffe" sowie die beschleunigte Errichtung einer Freihandelszone. Verbot von Zollerhöhungen, Verbot der Errichtung weitere Handelsschranken, Abschaffung der Visa innerhalb der Gemeinschaft und gemeinsame Außenzölle; mit diesen Maßnahmen soll die Wirtschaftseinheit gefestigt werden.

„Wir kommen in der Hoffnung hierher, die Einheit der Völker unserer Region voranzubringen", hatte der Präsident des Staatsrates von Guinea-Bissao, Luis Cabral, bei der Gründung der CDEAO 1975 ausgerufen. Durch vor allem zwei Maßnahmen haben die westafrikanischen Staaten in den folgenden Jahren diese Einheit zu entwickeln versucht: durch den Abbau der Zollschranken für etliche Hundert Industrieprodukte der weiter entwickelten Länder und die gleichzeitige Erhebung einer Steuer auf die Überschüsse der industriellen Exporte dieser Länder; zweitens durch die Zentralisierung dieser Steuer in einem „Kooperations- und Entwicklungsfonds". Die Staaten mit Einnahmeverlusten aufgrund der Steuersenkung erhielten dann einen Ausgleich aus dem Fonds in Form von Beihilfen beim Aufbau ihrer nationalen Industrie. Staaten wie Senegal und Elfenbeinküste konnten so die Preise ihrer Industrieprodukte und Rohstoffe teilweise senken, eine Reihe von gemeinsamen Vorhaben im infrastrukturellen Bereich und in der Industrie wurden ermöglicht. Die von den Völkern Senegals, der Elfenbeinküste und Mauretaniens aufgebauten Raffineriekapazitäten von 4 Mio. t decken heute ihren gesamten Bedarf.



Die Imperialisten fürchten diese Entwicklung. Ihr Ziel ist Verhinderung bzw. Spaltung der Einheit, um die Völker gespalten umso besser ausplündern zu können. Die britischen und französischen Imperialisten wühlen in Westafrika besonders heftig. Die einen haben gerade eine Arbeitsgruppe der britischen Handelskammer ins Leben gerufen, um die Möglichkeiten der billigen Rohstoffausbeutung zu prüfen. Die anderen haben es bis heute verstanden, über die Währungseinheit der Franc-Zone, über ihre Militärbasen in Senegal, Elfenbeinküste, Gabun und dem Tschad diese Staaten in Abhängigkeit zu halten. 45% von 3,4 Mrd. F französischer Staatskredite dienten 1978 nur zur Stationierung und Mästung von „technischem Personal", also Spitzeln und Aufpassern.

Die westafrikanischen Staaten haben auf der Konferenz von Dakar auch den Aufbau eines Instituts für Geologie, Minen und Zement beschlossen. Das weist die nächste Aufgabe: Rauswurf der imperialistischen Konzerne, selbständige Ausbeutung der nationalen Ressourcen.

ten steht nur 1/10 des täglichen Getreidebedarfs zur Verfügung, Wucherpreise und Hortung machen Nahrungsmittel unerschwinglich.

Dürrekatastrophen sind keine zwangsläufigen Naturerscheinungen. Sie entstehen durch Überausbeutung des Bodens und Abholzung der Waldbestände. Durch Rekultivierung, angemessene Bewässerung und Düngung kann der Gefahr erneuter Dürre vorgebeugt und der weiteren Versteppung des Landes entgegengewirkt werden. Das von den Sozialimperialisten an die Macht geputschte und mittlerweile vollständig von ihnen abhängige Mengistu-Regime hat keine geeigneten Maßnahmen ergriffen, der weiteren Verödung des Landes entgegenzuwir-

Jahrhunderts durch den zentraläthiopischen König Menelik II unterworfen wurden, war bis 1975 das Land ausschließlich im Besitz des Feudaladels, der koptischen Kirche und ausländischer Kapitalisten. Der Landbesitz des Feudaladels lag zum größten Teil brach oder wurde von Pächtern mit Getreide – Teff, Hirse und Sorghum (die Hauptnahrungsmittel des Landes, aus denen Brot und Breispeisen erzeugt werden), Weizen und Gerste – bebaut. Die Pächter mußten ⅔ bis 75% der landwirtschaftlichen Erträge an den Feudalherrn abführen. Der ihnen verbleibende Teil reichte nur notdürftig, die Existenz ihrer Familie zu sichern. Sie bestellten den Boden mit primitivem Werkzeug, für die An-

alle Provinzen proklamiert. Den kleinen Pächtern des Südens bot sie vorderhand einen Fortschritt. Sie wurden von der erdrückenden Schuldenlast befreit. Ein Anrecht auf den Besitz des Landes, das sie bebauten, erhielten sie jedoch nicht. Sie erhielten zwar die Möglichkeit, pro Familie maximal 10 ha. zu bewirtschaften, jedoch trat damit an die Stelle des Pachtzinses die Zahlung von Steuern an den staatlichen Grundherrn. Die Plantagen der ausländischen Kapitalisten wurden als Staatsfarmen übernommen, an der Lage der Landarbeiter hat sich nichts geändert. Für die Bauern des Nordens bot die Landreform keinen Vorteil. Nicht nur, daß sie für ihren Boden jetzt ebenfalls Steuern entrichten müs-

des Senegal, die nächsten Schritte des Aufbaus ihrer Gemeinschaft im Kampf gegen die neokolonialen Abhängigkeiten festgelegt. Die Staats-und Regierungschefs der ehemaligen britischen und französischen Kolonien beschlossen einen „Pakt der gegenseitigen Hilfe im Falle äußerer Angriffe" sowie die beschleunigte Errichtung einer Freihandelszone. Verbot von Zollerhöhungen, Verbot der Errichtung weitere Handelsschranken, Abschaffung der Visa innerhalb der Gemeinschaft und gemeinsame Außenzölle; mit diesen Maßnahmen soll die Wirtschaftseinheit gefestigt werden.

„Wir kommen in der Hoffnung hierher, die Einheit der Völker unserer Region voranzubringen", hatte der Präsident des Staatsrates von Guinea-Bissao, Luis Cabral, bei der Gründung der CDEAO 1975 ausgerufen. Durch vor allem zwei Maßnahmen haben die westafrikanischen Staaten in den folgenden Jahren diese Einheit zu entwickeln versucht: durch den Abbau der Zollschranken für etliche Hundert Industrieprodukte der weiter entwickelten Länder und die gleichzeitige Erhebung einer Steuer auf die Überschüsse der industriellen Exporte dieser Länder; zweitens durch die Zentralisierung dieser Steuer in einem „Kooperations- und Entwicklungsfonds". Die Staaten mit Einnahmeverlusten auf-



Die Imperialisten fürchten diese Entwicklung. Ihr Ziel ist Verhinderung bzw. Spaltung der Einheit, um die Völker gespalten umso besser ausplündern zu können. Die britischen und französischen Imperialisten wühlen in Westafrika besonders heftig. Die einen haben gerade eine Arbeitsgruppe der britischen Handelskammer ins Leben gerufen, um die Möglichkeiten der billigen Rohstoffausbeutung zu prüfen. Die anderen haben es bis heute verstanden, über die Währungseinheit der Franc-Zone, über ihre Militärbasen in Senegal, Elfenbeinküste, Gabun und dem Tschad diese Staaten in Abhängigkeit zu halten. 45% von 3,4 Mrd. F französischer Staatskredite dienten 1978 nur



Links: Eritreischer Bauer Anfang der 60er Jahre. Mit dem Gerät wird der Boden gepflügt und durch die an dem Pflug angebrachte Röhre das Saatgut gestreut – Rechts: Bauern im äthiopischen Hochland 1978 bei der Ernte.

Lohnsenkung, Steigerung der Steuer ausplünderung, Niederschlagung der Landreform, Freigabe der Arbeitskraft und der Ressourcen des Landes für die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung. Zweimal wurde der Entwurf abgelehnt, das dritte Mal nach 18-stündiger Debatte im Morgengrauen des 6. Juni angenommen, nach 70 Änderungen. „In seiner Gesamtheit" wurde er gebilligt, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", und darauf kommt es an. Die Änderungen, die Zugeständnisse an die Arbeiterklasse bedeuten, sind gering, so z.B. die Rücknahme der ursprünglich geplanten Besteuerung – in Höhe von 50% – des Weihnachtsgeldes. Den IWF-Haushalt verabschiedet, ließ die portugiesische Bourgeoisie am selben Tag den Finanzminister Nunes zurücktreten und am Tag darauf Mota Pinto selbst. Es soll nach Kampf und heftigen Widersprüchen aussehen, mit einer neuen Konstellation von bürgerlichen Politikern läßt sich der IWF-Haushalt vielleicht eher durchsetzen gegen die Arbeiter und Bauern Portugals. Ob Soares der Richtige ist, der sich am 10. Mai in Brüssel taktische Ratschläge bei den EG-Imperialisten geholt hat? Er mußte schon einmal unter dem Druck der Kämpfe der portugiesischen Massen gehen, wie jetzt Mota Pinto.

Ehemaliger Polizeichef als grönländischer EG-Kandidat

z.bag. Auf Druck der dänischen Regierung hat Kalatdlit Nunat (Grönland), am 1.5. in die „Selbstverwaltung entlassen", zwei Kandidaten zur Wahl zum Europa-Parlament aufgestellt. 71% hatten 1972 auf Kalatdlit Nunat gegen den Beitritt zur EG gestimmt. Jetzt kandidiert neben dem Vertreter der Partei Siumut, die gegen die EG ist, ein Vertreter der Partei Atassut, die für die weitere Verbindung mit Dänemark und der EG ist. Er heißt Jörgen Hertling, hat sich als Polizeichef von Kalatdlit Nunat verdient gemacht und sitzt jetzt im Management der Sparkasse Bikuben in Kopenhagen. Mit ihm versucht das dänische Finanzkapital, die Stimmen der auf Grönland operierenden Handelsbourgeoisie zu sammeln und die Front der EG-Gegner zu spalten. Siumut fordert eine neue Volksabstimmung, noch bevor die Sonderabsprachen mit der EG Ende 1982 ablaufen. Besonders stark setzt sich die Organisation der grönländischen Fischer und Fänger KNAPP für den Austritt aus der EG ein, nachdem der dänische EG-Kommissar Finn Gundelach ihre Forderung nach einer ausschließlich grönländischen Fischern vorbehaltenen 100-Meilenzone abgelehnt hat.

Parlamentswahlen in Italien

z.ulg. Die italienischen Christdemokraten haben ihr Ziel, mit einem kräftigen Wahlsieg über die Revisionisten einen konzentrischen Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung einzuleiten, nicht erreicht. Zwar haben die Revisionisten erstmals seit 30 Jahren Stimmen verloren, von 34,4 % 1976 ging ihr Anteil auf 30,4 % zurück. Doch statt des Zugewinns von mehr als 5 %, den sie sich von den Meinungsforschern hatte prophezeien lassen, mußte auch die DC leichte Verluste hinnehmen. Am höchsten sind die Stimmverluste der PCI in den großen Städten. In Turin und Rom ging ihr Anteil jeweils um 6 % zurück, in Neapel sogar um über 10 % von 40,9 auf 30,7 %. Verloren hat die PCI vor allem unter der Jugend, und gewonnen haben diese Stimmen hauptsächlich die drei Listen „links von der PCI", wegen der Schwäche der Marxisten-Leninisten in erster Linie die kleinbürgerlich-demokratische „Radikale Partei". Bei den Wahlen zum Senat, wo nur die über 25jährigen wahlberechtigt waren, hat die PCI landesweit nur 2,3 % verloren; die „Radikalen" kamen im industriellen Turin auf 6,7 %. Das Kalkül der DC ist nicht aufgegangen, doch wenn den Marxisten-Leninisten nicht entscheidende Fortschritte im Aufbau der Kommunistischen Partei gelingen, wird das nichts nützen.

USA: Hinrichtungs-Moratorium beendet

z.mif. Erstmals seit 1967 vollstreckten die US-Imperialisten eine „unfreiwillige Hinrichtung". 1977 konnten sie einen Verurteilten dazu bringen, die Hinrichtung selbst zu wollen. Das jetzige Ereignis würdigt die bürgerliche Presse als „Ende des Hinrichtungs-Moratoriums". Am 24. Mai wurde John Spenkelink, „Gewohnheitsverbrecher", in Florida mit 2250 Volt auf dem elektrischen Stuhl zu Tode gebracht. „Todesstrafe (capital punishment) heißt: die ohne Kapital werden bestraft (those without capital get the punishment)", erklärte Spenkelink. Das Oberste Gericht hatte vier Anträge der Verteidigung auf Aussetzung der Hinrichtung verworfen, zuletzt zehn Minuten vor dem Hinrichtungstermin. Über die regelmäßige Zurückweisung der Anträge der Verteidigung vereinheitlichte sich die Klassenjustiz auf Exekution. In zahlreichen Demonstrationen vor dem Gefängnis, vor dem Obersten Gericht in Washington und in anderen Städten protestierten Tausende gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe. Zunehmend wird die Todesstrafe als Instrument der Klassenherrschaft und der nationalen Unterdrückung angegriffen. 1972 hatte das Oberste Gericht die Todesstrafe als grausame Strafe bezeichnet, die, so wie sie vollstreckt werde, im Gegensatz zur Verfassung stünde. 34 Staaten haben seitdem ihre Gesetze über die Todesstrafe entsprechend reformiert. 522 Menschen sind derzeit mit Todesstrafe belegt, die Hälfte von ihnen sind Angehörige nationaler Minderheiten. Die meisten Todesstrafen werden im Süden ausgesprochen; unter dem Sklavenhaltersprößling Carter wird jetzt wieder vollstreckt.

Auch in der Dritten Welt produziert der Kapitalismus seine eigenen Totengräber

z.ges. Anfang des Jahrhunderts kam ganz Asien in Bewegung. Lenin erkannte sehr rasch die epochale Bedeutung dieser Entwicklung und stellte 1913 fest: „Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist.“ Ausgangspunkt war die russische Revolution von 1905, auf die die chinesische Revolution von 1911 ein Echo bildete: „Galt China nicht noch vor kurzem als Musterbeispiel eines Landes, das sich seit Jahrhunderten im Zustand völliger Stagnation befindet? Jetzt aber brodelt in China das politische Leben, entfalten sich stürmisch die soziale Bewegung und der demokratische Aufschwung. Nach der russischen Bewegung des Jahres 1905 hat die demokratische Revolution ganz Asien erfasst: die Türkei, Persien, China. In Britisch-Indien gärt es immer stärker.“

Die asiatische Stagnation beruhte auf der Dorfgemeinde, die alle oberflächlichen Bewegungen, Wechselfälle von Eroberung und Wiedereroberung und alle Änderungen der herrschenden Dynastie überlebte und die unveränderte Grundlage der Ausbeutung der Bauern durch Herrscher und Beamte blieb, so daß trotz teils bedeutender Kultur keine Entwicklung stattfand.

In bezug auf Indien meint Marx 1853: „Was den stationären Charakter dieses Teils von Asien, trotz aller zwecklosen Bewegung in der politischen Oberfläche, vollständig erklärt, sind die zwei sich wechselseitig unterstützenden Umstände: 1. Die public works (öffentliche Arbeiten) Sache der Zentralregierung. 2. Neben derselben das ganze Reich, die paar größern Städte abgerechnet, aufgelöst in villages (Dörfer), die eine vollständig distinkte Organisation besaßen und eine kleine Welt für sich bildeten.“ Die Kolonialisten, insbesondere die Engländer, vernachlässigten die öffentlichen Arbeiten, während sie die Grundsteuern anzogen und das Land mit billigen Industriewaren überschwemmten. In Indien ist es ihnen auf diese Weise gelungen, das Land innerhalb kürzester Zeit zu verarmen, Landwirtschaft und einheimisches Handwerk in gleicher Weise zu vernichten. Damit wurde die Dorfgemeinschaft unterhöhlt, die Stagnation ging in Verelendung über. Sollte die Kolonie nicht zur toten Last werden, mußte neben den Warenexport, dem mit der Verarmung des Landes der Boden entzogen wurde, der Kapitalexport treten, mit dessen Hilfe die verarmten und umgetriebenen landlosen Bauern unter das Joch der Plantagenwirtschaft und der modernen Industrie gepreßt werden konnten, um sie in neuer Form auszubeuten. Der holländische Kolonialismus, der sich die Inseln unterworfen hatte, die das heutige Indonesien bilden, nutzte die Dorfgemeinschaften zunächst, um sie auf seine Rechnung für den Weltmarkt produzieren zu lassen. Engels schrieb 1884 über die koloniale Ausbeutung Javas:

„Hier sieht man, wie die Holländer auf Grundlage des alten Gemeindekommunismus die Produktion von Staatswegen organisiert und den Leuten eine nach ihren Vorstellungen ganz komfortable Existenz gesichert haben; Resultat: Erhaltung des Volks auf der Stufe naturwüchsiger Dummheit und Einkassierung von 70 Millionen Mark jährlich (jetzt wohl noch mehr) für die holländische Staatskasse.“ Aber das Erwachen Asiens erfaßte noch vor dem ersten Weltkrieg auch dieses Ausbeuterparadies, wo die Profitwirtschaft direkt der urkommunistischen Gemeinde aufgepfropft worden war.

„Interessant ist“, stellte Lenin 1913 fest, „daß die revolutionär-demokratische Bewegung jetzt auch Niederländisch-Indien – die Insel Java und andere niederländische Kolonien – mit einer Bevölkerung von ca. 40 Millionen Menschen erfaßt hat. Träger dieser Bewegung sind erstens die Volksmassen auf Java, unter denen eine nationalistische Bewegung im Zeichen des Islam erwacht ist. Zweitens hat der Kapitalismus eine einheimische Intelligenz aus akklimatisierten Europäern geschaffen, die für die Unabhängigkeit Niederländisch-Indiens eintreten. Drittens hat die ziemlich zahlreiche chinesische Bevölkerung auf Java und den anderen Inseln die revolutionäre Bewegung aus ihrer Heimat hierhergetragen.“

Auf Java genauso wenig wie in anderen Kolonien begnügte sich das Kapital mit der formellen Unterwerfung der Produktion unter das Diktat des Profits. Die Profitabpressung und Steuerausplünderung der Gemeinde untergrub deren Basis. Arbeitskräfte wurden freigesetzt, die in die Plantangenwirtschaft und in die Industrie gepreßt werden konnten. Zusätzliche Arbeitskräfte wurden eingeführt. Mittels Kapitalexport konnten die imperialistischen Mächte die Ausbeutung verschärfen, aber durch die Zerstörung der Dorfgemeinde und die Entwicklung großer Industrie und Plantagenwirtschaft rissen sie den Bauern auch aus der Isolation der Gemeinde heraus und schufen ein modernes Proletariat. Nach dem I. Weltkrieg wurde die Kommunistische Partei Indonesiens gegründet. Gewerkschaften wurden aufgebaut. Den Ausgangspunkt bildeten wie in anderen Kolonien oder Halbkolonien die Eisenbahnarbeiter. 1923 führten sie den ersten Generalstreik, und unter der Führung der PKI wurde 1926 der erste Aufstandsversuch unternommen, der nur mit Mühe durch die Kolonialmacht niedergeschlagen werden konnte. Auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale berichtete ein Delegierter der PKI über die Auswirkungen des „zersetzenden Einflusses des vordringenden Auslandskapitals“ auf die Dorfgemeinde Javas: „In den Jahren zwischen 1892 und 1902 ist die Zahl der Dörfer mit rein gemeinschaft-

bilden, nutzte die Dorfgemeinschaften zunächst, um sie auf seine Rechnung für den Weltmarkt produzieren zu lassen. Engels schrieb 1884 über die koloniale Ausbeutung Javas:

„Hier sieht man, wie die Holländer auf Grundlage des alten Gemeindekommunismus die Produktion von Staatswegen organisiert und den Leuten eine nach ihren Vorstellungen ganz komfortable Existenz gesichert haben; Resultat: Erhaltung des Volks auf der Stufe naturwüchsiger Dummheit und Einkassierung von 70 Millionen Mark jährlich (jetzt wohl noch mehr) für die holländische Staatskasse.“ Aber das Erwachen Asiens erfaßte noch vor dem ersten Weltkrieg auch dieses Ausbeuterparadies, wo die Profitwirtschaft direkt der urkommunistischen Gemeinde aufgepfropft worden war.

„Interessant ist“, stellte Lenin 1913 fest, „daß die revolutionär-demokratische Bewegung jetzt auch Niederländisch-Indien – die Insel Java und andere niederländische Kolonien – mit einer Bevölkerung von ca. 40 Millionen Menschen erfaßt hat. Träger dieser Bewegung sind erstens die Volksmassen auf Java, unter denen eine nationalistische Bewegung im Zeichen des Islam erwacht ist. Zweitens hat der Kapitalismus eine einheimische Intelligenz aus akklimatisierten Europäern geschaffen, die für die Unabhängigkeit Niederländisch-Indiens eintreten. Drittens hat die ziemlich zahlreiche chinesische Bevölkerung auf Java und den anderen Inseln die revolutionäre Bewegung aus ihrer Heimat hierhergetragen.“

Auf Java genauso wenig wie in anderen Kolonien begnügte sich das Kapital mit der formellen Unterwerfung der Produktion unter das Diktat des Profits. Die Profitabpressung und Steuerausplünderung der Gemeinde untergrub deren Basis. Arbeitskräfte wurden freigesetzt, die in die Plantangenwirtschaft und in die Industrie gepreßt werden konnten. Zusätzliche Arbeitskräfte wurden eingeführt. Mittels Kapitalexport konnten die imperialistischen Mächte die Ausbeutung verschärfen, aber durch die Zerstörung der Dorfgemeinde und die Entwicklung großer Industrie und Plantagenwirtschaft rissen sie den Bauern auch aus der Isolation der Gemeinde heraus und schufen ein modernes Proletariat. Nach dem I. Weltkrieg wurde die Kommunistische Partei Indonesiens gegründet. Gewerkschaften wurden aufgebaut. Den Ausgangspunkt bildeten wie in anderen Kolonien oder Halbkolonien die Eisenbahnarbeiter. 1923 führten sie den ersten Generalstreik, und unter der Führung der PKI wurde 1926 der erste Aufstandsversuch unternommen, der nur mit Mühe durch die Kolonialmacht niedergeschlagen werden konnte. Auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale berichtete ein Delegierter der PKI über die Auswirkungen des „zersetzenden Einflusses des vordringenden Auslandskapitals“ auf die Dorfgemeinde Javas: „In den Jahren zwischen 1892 und 1902 ist die Zahl der Dörfer mit rein gemeinschaft-
lichem Bodenbesitz von 11 136 auf 7885 gesunken. In diesen Jahren hat die Ära des Imperialismus, des Exportes von Kapital eingesetzt.“

Aber die Imperialisten konnten die urkommunistischen Dorfgemeinschaften Javas und der anderen Inseln Indonesiens nur zerstören, indem sie gleichzeitig die Voraussetzungen für den Unabhängigkeitskampf unter Führung des Proletariats schufen, der zum Kommunismus führen wird. Indonesien hat bereits mehrere Wellen der Revolution hervorgebracht. Seit dem Suharto-Putsch tobt jetzt wieder eine Sturmflut schrankenlosen Kapitalexports und der Ausdehnung und Steigerung der imperialistischen Ausbeutung. Unvermeidlich wird ihr eine noch stärkere Sturmflut der Revolution folgen.

Indonesien: Die Zeitbombe für das Suharto-Regime tickt

z.wom. Wenn Carter im Juni nach Tokio kommt zum Gipfeltreffen der westlichen imperialistischen Mächte, wird er die Gelegenheit nutzen zur Überprüfung der Befestigungen des US-Imperialismus in Südostasien und im Pazifik gegen die andere Supermacht, die SU. Glied dieser Befestigungen ist seit der blutigen Zerschlagung der indonesischen Revolution 1965 auch Indonesien mit seiner 135 Mio. Bevölkerung und mit einer Ausdehnung seiner Inseln über 3000 Seemeilen. Kaum ein Jahr nach dem vom CIA angerichteten Massaker, dem über 500000 indonesische Patrioten und Kommunisten zum Opfer fielen und das die heute noch regierende Generalsclique um Suharto an die Macht brachte, jubelte Carters Amtsvorgänger Nixon voller Besitzerstolz: „Indonesien mit den reichsten Naturschätzen in der ganzen Region ist der größte Preis im südostasiatischen Raum.“ Man spürt förmlich, mit welcher Gier sich die US-Imperialisten und ihre Raubkumpane wie die japanischen und westdeutschen Imperialisten nach dem gelungenen Putsch über Indonesien, diesen „größten Preis“ in diesem Raum, hergemacht haben. Heute, knapp 15 Jahre danach, ist das Land ärmer als je zuvor.

„Öl-Bonanza“ zu Ende

Der Hauptzugriff der Imperialisten galt dem indonesischen Öl. Indonesiens Ölreserven, die über das aus 13000 Inseln bestehende indonesische Archipel verstreut sind, werden auf eine Größenordnung von 13-50 Milliarden barrel geschätzt; seine Erdgasressourcen auf über 30 Billionen Kubikfuß und seine Kohlelager auf 15 Milliarden Tonnen. Während unter der nationalistischen Sukarno-Regierung die nationale Erdölproduktion jährlich nur um 2% gesteigert wurde, trieben die nach dem Putsch ins Land gekommenen US-Ölmonopole die Produktion mit jährlichen Wachstumsraten von 15% hoch. Der Caltex-Konzern beherrscht 50% der indonesischen Ölproduktion. Die Produktionskosten pro barrel Öl lagen 1978 in Indonesien bei 2,30 US-Dollar, so daß Caltex bei Weltmarktpreisen 1978 pro barrel von ca. 13 Dollar einen Profit von über 10 Dollar gleich 500% einsteckte. 1977 erreichte die Ölproduktion mit 1,67 Mio. barrel täglich einen Höchststand; 1978 fiel sie auf 1,6 Mio. barrel, statt wie geplant auf 2 Mio. barrel zu steigen. Der Grund: Die US-Monopole hatten bei den erschlossenen Ölvorkommen massiven Raubbau betrieben und gleichzeitig die Erschließung neuer Ölvorkommen gestoppt, weil die Produktionskosten anderswo noch niedriger lagen (Erschließungsinvestitionen der US-Monopole 1976: 1,1 Milliarden Dollar, 1977: 140 Mio. Dollar) und weil die indonesische Regierung zum Schutz der nationalen Ressourcen bestimmte reiche Lagerstätten der nationalen Ölgesellschaft Pertamina vorbehalten hatte. Unter dem Druck der US-Ölmonopole öffnete die indonesische Regierung weitere Lagerstätten diesen Konzernen und verlängerte den Vertrag mit Caltex bis zum Jahre 2013.

Der Rückgang der Ölproduktion aufgrund der rücksichtslosen Ausplünderung der Ressourcen hat die indonesische Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt, zumal 67% aller Exporteinnahmen des Landes aus dem Ölexport kommen. Die völlig einseitig fundierte Volkswirtschaft, die zeitweilig scheinbar beachtliche Wachstumsraten von 7% erlebt hat, bricht zusammen, und die Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Mächten wird noch größer: Die Schulden des Landes haben sich von 1974 bis 1978 von 9,2 Milliarden Dollar auf 19,5 Milliarden Dollar verdoppelt, und etwa 50% der im jetzt beschlossenen Fünfjahrplan 1979-1983 vorgesehenen Investitionen sollen mit ausländischem Kapital finanziert werden.

In Indonesien hat der Rückgang der Ölproduktion außerdem zur Energieverknappung geführt, da das geförderte Öl natürlich hauptsächlich die Energiegier der US-Imperialisten stillen muß. Auf Druck der Weltbank und der imperialistischen Gläubigerländer Indonesiens – zusammengefaßt in dem IGGI-Konsortium – mußte die indonesische Regierung jetzt im April die Ölpreise im Land um 40% anheben; in den nächsten Jahren sollen sie jedes Jahr weiter um 20% steigen. Auch wenn die Preise für das in den Haushalten zum Kochen, für Beleuchtung usw. gebrauchte Leuchtöl (nur 1% aller Haushalte sind an das Stromnetz angeschlossen) noch nicht gestiegen sind, sind die Auswirkungen auf den Lebensstandard der Massen und die Kleinindustrie und Kleinbourgeoisie beträchtlich. Die Preise steigen gegenwärtig mit einer Jahresrate von 30%, und in den ersten Monaten dieses Jahres lag die Industrieproduktion 20% unter dem Vorjahresniveau.

Daß die wirtschaftliche Entwicklung Indonesiens seit 1965 die „ Schwindel-Blüte“ einer Kolonialwirtschaft war, wird auch daran deutlich, daß die reichen Kohlelager völlig ungenutzt blieben. Die Kohleproduktion ging von 7 Mio. t jährlich in den 40er Jahren auf 200000 t heute zurück.

„Größtes Reservoir von billiger Arbeitskraft ...“

„Indonesien hat das größte verbliebene Reservoir von billigen und relativ gut ausgebildeten Arbeitskräften in Ostasien. Sogar vor der kürzlichen Abwertung waren die Löhne für ungelernte Arbeiter unter den niedrigsten in der Welt, niedriger als in Singapur, Hongkong, Südkorea und Taiwan. Die Arbeiter sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Regierung hält sich weitgehend aus dem Arbeitsmarkt raus.“ Um dieses Arbeitskräftereser-



200000 t heute zurück.

„Öl-Bonanza“ zu Ende

Der Hauptzugriff der Imperialisten galt dem indonesischen Öl. Indonesiens Ölreserven, die über das aus 13000 Inseln bestehende indonesische Archipel verstreut sind, werden auf eine Größenordnung von 13-50 Milliarden barrel geschätzt; seine Erdgasressourcen auf über 30 Billionen Kubikfuß und seine Kohlelager auf 15 Milliarden Tonnen. Während unter der nationalistischen Sukarno-Regierung die nationale Erdölproduktion jährlich nur um 2% gesteigert wurde, trieben die nach dem Putsch ins Land gekommenen US-Ölmonopole die Produktion mit jährlichen Wachstumsraten

sische Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt, zumal 67% aller Exporteinnahmen des Landes aus dem Ölexport kommen. Die völlig einseitig fundierte Volkswirtschaft, die zeitweilig scheinbar beachtliche Wachstumsraten von 7% erlebt hat, bricht zusammen, und die Abhängigkeit des Landes von den imperialistischen Mächten wird noch größer: Die Schulden des Landes haben sich von 1974 bis 1978 von 9,2 Milliarden Dollar auf 19,5 Milliarden Dollar verdoppelt, und etwa 50% der im jetzt beschlossenen Fünfjahrplan 1979-1983 vorgesehenen Investitionen sollen mit ausländischem Kapital finanziert werden.

„Größtes Reservoir von billiger Arbeitskraft ...“

„Indonesien hat das größte verbliebene Reservoir von billigen und relativ gut ausgebildeten Arbeitskräften in Ostasien. Sogar vor der kürzlichen Abwertung waren die Löhne für ungelernte Arbeiter unter den niedrigsten in der Welt, niedriger als in Singapur, Hongkong, Südkorea und Taiwan. Die Arbeiter sind nicht gewerkschaftlich organisiert, und die Regierung hält sich weitgehend aus dem Arbeitsmarkt raus.“ Um dieses Arbeitskräftereser-



Kapitalanlagen in Höhe über 171 Mio. Dollar, darunter vertreten Daimler Benz, VW, Siemens, Höchst und nicht zuletzt die Deutsche Bank und die Commerzbank – der BRD-Imperialismus hat bedeutende Interessen in Indonesien. 1967, keine 2 Jahre nach dem Suharto-Putsch, ließen sich die BRD-Imperialisten bereits ein Kapitalschutzabkommen ausstellen, 1977 wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Innerhalb der ASEAN hat Indonesien den bedeutendsten Handelsumfang mit der BRD. – Das Bild zeigt ein Werk der Kabelmetall in Indonesien.

Zusammenschluß und Fortführung des Kampfes zum Sturz des faschistischen Militärregimes

Stellungnahme der Delegation des ZK der KPI anläßlich des 58. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Indonesien

(...) Die gegenwärtige internationale Lage ist durch wachsende Einheit der Kräfte der Nationen und der Länder der 3. Welt gegen Imperialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte und zur Befreiung von Aggression, Intervention, Subversion, Unterdrückung und Schikane gekennzeichnet. Die sozialistischen Länder haben große Fortschritte in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau erzielt und unterstützen kraftvoll den Kampf der revolutionären Völker und der unterdrückten Nationen. Die revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern haben ebenfalls große Fortschritte gemacht.

Die Kollaboration und die Rivalität der beiden Supermächte, der US-Imperialisten und der Sozialimperialisten, um die Weltherrschaft stößt überall auf Widerstand. Die Fähigkeit der US-Imperialisten, ihre Marionettenregime zu stützen, wird durch die Schläge, die sie von den Völkern einstecken müssen und durch ihre wachsenden inneren Schwierigkeiten immer weiter eingeschränkt. Die sowjetischen Sozialimperialisten, die in der Offensive sind, versuchen, ihre Positionen in Europa, dem Nahen Osten, Afrika und Asien zu stärken. In einer solchen Situation versucht Suharto, der ein Agent des US-Imperialismus ist, gleichzeitig, Unterstützung von den sowjetischen Sozialimperialisten zu bekommen, in dem vergeblichen Versuch, seine wachsenden Schwierigkeiten zu überwinden. Jeder indonesische Patriot führt deshalb auf der einen Seite den Kampf zur Vertreibung des US-Imperialismus und kämpft dabei gleichzeitig gegen das Eindringen der sowjetischen Sozialimperialisten, die unser Land beherrschen wollen.

Unter Führung des Zentralen Komitee der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Hua Guofeng an der Spitze, durch die Fortsetzung des Erbes des Genossen Mao Zedong, durch die Verwirklichung seiner Ziele und seiner großen Sache hat sich die Volksrepublik China als sozialistischer Staat und als Basis der Weltrevolution weiter konsolidiert. Das sozialistische China unterstützt entschlossen den Kampf der Nationen und Länder der 3. Welt und baut im Kampf gegen die zwei Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die breiteste Einheitsfront auf (...)

In Südostasien setzt das Suharto-Regime sein Komplott von reaktionären Regimes mittels der ASEAN fort, die gleichzeitig zweiseitig den Volkswiderstand in ihren entsprechenden Ländern unterdrücken. Aber zur gleichen Zeit sieht sich das Suharto-Regime einer Opposition von Nachbarländern Indonesiens gegenüber, die die expansionistischen Ambitionen des faschistischen Suharto-Regimes fürchten. Diese wurden offen demonstriert im Falle Ost-Timors, einem Nachbarn Indonesiens, der zum Opfer der Aggression und Annexion durch das Suharto-Regime wurde. Unter der Führung der FRETILIN und der Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor setzt das Volk von Ost-Timor mutig seinen Kampf für die Verteidigung der Freiheit seines Vaterlandes gegen die Aggression und Annexion durch das Suharto-Regime fort. Die Kommunisten und das revolutionäre Volk Indonesiens unterstützen weiterhin entschlossen den gerechten Kampf des Volkes von Ost-Timor. Der heroische Kampf des Volkes von Ost-Timor, seine Siege auf dem Schlachtfeld gegen die Aggressionstruppen Suhartos bedeuten eine große Ermutigung für den Kampf des indonesischen Volkes.

Die Situation in Südostasien ist sehr gut. Der Sieg der Revolutionen der Völker Vietnams, Kampucheas und Laos' ist eine große Ermutigung für das indonesische Volk. Der Volkskrieg unter Führung der brüderlichen kommunistischen Parteien von Burma, Muanghtai, Malaya, der Philippinen und von Nord-Kalimantan ist eine sichere Garantie für den Fortschritt der Revolution auf diesem Kontinent. Das Volk von Indonesien und die Völker Südostasiens werden sich bestimmt in ihrem Kampf zusammenschließen und gegenseitig unterstützen. Dieser Kampf richtet sich gegen einen gemeinsamen Feind, namentlich die reaktionären Regimes der jeweiligen Länder, gegen den US-Imperialismus, der weiterhin diese Region zu beherrschen sucht, und gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, der in seinen Streben nach Weltherrschaft den Weg der Infiltration verfolgt und versucht, die Völker Südostasiens gegeneinander aufzubringen.

In einer Lage, die sich im Inneren wie auch international zugunsten der Revolution entwickelt, sind die indonesischen Kommunisten fest entschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Aufgaben zu erfüllen, die die Partei in ihren 3 Bannern festgelegt hat. Durch Überwindung tausendundeiner Schwierigkeit und durch die Entwicklung des Geistes der Selbstaufopferung im Interesse des Volkes arbeiten die indonesischen Kommunisten beständig, tüchtig, wagemutig und entschlossen am Wiederaufbau der PKI, ausgerüstet mit der Waffe des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, die feste und starke Wurzeln in den Volksmassen haben, sie mobilisieren und organisieren die Bauernmassen in den weiten Gebieten des Landes für den langandauernden, revolutionären bewaffneten Kampf, sie arbeiten am Zusammenschluß aller patriotischen und demokratischen Kräfte im Kampf zum Sturz der faschistischen Militärclique Suhartos, für ein freies und demokratisches Neu-Indonesien.

voir flüssig zu machen für das internationale Kapital, empfiehlt die Weltbank in demselben Bericht der indonesischen Regierung die schnelle Einrichtung von Exportzonen, in denen sich Textil-, Elektronik-, Kunststoff- und andere Betriebe der internationalen Kapitale ansiedeln sollen, denen die Löhne in den anderen südostasiatischen Ländern zu hoch werden. Entsprechende Gesetze, die den ausländischen Investoren Steuererleichterungen und sogar -befreiungen gewähren, sind schon erlassen. Die Ende letzten Jahres von der Regierung vorgenommene Abwertung der indonesischen Rupie um 33% erleichtert noch mehr die ausländischen Investitionen und verbilligt noch mehr die Arbeitskraft.

Die von der indonesischen Regierung gemachten zaghaften Schritte zu einer Lockerung der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten, indem z.B. durch billige Kredite und Importbeschränkungen die einheimische Klein- und Mittelindustrie gefördert wurde und an den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie gegangen wurde, sollen nach dem Willen der Weltbank jetzt gestoppt werden. „Den industriellen Sektor auf eine gesunde Basis zu stellen mit sowenig Schutz wie möglich und wesentlicher Exportorientierung, ist nun das wichtigste Erfordernis ... Ein massiver Anstieg der Privatinvestitionen (natürlich ausländische!) und eine Veränderung im Verhältnis zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor zugunsten des privaten Sektors sind erforderlich."

Die imperialistischen Finanzhaie hoffen, daß sie jetzt die wenigen Schranken für die hemmungslose Ausplünderung des Landes auch noch wegräumen können und bestimmte Errungenschaften in Richtung einer unabhängigen und selbständigen Volkswirtschaft wieder rückgängig machen können, nachdem sie das Land mit dem Raubbau an seinen Ölressourcen noch mehr in die Abhängigkeit gestürzt haben. Außerdem sehen die Monopole, daß auf dem inneren Markt in Indonesien angesichts der drückenden Armut der Massen nichts zu holen ist in absehbarer Zeit; der Konsumgütermarkt ist kleiner als in Südkorea, das nur ein Viertel der Bevölkerung hat.

Ohne Agrarrevolution ist kein Fortschritt möglich

Die unter der nationalistischen Sukarno-Regierung gemachten Schritte zur Landreform – oft vorangetrieben durch die Landbesetzungen durch die Bauern – wurden nach dem Putsch 1965 alle wieder rückgängig gemacht. Auf Java, der bevölkersten Insel Indonesiens, haben ¼ der Landbevölkerung nicht genug Land, um sich selbst ernähren zu können. Die Größe des

hoffen, daß sie jetzt die wenigen Schranken für die hemmungslose Ausplünderung des Landes auch noch wegräumen können und bestimmte Errungenschaften in Richtung einer unabhängigen und selbständigen Volkswirtschaft wieder rückgängig machen können, nachdem sie das Land mit dem Raubbau an seinen Ölressourcen noch mehr in die Abhängigkeit gestürzt haben. Außerdem sehen die Monopole, daß auf dem inneren Markt in Indonesien angesichts der drückenden Armut der Massen nichts zu holen ist in absehbarer Zeit; der Konsumgütermarkt ist kleiner als in Südkorea, das nur ein Viertel der Bevölkerung hat.

Ohne Agrarrevolution ist kein Fortschritt möglich

Die unter der nationalistischen Sukarno-Regierung gemachten Schritte zur Landreform – oft vorangetrieben durch die Landbesetzungen durch die Bauern – wurden nach dem Putsch 1965 alle wieder rückgängig gemacht. Auf Java, der bevölkersten Insel Indonesiens, haben ¼ der Landbevölkerung nicht genug Land, um sich selbst ernähren zu können. Die Größe des

Landbesitzes oder des Pachtlandes liegt oft unter einem halben ha. Von 440000 ha Land auf Java, die im Zuge der Agrarreform den Landlords entrissen und an die Bauern verteilt worden waren, sind 150000 ha heute wieder im Besitz der alten Landlords, und weitere 150000 ha haben sich Angehörige des Militärregines angeeignet. Die Pächter in diesem Gebiet müssen 3/5 der Ernte an die Landlords abliefern; dabei gehen von ihrem Anteil noch die Kosten für den Anbau, die Saaten usw. sowie die Steuern ab. Die Klassenverhältnisse auf dem Lande haben sich heute so entwickelt, daß etwa 38 Mio. Menschen zu Landarbeiterfamilien gehören und etwa 31 Mio. landlose Bauern sind, die als Pächter ihr Dasein fristen müssen.

Wie in den anderen südostasiatischen Ländern hat auch hier die von den Imperialisten geförderte ‚Grüne Revolution' ihre bauernlegende Wirkung getan, ohne aber – wie versprochen – eine wirksame Steigerung der Agrarproduktion zu bringen. Die ‚Grüne Revolution' geht vor sich, ohne auch nur im geringsten die alten feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Land anzutasten ... Die ‚Grüne Revolution' wird verwirklicht unter den vorherrschenden feudalen und halbfeudalen Produktionsverhältnissen auf dem Lande und ist eng verbunden mit dem System von Krediten zu hohen Zinsen vom ausländischen Monopolkapital ..."(Indonesische Volksstimme, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Indonesiens PKI, Nr.7/78). Diese Kapitalisierung der indonesischen Landwirtschaft hat die Landlords in Agrarkapitalisten verwandelt und eine schmale Schicht reicher Bauern hervorgebracht. Sie hat auf der anderen Seite die Masse der Kleinbauern und Pächter in tiefere Abhängigkeit und Zinsknechtschaft gestürzt und einen großen Teil in Landarbeiter verwandelt, die Indonesiens Arbeitslosenheer von offiziell 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung noch weiter anschwellen lassen.

Die Ernährungsfrage ist nicht gelöst, sondern hat sich im Gegenteil weiter verschlechtert; die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung sinkt ständig. Zunächst stieg die Reisproduktion bis 1973 jährlich um ca. 3,5%, aber seitdem stagniert sie bei 15-16 Mio. t. Im letzten Jahr mußten über 2 Mio. t Getreide eingeführt werden. Die hohen Abgaben der Pächter an die Landlords und die schlechten Austauschrelationen zwischen Industrie- und Agrarprodukten, die sich durch die Inflation noch weiter verschärfen, dämpfen die Initiative der Bauernmassen. Allein in den Bereichen der Landwirtschaft, wo sich imperialistische Monopole breitgemacht haben, gibt es Rekordzuwachsraten: In der Fischerei haben 12 japanische Konzerne die Exporte innerhalb von 10 Jahren von 2,5 Mio. t auf 165 Mio. t Fisch hochgetrieben, und der Holzeinschlag – durch britische Monopole betrieben – hat sich innerhalb von 6 Jahren vervierfacht. „Die Armut auf dem Lande und die Verarmung der Bauernschaft können einzig und allein damit bekämpft werden, daß das Land an die verteilt wird, die es bebauen. Und dies kann nur erreicht werden, wenn sich die Bauern unter Führung des Proletariats

Die Ernährungsfrage ist nicht gelöst, sondern hat sich im Gegenteil weiter verschlechtert; die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung sinkt ständig. Zunächst stieg die Reisproduktion bis 1973 jährlich um ca. 3,5%, aber seitdem stagniert sie bei 15-16 Mio. t. Im letzten Jahr mußten über 2 Mio. t Getreide eingeführt werden. Die hohen Abgaben der Pächter an die Landlords und die schlechten Austauschrelationen zwischen Industrie- und Agrarprodukten, die sich durch die Inflation noch weiter verschärfen, dämpfen die Initiative der Bauernmassen. Allein in den Bereichen der Landwirtschaft, wo sich imperialistische Monopole breitgemacht haben, gibt es Rekordzuwachsraten: In der Fischerei haben 12 japanische Konzerne die Exporte innerhalb von 10 Jahren von 2,5 Mio. t auf 165 Mio. t Fisch hochgetrieben, und der Holzeinschlag – durch britische Monopole betrieben – hat sich innerhalb von 6 Jahren vervierfacht. „Die Armut auf dem Lande und die Verarmung der Bauernschaft können einzig und allein damit bekämpft werden, daß das Land an die verteilt wird, die es bebauen. Und dies kann nur erreicht werden, wenn sich die Bauern unter Führung des Proletariats

erheben und in einer breiten Einheitsfront die bewaffnete Agrarrevolution durchführen und die Fesseln des Feudalismus zerstören. Das Landwirtschaftsproblem ist für das faschistische Suharto-Regime eine Zeitbombe, deren Explosion zur Zerstörung dieses rückständigen und reaktionären neokolonialistischen Systems führen wird." (Indonesische Volksstimme, 7/78)

Die Bauern bilden die überwältigende Mehrheit des unterdrückten Volkes von Indonesien, sie wollen unbedingt Land und Freiheit. Der Kampf für Land bildet für die Mehrheit unseres Volkes den Hauptinhalt der volksdemokratischen Revolution in Indonesien. Das ist der Grund dafür, daß die Bauern die Hauptkraft der indonesischen Revolution bilden. In der Vergangenheit sind Hunderttausende von Bauern, von BTI- und PKI-Aktivisten Opfer der Massenmorde geworden, die die faschistische Militärclique von Suharto begangen hat. Der Hintergrund und die Basis dieses gesellschaftlichen Widerspruchs ist die Frage von Land und Freiheit. Es ist eine historische Lehre für die Bauern und für die PKI, daß der Kampf der Bauern für Land und Freiheit nicht getrennt werden kann von dem bewaffneten Kampf, den die indonesische Revolution führen muß. Wenn die Bauernmassen aufgestanden sind, um unter Führung der Arbeiterklasse den bewaffneten Kampf für Land und Freiheit zu führen, dann ist die indonesische Revolution unbesiegbar.

Jeden Tag verstärkt sich das Erwachen der Massen in den Städten gegen die faschistische Militärclique Suhartos. Dies schließt die Entwicklung der Bewegung an den Universitäten, Hochschulen, Mittelschulen, der Studenten und Intellektuellen ein. All dies ist eine wichtige Unterstützung für den Kampf der Bauern. Auf der anderen Seite bildet die Erhebung der Bauern zum bewaffneten Kampf auf dem Land eine feste Basis, auf die sich der Kampf der städtischen Massen an den Universitäten, Hoch- und Mittelschulen und der patriotischen Intellektuellen stützen kann. Die Unterdrückung der Kämpfe der Studenten an den Universitäten, Hochschulen, Mittelschulen, und der Intellektuellen zeigt, daß es unmöglich ist, die faschistische Militärclique Suhartos durch friedliche Mittel oder auf „konstitutionellem" Weg zu stürzen. Die brutale Unterdrückung und Tyrannei durch die faschistische Militärclique Suhartos kann nur durch Revolution bekämpft werden. (...)

23. Mai 1978
Delegation des ZK der
Kommunistischen Partei Indonesiens
Vorsitzender:
Jusuf Adjitorp
Sekretär des ZK, Mitglied des
Politbüros der PKI

Der Kampf des indonesischen Volkes gegen die japanische Aggression 1942 bis 1945

z.hef. Als am 9. März 1942 die holländischen Kolonialtruppen vor der Armee der japanischen Imperialisten kapitulierten, weinte das indonesische Volk den holländischen Imperialisten keine Träne nach. 340 Jahre lang hatten sie die Arbeiter und Bauern bis aufs Blut geschunden und das Land geplündert. 1937 gehörten ihnen von 370 Mio. Pfund ausländischer Kapitalanlagen in Indonesien 250 Mio. Pfund, den britischen Imperialisten 50 Mio. und den US-Imperialisten 24 Mio. Pfund. 40% der Weltproduktion an Gummi holten die Imperialisten aus Indonesien, bei Zucker waren es 25%, bei Erdöl 10%, bei Zinn 18%, bei Bauxit 8%, bei Tee 19%, bei Pfeffer 92%. 240000 Siedler saßen den 60 Mio. Indonesiern im Nacken. Ihr Durchschnittseinkommen betrug pro Jahr nach der offiziellen Erhebung 1939 100000 Gulden, das der Indonesier 1,3 Gulden. Die Bauern wurden gezwungen, Exportprodukte wie Zuckerrohr und Gewürze auf Kosten der Reisproduktion anzubauen, Hungersnöte waren die Folge.

Die japanischen Imperialisten versuchten sich als Befreier aufzuspielen. Offiziell wurde Holländisch als Staatssprache durch Indonesisch ersetzt, einige Siedler verloren ihr Kapital, die meisten aber behielten es. Die Massen ließen sich von Anfang an nicht täuschen. Die „Befreiung" bestand darin, die bisher an andere Imperialisten gelieferten Rohstoffe nach Japan zu transportieren. Die Bauern wurden zu Ablieferungen gezwungen. Millionen Indonesier wurden von den japanischen Imperialisten als „Romushas" (Arbeitskulis) nach Malaya, Burma und Thailand geschafft, wo sie Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen bauen mußten. 1,8 Millionen starben bei der Zwangsarbeit.

Die Kommunistische Partei Indonesiens war führend in der Organisierung des Widerstands gegen die japanischen Imperialisten. Guerillagruppen wurden aufgebaut. Außerdem unterwanderten Kader die von den Japanern ins Leben gerufenen Armeen, vor allem die PETA. 1943 streikten die Studenten der einzigen geöffneten Fakultät, der medizinischen. Von April bis Juli 1943 führten die Massen bewaffnete Erhebungen durch, unter anderem in weiten Teilen Sumatras, in Tasikmalaja, Cheribon (Java) und Blitar, wo die gesamte PETA den Aufstand unterstützte. Nach weiteren Erhebungen wurde die PETA von den Japanern verboten. Sie versuchten, mit Massakern die Aufstände zu unterdrücken. In Borneo wurden alle Intellektuellen umgebracht. Im April 1944 wurden 2000 Indonesier geköpft. Insgesamt brachten die Japaner 4 Millionen um.

Am 17.8.1945, kurz nach Japans Kapitulation, wurde die unabhängige Republik Indonesien ausgerufen. Die britischen Truppen in Südostasien wiesen die 80000 Mann starke, noch bewaffnete japanische Armee in Indonesien an, „Recht und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Schließlich fielen die britischen Imperialisten 1945 selbst in Indonesien ein, um die Unabhängigkeit zu zerstören. Sie setzten die japanischen Truppen erneut gegen das indonesische Volk ein.



Die japanischen Imperialisten versuchten, ihren Raubzug als „Befreiung" Asiens auszugeben. Hier die Kapitulation der Briten in Singapur.

die bisher an andere Imperialisten gelieferten Rohstoffe nach Japan zu transportieren. Die Bauern wurden zu

Die japanischen Imperialisten versuchten, ihren Raubzug als „Befreiung" Asiens auszugeben. Hier die Kapitulation der Briten in Singapur.

Das indonesische Volk schlägt die Überfälle der holländischen Imperialisten nach 1945 zurück

z.zik. Die am 17.8.1945 vom Führer der indonesischen nationalen Bewegung Sukarno ausgerufene Republik Indonesien umfaßte die Inseln Java und Madura. Unter dem Vorwand der Entwaffnung der japanischen Truppen begannen die alliierten US-und britischen zusammen mit den niederländischen Imperialisten unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung mit einer Invasion Indonesiens und stellten die noch verbliebenen japanischen Truppen unter ihr Kommando.

Die indonesischen Volksmassen antworteten mit Massendemonstrationen gegen die japanischen und alliierten Besatzer und mit der Bildung der „Indonesischen Volksarmee" auf Westjava, die am 15. Oktober Holland den Krieg erklärte. Während die indonesische Regierung schwankte, sich von der Kriegserklärung distanzierte und auf Verhandlungen mit den Briten und später den Niederländern einging, gelang es den niederländischen Truppen

Das indonesische Volk schlägt die Überfälle der holländischen Imperialisten nach 1945 zurück

z.zik. Die am 17.8.1945 vom Führer der indonesischen nationalen Bewegung Sukarno ausgerufene Republik Indonesien umfaßte die Inseln Java und Madura. Unter dem Vorwand der Entwaffnung der japanischen Truppen begannen die alliierten US-und britischen zusammen mit den niederländischen Imperialisten unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung mit einer Invasion Indonesiens und stellten die noch verbliebenen japanischen Truppen unter ihr Kommando.

Die indonesischen Volksmassen antworteten mit Massendemonstrationen gegen die japanischen und alliierten Besatzer und mit der Bildung der „Indonesischen Volksarmee" auf Westjava, die am 15. Oktober Holland den Krieg erklärte. Während die indonesische Regierung schwankte, sich von der Kriegserklärung distanzierte und auf Verhandlungen mit den Briten und später den Niederländern einging, gelang es den niederländischen Truppen

mit Unterstützung durch britische Bombardements, sich an einigen Punkten Indonesiens festzusetzen. Von dort aus unternahmen sie mit 100000 Mann Kolonialtruppen am 20. Juli 1947 eine großangelegte militärische Aktion, um die Indonesische Republik zu liquidieren und in eine „Indonesische Föderation" unter dem Vorsitz der holländischen Krone zu zwingen. Jetzt erst rief die indonesische Regierung zum bewaffneten Kampf gegen die Invasion auf. Gegen den heftigen Widerstand der Volksarmee unter Führung der Kommunistischen Partei und der indonesischen nationalen Armee konnten die niederländischen Imperialisten weitere Teile der Hauptinseln Java und Sumatra besetzen. Gegen den Überfall führten die Transport- und Seearbeiter in den Niederlanden Boykottstreiks durch, die Delegierten der Ukraine, der Sowjetunion und Ägyptens brachten im UNO-Sicherheitsrat Resolutionen ein, die sich gegen den holländischen Überfall richteten.

Ein Jahr später, am 17.9.1948, organisierte die Kommunistische Partei Indonesiens in dem nicht von den Holländern besetzten Zentraljava einen Aufstand unter Forderungen nach Absetzung der Regierung, Landreform, Nationalisierung aller Fabriken, Umwandlung der Armee in eine Armee des Volkes und Bildung von Verteidigungskomitees. Der Aufstand wurde von der indonesischen Regierung unterdrückt, die revolutionären Streitkräfte mußten sich auf das flache Land zurückziehen. Die holländischen Imperialisten nutzten die Spaltung der nationalen Kräfte, um am 18.12.1948 eine erneute militärische Offensive durchzuführen, verhafteten die Regierung Sukarnos und errichteten erneut die offene Kolonialherrschaft. Sie konnten ihre zweite Kolonialherrschaft über Indonesien nur kurze Zeit ausüben: Die bewaffneten Kräfte des indonesischen Volkes rieben die holländischen Truppen Stück für Stück auf. In der Konferenz von Den Haag im Herbst 1949 mußte Holland die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen.



Kampf gegen die Invasion auf. Gegen den heftigen Widerstand der Volksarmee unter Führung der Kommunistischen Partei und der indonesischen nationalen Armee konnten die niederländischen Imperialisten weitere Teile der Hauptinseln Java und Sumatra besetzen. Gegen den Überfall führten die Transport- und Seearbeiter in den Niederlanden Boykottstreiks durch, die Delegierten der Ukraine, der Sowjetunion und Ägyptens brachten im UNO-Sicherheitsrat Resolutionen ein, die sich gegen den holländischen Überfall richteten.

Ein Jahr später, am 17.9.1948, organisierte die Kommunistische Partei Indonesiens in dem nicht von den Holländern besetzten Zentraljava einen Aufstand unter Forderungen nach Absetzung der Regierung, Landreform, Nationalisierung aller Fabriken, Umwandlung der Armee in eine Armee des Volkes und Bildung von Verteidigungskomitees. Der Aufstand wurde von der indonesischen Regierung unterdrückt, die revolutionären Streitkräfte mußten sich auf das flache Land zurückziehen. Die holländischen Imperialisten nutzten die Spaltung der nationalen Kräfte, um am 18.12.1948 eine erneute militärische Offensive durchzuführen, verhafteten die Regierung Sukarnos und errichteten erneut die offene Kolonialherrschaft. Sie konnten ihre zweite Kolonialherrschaft über Indonesien nur kurze Zeit ausüben: Die bewaffneten Kräfte des indonesischen Volkes rieben die holländischen Truppen Stück für Stück auf. In der Konferenz von Den Haag im Herbst 1949 mußte Holland die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen.



Luns 1964 als niederländischer Außenminister in Indonesien

Mittels des Suharto-Putsches sicherten sich die USA die Herrschaft über Indonesien

z.lup. „Zwischen antikommunistischen Kräften in Indonesien und zumindest einem hohen Beamten in Washington gab es bedeutend mehr Kontakte während des indonesischen Massakers, als man gemeinhin annimmt", schrieb die New York Times ein halbes Jahr nach dem Suharto-Putsch vom Oktober 1965. Um ihre Herrschaft über das strategisch bedeutende Archipel zu sichern, ließen die US-Imperialisten ein unbeschreibliches Massaker unter den indonesischen Kommunisten veranstalten und fast 1 Million Indonesier ermorden. Unter Sukarno hatte Indonesien zunehmend eine Politik der Blockfreiheit verfolgt und im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den US-Imperialismus freundschaftliche Beziehungen mit der VR China entwickelt. Unter dem Druck der Kämpfe der Arbeiter- und Bauernmassen wurden zu Beginn der 60er Jahre die riesigen angloamerikanischen Tee-, Tabak- und Gummi-Plantagen verstaatlicht, später auch die angloamerikanischen Erdölkonzerne. Angesichts der Gefahr einer drohenden imperialistischen Intervention wurde der Aufbau von Arbeiter- und Bauernmilizen eingeleitet.

Um diese Kämpfe der Arbeiter und Bauern zu zerschlagen, bedienten sich die US-Imperialisten der Teile der Armeeführung, die aus der holländischen Kolonialarmee und der japanischen Okkupationsarmee hervorgegangen waren. Suharto hatte in beiden gedient. Der Versuch von patriotischen Teilen der Armee, den drohenden Putsch durch Verhaftung führender reaktionären Generäle zu vereiteln, wurde zerschlagen.

Weil die indonesische KP, vom Revisionismus zersetzt, den Weg des parlamentarischen Kampfes eingeschlagen hatte, konnten die Arbeiter- und Bauernmassen den Militärputsch nicht verhindern. Nach dem Putsch haben die indonesischen Kommunisten den Revisionismus kritisiert und ein revolutionäres Programm zur Führung des bewaffneten, revolutionären Kampfes zum Sturz des Suharto-Regimes erarbeitet.



Massenveranstaltung der PKI im Senajan-Stadion, 1965.

Variante der Reaktion: Niedersächsische Schulgesetznovelle

Wer schlägt besseren Nutzen aus ,, der hohen Zahl der Schüler, die schon jetzt keinen Abschluß erreichen?

r.gör. Der niedersächsische Kultusminister Remmers (CDU) hat einen Referentenentwurf zur Novellierung des Landesschulgesetzes vorgelegt. Mehr als 110 Änderungen des alten Gesetzes sind vorgesehen. Aus dem Paragraphengestrüpp schälen sich zwei zentrale Angriffe heraus, die Remmers führen will. Der erste richtet sich direkt gegen die Lehrerbewegung. Der zweite betrifft die Methoden der Selektion und Kontrolle durch das bürgerliche Schulwesen.

Die SPD-Schulpolitik besteht im wesentlichen darin, die Bestrebungen vieler Lehrer für mehr gewerkschaftliche und politische Selbständigkeit und ihr Interesse, sich mit Schülern und Eltern für eine bessere Ausbildung zu verbinden, im bürokratischen Fahrwasser von detailerlaßgeregelten Konferenzen und Mitbestimmungen zu ersticken. Das ist ihr nicht gelungen. Um so mehr tritt die CDU gegen diese Variante der Reaktion an und versucht, aus der Ablehnung sozialdemokratischer Schulreformpolitik offen reaktionäres Potential zu schlagen: die Schule als Zuchtanstalt, wie von Ernst Albrecht philosphisch begründet.

Zwei bürgerliche Prinzipien konkurrieren. Albrecht hat das im Landtag so erläutert: Wenn ,,ein Schulleiter, der über den Flur geht und Spektakel hört, die Klassentür aufmacht und hineinsieht, dann wenn er sieht, daß sein Kollege in der Klasse ist, nicht das Recht hat zu sagen: Was ist hier eigentlich los, sondern sagt: Entschuldigen Sie, Herr Kollege, ich wußte nicht, daß Sie da sind, und dann die Tür zumacht und den Krach weitergehen läßt, dann geht das doch, gelinde gesagt, zu weit.'' Das Beispiel klingt harmlos. In der Schulgesetznovelle ist jetzt vorgesehen, daß der Schulleiter den übrigen Lehrern Weisungen erteilen kann. Dem entspricht eine Einschränkung der Kompetenzen der Schulkonferenzen, das Stimmrecht für Referendare und Lehreranwärter wird abgeschafft. Die CDU will sich ganz und gar auf die beamtenrechtlich gesicherten Zugriffsmöglichkeiten verlassen. Wollen etwa die Schüler in Zukunft eine Veranstaltung an ihrer Schule durchführen, so entscheidet der Schulleiter darüber allein (wie Remmers will). Das ergänzt die bereits eingeleitete Unterdrückung selbständiger Schülerzeitungen.

Der Schärfung des beamtenrechtlichen Zugriffs entspricht die Unterdrückung wesentlicher Vertretungsrechte. Um den Kampf der Lehrerbewegung gegen die lohnniveausenkende und spaltende Politik der Einstellung billigster Teilzeitlehrer (13-Stundenlehrer u.a.) zu begegnen, sieht die Novelle vor: ,,Der Personalrat kann die Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis nur verweigern, wenn die Maßnahme gegen ein Gesetz... verstößt oder die durch Tatsachen begründete Besorgnis besteht, daß der Bewerber den Frieden in der Dienststelle durch unsoziales oder gesetzwidriges Verhalten stören wird.'' Sodann wird den Lehrerpersonalräten gesetzlich verboten, während der Unterrichtszeit Versammlungen einzuberufen (schon von der SPD eingeleitet) und Fragen der Stundenplangestaltung zu verhandeln. Das richtet sich insbesondere gegen den Kampf der Lehrer für eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit.

Neben die direkte Reaktion auf die Lehrerbewegung tritt in der Schulgesetznovelle die Absicht, die traditionelle Gliederung des bürgerlichen Schulwesens in Schulformen (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule) gesetzlich festzuschreiben. Die Vorschrift der verbindlichen Einführung der Gesamtschule soll gestrichen, stattdessen die Form eines möglichen ,,schulischen Angebotes'' bekommen. Das Vorhaben der 10. Hauptschulklasse – Emanzipation durch ,,mehr Bildung'' war die Propaganda der SPD (z.Z. zu teuer) – soll sodann im wesentlichen beseitigt, stattdessen das Berufsgrundbildungs- (bzw. Vorbereitungs-) Jahr umfassend verankert werden. Erläuterung: ,,Eine verbindliche Einführung (des 10. Hauptschuljahres) für alle Schüler kommt nicht in Betracht. Angesichts der bestehenden Schulmüdigkeit und der hohen Zahl der Schüler, die schon jetzt keinen Abschluß erreichen, gebührt dem berufsorientierten Lernen der Vorrang...'' Um die rasche Verwertung der jugendlichen Arbeitskraft geht es ihnen.

Im Zentrum sozialdemokratischer Schulreformpolitik steht das Organisationsprinzip der Konkurrenz, versehen mit der Ideologie, daß deren Wirkungen klassenunspezifisch seien, Leistungen gerecht belohnen. Die CDU will sich darauf nicht allein verlassen; die äußere, institutionelle Autorität soll erneuert werden und ,,jedem den Platz bieten, der ihm zukommt, un den zu akzeptieren in seinem wohlverstandenen Interesse liegt.'' (Ernst Albrecht) Aber mag der Streit über die Form der Zuchtrute auch hoch hergeh'n, einig sind sich die bürgerlichen Parteien doch über den Effekt: Zurichtung für die Bedürfnisse des kapitalistischen Arbeitsmarktes.

,,Umkehr zu mehr Zentralismus und Reformfeindlichkeit'' und ,,die Grundforderungen des Schulgesetzes nach mehr Chancengleichheit, Durchlässigkeit und Demokratisierung (werden) aufgegeben'', jammert der SPD-Abgeordnete Wernstedt. Man kann sich darauf gefaßt machen, daß jetzt die SPD die Chance sucht, ihre abgetakelten schulpolitischen Ideologien erneut zu verkaufen. Gibt es Anlaß, darauf hereinzufallen? Nein, aber Grund, im Kampf gegen die schulpolitische Reaktion die eigenen programmatischen Grundlagen zu klären und zu vertiefen: Beseitigung der beamtenmäßigen Unterwerfung der Lehrer unter die bürgerliche Staatsgewalt; uneingeschränkte gewerkschaftliche Rechte für die Lehrer; politische Selbständigkeit der Schülervertretungen; Eingriffsrechte der Eltern.

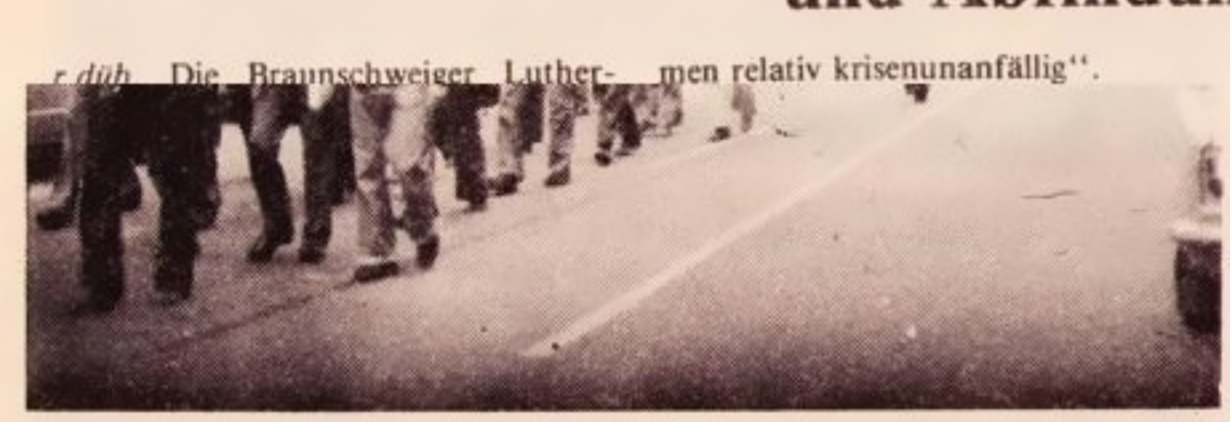
Der Kampf der dänischen Fährarbeiter wird unterstützt



Einen Tag vor den Europawahlen, wo sich die westeuropäischen Imperialisten die verschärfte Auspressung und Ausplünderung auf erweiterter Basis eines ,,sozialen Europa'' legitimieren lassen wollen, demonstrieren am 9. Juni 500 deutsche und dänische Arbeiter und Angestellte unter den Forderungen: Sofortiger Abschluß eines kollektiven Tarifvertrages nach dänischen Gewerkschaftsregeln, Boykott der Flensburger Förde-Reederei in Flensburg. Preben Möller Hansen, der Vorsitzende des dänischen Seemannsbundes bekräftigte in einer Kundgebung vor der Flensburger Förde-Reederei, daß die Forderung nach Ablauf der Friedenspflicht am 11. Juni durch vollständigen Boykott der Förde-Reederei mit Lebensmitteln und allen Waren durchgesetzt werden müßte. Er rechnet mit der Unterstützung der deutschen Arbeiter und Gewerkschaften. Einen Tag vorher veröffentlichte die Blockadewacht Römö folgende Zahlen, die zeigen, daß die Reederei in ihrer Profittreiberei schon heftige Schläge durch die bisherige Blockade erhalten hat: Im Vergleich zum Monat Mai 1978 fuhren im Monat Mai 1979 nur 16,75% Reisende mit der Linie Römö/Sylt, Personenwagen nur 24,77%, Busse 40,3% und Lastwagen nur 45,8%. (Alles im Vergleich zu 100% 1978) Anschließend an die Rede des Vorsitzenden des dänischen Seemannsbundes wurden Solidaritätsadressen vorgetragen, die sämtlich die gegenseitige Unterstützung der Arbeiterklassen der Länder hervorhoben und die weitere Unterstützung zusicherten.

Die Luther-Arbeiter wollen ihren Lohn, Urlaubsgeld und Abfindung durchsetzen

r.düb. Die Braunschweiger Luther- men relativ krisenunanfällig''. den Kapitalisten überlassen, um die DM gleichfalls kein Vergleich. Die



Einen Tag vor den Europawahlen, wo sich die westeuropäischen Imperialisten die verschärfte Auspressung und Ausplünderung auf erweiterter Basis eines ,,sozialen Europa'' legitimieren lassen wollen, demonstrieren am 9. Juni 500 deutsche und dänische Arbeiter und Angestellte unter den Forderungen: Sofortiger Abschluß eines kollektiven Tarifvertrages nach dänischen Gewerkschaftsregeln, Boykott der Flensburger Förde-Reederei in Flensburg. Preben Möller Hansen, der Vorsitzende des dänischen Seemannsbundes bekräftigte in einer Kundgebung vor der Flensburger Förde-Reederei, daß die Forderung nach Ablauf der Friedenspflicht am 11. Juni durch vollständigen Boykott der Förde-Reederei mit Lebensmitteln und allen Waren durchgesetzt werden müßte. Er rechnet mit der Unterstützung der deutschen Arbeiter und Gewerkschaften. Einen Tag vorher veröffentlichte die Blockadewacht Römö folgende Zahlen, die zeigen, daß die Reederei in ihrer Profittreiberei schon heftige Schläge durch die bisherige Blockade erhalten hat: Im Vergleich zum Monat Mai 1978 fuhren im Monat Mai 1979 nur 16,75% Reisende mit der Linie Römö/Sylt, Personenwagen nur 24,77%, Busse 40,3% und Lastwagen nur 45,8%. (Alles im Vergleich zu 100% 1978) Anschließend an die Rede des Vorsitzenden des dänischen Seemannsbundes wurden Solidaritätsadressen vorgetragen, die sämtlich die gegenseitige Unterstützung der Arbeiterklassen der Länder hervorhoben und die weitere Unterstützung zusicherten.

rechte. Um den Kampf der Lehrerbewegung gegen die lohnniveausenkende und spaltende Politik der Einstellung billigster Teilzeitlehrer (13-Stundenlehrer u.a.) zu begegnen, sieht die Novelle vor: ,,Der Personalrat kann die Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis nur verweigern, wenn die Maßnahme gegen ein Gesetz... verstößt oder die durch Tatsachen begründete Besorgnis besteht, daß der Bewerber den Frieden in der Dienststelle durch unsoziales oder gesetzwidriges Verhalten stören wird.'' Sodann wird den Lehrerpersonalräten gesetzlich verboten, während der Unterrichtszeit Versammlungen einzuberufen (schon von der SPD eingeleitet) und Fragen der Stundenplangestaltung zu verhandeln. Das richtet sich insbesondere gegen den Kampf der Lehrer für eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit.

Neben die direkte Reaktion auf die Lehrerbewegung tritt in der Schulgesetznovelle die Absicht, die traditionelle Gliederung des bürgerlichen Schulwesens in Schulformen (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium,

nen Interesse liegt.'' (Ernst Albrecht) Aber mag der Streit über die Form der Zuchtrute auch hoch hergeh'n, einig sind sich die bürgerlichen Parteien doch über den Effekt: Zurichtung für die Bedürfnisse des kapitalistischen Arbeitsmarktes.

,,Umkehr zu mehr Zentralismus und Reformfeindlichkeit'' und ,,die Grundforderungen des Schulgesetzes nach mehr Chancengleichheit, Durchlässigkeit und Demokratisierung (werden) aufgegeben'', jammert der SPD-Abgeordnete Wernstedt. Man kann sich darauf gefaßt machen, daß jetzt die SPD die Chance sucht, ihre abgetakelten schulpolitischen Ideologien erneut zu verkaufen. Gibt es Anlaß, darauf hereinzufallen? Nein, aber Grund, im Kampf gegen die schulpolitische Reaktion die eigenen programmatischen Grundlagen zu klären und zu vertiefen: Beseitigung der beamtenmäßigen Unterwerfung der Lehrer unter die bürgerliche Staatsgewalt; uneingeschränkte gewerkschaftliche Rechte für die Lehrer; politische Selbständigkeit der Schülervertretungen; Eingriffsrechte der Eltern.

Die Luther-Arbeiter wollen ihren Lohn, Urlaubsgeld und Abfindung durchsetzen

r.düb. Die Braunschweiger Luther-Werke, Maschinenbau mit 660 Beschäftigten, haben am 23. Mai wegen ,,Überschuldung'' Vergleich angemeldet. Ende 1976 beim Tag der offenen Tür im Luther-Werk hieß es noch: ,,Ein breit gegliedertes Fertigungsprogramm in den Bereichen Fahrzeugbau, Maschinenbau und Apparatebau sowie Aufträge des Bundes (Tankfahrzeuge, Tanks für Leopard und Marder, Hubschrauberwerft) machen das Unternehmen relativ krisenunanfällig''.

Am 29.11.78 verschickten die Luther-Kapitalisten ein Schreiben an die Belegschaft über die Geschäftslage der Luther-Werke und der Tochter in Mainz. Darin wird die Finanzlage des Braunschweiger Werkes als ,,schwierig'' eingeschätzt. Im Dezember wurde den Braunschweiger Metallarbeitern und Angestellten die Unterschrift unter die Versicherung abgepreßt, daß sie die Lohnerhöhung von 4 % als Kredit den Kapitalisten überlassen, um die Arbeitsplätze zu sichern, die problemlose Tochter wurde ausgegliedert, und die Wirtschaftsministerin Breuel dankte dies den Luther-Kapitalisten mit einer Landesbürgschaft von 5 Mio. DM. Zum Dank dafür kam der Januar-Lohn erst mit zwei Wochen Verspätung. Ende April stellten die Arbeiter fest, daß im Schnitt 100 DM Lohnsteuer zuviel abgezogen waren, ein ,,Kredit'' immerhin von rd. 0,15 Mio. DM. Für Mai hat es noch keine Löhne und Gehälter gegeben. Im Betrieb wird davon ausgegangen, daß das Konkursverfahren eröffnet wird, Interessenten wollen bloß profitliche Teile übernehmen und eine reduzierte, gedrückte Belegschaft, die dann ordentlich geschunden werden kann. Die MAK Kiel, Weserhütte und Krauss Maffei interessieren sich für den Wehrtechnikbereich.

Die Braunschweiger Metallarbeiter haben aus der Erfahrung mit Rollei und Voigtländer, der Sanierung der BMA, der Schließung der Wilke-Werke und Olympia gelernt. Die Wilke-Arbeiter haben vier Monate lang überhaupt kein Geld gesehen. Luther ist einer der alten Maschinenbaubetriebe in Braunschweig. Für 1978 war ein Umsatz von 50 Mio. DM errechnet. Das ist ein relativ kleines Kapital im Vergleich zum VW-Konzern, zu P & S und noch dazu eins, das in der Region selbst auf dem Gebiet des Maschinenbaus in direkter Konkurrenz steht zur Salzgitter-Maschinen und Anlagen AG (fusioniert 1978) mit 2460 Beschäftigten, ohne die 6 Tochtergesellschaften. Erwarteter Jahresumsatz 1978 von 280 Mio. DM, tätig wie Luther im Stahl-, Tank-, Silo- und Industriebau. Zu BMA mit einem Jahresabschluß von 100 Mio. DM und MAN-Büssing mit 400 Mio. DM gleichfalls kein Vergleich. Die Maschinerie bei Luther bedarf der technischen Umwälzung, um den relativ hohen und somit teuren Facharbeiterstamm auszuwechseln und die Arbeitshetze zu steigern. Im Maschinenbau erfordert dies hohen Kapitaleinsatz. Im VW-Werk Wolfsburg sind allein in Halle 8 z.B. 4 NC-Drehbänke, 2 NC-Fräsmaschinen im Einsatz. Die Votan, ein NC-gesteuertes Bohrwerk, seit 1971/72 bei VW im Einsatz, kostet ca. 1,5 Mio. DM. Luther hat erst jüngst eine solche NC-Werkzeugmaschine angeschafft. Damit liegen die Luther-Kapitalisten noch weit im Rückstand der Konkurrenz.

Die DKP setzt sich dafür ein: ,,Luther kann gerettet werden – wir fordern: aus dem 500 Mio.-Sonderprogramm der Bundesregierung für strukturschwache Gebiete muß die Entschuldung und Modernisierung der Luther-Werke unterstützt werden!'' Die IG-Metall will für die gleiche Losung am Dienstag die Braunschweiger Metallarbeiter für eine Kundgebung mobilisieren. Die Luther-Arbeiter sehen, daß das eine Sackgasse wird.

Die Bundesregierung hat 6 Mio. DM Forderungen auf die Konkursmasse angemeldet, die Norddeutsche Landesbank 7 Mio. Die Arbeiter dagegen sollen für teures Geld einen Kredit bei der Norddeutschen Landesbank ziehen, weil sie keinen Lohn sehen. Viele sind dafür, daß sie am Dienstag demonstrieren für die Auszahlung der Löhne, des Urlaubsgeldes und der Lohnerhöhung, für einen Sozialplan und für die Forderung: 80 % vom Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Diese Forderungen werden die Unterstützung der übrigen Metallarbeiter haben und sind durchsetzbar.

Wer bekommt wann was beim Konkurs?

r.ine. Wie regelt das bürgerliche Recht die Verteilung der Konkursmasse? Übersteigt sie die Kosten eines Konkursverfahrens, eröffnet das Konkursgericht auf Antrag den Konkurs und setzt einen Konkursverwalter ein. Wenn – wie z.B. bei den Luther-Werken – der Kapitalist zunächst einen Vergleich anmeldet und dann den Betrieb mit Krediten weiterführt, hat deren Abzahlung Vorrang. Dieselbe Priorität haben alle anderen Ansprüche, die aus Geschäften und Handlungen des Konkursverwalters entstanden sind. Als zweites werden Ansprüche aus zweiseitigen Verträgen abgewickelt, deren Erfüllung der Konkursverwalter verlangt oder deren Erfüllung für die Zeit nach Eröffnung des Verfahrens erfolgen muß, also Ansprüche auf Lohn der Arbeiter, die nach Konkurseröffnung im Betrieb weitergearbeitet haben. An dritter Stelle folgen die Kosten für das gerichtliche Verfahren sowie die Ausgaben für Verwaltung, Verwertung und Verteilung der Konkursmasse. Erst danach folgen die Ansprüche der Arbeiter und Angestellten, die in den 6 Monaten vor der Konkurseröffnung gearbeitet und noch Lohnforderungen haben. Wenn die Belegschaft rückständige Forderungen, die 6 Monate bis zu einem Jahr alt sind, so erhalten die Beschäftigten hierfür nur Bruchteile; denn es wird im Range mit anderen Forderungen, z.B. Sozialversicherungsbeiträgen, geteilt, falls überhaupt noch etwas vorhanden ist. Zuerst also Befriedigung des Finanzkapitals und anderer Kapitalisten, die mit dem Konkursverwalter Geschäfte gemacht haben, dann Befriedigung des bürgerlichen Staates wegen der Kosten des Verfahrens. Zuletzt die Arbeiter, die der Kapitalist schon vor Eröffnung des Konkurses um den Lohn geprellt hat.

Die Arbeiter können sich nach dem Arbeitsförderungsgesetz einen Teil ihres Lohnausfalls vom Arbeitsamt aus vorher gezahlten Beiträgen auszahlen lassen, Konkursausfallgeld für offenstehenden Lohn für die Zeit von drei Monaten vor der Konkurseröffnung. Das muß innerhalb von zwei Monaten nach der Konkurseröffnung beantragt werden. Über ihren Betriebsrat kann die Belegschaft mit dem Kapitalisten über die Aufstellung eines Sozialplanes verhandeln.

Bei Lebensmittelvergiftungen: Keine Aufregung!

r.wes. Das Sozialministerium hat im Niedersächsischen Ministerialblatt eine Antwort auf die sich häufenden Lebensmittelvergiftungen gegeben: ,,Bei Verdacht von Gesundheitsschädigungen durch Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel oder Bedarfsgegenstände ist eine sachgerechte Unterrichtung der Bevölkerung erforderlich. Eine unnötige Beunruhigung und Schadensersatzforderungen der davon betroffenen Betriebe müssen jedoch vermieden werden. Die Aussagen sind deshalb genügend sachlich abzusichern. Um dies sicherzustellen, werden alle zuständigen Stellen gebeten, vor Unterrichtung der Öffentlichkeit sich mit der jeweils zuständigen obersten Landesbehörde abzustimmen.'' – In der Kinderklinik Göttingen bekamen im Februar alle Kinder Durchfall wegen Salmonellen. Sie wurden eine Woche lang zusammengepfercht, und den Eltern wurde die Schuld des ,,Einschleppens'' der Salmonellen gegeben. In den Kliniken, der Mensa und Imbißketten wie ,,Nordsee'' haben sich Salmonellenfälle in den letzten Jahren gehäuft. Der Erlaß berechnet kühl ein häufiges Auftreten dieser Krankheiten durch eine verschlechterte Ernährungsgrundlage.

Karstadt AG: Richtig Beurteilen – richtig Bespitzeln

r.klm. Mit sog. Beurteilungsbögen (Ausschnitt im Bild) werden Auszubildende und Verkäufer bei der Karstadt AG bespitzelt. Grundlage dafür ist die ,,Allgemeine Führungsanweisung'', dort steht in der Ziffer 3, Abs. f.: ,,Der Vorgesetzte – normalerweise der unmittelbare Vorgesetzte – soll seinen Mitarbeitern gegenüber zu deren Leistungen und zu deren Verhalten Stellung nehmen, besonders dann, wenn sie im guten oder schlechten Sinne von der Regel abweichen.''

	Beurteilungsmerkmale	Sp.Z	A	B	C	D	E	F	G	H	I
1	Bildungsbereitschaft										
2	Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Genauigkeit										
3	Aufrichtigkeit, Offenheit										
4	Fleiß, Ausdauer										
5	Fachliche Kenntnisse										
6	Fachliche Befähigung										
7	Organisationskenntnisse										
8	Verhalten gegenüber Kollegen										
9	Verhalten gegenüber Vorgesetzten										
10	Selbständigkeit, Initiative										
11	Fähigkeit zum Planen										

Für die Führungskräfte ist dazu ein Leitfaden herausgegeben worden, der im einzelnen festlegt, wie die Verkäufer ,,... intensiv und regelmäßig... beobachtet...'' werden sollen. ,,Der Beurteilungszeitraum soll mindestens 3 Monate und längstens 1 Jahr betragen.'' Danach wirds offen: Der Bespitzelte soll nach einem Beurtei-

(Ausschnitt im Bild) werden Auszubildende und Verkäufer bei der Karstadt AG bespitzelt. Grundlage dafür ist die ,,Allgemeine Führungsanweisung'', dort steht in der Ziffer 3, Abs. f.: ,,Der Vorgesetzte – normalerweise der unmittelbare Vorgesetzte – soll seinen Mitarbeitern gegenüber zu deren Leistungen und zu deren Verhalten Stellung nehmen, besonders dann, wenn sie im guten oder schlechten Sinne von der Regel abweichen.''

	Beurteilungsmerkmale	Sp.Z	A	B	C	D	E	F	G	H	I
1	Bildungsbereitschaft										
2	Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Genauigkeit										
3	Aufrichtigkeit, Offenheit										
4	Fleiß, Ausdauer										
5	Fachliche Kenntnisse										
6	Fachliche Befähigung										
7	Organisationskenntnisse										
8	Verhalten gegenüber Kollegen										
9	Verhalten gegenüber Vorgesetzten										
10	Selbständigkeit, Initiative										
11	Fähigkeit zum Planen										

Für die Führungskräfte ist dazu ein Leitfaden herausgegeben worden, der im einzelnen festlegt, wie die Verkäufer ,,... intensiv und regelmäßig... beobachtet...'' werden sollen. ,,Der Beurteilungszeitraum soll mindestens 3 Monate und längstens 1 Jahr betragen.'' Danach wirds offen: Der Bespitzelte soll nach einem Beurtei-lungsgespräch das Urteil mit seiner Unterschrift akzeptieren.

Daß dies für die Kaufhauskapitalisten ein Problem ist, zeigt ein anderes Kapitel im Leitfaden für Führungskräfte mit Tricks, wie man an die Unterschrift kommt. U.a. heißt es da: ,,Gesprächspartnerschaft offensichtlich machen. Möglichkeiten geben, ‚Dampf abzulassen'. Nicht den Vorgesetzten herauskehren, aber auch nicht zum Kumpel werden.'' Dick gedruckt wird dann noch einmal ,,Beurteilung unterschreiben lassen!'' extra hervorgehoben.

Die Rechtsreferendare sollen auf Staatstreue geprüft werden

r.irm. Für die am Ende dieses Monats anstehenden Stationszeugnisse gibt es Beratungen unter den Kieler Rechtsreferendaren über die Forderung, daß keiner unter ‚befriedigend' haben soll. Beim Landgericht ,,Zeugte der Entscheidungsvorschlag von ... praktischem Blick und von Verständnis für die Bedürfnisse des Lebens ..., wirkte er lebensnah und überzeugend ..., hat der Referendar sich gewandt ausgedrückt ..., schriftgemäß abgeliefert worden ...'' Sodann folgt die Note. In der Regel erhält ein Referendar drei bis vier Arbeiten pro Monat, die nach diesem Vordruck benotet werden. Darüberhinaus muß monatlich an einer Arbeitsgemeinschaft (AG) teilgenommen werden. Pro abgeschlossener Ausbildungsstation kriegt der Referendar zwei Stationszeugnisse, eins vom Einzelausbilder, eins vom AG-Leiter. Sie enthalten ein bis zwei Seiten lange Beurteilungen und wiederum eine Note. Im Februar hatte eine AG in Kiel es geschafft, ein Zeugnis um einen Punkt hochzudrücken.

Trotz Urlaubsgeld rapide Verschlechterung. Kampf für Mindestforderungen und gegen die Steuer

b.obj. Gegenwärtig werden in vielen Betrieben die Urlaubsgelder ausbezahlt. Es schwankt je nach Branche und Betrieb von 20 bis 100 % vom Bruttolohn. Teilweise ist bei der Berechnung des Bruttolohns nur der Lohn ohne Schichtzulage und Schmutzgeldzulagen genommen. Weil dieses Geld zum normalen Bruttolohn hinzugerechnet und dann versteuert wird, kommt man da natürlich sofort in die höheren Abzüge, und es bleibt von dem Bruttourlaubsgeld noch weniger übrig als sonst beim Lohn. Das Urlaubsgeld reicht auf gar keinen Fall, um in den Urlaub zu fahren. Und weil nur ganz selten Ersparnisse da sind, fahren auch wenige Arbeiter in Urlaub. In einer Abteilung bei Storno in Flensburg fährt von 10 Frauen nur eine mit ihrem Mann und Kind an die Nordsee. Die anderen nehmen das Urlaubsgeld, um nötige Anschaffungen für die Wohnung zu machen. Es reicht dann höchstens mal zu einem Besuch bei Verwandten oder Bekannten an der See oder auf dem Lande. Wir haben an einem Beispiel eines Hafenarbeiters untersucht, wie sich die Reproduktionslage darstellt. Der 20%-Zuschlag zum Lohn der ersten Werktagsschicht und eine Urlaubspauschale von 252 DM machen gerade 263,60 DM netto aus. Damit kann nicht einmal der Schuldenberg abgetragen werden, der sich bis Ende Juni bereits angehäuft hat. Nicht nur die monatliche normale Preissteigerung läßt die Schulden wachsen, sondern insbesondere die Heizungsnachzahlung von 183,20 DM im April und die nachfolgende erhöhte Heizungspauschale von 45,80 DM in Form einer höheren Miete. Dabei ist dies keineswegs eine außerordentlich hohe Nachzahlung. Eine andere Familie mußte für die Dreizimmerwohnung in Hamburg 450 DM für Strom nachzahlen. Kaum daß dann in dem Beispiel des Hafenarbeiters durch das Urlaubsgeld die Schuldenlast etwas gesenkt wurde, kommt dann die Mehrwertsteuererhöhung. Dies macht im Monat etwa 13,50 DM aus und ergibt zusammen mit den überdurchschnittlich gestiegenen Kosten für Benzin einen steileren Anstieg des Schuldenberges als noch vor der Zahlung des Urlaubsgeldes.

Die Arbeiter können ja aber nicht einfach Schulden über Schulden machen, da sie genau wissen, daß man aus den Klauen eines Kredithaies nicht mehr herauskommt, wenn man da einmal verstrickt ist. Es führt also die Preissteigerung, Mieterhöhung und Mehrwertsteuererhöhung notwendig zur Einschränkung in der Lebenshaltung. Dabei ist ein gewisser Anteil an den Ausgaben fest und kann auch durch Sparsamkeit nicht eingeschränkt werden. Dazu gehören die Miete, die Stromausgaben und die Fahrten zur Arbeit oder zur Schule. Man kann nicht nur jeden zweiten Tag zur Arbeit fahren oder in die Schule. Man kann auch nicht einfach einen kürzeren Weg fahren, denn der Weg ist durch die Lage der Wohnung und des Betriebes vorgeschrieben.

Die Einschränkungen werden also im Bereich der Lebensmittel vorgenommen. Da gibt es statt Fleisch halt auch am Wochenende eine fleischlose Mahlzeit, und auf frisches Obst muß am Monatsende verzichtet werden und den Monat über ist es streng rationiert. Die Arbeiter bezahlen dies auf jeden Fall mit einer Ruinierung der Gesundheit und mit einem Verlust an Lebensjahren, was aber den Kapitalisten nur recht ist, weil dann Rentengelder eingespart werden. Wenn es gar nicht anders geht, muß das Auto abgeschafft werden. Obwohl die Arbeiter heute zu vielen Arbeitsplätzen ohne Auto überhaupt nicht in einer vertretbaren Zeit hinkommen, so ist doch eine Fahrkarte beim HVV billiger. Daß der Arbeiter, zum Beispiel wenn er im Hafen arbeitet, dadurch 1 bis 3 Stunden täglich länger unterwegs ist und in einzelnen Fällen überhaupt nicht mehr nach Hause kommt, stört die Kapitalistenklasse nicht. Sondern sie sehen eine Möglichkeit, die in den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) getriebenen Arbeiter dann da verstärkt auszuplündern, zumal der Ausweg Auto von diesen Arbeitern nicht mehr eingeschlagen werden kann. In der Bildzeitung vom 7. Juni wird frech die nächste Fahrpreiserhöhung für Hamburg angekündigt. Es wird festgestellt, daß im März und April dieses Jahres 700000 Menschen mehr mit dem HVV gefahren sind als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. HVV-Direktor Grabe: „Ich halte eine jährliche maßvolle Preisanpassung für notwendig. Unsere Kunden werden sich daran gewöhnen... Die Benzinpreise, die ja laufend klettern, bringen uns jetzt immer mehr Kunden. Den meisten Hamburgern wird die Fahrt zur Arbeit im eigenen Wagen zu teuer."

Und diese Situation will der bürgerliche Staat ausnutzen. Denn wer das Auto abschaffen muß, weil der Lohn nicht reicht, der kann ja vom HVV, wenn der zu teuer wird, nicht wieder auf das Auto umsteigen.

Auch wenn die einmalige Zahlung des Urlaubsgeldes die wirkliche Lage der Arbeiter verschleiert, so haben doch viele Arbeiter bereits im voraus gerechnet, was für finanzielle Lasten im weiteren Jahr auf sie zukommen.

Die Antwort darauf kann nicht sein, mehr Überstunden und Nachtschichten zu schieben oder die Akkordleistung zu steigern. Der einzige Ausweg, dem Elend zu entkommen, ist der Kampf um den Lohn und gegen die Steuerausplünderung. Unübersehbar waren entsprechende Forderungen auf den Maidemonstrationen der Arbeiter in ganz Westdeutschland und Westberlin. So haben Schauerleute und Decksleute aus der Einteilungsstelle 1 des Gesamthafenbetriebs schon vor dem Parlamentsbeschluß an Wehner geschrieben als Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und in einer genauen Rechnung nachgewiesen, daß die Mehrwertsteuer nicht beschlossen werden darf und aufgefordert, diese Ausplünderung nicht zu beschließen. Jetzt wurde am 1. Mai ein Transparent getragen, welches gegen die Mehrwertsteuer gerichtet war und forderte: 1500 DM steuerfrei.

In den letzten Wochen wurden in verschiedenen Betrieben innerbetriebliche Lohnerhöhungen gefordert. Bei BASF Hamburg Werk II wurde durchgesetzt, daß die Arbeitsplatzzulage um 0,15 DM erhöht wird und die Schichtzulage von 0,25 DM auf 0,50 DM.

In diesen Kämpfen wird die kommende große Auseinandersetzung um den Lohn vorbereitet, die im Herbst ausgetragen wird. Dabei wird es darum gehen, daß sich die Arbeiterklasse mit Mindestforderungen durchsetzt, damit gerade die Lohngruppen, die jetzt von den steigenden Ausgaben, wie oben gerechnet, am härtesten getroffen sind, zumindest die Lebensmittel erhält, die sie braucht.

Die Lohnlage zwingt dazu, eine kräftige Lohnerhöhung durchzusetzen und auf alle Fälle eine Mindestforderung. Eine gründliche Auseinandersetzung über die Auswirkungen der

DM 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 79
0
– 100
– 200

HAW: Die Geschäftsführung soll die Lohnangleichung zahlen!

b.güt. Auf allen Abteilungsversammlungen haben die Arbeiter der Gießerei und der Anodenfabrik erklärt, daß sie an der Forderung nach Lohnangleichung an den Lohn der Hütte festhalten. Die Geschäftsführung war auf den Versammlungen nicht erschienen. Sie schickte die Personalleitung ins Gefecht. Die gab kund, daß die Geschäftsführung auch sehr unglücklich sei über die Lohnunterschiede, aber alles in allem sollten die Arbeiter doch zufrieden sein. Die Löhne bei HAW seien gut.

Die Arbeiter haben darüber eine andere Ansicht und rechneten der Personalleitung vor, daß die letzte Lohnerhöhung schon durch die Benzinpreissteigerung aufgefressen werde. Die Arbeiter müssen schwere und oft gefährliche Arbeit machen. Etliche Kollegen haben bereits ihre Gesundheit eingebüßt. Deshalb fordern die Arbeiter nicht mehr und nicht weniger, als daß sie bezahlt werden, wie die Arbeiter auf der Hütte. Die Persoalleitung wollte einlenken. Die Arbeiter sollten sich keine Sorgen machen. Sie würde ja mit dem Betriebsrat verhandeln. Nur dauert das eben seine Zeit, weil es sich um ein schwieriges finanzielles Problem handelt. Auf den Abteilungsversammlungen wurde der Geschäftsführung eine Frist von 14 Tagen gesetzt, innerhalb derer die Arbeiter eine Antwort auf ihre Forderungen erwarten. Die Geschäftsführung hat schon durchblicken lassen, daß sie sich nicht unter Druck setzen lassen wolle. Man wird sehen. Die Arbeiter sind nicht bereit von ihrer Forderung abzurücken.

Wehrkraftzersetzungsprozeß: Sauer tritt auf der Stelle

b.mav. Seine Absichten, diesen Prozeß schnell zu Ende zu bringen, um auftragsgemäß nach einem Jahr endlich wieder eine Verurteilung melden zu können, bestimmten von Anfang an seine Taktik. Dafür nahm er in Kauf, daß ein Schöffe, der sich unmittelbar vor dem Prozeß in Urlaub absetzte, ausgewechselt werden mußte – lieber mit einem neuen Schöffen zu verhandeln, was jedes Urteil leicht angreifbar macht, als mit einem Schöffen, der offenkundig kein Interesse hat, zu einer Verurteilung mit beizutragen.

Angeklagt ist Wehrkraftzersetzung durch Verteilung der „Volksmiliz" an Soldaten und Polizisten. Bestraft werden soll die Bezeichnung der BRD als imperialistischer Staat, der sich zur Durchsetzung seiner Interessen der Armee bedient und die Soldaten durch das System von Befehl und Gehorsam gefügig machen will. Wie kann verhindert werden, daß die Zustände in der Armee und ihre Zwecke im Prozeß enthüllt werden? dies ist Sauers Überlegung. Rigorose Beschneidung der Erklärungsrechte der Angeklagten versucht er deshalb durchzusetzen. Gleichzeitig liefert er selbst den Beweis dafür, daß die Armee gespalten ist und nur durch Zwang die Soldaten bei der Stange gehalten werden: Just in dem Moment, wo nach Sauers Plan die Zeugen vernommen werden sollen, die durch die schlichte Aussage, daß ihnen gerade diese „Volksmiliz" ausgehändigt wurde, das Material für die Verurteilung liefern sollen, tauchen Feldjäger im Gerichtssaal auf. Feldjäger, die die Anklagezeugen – in der Mehrheit einfache Soldaten und Unteroffiziere – „betreuen" und dafür Sorge tragen sollen, daß diese sich genau an das erinnern, was von ihnen verlangt wird; die schließlich, als Sauer merkt, daß er an diesem Tag doch nicht zur Zeugenvernehmung kommt und diese wegschickt, die Zeugen antreten lassen und den geschlossenen Abmarsch in die Kaserne organisieren.

In den Verhandlungstagen am 14. und 15.6. wird die Auseinandersetzung über die Zustände und Ziele der Armee geführt werden.



Pflegepersonal fordert Besetzung aller Planstellen

b.chc. Durch Stellenstreichungen bei den Transportpflegern im Neubau des Stadtkrankenhauses Rendsburg müssen die Pfleger die Patienten jetzt beispielsweise vor der Röntgenabteilung abstellen, so daß die Röntgenassistentinnen jetzt die Patienten auf die Untersuchungstische heben müssen. Da- geschickt, in dem sie nachweisen, daß im Neubau die Wegstrecken länger sind und durch die Gruppenpflege, die neu eingerichtet worden ist – eine Pflegegruppe umfaßt 17 Betten, pro Schicht sind eine Schwester, eine Helferin und eine Schülerin vorgesehen –

voir flüssig zu machen für das internationale Kapital, empfiehlt die Weltbank in demselben Bericht der indonesischen Regierung die schnelle Einrichtung von Exportzonen, in denen sich Textil-, Elektronik-, Kunststoff- und andere Betriebe der internationalen Kapitale ansiedeln sollen, denen die Löhne in den anderen südostasiatischen Ländern zu hoch werden. Entsprechende Gesetze, die den ausländischen Investoren Steuererleichterungen und sogar -befreiungen gewähren, sind schon erlassen. Die Ende letzten Jahres von der Regierung vorgenommene Abwertung der indonesischen Rupie um 33% erleichtert noch mehr die ausländischen Investitionen und verbilligt noch mehr die Arbeitskraft.

Die von der indonesischen Regierung gemachten zaghaften Schritte zu einer Lockerung der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten, indem z.B. durch billige Kredite und Importbeschränkungen die einheimische Klein- und Mittelindustrie gefördert wurde und an den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie gegangen wurde, sollen nach dem Willen der Weltbank jetzt gestoppt werden. „Den industriellen Sektor auf eine gesunde Basis zu stellen mit sowenig Schutz wie möglich und wesentlicher Exportorientierung, ist nun das wichtigste Erfordernis ... Ein massiver Anstieg der Privatinvestitionen (natürlich ausländische!) und eine Veränderung im Verhältnis zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor zugunsten des privaten Sektors sind erforderlich."

Die imperialistischen Finanzhaie hoffen, daß sie jetzt die wenigen Schranken für die hemmungslose Ausplünderung des Landes auch noch wegräumen können und bestimmte Errungenschaften in Richtung einer unabhängigen und selbständigen Volkswirtschaft wieder rückgängig machen können, nachdem sie das Land mit dem Raubbau an seinen Ölressourcen noch mehr in die Abhängigkeit gestürzt haben. Außerdem sehen die Monopole, daß auf dem inneren Markt in Indonesien angesichts der drückenden Armut der Massen nichts zu holen ist in absehbarer Zeit; der Konsumgütermarkt ist kleiner als in Südkorea, das nur ein Viertel der Bevölkerung hat.

Ohne Agrarrevolution ist kein Fortschritt möglich

Die unter der nationalistischen Sukarno-Regierung gemachten Schritte zur Landreform – oft vorangetrieben durch die Landbesetzungen durch die Bauern – wurden nach dem Putsch 1965 alle wieder rückgängig gemacht. Auf Java, der bevölkersten Insel Indonesiens, haben ¾ der Landbevölkerung nicht genug Land, um sich selbst ernähren zu können. Die Größe des Landbesitzes oder des Pachtlandes liegt oft unter einem halben ha. Von 440000 ha Land auf Java, die im Zuge der Agrarreform den Landlords entrissen ... hen von ihrem Anteil noch die Kosten für den Anbau, die Saaten usw. sowie die Steuern ab. Die Klassenverhältnisse auf dem Lande haben sich heute so entwickelt, daß etwa 38 Mio. Menschen zu Landarbeiterfamilien gehören und etwa 31 Mio. landlose Bauern sind, die als Pächter ihr Dasein fristen müssen.

Wie in den anderen südostasiatischen Ländern hat auch hier die von den Imperialisten geförderte ‚Grüne Revolution' ihre bauernlegende Wirkung getan, ohne aber – wie versprochen – eine wirksame Steigerung der Agrarproduktion zu bringen. Die ‚Grüne Revolution' geht vor sich, ohne auch nur im geringsten die alten feudalen Produktionsverhältnisse auf dem Land anzutasten ... Die ‚Grüne Revolution' wird verwirklicht unter den vorherrschenden feudalen und halbfeudalen Produktionsverhältnissen auf dem Lande und ist eng verbunden mit dem System von Krediten zu hohen Zinsen vom ausländischen Monopolkapital ..."(Indonesische Volksstimme, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Indonesiens PKI, Nr.7/78). Diese Kapitalisierung der indonesischen Landwirtschaft hat die Landlords in Agrarkapitalisten verwandelt und eine schmale Schicht reicher Bauern hervorgebracht. Sie hat auf der anderen Seite die Masse der Kleinbauern und Pächter in tiefere Abhängigkeit und Zinsknechtschaft gestürzt und einen großen Teil in Landarbeiter verwandelt, die Indonesiens Arbeitslosenheer von offiziell 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung noch weiter anschwellen lassen.

Die Ernährungsfrage ist nicht gelöst, sondern hat sich im Gegenteil weiter verschlechtert; die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Bevölkerung sinkt ständig. Zunächst stieg die Reisproduktion bis 1973 jährlich um ca. 3,5%, aber seitdem stagniert sie bei 15-16 Mio. t. Im letzten Jahr mußten über 2 Mio. t Getreide eingeführt werden. Die hohen Abgaben der Pächter an die Landlords und die schlechten Austauschrelationen zwischen Industrie- und Agrarprodukten, die sich durch die Inflation noch weiter verschärfen, dämpfen die Initiative der Bauernmassen. Allein in den Bereichen der Landwirtschaft, wo sich imperialistische Monopole breitgemacht haben, gibt es Rekordzuwachsraten: In der Fischerei haben 12 japanische Konzerne die Exporte innerhalb von 10 Jahren von 2,5 Mio. t auf 165 Mio. t Fisch hochgetrieben, und der Holzeinschlag – durch britische Monopole betrieben – hat sich innerhalb von 6 Jahren vervierfacht. „Die Armut auf dem Lande und die Verarmung der Bauernschaft können einzig und allein damit bekämpft werden, daß das Land an die verteilt wird, die es bebauen. Und dies kann nur erreicht werden, wenn sich die Bauern unter Führung des Proletariats erheben und in einer breiten Einheitsfront die bewaffnete Agrarrevolution durchführen und die Fesseln des Feudalismus zerstören. Das Landwirt-

Der Kampf des indonesischen Volkes gegen die japanische Aggression 1942 bis 1945

z.hef. Als am 9. März 1942 die holländischen Kolonialtruppen vor der Armee der japanischen Imperialisten kapitulierten, weinte das indonesische Volk den holländischen Imperialisten keine Träne nach. 340 Jahre lang hatten sie die Arbeiter und Bauern bis aufs Blut geschunden und das Land geplündert. 1937 gehörten ihnen von 370 Mio. Pfund ausländischer Kapitalanlagen in Indonesien 250 Mio. Pfund, den britischen Imperialisten 50 Mio. und den US-Imperialisten 24 Mio. Pfund. 40% der Weltproduktion an Gummi holten die Imperialisten aus Indonesien, bei Zucker waren es 25%, bei Erdöl 10%, bei Zinn 18%, bei Bauxit 8%, bei Tee 19%, bei Pfeffer 92%. 240000 Siedler saßen den 60 Mio. Indonesiern im Nacken. Ihr Durchschnittseinkommen betrug pro Jahr nach der offiziellen Erhebung 1939 100000 Gulden, das der Indonesier 1,3 Gulden. Die Bauern wurden gezwungen, Exportprodukte wie Zuckerrohr und Gewürze auf Kosten der Reisproduktion anzubauen, Hungersnöte waren die Folge.

Die japanischen Imperialisten versuchten sich als Befreier aufzuspielen. Offiziell wurde Holländisch als Staatssprache durch Indonesisch ersetzt, einige Siedler verloren ihr Kapital, die meisten aber behielten es. Die Massen ließen sich von Anfang an nicht täuschen. Die „Befreiung" bestand darin, die bisher an andere Imperialisten gelieferten Rohstoffe nach Japan zu transportieren. Die Bauern wurden zu Ablieferungen gezwungen. Millionen Indonesier wurden von den japanischen Imperialisten als „Romushas" (Arbeitskulis) nach Malaya, Burma und Thailand geschafft, wo sie Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Häfen bauen mußten. 1,8 Millionen starben bei der Zwangsarbeit.

Die Kommunistische Partei Indonesiens war führend in der Organisierung des Widerstands gegen die japanischen Imperialisten. Guerillagruppen wurden aufgebaut. Außerdem unterwanderten Kader die von den Japanern ins Leben gerufenen Armeen, vor allem die PETA. 1943 streikten die Studenten der einzigen geöffneten Fakultät, der medizinischen. Von April bis Juli 1943 führten die Massen bewaffnete Erhebungen durch, unter anderem in weiten Teilen Sumatras, in Tasikmalaja, Cheribon (Java) und Blitar, wo die gesamte PETA den Aufstand unterstützte. Nach weiteren Erhebungen wurde die PETA von den Japanern verboten. Sie versuchten, mit Massakern die Aufstände zu unterdrücken. In Borneo wurden alle Intellektuellen umgebracht. Im April 1944 wurden 2000 Indonesier geköpft. Insgesamt brachten die Japaner 4 Millionen um.

Am 17.8.1945, kurz nach Japans Kapitulation, wurde die unabhängige Republik Indonesien ausgerufen. Die britischen Truppen in Südostasien wiesen die 80000 Mann starke, noch bewaffnete japanische Armee in Indonesien an, „Recht und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Schließlich fielen die britischen Imperialisten 1945 selbst in Indonesien ein, um die Unabhängigkeit zu zerstören. Sie setzten die japanischen Truppen erneut gegen das indonesische Volk ein.



Die japanischen Imperialisten versuchten, ihren Raubzug als „Befreiung" Asiens auszugeben. Hier die Kapitulation der Briten in Singapur.

Das indonesische Volk schlägt die Überfälle der holländischen Imperialisten nach 1945 zurück

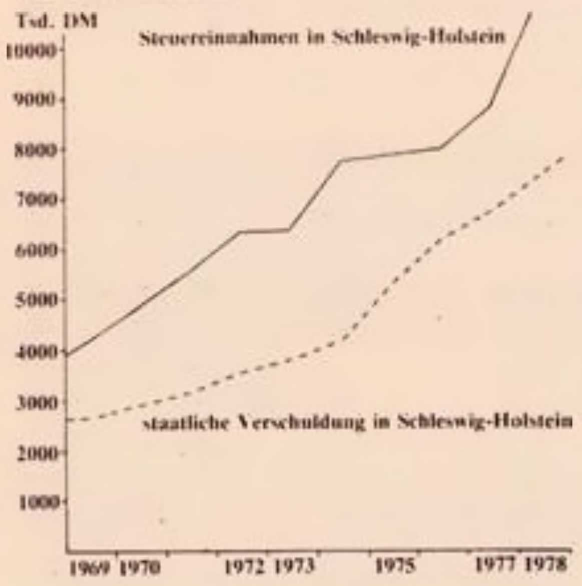
z.zik. Die am 17.8.1945 vom Führer der indonesischen nationalen Bewegung Sukarno ausgerufene Republik Indonesien umfaßte die Inseln Java und Madura. Unter dem Vorwand der Entwaffnung der japanischen Truppen begannen die alliierten US-und britischen zusammen mit den niederländischen Imperialisten unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung mit einer Invasion Indonesiens und stellten die noch verbliebenen japanischen Truppen unter ihr Kommando.

Die indonesischen Volksmassen antworteten mit Massendemonstrationen gegen die japanischen und alliierten Besatzer und mit der Bildung der „Indonesischen Volksarmee" auf Westjava, die am 15. Oktober Holland den Krieg erklärte. Während die indonesische Regierung schwankte, sich von der Kriegserklärung distanzierte und auf Verhandlungen mit den Briten und später den Niederländern einging, gelang es den niederländischen Truppen mit Unterstützung durch britische Bombardements, sich an einigen Punkten Indonesiens festzusetzen. Von dort aus unternahmen sie mit ... Kampf gegen die Invasion auf. Gegen den heftigen Widerstand der Volksarmee unter Führung der Kommunistischen Partei und der indonesischen nationalen Armee konnten die niederländischen Imperialisten weitere Teile der Hauptinseln Java und Sumatra besetzen. Gegen den Überfall führten die Transport- und Seearbeiter in den Niederlanden Boykottstreiks durch, die Delegierten der Ukraine, der Sowjetunion und Ägyptens brachten im UNO-Sicherheitsrat Resolutionen ein, die sich gegen den holländischen Überfall richteten.

Ein Jahr später, am 17.9.1948, organisierte die Kommunistische Partei Indonesiens in dem nicht von den Holländern besetzten Zentraljava einen Aufstand unter Forderungen nach Absetzung der Regierung, Landreform, Nationalisierung aller Fabriken, Umwandlung der Armee in eine Armee des Volkes und Bildung von Verteidigungskomitees. Der Aufstand wurde von der indonesischen Regierung unterdrückt, die revolutionären Streitkräfte mußten sich auf das flache Land zurückziehen. Die holländischen Imperialisten nutzten die Spaltung der nationalen Kräfte, um am 18.12.1948 eine erneute militärische Offensive durchzuführen, verhafteten die Regierung Sukarnos und errichteten erneut die offene Kolonialherrschaft. Sie konnten ihre zweite Kolonialherrschaft über Indonesien nur kurze Zeit ausüben: Die bewaffneten Kräfte des indonesischen Volkes rieben die holländischen Truppen Stück für Stück auf. In der Konferenz von Den Haag im Herbst 1949 mußte Holland die Unabhängigkeit Indonesiens anerkennen.



b.stk.Kiel. **In den letzten 8 Jahren hat sich die Kreditaufnahme der „öffentlichen Hand" bei der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale vervierfacht und im Anteil am Kreditvolumen fast verdoppelt.** Das teilte der neue Vorstandsvorsitzende der Landesbank, Gerd Lausen, – als ehemaliger Finanzminister kennt er sich in diesem Geschäft aus – mit. Die öffentlichen Kredite machen somit 39,34% des gesamten Kreditgeschäfts der Landesbank aus. Über die staatlichen Kredite hat sich das Finanzkapital direkt einen erheblichen Anteil an der Steuerausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat gesichert. Das Schaubild unten zeigt, wie dem sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung der Anstieg der Steuerausplünderung auf dem Fuß folgt. Nicht umsonst bezeichnet die Bourgeoisie die Staatsschulden als Pro-Kopf-Schulden der Einwohner.



b.ham.Oster-Ohrstedt. **Die Finanzämter haben folgenden Steuererlaß gegen die Bauern herausgebracht:** Findet vom sogenannten „notwendigen Betriebsvermögen" eine Änderung der Nutzung, z.B. durch Verpachtung an Dritte, statt, entsteht entweder Privatvermögen oder „gewillkürtes Betriebsvermögen". Das Letztere soll es jetzt für Bauern ohne Buchführung nicht mehr geben. Es soll dem Privatvermögen zugeschlagen werden. Das ist dann steuerrechtlich eine „Privatentnahme des entsprechenden Wirtschaftsgutes". Darauf sind dann Gewinnsteuern zu zahlen. Was folgt daraus: 1. Wenn sich der Bauer der Buchführungspflicht unterwirft, braucht er diese Steuer nicht zu zahlen – denn dann zahlt er sowieso Einkommenssteuer auf seinen ganzen Arbeitsertrag, der nicht zum Leben reicht. 2. Wenn er bis zum 1. Juli 1979 diese „Nutzungsänderung" vornimmt, also verpachtet, braucht er auch diese nicht zu zahlen. Das erhöht die „Bodenmobilität", kalkuliert das Finanzkapital.

b.chg. Flensburg. **Zur Bürgerkriegsarmee werden die Eutiner Polizeischüler herangezüchtet.** Als „Terroristenjagd" getarnt wird der Einsatz gegen das Volk geprobt. Rund 100 junge Eutiner Polizeischüler wurden am Dienstag, dem 29. Mai, im Rahmen einer „Routineschulung zur Einsatzbereitschaft" (FT, 30.5.) für diese Aufgabe

b.ham.Oster-Ohrstedt. **Die Finanzämter haben folgenden Steuererlaß gegen die Bauern herausgebracht:** Findet vom sogenannten „notwendigen Betriebsvermögen" eine Änderung der Nutzung, z.B. durch Verpachtung an Dritte, statt, entsteht entweder Privatvermögen oder „gewillkürtes Betriebsvermögen". Das Letztere soll es jetzt für Bauern ohne Buchführung nicht mehr geben. Es soll dem Privatvermögen zugeschlagen werden. Das ist dann steuerrechtlich eine „Privatentnahme des entsprechenden Wirtschaftsgutes". Darauf sind dann Gewinnsteuern zu zahlen. Was folgt daraus: 1. Wenn sich der Bauer der Buchführungspflicht unterwirft, braucht er diese Steuer nicht zu zahlen – denn dann zahlt er sowieso Einkommenssteuer auf seinen ganzen Arbeitsertrag, der nicht zum Leben reicht. 2. Wenn er bis zum 1. Juli 1979 diese „Nutzungsänderung" vornimmt, also verpachtet, braucht er auch diese nicht zu zahlen. Das erhöht die „Bodenmobilität", kalkuliert das Finanzkapital.

b.chg. Flensburg. **Zur Bürgerkriegsarmee werden die Eutiner Polizeischüler herangezüchtet.** Als „Terroristenjagd" getarnt wird der Einsatz gegen das Volk geprobt. Rund 100 junge Eutiner Polizeischüler wurden am Dienstag, dem 29. Mai, im Rahmen einer „Routineschulung zur Einsatzbereitschaft" (FT, 30.5.) für diese Aufgabe

gedrillt. Die Scharfschützen bezogen morgens gegen 9 Uhr in Süderbrarup schwer bewaffnet auf einem Parkplatz in der Großen Straße Stellung und probten an einer angrenzenden Tankstelle eine „Geiselnahme". „Derlei für Außenstehende spektakuläre Übungsabläufe gehören (...) in den regelmäßigen Ausbildungsplan zur umfassenden Schulung der Beamten." (FT) Derart ausgebildet werden die Polizisten anschließend gerne „volksnah" auf den Nordseeinseln Sylt, Föhr und Amrum als Bäderpolizisten eingesetzt. 30 zusätzliche Beamte sollen dort den Sommer über ihren Dienst tun. Polizeilich soll nun auch der Urlaub der Volksmassen überwacht werden.

b.bia.Hamburg. **Gegen Nachtarbeit und die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (nach Ministerpräsidentenerlaß bis 1984 vorgesehen) hat sich die Bäcker-Innung des Kreises Harburg ausgesprochen.** Nachtarbeit soll untersagt bleiben, ‚um keinen sozialen Rückschritt hinnehmen zu müssen', erst ab 4 Uhr soll gearbeitet werden. Gegen das BGJ sprechen ‚unklare Folgekosten' und das Fehlen von Lehrverträgen im BGJ. 65 Jugendliche werden z.Zt. im Kreis zu Bäckern ausgebildet, 27 zu Verkäufern in Bäckereien. Damit steht die Bäcker-Innung mit an der Spitze im Kreis Harburg.Auch die Elektro-Innung hat sich gegen die Einführung des BGJ ausgesprochen, weil aufgrund einer nur 2½jährigen innerbetrieblichen Ausbildung ‚Menschenleben' in Gefahr geraten. Die Innung hat kürzlich von 124 Bewerbern aus dem Haupt- und Realschulbereich 65 als geeignet befunden.

b.mas. Lüneburg. **50 von ca. 65 Beschäftigten des Supermarktes Blau-Gelb in Adendorf/Lüneburg haben am 2.6.79 von 8 bis 11 Uhr einen Warnstreik – aufgerufen hatte die DAG – gegen die Angebote der Einzelhandelskapitalisten durchgeführt.** Durch den Einsatz von Abteilungsleitern und betriebsfremden Frauen an den Kassen wollten die Blau-Gelb-Kapitalisten dem Streik die Wirkung nehmen. Obwohl die Abteilungsleiter mächtig ins Schwitzen gekommen sind, hat es wenig genutzt: „Leider ließen sich Schwierigkeiten und Zeitverluste bei der Abfertigung nicht vermeiden", jammern sie in einer Anzeige in der „Lüneburger Landeszeitung". Mit der Anzeige wollen sie die Käufer gegen den Streik aufwiegeln.

b.mak.Hamburg. **Der afghanische Studentenverein Hamburg hat in einer Presseerklärung vom 6.6.79 zur Protestaktion vor dem russischen Konsulat in Hamburg die brutale Einmischung der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt.** Es heißt in der Erklärung: „Seit dem Taraki-Putsch am 27. April 1978 hat sich die Einmischung der sowjetischen Regierung in Afghanistan noch verstärkt. Da Afghanistan eine gute strategische Lage besitzt und reich an verschiedenen Rohstoffen ist, versucht die Sowjetunion unser Land zu ihrer Kolonie zu machen... Da das Taraki-Regime nicht in der Lage ist, ihre Absichten bei den Volksmassen durchzusetzen, weil es auf den Widerstand des Volkes gestoßen ist, versucht die Sowjetunion unser Volk mit Gewalt zum Knechte zu machen... Deswegen sehen wir, die afghanischen Studenten hier in Hamburg, es als unsere Aufgabe an, gegen diese Einmischung, Bedrohung und Aggression ... zu protestieren." Die afghanischen Studenten fordern: „Russen raus aus Afghanistan! Schluß mit der Bombardierung der Dörfer und Städte! Schluß mit den Massakern in Afghanistan! Freiheit für alle politischen Gefangenen in Afghanistan! Nieder mit der russischen Aggression in Afghanistan! Weder Rußland noch USA – Für ein unabhängiges und freies Afghanistan!"

b.reh.Kiel. **Kieler Verkehrs AG will zum 1.1.1980 die Tarife erhöhen.** „Selten dürfte eine Tarifanpassung auf so viel Verständnis gestoßen sein, wie die Fahrpreiserhöhung, die jetzt von der Kieler Verkehrs AG angekündigt wird", kommentiert der Schreiberling der „Kieler Nachrichten" vom 7.6.79 die Plünderungspläne der Stadt Kiel. Mit der Begründung, die Kraftstoffpreise seien gestiegen und es seien einige Verbesserungen geplant im Ausbau des Verkehrsnetzes, werden die Volksmassen zur Kasse gebeten. Geplant ist u.a., die Verbindungen zum Industriegebiet Wellsee zu verbessern, damit den Kapitalisten dort die Arbeiter pünktlich hingebracht werden. Die Mehrfahrtenkarte soll von 1,10 DM auf 1,25 DM erhöht werden.

die Sowjetunion unser Volk mit Gewalt zum Knechte zu machen... Deswegen sehen wir, die afghanischen Studenten hier in Hamburg, es als unsere Aufgabe an, gegen diese Einmischung, Bedrohung und Aggression ... zu protestieren." Die afghanischen Studenten fordern: „Russen raus aus Afghanistan! Schluß mit der Bombardierung der Dörfer und Städte! Schluß mit den Massakern in Afghanistan! Freiheit für alle politischen Gefangenen in Afghanistan! Nieder mit der russischen Aggression in Afghanistan! Weder Rußland noch USA – Für ein unabhängiges und freies Afghanistan!"

b.reh.Kiel. **Kieler Verkehrs AG will zum 1.1.1980 die Tarife erhöhen.** „Selten dürfte eine Tarifanpassung auf so viel Verständnis gestoßen sein, wie die Fahrpreiserhöhung, die jetzt von der Kieler Verkehrs AG angekündigt wird", kommentiert der Schreiberling der „Kieler Nachrichten" vom 7.6.79 die Plünderungspläne der Stadt Kiel. Mit der Begründung, die Kraftstoffpreise seien gestiegen und es seien einige Verbesserungen geplant im Ausbau des Verkehrsnetzes, werden die Volksmassen zur Kasse gebeten. Geplant ist u.a., die Verbindungen zum Industriegebiet Wellsee zu verbessern, damit den Kapitalisten dort die Arbeiter pünktlich hingebracht werden. Die Mehrfahrtenkarte soll von 1,10 DM auf 1,25 DM erhöht werden.

Die Zeitbegrenzung für Schülermonatskarten soll aufgehoben werden und sie sollen in Zukunft zu einem einheitlichen Preis von 26 DM für das ganze Netz verkauft werden. Die Karten kosten jetzt für 2 Zonen 24 DM, für das ganze Netz 26 DM, gelten nur bis 20 Uhr, samstags nur bis 14 Uhr, gar nicht an Sonn- und Feiertagen.Als Abonnement sollen zukünftig zwölf Monatskarten für ein Jahr 260 DM kosten. KVAG und Magistrat wissen, daß sich die Schüler stets entschlossen an den Kämpfen gegen Fahrpreiserhöhungen beteiligt haben. Beabsichtigt ist, sie vom Kampf abzuwiegeln, indem einem Teil der Schüler durch die Neuerung ein Vorteil gebracht wird: nämlich denen, die jetzt auch schon 26 DM für ihre Karte zahlen. Geschickt ist auch der Termin für die Neuerungen bei den Schülern gewählt: der 1. August. Etwas rückhaltender drücken sich die „Kieler Nachrichten" aus über die ebenfalls geplanten Gebührenerhöhungen für Gas, Fernwärme und Nachtstromspeicherheizung. Die Fernwärme wird in Kiel zu einem Teil durch Verbrennung von Müll gewonnen. Die Müllverbrennungsanlage, ein städtischer Versorgungsbetrieb, wird gerade ausgebaut. Da ist jede Gebührenerhöhung für Fernwärme eine gute Gelegenheit, die Kosten auf die Volksmassen abzuwälzen. Klar ist, daß man diese Gebühren- und Tariferhöhungen nicht wird hinnehmen können. Schon jetzt ist es so, daß fast 2% der Fahrgäste schwarz fahren, weil sie die hohen Fahrpreise nicht mehr zahlen können. Die KVAG reagiert darauf mit dem Einsatz von Kontrolleuren, die neuerdings in Sechsertrupps auftreten, Schwarzfahrer gegebenenfalls zur Polizei schleppen und die nur noch mit mobilen Einsatzkommandos vergleichbar sind. Es ist nötig, bereits jetzt in allen Gewerkschaften, Schulen usw. Beschlüsse gegen die Pläne der KVAG und VVK zu verabschieden.

Die Einzelhandelskapitalisten zur Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen zwingen!

b.hek. Am 28.5. hat die große Tarifkommission der HBV die Lohnverhandlungen für die ca. 15000 Arbeiter im Einzelhandel Hamburgs für gescheitert erklärt. Das letzte Angebot der Kapitalisten, dem die DAG zugestimmt hat, sieht für etwa 50% der Arbeiter Lohnerhöhungen von nur 2,4% vor. Betroffen sind vor allem die ungelernten Arbeiter mit einem Stundenlohn von (alt) 8,30 DM. Für diese Arbeiten sind häufig Aushilfen eingesetzt mit teilweise täglichen Kündigungsfristen. Dies erschwert den Kampf gegen die geplanten Lohnsenkungen.

Bei den ungelernten Arbeitern versuchen die Kapitalisten, den Druck der Arbeitslosigkeit auszunutzen, die Löhne unendlich zu senken. Kommen sie jetzt damit durch, so ist mehr verloren als nur eine Tarifrunde. Die Schere zwischen den unteren und den oberen Lohngruppen würde erheblich größer werden. Im alten Tarif betrug sie 3,70 DM pro Stunde, im neuen würde sie 4,74 DM betragen. Die Bedingungen für den Zusammenschluß aller Beschäftigten im gemeinsamen Lohnkampf würden sich verschlechtern. Tatsache ist aber, daß der vorliegende Tarifvorschlag auch die Arbeiter der anderen Lohngruppen zwingen würde, sich erheblich einzuschränken und von ihnen gar nicht akzeptiert werden kann. Daß die Einzelhandelskapitalisten hier erheblich unter Druck stehen, zeigt sich daran, daß sie bereits über Tarif zahlen. Bei Karstadt Mönckebergstraße müssen sie z.B. den LKW-Fahrern auf die übertariflichen Löhne zum Teil mehr als die mit der DAG vereinbarte Erhöhung zahlen. Ist der Lohn aber tariflich nicht abgesichert, so haben die Kapitalisten erhebliche Möglichkeiten, in einer veränderten Lage Lohnsenkungen durchzusetzen, etwa durch Anrechnung der Tariferhöhung oder durch Kündigung und Neueinstellung. Deshalb haben auch die Arbeiter, die übertariflich bezahlt werden, ein Interesse an einer Erhöhung der Tarife. Wenn die HBV zu Aktionen unter einer Forderung aufruft, die für alle etwas bringt, kann sie sich der Unterstützung aller Beschäftigten im Einzelhandel sicher sein. Sie kann sich dabei auch auf die anhaltenden Streiks in Niedersachsen stützen. Die Forderung: Kein Abschluß unter 100 DM monatlich, bzw. 60 Pf pro Std. ist auf zahlreichen Betriebsversammlungen aufgestellt worden.

Auch wenn der Anteil der Arbeiter von den insgesamt im Einzelhandel Beschäftigten mit etwa 10% gering ist, können sie doch Kampfkraft entwickeln. Dies haben die Arbeiter auf der Rampe von Karstadt/Mönckebergstraße bereits vor einigen Monaten bewiesen, als sie durch Langsamarbeiten – um eine Stelle zu besetzen – die Belieferung des Kaufhauses ins Stocken brachten.

Die HBV hat in ihrem Tarifinfo Nr. 5 erklärt, mit dem Scheitern der Verhandlungen „...ist die HBV frei für Aktionen: Schlichtung, Urabstimmung und Streik mit eingeschlossen!" Die Einzelhandelskapitalisten müssen zur Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen gezwungen werden. Dies erfordert, die von der HBV vorgeschlagenen Schritte zu ergreifen. Organisiertes Langsam-Arbeiten, die Durchführung von Betriebsversammlungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen müssen diese Schritte vorbereiten.

Lohntarif Einzelhandel Hamburg/Vergleich alter Tarif DAG-Abschluß

	alter Tarif	DAG-Abschluß	Veränderung in DM (%)
Kaffeeverleser	7,00	7,30	+0,30 (4,3)
Wächter, Parkplatzordner	8,30	7,30	−1,00 (−12)
Küchenhilfen	8,30	7,50	−0,80 (− 9,6)
E-Karrenfahrer, Beifahrer	8,30	8,50	+0,20 (2,4)
Kraftfahrer Klasse III	9,00	9,40	+0,40 (4,8)
Kraftfahrer Klasse III, 5 Jahre Fahrpraxis	10,10	10,50	+0,40 (4,0)
Kraftfahrer Klasse II	9,00	9,70	+0,70 (7,8)
Näherinnen mit schwieriger Arbeit	7,75	8,70	+0,95 (12,2)
1. Kundendiensthandwerker, 1. Betriebshandwerker	10,70	12,04	+1,34 (30,2)

Ärzte lassen sich nicht zu Ehrenbergvollstreckern machen

b.ulw. Die Probleme der Bourgeoisie, die Ärzte zu Vollstreckern des Ehrenbergprogramms zu machen, sind mit der Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes nicht gelöst.

Die Kassenärzte sind neben den Krankenhäusern das wichtigste Glied in der Gesundheitsversorgung. Ihre Aufgabe soll es aber nicht mehr sein, sich um gesundheitliche Probleme der Massen zu kümmern, sondern als Filter zu wirken. Sie sollen die von der kapitalistischen Produktion benötigten Teile des Menschen am Laufen halten und nur die Fälle für eine Krankenhausbehandlung aussortieren, bei denen es sich „lohnt" und die mit einfacheren Mitteln nicht mehr arbeitsfähig gehalten werden können. Diese Aufgabe ist nicht Bestandteil der Ausbildung der jetzigen Generation von niedergelassenen Ärzten gewesen, also muß es ihnen beigebracht werden. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz leistet diese Ausbildung über den Geldbeutel der Ärzte; wer sich an die Richtlinien der Bourgeoisie zur Verwendung der Versicherungsgelder nicht hält, wird mit Gehaltsabzügen auf den richtigen Weg gebracht. Gewonnen hat die Bourgeoisie die Masse der Ärzte für dieses Programm noch lange nicht.

Die praktischen Ärzte versuchen dem Druck auszuweichen, indem sie z.B. den Kranken Medikamente mitgeben, die sie von Pharma-Vertretern geschnorrt haben, auch wenn es nicht immer optimal ist, was verabreicht wird.

Im schleswig-holsteinischen Ärzteblatt 5/79 ist ein Bericht zu diesem Problem abgedruckt, in dem zur Abschreckung einige Fälle geschildert sind, in denen Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen wurden. Ein Arzt hatte eine Krankmeldung um 4 Tage zurückdatiert und damit „schuldhaft gegen seine kassenärztlichen Pflichten" verstoßen, ein anderer hatte gegen die „Treuepflicht" gegenüber den Kassen verstoßen, indem er durch eine Anzeige die Durchführung einer „Wirtschaftlichkeitsprüfung" durch die KV mitteilte.

Massiver ideologischer und materieller Druck ist also nötig, die Ärzte zu Kostendämpfern zu erziehen. Der Widerstand der Ärzte gegen die staatliche Unterdrückung ist gerecht, sie müssen aber gewonnen werden für die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten und die Bezahlung der

	alter Tarif	DAG-Abschluß	Veränderung in DM (%)
Kraftfahrer Klasse II	9,00	9,70	+0,70 (7,8)
Näherinnen mit schwieriger Arbeit	7,75	8,70	+0,95 (12,2)
1. Kundendiensthandwerker, 1. Betriebshandwerker	10,70	12,04	+1,34 (30,2)

genen Schritte zu ergreifen. Organisiertes Langsam-Arbeiten, die Durchführung von Betriebsversammlungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen müssen diese Schritte vorbereiten.

Ärzte lassen sich nicht zu Ehrenbergvollstreckern machen

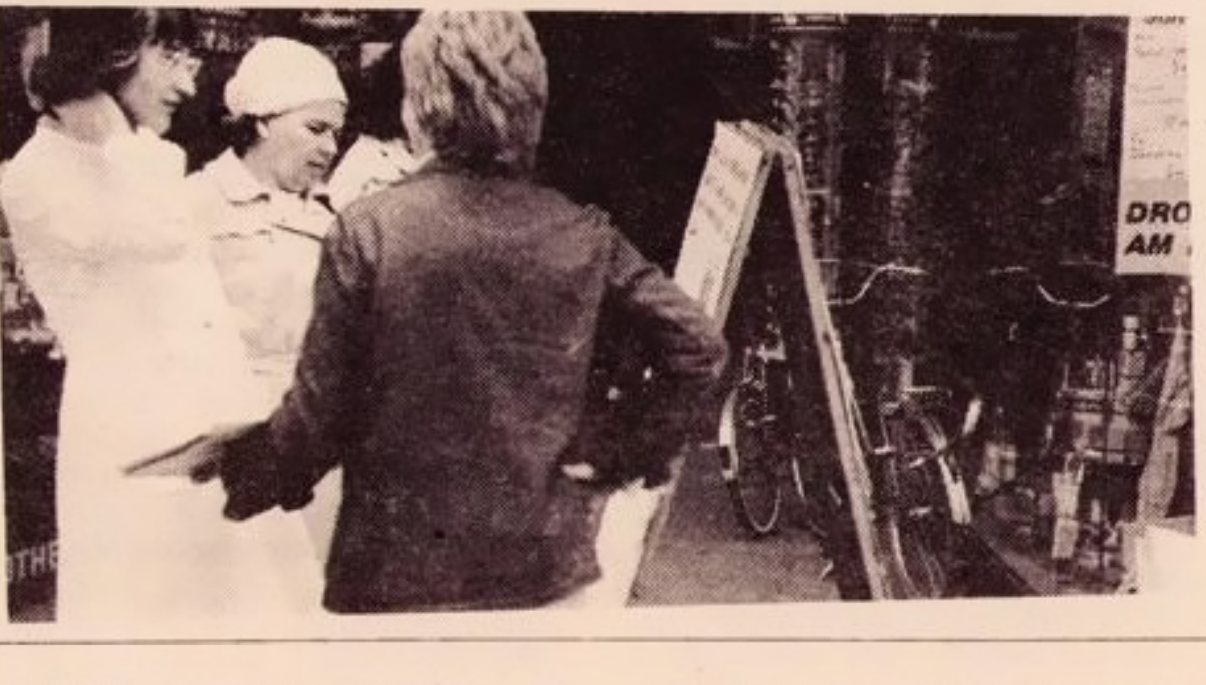
b.ulw. Die Probleme der Bourgeoisie, die Ärzte zu Vollstreckern des Ehrenbergprogramms zu machen, sind mit der Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes nicht gelöst.

Die Kassenärzte sind neben den Krankenhäusern das wichtigste Glied in der Gesundheitsversorgung. Ihre Aufgabe soll es aber nicht mehr sein, sich um gesundheitliche Probleme der Massen zu kümmern, sondern als Filter zu wirken. Sie sollen die von der kapitalistischen Produktion benötigten Teile des Menschen am Laufen halten und nur die Fälle für eine Krankenhausbehandlung aussortieren, bei denen es sich „lohnt" und die mit einfacheren Mitteln nicht mehr arbeitsfähig gehalten werden können. Diese Aufgabe ist nicht Bestandteil der Ausbildung der jetzigen Generation von niedergelassenen Ärzten gewesen, also muß es ihnen beigebracht werden. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz leistet diese Ausbildung über den Geldbeutel der Ärzte; wer sich an die Richtlinien der Bourgeoisie zur Verwendung der Versicherungsgelder nicht hält, wird mit Gehaltsabzügen auf den richtigen Weg gebracht. Gewonnen hat die Bourgeoisie die Masse der Ärzte für dieses Programm noch lange nicht.

Die praktischen Ärzte versuchen dem Druck auszuweichen, indem sie z.B. den Kranken Medikamente mitgeben, die sie von Pharma-Vertretern geschnorrt haben, auch wenn es nicht immer optimal ist, was verabreicht wird.

Im schleswig-holsteinischen Ärzteblatt 5/79 ist ein Bericht zu diesem Problem abgedruckt, in dem zur Abschreckung einige Fälle geschildert sind, in denen Disziplinarmaßnahmen ausgesprochen wurden. Ein Arzt hatte eine Krankmeldung um 4 Tage zurückdatiert und damit „schuldhaft gegen seine kassenärztlichen Pflichten" verstoßen, ein anderer hatte gegen die „Treuepflicht" gegenüber den Kassen verstoßen, indem er durch eine Anzeige die Durchführung einer „Wirtschaftlichkeitsprüfung" durch die KV mitteilte.

Massiver ideologischer und materieller Druck ist also nötig, die Ärzte zu Kostendämpfern zu erziehen. Der Widerstand der Ärzte gegen die staatliche Unterdrückung ist gerecht, sie müssen aber gewonnen werden für die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten und die Bezahlung der



Versicherungskosten durch die Kapitalisten.

Dieser Spielraum wird immer weiter eingeengt z.B. durch die Verordnung, daß ein Vertreter pro Besuch nur noch sechs Packungen Medikamente abgeben darf, worüber er Buch führen muß.

b.Hamburg. **Vertrauensleutewahlen bei den Haller-Meurer-Werken, Hamburg.** In der vergangenen Woche sind die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb auf einer Mitgliederversammlung in der Mittagspause gewählt worden. Von den 15 Vertrauensleuten sind fünf Kollegen in die Leitung gewählt worden. Auf einer ersten Sitzung hat der VK-Vorsitzende sich für die Untersuchung der Lohnverteilung des Betriebs ausgesprochen, was von den anwesenden Kollegen begrüßt wurde.

b.ulh.Hamburg. **Sozialsenator Ehlers schlägt dem Hamburger Senat vor, mit einem Verbot der Aussperrung voranzugehen.** Die Gründe sind durchsichtig, was sein Grundsatzreferat zum Thema „Aussperrung – Mißbrauch der Arbeitgebermacht" vom 22.5.1979 zeigt: „... Unter dem Druck der Verhältnisse werden sich u.a. die Konfliktformen auf Seiten der Arbeitnehmer in einer Weise wandeln, an der niemand interessiert sein kann." Ehlers befürchtet, daß das Bundesarbeitsgericht – hält es an seiner Rechtsprechung der Aussperrung fest – nicht länger „seine friedensstiftende Funktion" erfüllen könne. Dem Mann sitzt die Angst vor der Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung im Nacken. Verständnis mimend wettert er auf „die Machtfülle der Arbeitgeber". Er will die Arbeiter dazu bewegen, auf die ‚ausgleichende Gerechtigkeit' des Staatsapparates zu bauen. Die andere Seite des Manövers ist, daß die Begründung von Ehlers für das Aussperrungsverbot bereits die Begründung für ein *Streikverbot* mitenthält. Ehlers beruft sich auf das Rechtsprinzip: „... muß im Prinzip sichergestellt sein, daß nicht eine Tarifvertragspartei der anderen von vornherein ihren Willen aufzwingen kann, sondern daß möglichst gleiche Verhandlungschancen bestehen." Zentrales Glied seiner Argumentation ist die „Gleichheit der jeder Seite eingeräumten Verhandlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten." Klar, daß ein Streik der Arbeiter gegen die Kapitalisten hart geführt werden muß und mit ‚Gleichheit der Durchsetzungschancen' nichts zu tun hat. Läßt man sich auf Ehlers Argumentation ein, ist man gleich den Versuchen der Bourgeoisie, das Streikrecht weiter einzuschränken, ausgeliefert.

b.thc.Kiel. **Zehn Arbeiter der Firma Hell in Kiel unterstützen den Streik der dänischen Seeleute durch eine Resolution.** Darin heißt es: „Wir unterstützen Eure Forderung nach einem kollektiven Tarifvertrag. Genauso unabdingbar ist die Lohnfortzahlung während der Arbeitsunfähigkeit... Bei uns soll die Produktion um 33% erhöht werden. Wir werden dies auch nicht ohne weiteres hinnehmen."

b.Hamburg. **Arbeiter bei Still fordern Angleichung der Löhne.** Die Arbeiter an den Werkzeugmaschinen fordern die Angleichung der Löhne an die Arbeiter in der Linienfertigung. Sie sind der Meinung, daß sie ebenfalls die Fähigkeit haben, die verschiedenen Werkzeugmaschinen ohne Einarbeitungszeit jederzeit bedienen zu können.
Für die Vertreterversammlung der IGM am 14.Juli will man auf jeden Fall einen Beschluß des VK einbringen, in dem man sich für die Aufstellung einer Festgeldforderung für die kommende Tarifrunde einsetzen will. Die Höhe der Forderung will man anhand der Lohnverteilung des Betriebes errechnen. Weiter will sich der neue VK vor allem für die Streichung der unteren Lohngruppen einsetzen und Schritte für das Verbot der Akkordarbeit beraten.

IVA 79 – Verkehrstechnische Überlegenheit soll BRD-Imperialisten bare Münze bringen

b.uwh. Unter der Schirmherrschaft von Walter Scheel ist am 8. Juni die Internationale Verkehrsausstellung in Hamburg eröffnet worden. Großen Wirbel veranstaltet die Bourgeoisie, ihre Transportprobleme zu lösen und die Massen dafür zu begeistern. Transport, das bedeutet für die Kapitalisten Unkosten. Unkosten, die den Profit schmälern. Je mehr Kapital in immer weniger Zeit und immer billiger umgeschlagen wird, desto besser.

Attraktion ist die Magnetschwebebahn deshalb, weil sie endlich profitabel produziert und vor allem eingesetzt werden kann. Schon seit 1976 gibt es fertige Pläne für den Trassenbau quer durch Europa: Glasgow über London, Paris, Madrid bis Lissabon. Von Paris über Norditalien bis Athen. Zusammen läuft alles in Westdeutschland. In der Tat ist die Magnetschwebebahn ein geeignetes Mittel für den Warenexport genauso wie für Kapitalexport und die Rohstoffeinfuhr. Die Mobilität des europäischen Arbeiterheeres würde vervielfacht. Der Bau dieser Bahn sei ,,von erheblichem öffentlichen Interesse'', ließ Hauff, Minister für Forschung und Technik, verlauten. Das drückt sich aus in der Finanzierung der Demonstrationsanlage zwischen dem Heiligengeistfeld und den Messehallen. 26 Mio. mußten für das Ding hingeblättert werden, 25 Mio. davon wurden aus Lohngeldern bezahlt, den Rest von 1 Mio. teilt sich die Projektgruppe von Krauss-Maffei, Thyssen, MBB und Hentschel. Geschwindigkeiten von über 400 km/h kann die Bahn erreichen. Erreicht wird die Geschwindigkeit durch elektromagnetische Felder, die die Bahn von der Trasse heben und so weitgehend Reibung ausschalten, die herkömmliche Rad- oder Schienenfahrzeuge nur maximal 3oo km/h schnell werden läßt. Die Bahn ist so konstruiert, daß für den Warentransport nur Container angehängt werden brauchen. Die momentane Kapazität entspricht der von drei herkömmlichen Güterzügen. Es ist sicher, daß die BRD-Imperialisten dieses Mittel in ihren Händen aggressiv anwenden werden, sich Europa ,,zu erschließen''. Die Sicherung ihrer Vorherrschaft in Europa, wie die Extraprofite, die sie beim Bau dieser Bahn machen werden, lassen sie in der Tat für sie zur Attraktion zu werden.

Von der Zielsetzungder BRD-Imperialisten, sich Europa zu unterwerfen, ist die IVA insgesamt geprägt. Ihr Konzept ist, die Magnetschwebebahn sozusagen als Kernstück des europäischen Verkehrsnetzes durchzusetzen und alle anderen Systeme zu vereinheitlichen, bzw. ihrem Netz anzugliedern.

Krupp, eigentlich immer zur Stelle, wenn die Welt am deutschen Wesen ge-

1 Mio. teilt sich die Projektgruppe von Krauss-Maffei, Thyssen, MBB und Hentschel. Geschwindigkeiten von über 400 km/h kann die Bahn erreichen. Erreicht wird die Geschwindigkeit durch elektromagnetische Felder, die die Bahn von der Trasse heben und so weitgehend Reibung ausschalten, die herkömmliche Rad- oder Schienenfahrzeuge nur maximal 3oo km/h schnell werden läßt. Die Bahn ist so konstruiert, daß für den Warentransport nur Container angehängt werden brauchen. Die momentane Kapazität entspricht der von drei herkömmlichen Güterzügen. Es ist sicher, daß die BRD-Imperialisten dieses Mittel in ihren Händen aggressiv anwenden werden, sich Europa ,,zu erschließen''. Die Sicherung ihrer Vorherrschaft in Europa, wie die Extraprofite, die sie beim Bau dieser Bahn machen werden, lassen sie in der Tat für sie zur Attraktion zu werden.

Von der Zielsetzungder BRD-Imperialisten, sich Europa zu unterwerfen, ist die IVA insgesamt geprägt. Ihr Konzept ist, die Magnetschwebebahn sozusagen als Kernstück des europäischen Verkehrsnetzes durchzusetzen und alle anderen Systeme zu vereinheitlichen, bzw. ihrem Netz anzugliedern.

Krupp, eigentlich immer zur Stelle, wenn die Welt am deutschen Wesen ge-

nesen sollte, stellt eine neue Straßeneinheit aus massivem Beton vor, gleichzeitig benutzbar als Schiene, Straße und Panzerrollbahn. Parallel werden Unimogs und LKWs vorgestellt, die sowohl auf Schienen, als auch auf Straßen fahren können. Es paßt in das Konzept der Magnetschwebebahn.

Schier verrückt werden die Kapitalisten, wenn beim Transport, der sowieso schon lästig genug ist, auch noch die Kapazitäten nicht ausgelastet sind. Vielversprechend scheint hier das ,,Dual-Mode-Bus'' System. Dieser Bus kann ,,ohne Mitwirkung des Fahrers automatisch spurgeführt werden.'' (Beschreibung von Daimler-Benz). Wie bei der Magnetschwebebahn ist vollständige Automatisierung angestrebt. Personal braucht man nur noch in einer Computerzentrale. Ein weiterer Vorteil des Busses ist die Platzeinsparung durch Trassenführung. Der Bus kann über, unter oder auf der Erde fahren. Trassenbreite ist 5,8m. Bei Handlenkung beträgt die durchschnittliche Trassenbreite 6,3m. Das ist deshalb so wichtig, weil sich durch die geringere Breite erhebliche Mittel für Umbauten auf den Straßen einsparen lassen. Verfügt das System über eigene Trassen, kann man beliebig ein Fahrzeug fahren lassen oder mehrere hinten anhängen. Als ,,beispielhaftes Einsatzfeld des DM-Bus'' bezeichnet Daimler-Benz den ,,Transport zwischen Industriegebieten und benachbarten Ortschaften''. Eine feste Trasse wird gebaut, an den Standorten selber wird der Bus über Straßen geführt. Die reibungslose und billige Zulieferung der Arbeitskraft zu den Monopolen ist das Ziel. Hervorragend können die Imperialisten mit diesem System den ganzen unrentablen Nahverkehr der Bundesbahn liquidieren. Den Warenzulieferverkehr zu dem internationalen Verkehrsnetz (Magnetschwebebahn) kann man ebenfalls über dieses DM-System abwickeln, so schwebt es den Imperialisten vor.

Weitere Schwerpunkte der Ausstellung beschränken sich auf den Ausbau der Containertechnik, die bessere Koordinierung der verschiedenen Verkehrstypen und Modelle zur Energieeinsparung gegen die Massen. Propagiert werden die neuen Verkehrsmittel als gewaltige Fortschritte im Verkehrswesen, sowohl komfortmäßig als auch in der Schnelligkeit. Das Auto als Verkehrsmittel der Massen wird verpönt als Energieverschwender, Umweltfeind und Menschheitsvernichter, während die neuen Nah- und Fernverkehrssysteme ,,die Menschen einander näher bringen'' oder einem ,,Europas entfernteste Winkel erschließt.''

Deutlich macht diese Verkehrsshow wiederum eins: Die Entwicklung der Produktivkräfte zu revolutionieren, ist die Bourgeoisie nicht in der Lage. Einzig geht es ihr darum, ihre Profitinteressen, d.h. insbesondere ihr Streben nach Extraprofiten, wie politisch ihre Vorherrschaft in Europa zu manifestieren. Alles, was einem dort als neu verkauft werden soll, ist schon Jahre, z.T. Jahrzehnte bekannt oder in der Erprobung. Gearbeitet haben die Imperialisten lediglich daran, die Ver-

verkehr zu dem internationalen Verkehrsnetz (Magnetschwebebahn) kann man ebenfalls über dieses DM-System abwickeln, so schwebt es den Imperialisten vor.

Weitere Schwerpunkte der Ausstellung beschränken sich auf den Ausbau der Containertechnik, die bessere Koordinierung der verschiedenen Verkehrstypen und Modelle zur Energieeinsparung gegen die Massen. Propagiert werden die neuen Verkehrsmittel als gewaltige Fortschritte im Verkehrswesen, sowohl komfortmäßig als auch in der Schnelligkeit. Das Auto als Verkehrsmittel der Massen wird verpönt als Energieverschwender, Umweltfeind und Menschheitsvernichter, während die neuen Nah- und Fernverkehrssysteme ,,die Menschen einander näher bringen'' oder einem ,,Europas entfernteste Winkel erschließt.''

Deutlich macht diese Verkehrsshow wiederum eins: Die Entwicklung der Produktivkräfte zu revolutionieren, ist die Bourgeoisie nicht in der Lage. Einzig geht es ihr darum, ihre Profitinteressen, d.h. insbesondere ihr Streben nach Extraprofiten, wie politisch ihre Vorherrschaft in Europa zu manifestieren. Alles, was einem dort als neu verkauft werden soll, ist schon Jahre, z.T. Jahrzehnte bekannt oder in der Erprobung. Gearbeitet haben die Imperialisten lediglich daran, die Ver-

kehrsmittel zu rationalisieren, die Kosten für den Transport zu senken und insgesamt die Verkehrssysteme zu vereinheitlichen, um die Umschlaggeschwindigkeiten zu erhöhen. Alles, was dabei herauskommt, bedeutet: Verschärfung der Ausbeutung durch kapitalistische Rationalisierung, Ausplünderung über Steuern und Gebühren und mehr ,,Mobilität''.

Die Referendare können sich gut am Kampf der Lehrer um die 40-Stundenwoche beteiligen

b.jow. Im Hauptseminar Roß mußten über 50% der Referendare eine Fristverlängerung für die Abgabe der Hausarbeit beantragen. Ein Referendar hat angegeben, daß er für die Erstellung der Hausarbeit ca. 63 Stunden pro Woche arbeiten muß.

Aber nicht nur während des Examens liegt die Arbeitszeit der Referendare weit über 40 Stunden in der Woche. Eine Aufstellung der Arbeitszeit von 4 Referendaren aus verschiedenen Semestern hat ergeben, daß sie durchschnittlich zwischen 50 und 55 Stunden in der Woche arbeiten. Zwar geben Referendare weniger Unterricht als ausgebildete Lehrer, nämlich 8 Pflichtstunden, für deren Vorbereitung sie aber ca. dreimal so lange brauchen wie ausgebildete Lehrer. Außerdem müssen sie zusätzlich Ausbildungsveranstaltungen besuchen und vorbereiten, sich mit ihren Anleitern beraten und Hospitationen (Überprüfung des Unterrichts durch den Seminarleiter) vorbereiten.

Der Staat zwingt die Referendare zu dieser Vernutzung ihrer Arbeitskraft aus zwei Gründen: Zum einen ist es für ihn billiger, schlecht bezahlte Referendare für Klassenreisen, Vertretungsstunden usw. einzusetzen als fertige Lehrer einzustellen. Der wichtigere Grund ist aber, daß den Referendaren durch die hohe Arbeitsbelastung die Möglichkeit genommen werden soll, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen. Jeder Referendar soll den Kopf voll haben mit Unterrichts- und Seminarvorbereitung, Hospitationen und der Hoffnung, daß gerade er vielleicht später in den Schuldienst übernommen wird. So hofft der Staat, die Produktion von Lehrern, die bereit sind, als staatstreue Beamte die Schüler zu unterdrücken, durchsetzen zu können. Weil es gegen diese Absicht des Staates Kampf gibt, hat Oberschulrat Lüdemann ein Verbot verhängt, Themen wie Lehrerarbeitslosigkeit während der Ausbildungsveranstaltungen zu diskutieren. Als einziges politisches Thema will der Dienstherr die Unterweisung im besonderen Dienstrecht zulassen: ‚Das geltende Beamtenrecht ist Gegenstand der Ausbildung im Vorbereitungsdienst, soweit es Grundlage für die Tätigkeit des Lehrers in der Schule und als Norm für sein allgemein dienstliches Verhalten von Bedeutung ist'.

Die Referendare haben die Debatte über ‚Einstellungsvoraussetzungen' durchgesetzt.

Nützen wird gegen die Konkurrenz und für den Zusammenschluß der Referendare der Kampf gegen die Überarbeit, der in vielen Seminaren geführt wird. Hier wird von den Seminarleitern versucht, Ferien auf die vier Wochen für das Schreiben der Examensarbeit anzurechnen, zusätzlich Referate in den Seminaren zu vergeben und die Referendare für Vertretungsunterricht in den Schulen freizugeben. An Gymnasien müssen die Referendare pro Halbjahr vier bis sechs Hospitationen machen, an Berufsschulen teilweise schon über zehn. Der Kampf der Referendare gegen diese Angriffe verläuft allerdings von Seminar zu Seminar unterschiedlich und ist zersplittert. Ohne Erfolg werden die Bestrebungen der Referendare bleiben, wenn sie sich nicht ein gemeinsames Ziel setzen, die 40-Stunden-Woche fordern und ihre Arbeitszeit genau untersuchen. Um die Dauer der Vernutzung ihrer Arbeitskraft einzuschränken, kann man sich sicher auf folgende Forderungen einigen: Einhaltung der vier Wochen für die Hausarbeit, Begrenzung der Hausarbeit auf 30 Seiten, kein Vertretungsunterricht, keine Heranziehung zu Aufsichten, keine Referate in den Seminaren.

Landarbeiter in Schleswig-Holstein: 45 bis 50 Stunden für 1300 DM netto

b.hei. Im Bereich der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft werden in der BRD allein für die Landarbeiter 18 verschiedene Rahmen- und 22 verschiedene Lohntarifverträge abgeschlossen. Die in Schleswig-Holstein bestehenden Tarifverträge untergliedern sich in Stunden- und Monatslöhne, die jeder für sich wieder in bis zu sieben Lohngruppen aufgeteilt sind. Die Lohngruppen sind dann wieder in verschiedene Altersstufen gegliedert, sodaß man in Schleswig-Holstein für die etwa 11000 ständig und nicht ständig beschäftigten Landarbeiter auf über 25 verschiedene Tariflöhne kommt. Diese totale Zersplitterung erschwert es den Landarbeitern ungeheuer, einheitlich den Kampf um höheren Lohn zu führen.

Berechnet auf den Normalarbeitstag (40-Stunden-Woche, keine Überstunden und sonstigen Zulagen) beträgt der Ecklohn monatlich brutto 1460 DM, wovon netto 1140 DM nachbleiben (berechnet auf Lohngruppe V, gleich 8,31 DM; Steuerklasse III mit zwei Kindern). Daß das nicht reicht, um eine Familie zu ernähren, weiß jeder.

Einen so niedrigen Lohn durchzusetzen, war dem Kapitalistenverband aus

45 bis 50 Stunden für 1300 DM netto

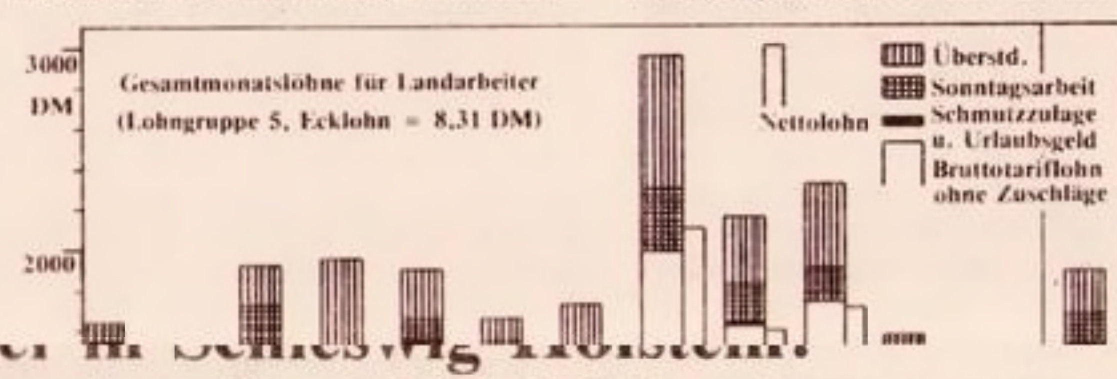
b.hei. Im Bereich der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft werden in der BRD allein für die Landarbeiter 18 verschiedene Rahmen- und 22 verschiedene Lohntarifverträge abgeschlossen. Die in Schleswig-Holstein bestehenden Tarifverträge untergliedern sich in Stunden- und Monatslöhne, die jeder für sich wieder in bis zu sieben Lohngruppen aufgeteilt sind. Die Lohngruppen sind dann wieder in verschiedene Altersstufen gegliedert, sodaß man in Schleswig-Holstein für die etwa 11000 ständig und nicht ständig beschäftigten Landarbeiter auf über 25 verschiedene Tariflöhne kommt. Diese totale Zersplitterung erschwert es den Landarbeitern ungeheuer, einheitlich den Kampf um höheren Lohn zu führen.

Berechnet auf den Normalarbeitstag (40-Stunden-Woche, keine Überstunden und sonstigen Zulagen) beträgt der Ecklohn monatlich brutto 1460 DM, wovon netto 1140 DM nachbleiben (berechnet auf Lohngruppe V, gleich 8,31 DM; Steuerklasse III mit zwei Kindern). Daß das nicht reicht, um eine Familie zu ernähren, weiß jeder.

Einen so niedrigen Lohn durchzusetzen, war dem Kapitalistenverband aus

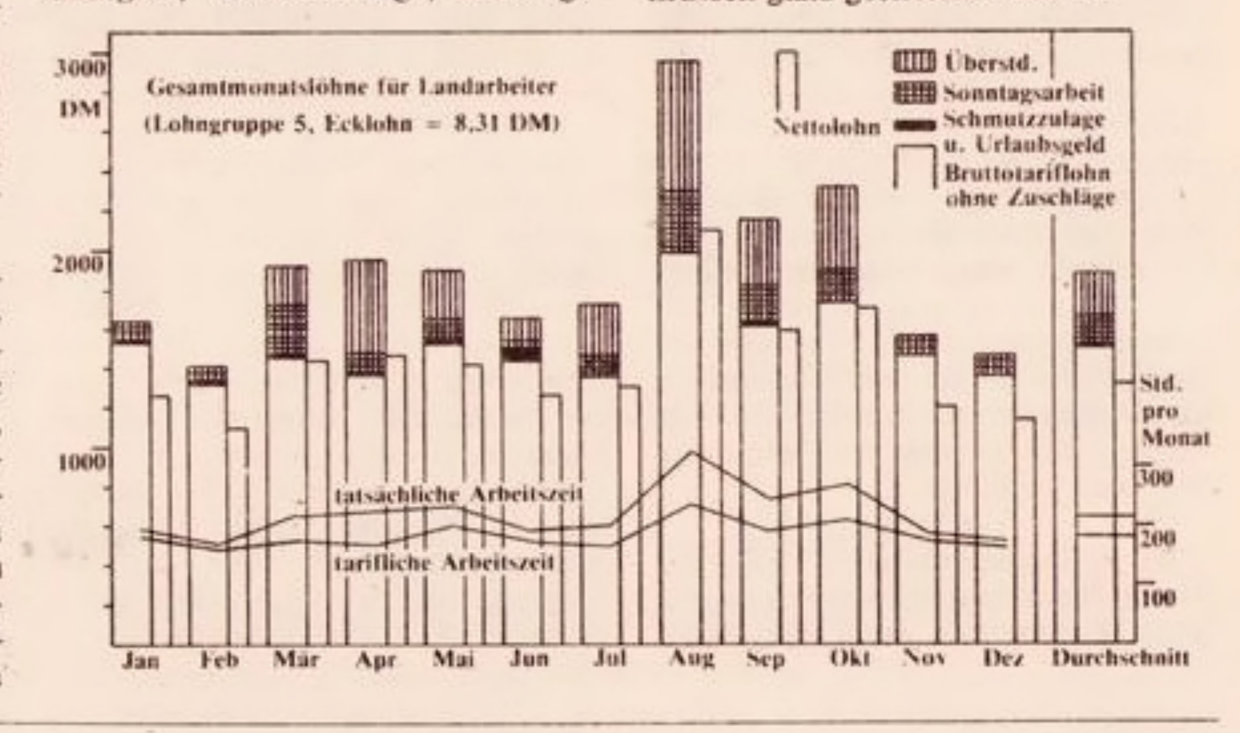
verschiedenen Gründen möglich: Erstens, weil die Landarbeiter auf viele Betriebe zersplittert sind. Zweitens, weil nach wie vor die christ- und sozialdemokratische Führung der GGLF eine Politik der Zusammenarbeit mit den Großbauern und Agrarkapitalisten verfolgt, sogar die Gewerkschaftsveranstaltungen zusammen mit der Landwirtschaftskammer macht. Vor allem aber, weil durch die vielen Lohngruppen und das System der Zulagen die Arbeiter weiter gespalten werden. Am Schaubild kann man ablesen, daß die Kapitalisten die tarifliche Arbeitszeit völlig nach ihren Bedürfnissen durchsetzen konnten: sie schwankt zwischen 40 Stunden in den Wintermonaten und 49 Stunden im August. Der Normalbruttolohn schwankt entsprechend zwischen 1325 DM und 1954 DM (netto 1050 DM und 1470 DM).

Es ist klar, daß die Landarbeiter da Überstunden und Sonntagsarbeit machen müssen, was sich der Kapitalistenverband auch gleich im Rahmentarif hat absichern lassen. Wir haben an einem Beispiel durchgerechnet und im Schaubild wiedergegeben, wie sich der Monatslohn eines Landarbeiters übers Jahr verteilt, und wie sich dazu Urlaubsgeld, Schmutzzulage, Sonntagsarbeit sowie die anstehenden Überstunden verhalten. Das Schaubild könnte ebensogut eine Bedürfnisskala der Agrarkapitalisten nach menschlicher Arbeitskraft sein. Was die nächsten Aufgaben der GGLF im Tarifkampf sind, liegt auf der Hand: Die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß für das ganze Jahr durchgesetzt werden bei einem Lohnniveau, das für die Lebenshaltungskosten der Landarbeiter ausreicht. Als nächster Schritt wird dafür unbedingt das Aufstellen von Festgeldforderungen für alle gleich erforderlich sein, um zu vermeiden, daß durch ein weiteres Absinken der unteren Lohngruppen der Zwang zu Überstunden verstärkt wird, und damit die Zersplitterung der Landarbeiter im Lohnkampf abgebaut wird. Die unteren Lohngruppen, die jetzt bei 5,40 DM bzw. 5,82 DM liegen, müssen ganz gestrichen werden.



aber, weil durch die vielen Lohngruppen und das System der Zulagen die Arbeiter weiter gespalten werden. Am Schaubild kann man ablesen, daß die Kapitalisten die tarifliche Arbeitszeit völlig nach ihren Bedürfnissen durchsetzen konnten: sie schwankt zwischen 40 Stunden in den Wintermonaten und 49 Stunden im August. Der Normalbruttolohn schwankt entsprechend zwischen 1325 DM und 1954 DM (netto 1050 DM und 1470 DM).

Es ist klar, daß die Landarbeiter da Überstunden und Sonntagsarbeit machen müssen, was sich der Kapitalistenverband auch gleich im Rahmentarif hat absichern lassen. Wir haben an einem Beispiel durchgerechnet und im Schaubild wiedergegeben, wie sich der Monatslohn eines Landarbeiters übers Jahr verteilt, und wie sich dazu Urlaubsgeld, Schmutzzulage, Sonntagsarbeit sowie die anstehenden Überstunden verhalten. Das Schaubild könnte ebensogut eine Bedürfnisskala der Agrarkapitalisten nach menschlicher Arbeitskraft sein. Was die nächsten Aufgaben der GGLF im Tarifkampf sind, liegt auf der Hand: Die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß für das ganze Jahr durchgesetzt werden bei einem Lohnniveau, das für die Lebenshaltungskosten der Landarbeiter ausreicht. Als nächster Schritt wird dafür unbedingt das Aufstellen von Festgeldforderungen für alle gleich erforderlich sein, um zu vermeiden, daß durch ein weiteres Absinken der unteren Lohngruppen der Zwang zu Überstunden verstärkt wird, und damit die Zersplitterung der Landarbeiter im Lohnkampf abgebaut wird. Die unteren Lohngruppen, die jetzt bei 5,40 DM bzw. 5,82 DM liegen, müssen ganz gestrichen werden.



Europa-Nachlese

b.irm. Will man eine Woche vor Beginn der Kieler Woche (16. bis 24. Juni) Näheres darüber erfahren, so erhält man mit Mühe ein Faltblatt auf dem Stand vom 15. Februar 1979 und sonst nichts. Eine Angestellte vom Kieler Verkehrsverein stöhnte: ,,Ich kann die Fragen nach Kieler-Woche-Material nicht mehr hören. Die Veranstalter haben zum Teil ihre Programmvorschläge wieder zurückgezogen – irgendwie hat's Krach gegeben. Ein Programm liegt jedenfalls nicht vor.''

Streit um die Europawahlen wird es gegeben haben. Das diesjährige Kieler-Woche-Motto ist ,,Folklore – Vielfalt der Völker''. Ein wenig blaß gegenüber dem letzten ,,Europa gewinnt Gestalt''. Aber es ist flexibler, bedenkt man, daß es zu einem erfolgreichen, wie zu einem niederschmetternden Ergebnis der Europawahlen passen muß.

Kieler Woche gibt es seit fast 100 Jahren und immer war es eine Kriegsflottenparade. So heißt es im diesjährigen Faltblatt: ,,Kiels unvergessener Nachkriegsbürgermeister Andreas Gayk legte 1948 den Grundstein für diese neue Kieler Woche im ‚Geist des Aufbauwillens, der Völkerverständigung und des Friedenswunsches für eine ganze Welt'. Dieser Geist (...) wirkte über die Grenzen nach Norden, Süden, Osten und Westen (...) Und nicht nur die verantwortlichen Politiker der Stadt fühlen sich diesem Geist verpflichtet, sondern auch in zunehmendem Maße die Bürger.'' Die Massen für eine ,,grenzüberschreitende'' – imperialistische – Sichtweise zu gewinnen, fällt der Bourgeoisie schwer. Im Jahre 1974 konnte die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' mit Erleichterung erstmals feststellen, daß ,,die Zeiten vorbei seien, in denen der sozialdemokratische Oberbürgermeister Bantzer einen verlegen-vorsichtigen Kampf darum führen mußte, daß überhaupt Kriegsschiffe aus verbündeten NATO-Staaten als Gäste begrüßt werden durften.'' Weiter sind sie aber auch nicht gekommen.

So wird auch diesjährig wieder versucht, Kieler Woche jedenfalls zum ,,klassenlosen'' Fest zu machen: ,,Treffpunkt für Segler, Politiker, Theaterleute, Besatzungen der Kriegsschiffe, Gäste aus dem In- und Ausland, Familien...'' Der unversöhnliche Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ist bei so einer Festbeschreibung wie weggeblasen.

Beim diesjährigen Motto haben die Kieler Bourgeoisideologen es geschafft, das einzig Richtige daran zu verschlucken: Was wahr ist, ist, daß die Massen dem Klassenkampf in den verschiedenen Ländern vielfältigen kulturellen Ausdruck verschafft haben. Es ist nichts anderes als über Völkstümelei Chauvinismus zu verbreiten.

Die andere Seite der Kieler Woche ist die Ideologie vom ,,Urlaub zu Haus''. Für den Reibach der örtlichen Kapitalisten sollen einmal jährlich Massenaktivitäten stattfinden. Für das staatlich garantierte ,,Vergnügen'', an jeder Ecke ein Bierzelt finden zu können, kann für den Rest des Jahres schon ein Einsehen in die Bedürftigkeit des Stadtsäckels verlangt werden. Daß sich so die gerade in Kiel angekündigten Fahrpreiserhöhungen harmonisch durchsetzen lassen, hat wenig Aussicht auf Erfolg.

Auf dem oberen Bild sieht man eine Versuchstrasse des ,,Dual-Mode-Bus''. Der Fahrer wird überflüssig, weil der Bus per Sensoren und Leitkabel die Strecke ertasten kann. Durch Ausschalten der Handlenkung wird die Fahrbahnbreite verringert. Eine Zugbildung ist möglich. Binnen 15 Minuten kann das im unteren Bild zu sehende Containerumschlaggerät neun Container von Bundesbahnwaggons ent- oder beladen. Zwei Ausleger werden ausgeklappt und es entsteht eine Kranbahn, ähnlich wie beim ,,Van-Carrier''. Der Container wird hydraulisch hochgenommen und auf LKWs, auf die Rampe oder auf einen nebenstehenden Waggon umgeladen.

Zweimal Courage

z.maf. Einen guten Roman beschreiben ist schwer, wer wissen will, was in Grimmelshausen „Courasche" zu lesen steht, wird sich das 1670 zum ersten Mal veröffentliche Werk selber besorgen; bei Reclam gibt es eine mit ausreichend Anmerkungen versehene Ausgabe. – Die politische Stoßrichtung ist heute auf den ersten Blick nicht mehr genau erkennbar. Die Courasche, damals noch Jungfer Lebuschka, beginnt ihren Lebenslauf als Adelsbankert, der wegen unauffälliger Aufzucht aufs Dorf verbracht wurde, und endet als Landstreicherin. Die Courasche erzählt haarklein, wie alles kam, und gegen alle Versuche, das perspektivlose Gemetzel des dreißigjährigen Krieges nachträglich durch Schilderung heroischer Einzelhandlungen oder durch Ideologiebefrachtungen zu verklären, wirkt dieser Roman. Der Interessengrund, der die Kriegsvölker zusammenhielt und für Fürsten und Kaiser brauchbar machte, von Wallenstein, der auf Königswürden reflektierte, über Tilly, der die ganze Zeit um ein Gütlein aus Händen seines bayrischen Herrn focht und betete, bis hinunter zum Reiterbuben; für diesen ganzen degradierten Adelshaufen und sein mitverfaulendes Gesinde bot der Krieg die Gelegenheit zur legalisierten Schnapphahnerei, zum Raub im großen Stil; und wenn schon nicht feudaler Grundbesitz, so lag doch der Grundstock für ein stadtbürgerliches Vermögen und die Perspektive des entsprechenden Drohnendaseins in den stehlenden Händen eines jeden. So waren die Kerntruppen, und dementsprechend ging es zu. Die umliegenden europäischen Staaten ergriffen die Gelegenheit, den gleichen Unrat, den sie in unterschiedlichem Umfang auch zur Verfügung hatten, für gut bürgerliche Expansionszwecke und wegen Handelsaussichten wegzuverheizen. Aus der Bauernschaft und der Stadtbevölkerung ergänzte sich die Truppe durch die Methode, den Bauern das Vieh zu schlachten und den Bürgern die Stadt zu brandschatzen, beide also durch Vernichtung der Produktionsmittel zu Elenden zu machen. Der Kern der Truppe speiste sich jedoch aus dem von der Basis her zusammenfaulenden Adel und seinem Gesinde. – Welchen Grundsätzen diese Truppe folgte und wie sie focht und stahl, beschreibt Grimmelshausen ins Detail. Der politische Haupteffekt ist, daß vom Adel, der nach dem Gemetzel die politische Führungsrolle in der Gesellschaft nach wie vor behauptete, die Gottesgnädigkeit ziemlich gründlich abgeseift wird. – „Und eben dessentwegen habe ich mich mein Lebtag über nichts mehrers verwundert, als daß man uns in den Ländern geduldet, sintemal wir weder Gott noch den Menschen nichts nützen, noch zu dienen begehren, sondern uns nur mit Lügen, Betriegen und

ler Grundbesitz, so lag doch der Grundstock für ein stadtbürgerliches Vermögen und die Perspektive des entsprechenden Drohnendaseins in den stehlenden Händen eines jeden. So waren die Kerntruppen, und dementsprechend ging es zu. Die umliegenden europäischen Staaten ergriffen die Gelegenheit, den gleichen Unrat, den sie in unterschiedlichem Umfang auch zur Verfügung hatten, für gut bürgerliche Expansionszwecke und wegen Handelsaussichten wegzuverheizen. Aus der Bauernschaft und der Stadtbevölkerung ergänzte sich die Truppe durch die Methode, den Bauern das Vieh zu schlachten und den Bürgern die Stadt zu brandschatzen, beide also durch Vernichtung der Produktionsmittel zu Elenden zu machen. Der Kern der Truppe speiste sich jedoch aus dem von der Basis her zusammenfaulenden Adel und seinem Gesinde. – Welchen Grundsätzen diese Truppe folgte und wie sie focht und stahl, beschreibt Grimmelshausen ins Detail. Der politische Haupteffekt ist, daß vom Adel, der nach dem Gemetzel die politische Führungsrolle in der Gesellschaft nach wie vor behauptete, die Gottesgnädigkeit ziemlich gründlich abgeseift wird. – „Und eben dessentwegen habe ich mich mein Lebtag über nichts mehrers verwundert, als daß man uns in den Ländern geduldet, sintemal wir weder Gott noch den Menschen nichts nützen, noch zu dienen begehren, sondern uns nur mit Lügen, Betriegen und
Stehlen genähret", so berichtet die Courasche, als sie im Stadium der Landstreicherei gelandet ist, aber daß vorher nichts anderes der Zweck war, sieht man leicht ein.

Im US-amerikanischen Exil hat Brecht diesen Stoff gegen die kriegslüsterne Propaganda des Hitlerfaschismus zu dem Bühnenstück „Mutter Courage und ihre Kinder" verarbeitet. Die herunterkommende Adelsschlampe, die Grimmelshausen, der auch schon weiß, was ein „Symbol" ist, unfruchtbar gestaltet, erscheint auf Brechts Bühne als Kleinhäuslerin, die, in die Wirren des Krieges verstrickt, sich und ihren Anhang durchzubringen versucht und dabei halt gucken muß, wie sie längs kommt. Die Söhne gehen zugrunde, die stumme Tochter, die Moral hat (sie will ein Kind und die Mutter verbietet ihr die Heirat, solange Krieg ist), wird durch die Bereitschaft eines Bauernsohnes, heranrückende Soldateska um des Fortbestandes eines Ochsen wegen an die Stadt heranzuführen, zu einer verzweifelten Aktion gezwungen, sie klettert aufs Dach des Bauernhauses, trommelt Alarm und wird hinabgeschossen, Mutter Courasche kommt von Handelswegen zurück und bleibt mit der toten Tochter tragisch übrig. Sie konnt nichts dafür und sie hat nichts davon. Basta.

Der dreißigjährige Krieg war einer der wenigen großen Kriege der Geschichte, deren revolutionäre Beendigung praktisch so gut wie unmöglich war. In den Bauernkriegen hatte das Stadtbürgertum, vermutlich weil in den Städten die Ausbeutung der Zunftgesellen schon weit fortgeschritten war und die Pfeffersäcke von daher Gefahren rochen, die Bauern im Stich gelassen. Die Kraft der Bauernkriege reichte hin, um die kleinen Grundherren für die Zukunft zur Beherrschung der Widersprüche auf dem Lande zu schwach zu machen. An ihre Stelle traten die Fürsten, die stehende Heere hielten, so stark, daß sie durch zersplitterte Bauernaufstände nicht mehr schlagbar waren. Der Druck auf die Bauern nahm weiter zu, sie wurden zunehmend vom Land vertrieben, in den Städten sank der Arbeitslohn und innerhalb der bürgerlichen Klassen nahm die Spaltung zu und die Stadtpatrizier hatten immer mehr Anlaß, mit den Fürsten oder dem Kaiser zusammenzugehen.

Von ihrer revolutionären Hauptkraft, der Bauernschaft, abgetrennt und in sich zerspalten, konnte das Bürgertum sein Interesse an einem einheitlichen Zentralstaat nicht mehr gegen Fürsten und gegen den Kaiser verwirklichen. So bot eben dies Bedürfnis den Fürsten wie dem Kaiser die Gelegenheit, sich als Beherrscher absoluter Monarchien einzurichten. Und in einer lächerlichen Fülle solcher hat die Sache dann ja auch geendet. – Wieso benützt Brecht eine historische Situation, in der die Chance für Revolution genau betrachtet bis zur Entstehung des Proletariates vertan war, um gegen die Raublust der imperialistischen deutschen Reichsbourgeoisie einen Defätis-

und die Pfeffersäcke von daher Gefahren rochen, die Bauern im Stich gelassen. Die Kraft der Bauernkriege reichte hin, um die kleinen Grundherren für die Zukunft zur Beherrschung der Widersprüche auf dem Lande zu schwach zu machen. An ihre Stelle traten die Fürsten, die stehende Heere hielten, so stark, daß sie durch zersplitterte Bauernaufstände nicht mehr schlagbar waren. Der Druck auf die Bauern nahm weiter zu, sie wurden zunehmend vom Land vertrieben, in den Städten sank der Arbeitslohn und innerhalb der bürgerlichen Klassen nahm die Spaltung zu und die Stadtpatrizier hatten immer mehr Anlaß, mit den Fürsten oder dem Kaiser zusammenzugehen.

Von ihrer revolutionären Hauptkraft, der Bauernschaft, abgetrennt und in sich zerspalten, konnte das Bürgertum sein Interesse an einem einheitlichen Zentralstaat nicht mehr gegen Fürsten und gegen den Kaiser verwirklichen. So bot eben dies Bedürfnis den Fürsten wie dem Kaiser die Gelegenheit, sich als Beherrscher absoluter Monarchien einzurichten. Und in einer lächerlichen Fülle solcher hat die Sache dann ja auch geendet. – Wieso benützt Brecht eine historische Situation, in der die Chance für Revolution genau betrachtet bis zur Entstehung des Proletariates vertan war, um gegen die Raublust der imperialistischen deutschen Reichsbourgeoisie einen Defätis-
mus zu verbreiten, der auf die bar mit dem Leben zu bezahlende Bewahrung der moralischen Integrität einzelner hinausläuft? Die Würde, mit der Brecht jenes stumme Mädchen sterben läßt, ist fragwürdig, denn so waren Marketenderstöchter nicht und die Möglichkeiten der in die Hitlerarmee gepreßten Volksmassen waren anders.

Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 24

- „Verteilung der Knappheit" militärisch lösen / Imperialistische Energieversorgung / Weltwirtschaftsgipfel soll OPEC zu erhöhter Förderung zwingen
- Zumutung einstimmig beschlossen / Das 5. Arbeitsförderungsgesetz und seine Seligsprechung im ZDF
- USA: Neue Interkontinentalraketen beschlossen / MX mit hoher Treffsicherheit und Zerstörfähigkeit
- Wojtyla in Polen. Sind die Bastionen reif zum Sturm?
- 20 Pf. Lohnerhöhung für alle, 8 Pf. Nasengroschen / Interne Lohnanhebung bei VFW Einswarden – Tarifauseinandersetzung vorbereiten
- Erfolgreicher Streik kanadischer Nickelarbeiter / Lohnabhängige im öffentlichen Dienst gegen Lohnleitlinien und Antistreikgesetze
- Die Bedingungen für engere Verbindung der Schüler- mit der Arbeiterbewegung sind vorhanden
- Variante der Reaktion: Niedersächsische Schulgesetznovelle / Wer schlägt besseren Nutzen aus „der hohen Zahl der Schüler, die schon jetzt keinen Abschluß erreichen"?
- Militärische und politische Absicherung der ökonomischen Expansion / Die Tätigkeit der Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung
- Suche nach Plünderungsmöglichkeiten in fremden Gewässern / Anhörung der Regierung / Vollfrosterflotte auf den Weltmeeren / niedrige Preise und Fangquoten für Kutterfischer
- Lockerungsübungen in Sachen Regelstudienzeit und Besseres von RCDS und DKP-Spartakus
- Mit der Beschaffung der LYNX-Hubschrauber wird das Fregattenbauprogramm abgerundet
- Zersetzungserscheinungen bei den vietnamesischen Marionettentruppen / Wie die vietnamesischen Besatzer hausen / Berichte in der südostasiatischen Presse
- Baum entwickelt sein Amt: BGS-SpoFöko...
- Im Lohnsteuerraub die BRD einholen / Bei indirekten Steuern will die französische Bourgeoisie den Vorsprung halten
- Äthiopien: Statt Pacht zahlt der Bauer Steuern / Die Ernährungsfrage ist nicht gelöst / Agrarreform nach wie vor dringend

Roggenpreise und Löhne in Göttingen vom 15. bis 18 Jahrhundert (dreigliedrig gleitende Zehnjahresdurchschnitte)

Löhne; Roggenpreise; Preise in RM/dz; Löhne in kg-Roggen für 1 Klafter Holz zu hauen; 1400, 50, 1500, 50, 1600, 50, 1700, 50, 1800



Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums.

Quellenhefte zum revolutionären Volksbildungsprogramm 06.03.

Grimmelshausen, Simplicissimus (1668) Lied

Du sehr verachter Bauern-Stand
Bist doch der beste in dem Land
Kein Mann diech gnugsam preisen kann,
Wann er dich nur recht sieht an.

Wie stünd es jetzund um die Welt,
Hätt Adam nicht gebaut das Feld,
Mit Hacken nährt sich anfangs der,
Von dem die Fürsten kommen her.

Es ist fast alles unter dir,
Ja was die Erd nur bringt herfür,
Wovon ernähret wird das Land,
Geht dir anfänglich durch die Hand.

Der Kaiser, den uns Gott gegeben,
Uns zu beschützen, muß doch leben
Von deiner Hand, auch der Soldat,
Der dir doch zufügt manchen Schad.

Fleisch zu der Speis zeugst auf allein,
Von dir wird auch gebaut der Wein,
Dein Pflug der Erden tut so not,
Daß sie uns gibt genugsam Brot.

Die Erde wär ganz wild durchaus
Wann dur auf ihr nicht hieltest Haus,
Ganz traurig auf der Welt es stünd,
Wenn man kein Bauersmann mehr fünd.

Drum bist du billig hoch zu ehrn,
Weil du uns alle tust ernährn,

Die Natur liebt diech selber auch,
Gott segnet deinen Bauren-Brauch.

Vom bitter-bösen Podagram
Hört man nicht, daß an Bauern kam,
Das doch den Adel bringt in Not,
Und manchen Reichen gar in Tod.

Der Hoffart bist du sehr befreit,
Absonderlich zu dieser Zeit,
Und daß sie auch nicht sei dein Herr,
So gibt dir Gott des Kreuzes mehr.

Ja der Soldaten böser Brauch
Dient gleichwohl dir zum Besten auch,
Das Hochmut dich nicht nehme ein,
Sagt er: Dein Hab und Gut ist mein.





Brief Jakob Fuggers an Kaiser Maximilian:

„Eure Kaiserliche Majestät wissen ohne Zweifel, wie ich und meine Vettern bisher dem Hause Österreich zu dessen Wohlfahrt und Aufnehmen in aller Unterthänigkeit zu dienen geneigt gewesen sind, wodurch wir uns auch veranlasst gesehen haben, um Eurer Majestät Ahnherrn, weiland Kaiser Maximilian gefällig zu sein und Eurer Majestät die Römische Krone zu verschaffen, uns etlichen Fürsten gegenüber, die ihr Vertrauen und Glauben auf mich und sonst vielleicht auf Niemanden setzen wollten, zu verschreiben, haben auch den Commissaren Eurer Majestät zum gleichen Zwecke eine bedeutende Summe Geldes vorgestreckt, von der wir einen großen Theil bei unsren Freunden selbst haben aufbringen müssen. Es ist auch bekannt und liegt am Tage, dass Eure Kaiserliche Majestät die Römische Krone ohne meine Hülfe nicht hätten erlangen können, wie ich denn solches mit eigenhändigen Schreiben der Commissare Eurer Majestät beweisen kann. So habe ich

Hätt Adam nicht gebaut das Feld,
Mit Hacken nährt sich anfangs der,
Von dem die Fürsten kommen her.

Es ist fast alles unter dir,
Ja was die Erd nur bringt herfür,
Wovon ernähret wird das Land,
Geht dir anfänglich durch die Hand.

Daß sie uns gibt genugsam Brot.

Die Erde wär ganz wild durchaus
Wann dur auf ihr nicht hieltest Haus,
Ganz traurig auf der Welt es stünd,
Wenn man kein Bauersmann mehr fünd.

Drum bist du billig hoch zu ehrn,
Weil du uns alle tust ernährn,

Absonderlich zu dieser Zeit,
Und daß sie auch nicht sei dein Herr,
So gibt dir Gott des Kreuzes mehr.

Ja der Soldaten böser Brauch
Dient gleichwohl dir zum Besten auch,
Das Hochmut dich nicht nehme ein,
Sagt er: Dein Hab und Gut ist mein.





Brief Jakob Fuggers an Kaiser Maximilian:

„Eure Kaiserliche Majestät wissen ohne Zweifel, wie ich und meine Vettern bisher dem Hause Österreich zu dessen Wohlfahrt und Aufnehmen in aller Unterthänigkeit zu dienen geneigt gewesen sind, wodurch wir uns auch veranlasst gesehen haben, um Eurer Majestät Ahnherrn, weiland Kaiser Maximilian gefällig zu sein und Eurer Majestät die Römische Krone zu verschaffen, uns etlichen Fürsten gegenüber, die ihr Vertrauen und Glauben auf mich und sonst vielleicht auf Niemanden setzen wollten, zu verschreiben, haben auch den Commissaren Eurer Majestät zum gleichen Zwecke eine bedeutende Summe Geldes vorgestreckt, von der wir einen großen Theil bei unsren Freunden selbst haben aufbringen müssen. Es ist auch bekannt und liegt am Tage, dass Eure Kaiserliche Majestät die Römische Krone ohne meine Hülfe nicht hätten erlangen können, wie ich denn solches mit eigenhändigen Schreiben der Commissare Eurer Majestät beweisen kann. So habe ich
auch hierin auf meinen eigenen Nutzen nicht gesehen. Denn wenn ich hätte vom Hause Österreich abstehen und Frankreich fördern wollen, so hätte ich viel Geld und Gut erlangt, wie mir denn solches auch angeboten worden ist. Welcher Nachtheil aber hieraus Eurer Kaiserlichen Majestät und dem Hause Österreich erwachsen wäre, das haben Eure Majestät aus hohem Verstande wohl zu erwägen."

Zitiert nach: Ehrenberg, S. 111/2)

„Wohl führte das Schreiben zu einer rascheren Tilgung der Schulden durch den Kaiser, aber selbst im Jahre 1530 war er noch immer 112200 fl. rückständig. Die Kreditgeschäfte zwischen Kaiser und Fuggern weiteten sich in den folgenden Jahren dermaßen aus, daß der Kaiser ohne sie praktisch handlungsunfähig war. Allein in den Jahren 1574 bis 1617 machten die deutschen Kaiser so viel Schulden bei den Fuggern, daß noch 1650 eine Rechnung von 615600 fl. offen stand."

Ehrenberg, S. 86

Ausdruck dieser Finanzmisere sind auch die verzweifelten Anstrengungen des Kaisers, die Liga und deren Truppen für die Niederwerfung des böhmischen Adelsaufstandes 1618/19 zu gewinnen. Denn der Führer der Liga, Maximilian von Bayern, hatte Geld bzw. konnte es beschaffen. Er holte sich einen größeren Kredit bei Bankiers in Genua, für den die Fugger die Bürgschaft leisteten. Der Kaiser selbst war im Ausland nicht mehr kreditwürdig. (Nach: Christfried Coler, Zwischen Habsburg und dem Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Band 4, 1956, S. 722) Die Verhandlungen zwischen Maximilian und Kaiser Ferdinand endeten am 8. Oktober 1619 mit dem Abschluß des *Münchner Vertrages.*

Der Westfälische Friede, 1648

Rechte der Reichsstände, Art. VIII

§ 1. Damit aber vorgesorgt sei, daß künftig in der politischen Ordnung keine Streitigkeiten entstehen, sollen alle und jede Kurfürsten, Fürsten und Stände des Römischen Reiches in ihren alten Rechten, Vorzügen, Freiheit, Privilegien und der freien Ausübung der Landeshoheit sowohl in geistlichen als auch in weltlichen Angelegenheiten, in ihren Gebieten, Regalien und deren aller Besitz kraft dieses Vertrages so befestigt und bestätigt sein, daß sie von niemandem jemals unter irgendeinem Vorwand tätlich gestört werden können oder dürfen.

§ 2. ... Vor allem aber soll das Recht, unter sich und mit dem Ausland Bündnisse für ihre Erhaltung und Sicherheit abzuschließen, den einzelnen Ständen immerdar freistehen, jedoch unter der Bedingung, daß dergleichen Bündnisse nicht gegen Kaiser und Reich und dessen Landfrieden oder besonders gegen diesen Vertrag seien.



Das zerstückelte Reich seit dem Westfälischen Frieden.